

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Migrant_innenvereine als Akteur_innen in der
Aufnahmegesellschaft am Beispiel der politischen und sozio-
kulturellen Partizipation des Vereins *Zentrum der zeitgemäßen
Initiativen Austria (ZZI)*

Verfasserin:

Therese Ziegler

Angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl It. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung It. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis:

1. Einführung und Kontextualisierung des Themas	4
1.1. Einbettung des Themas	4
1.2. Die Integrationsdebatte in Österreich	6
1.2.1. Definition von Integration	15
1.3. Forschungsgebiet der Migrant_innenselbstorganisationen	15
1.4. Definitionen Immigrant_in	16
2. Demokratie - Die Klärung eines Begriffes	17
2.1. Demokratiequalität Österreichs	20
3. Partizipation: Ein Definitionsversuch	24
3.1. Die rechtliche und persönliche Lage von Migrant_innen in Österreich und die Partizipationsmöglichkeiten für ausländische Mitbürger_innen	28
4. Methodik der Analyse	37
4.1. Interviewmethode	37
4.1.2. Wahl der Interviewpartner_innen	38
4.2. Analysemethoden	38
4.2.1. Analyse des Internetauftritts des ZZI	38
4.2.2. Analyse der Newsletter	39
4.2.3. Qualitative Inhaltsanalyse der Interviews	39
4.2.3.1. Interpretationsregeln der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse	40
5. Migrant_innenselbstorganisationen	41
5.1. Definition	41
5.2. Entwicklung und Geschichte von Migrant_innenvereinen	44
5.2.1. Die Geschichte und Entwicklung der bosnischen Vereine	46
5.3. Aktivitäten und Wirkungsbereiche der Migrant_innenvereine	49
5.4. Funktion und Bedeutung von Migrant_innenvereinen	51
5.5. Anerkennung der Migrant_innenselbstorganisationen und ihre Gründungsmotivation	65
6. Analyse	68
6.1. Präsentation des ZZI, seine Ziele und Aktivitäten	69
6.1.1. Aktivitäten des ZZI	72

6.1.2. Ziele und Wertvorstellungen des <i>ZZI</i>	79
6.2. Motivation zum Engagement im Verein <i>ZZI</i>	86
6.3. Die soziale und private Situation der Mitglieder des <i>ZZI</i> und die Quantität des Engagements	92
6.4. Zielgruppen des Vereins und seine Vernetzung	94
6.4.1. Zielgruppen des Vereins	94
6.4.2. Vernetzung des Vereins	96
6.5. Partizipation des Zentrums für zeitgemäße Initiativen	99
6.5.1. Ausrichtung des <i>ZZI</i> / Art der Partizipation	99
6.5.2. Raum für Partizipation	102
6.5.3. Neue Methoden der Partizipation	108
6.5.4. Auswirkungen der Partizipation/ Ergebnisse und Veränderungen durch die Partizipation	110
6.5.5. Anerkennung	116
6.6. Integration und Mehrheitsgesellschaft	121
6.6.1. Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft	121
6.6.2. Bild und Begriff von Integration	123
6.6.3. Fremd- und Selbstbild/ Die Wahrnehmung des <i>ZZI</i> von Außen	126
7. Conclusio	129
Literaturverzeichnis	139
Anhang	147

1. Einführung und Kontextualisierung des Themas:

1.1. Einbettung des Themas:

Die Themen Einwanderung und Integration werden seit Jahren auf vielen Ebenen diskutiert. Bisher wurden Einwander_innen eher als passiv und nicht als aktiv in der Aufnahmegesellschaft wahrgenommen. Diese Wahrnehmung ist allerdings zu revidieren, da es –seit es Einwander_innen in Österreich gibt- immer aktive und sich beteiligende Nicht-Österreicher_innen gegeben hat.

Die Wahrnehmung des passiven Neubürgers resultiert aus der Auffassung des österreichischen Staates, kein Einwanderungsland zu sein (vgl. Bauböck 2001: 13) (dazu mehr in folgenden Kapiteln). Somit wird nicht wahrgenommen, dass Österreich ein multiethischer und multikultureller Staat geworden ist bzw. es immer schon gewesen ist. Aus dieser Überzeugung heraus entstehen besonders für die neuen Mitbürger_innen Missstände und Probleme der Anerkennung, Akzeptanz und Chancengleichheit auf allen Gebieten. Noch immer werden die Potenziale der Vielfalt nicht erkannt und angenommen. Man bleibt weiterhin bei dem Konzept der Assimilation, ist aber verwundert, dass jene Methode nicht zu mehr Integration führt.

Partizipation ist eines der großen Themen im Bereich der Immigration und der Integration. Wir leben in einer Zeit, in der man immer mehr Wert auf Kooperationen, Zusammenarbeit und Mitspracherecht setzt - ob nun in der Politik, oder schon bei den kleinsten Einheiten einer Gesellschaft wie der Familie, dem Freundeskreis oder dem Arbeitsplatz. Immer mehr (soziale) Bewegungen, die sich um das Recht auf Partizipation betrogen fühlen, lehnen sich dagegen auf, um sich Gehör zu verschaffen.

Warum ist Partizipation ein so großes Thema geworden? Und was bedeutet es überhaupt? In welchen größeren Kontext ist dieser Begriff einzuordnen? Und wer kann in einem Nationalstaat überhaupt partizipieren? Denn Partizipation –zumindest die politische- ist an die Staatsbürgerschaft gebunden. Somit ist ein großer Personenkreis von vorn herein ausgeschlossen wenn es um die typische politische Partizipationsform wie den Wahlgang geht.

Eine Möglichkeit der Teilhabe ohne den österreichischen Pass ist der Zusammenschluss in Vereinen. Besonders für Migrant_innen aus Drittstaaten ist dieser Weg oft der Einzige zur Partizipation in der Aufnahmegesellschaft. In der vorliegenden Arbeit wird es somit um Migrant_innenvereine als Akteure in der Aufnahmegesellschaft gehen. Der Grad und der

Grund der Beteiligung soll an der politischen und sozio-kulturellen Partizipation gemessen und analysiert werden.

In dieser Arbeit beziehe ich mich in der Analyse auf den bosnischen Migrant_innenverein „Zentrum der zeitgemäßen Initiativen Austria“ (ZZI). Dieser Verein soll ein Beispiel eines Teils der bosnischen Diaspora, die neben der serbischen, kroatischen und türkischen Gemeinschaft eine der größten Migrant_innengruppen in Österreich ist, darstellen. Anhand dieses Vereins werden verschiedene Möglichkeiten der Teilhabe genannt und ausgewertet und es wird die Frage gestellt, welche Auswirkung die Partizipation für die Mitglieder des ZZI bzw. für die bosnische Diaspora im Hinblick auf das Leben in Österreich hat. Lässt das Engagement die Mitglieder sich integrierter, anerkannter, wertvoller fühlen? Verändert sich die äußere Sicht auf Mitglieder_eines Migrant_innenvereins? Was passiert mit den Mitgliedern durch die Teilhabe hinsichtlich Integration? Diesen Forschungsfragen soll in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden.

Mit dieser Forschung sollen Formen der Partizipation aufgezeigt werden, die ohne Staatsbürgerschaft möglich sind. Sie sollen analysieren, ob jene Formen hinsichtlich lokaler Politik, Integration und Anerkennung etwas bewirken können und folglich Beachtung finden. Diese Forschung soll das Mitwirken von nicht-österreichischen Staatsbürger_innen am Geschehen im Aufnahmeland zeigen, um gegen den Vorwurf der Integrationsunwilligkeit vorzugehen. Eventuell ist es die Aufnahmegesellschaft, die den nächsten Schritt zur Integration gehen muss, indem sie Immigrant_innen beispielsweise mehr politische Partizipationsrechte einräumt.

Ebenfalls soll die Arbeit zumindest stückweise die binationale und transnationale Ebene der Partizipation aufzeigen, die durch den Migrant_innenverein von Österreich aus in ihrem Herkunftsland hergestellt wird. Es sollen Kooperationen, Partner und Aktivitäten aufgezeigt werden. Denn nie sind Migrant_innen unverbunden mit ihrer alten Heimat. Sie engagieren sich für die Heimat von ihrem neuen Lebensmittelpunkt (Österreich) aus, um Fortschritte auf verschiedenen Ebenen mit voran zu treiben.

Die Arbeit hat folgenden Aufbau: Nach der Vorstellung des Themas der Arbeit und der Einbettung des Themas wird zunächst eine knappe Einführung in die Demokratietheorie gegeben und folglich in die Grundmerkmale und die Qualität der Demokratie Österreichs. Folgend wird der zentrale Begriff ‚Partizipation‘ der vorliegenden Arbeit in die Demokratietheorie eingebettet. Alsdann sollen die Leser_innen mit den Methoden der Analyse bekannt gemacht werden. Fünf Interviews werden als problemzentrierte Interviews durchgeführt und nach der Methode der inhaltlichen Analyse ausgewertet. Außerdem werden

die Webpage des *ZZI* und die Newsletter des *ZZI* im Zeitraum 01/2011 – 04/2011 ebenfalls durch eine inhaltliche Analyse in die Beantwortung der Fragestellung mit einbezogen.

Vor der Analyse wird der Verein *ZZI*, seine Mitglieder und seine Aktivitäten vorgestellt. In einem nächsten Kapitel werden Funktionen und Bedeutungen von Migrant_innenvereinen im Allgemeinen beschrieben und ein Analyseraster für die spätere empirische Analyse des *ZZI* entworfen.

Anschließend wird eine ausführliche Analyse der Partizipation des *ZZI* vorgenommen, wonach die Forschungsfrage welche Auswirkungen die Partizipation des und im *ZZI* auf die Mitglieder des *ZZI* und die bosnische Diaspora hat, beantwortet wird.

Während des Studiums der Internationalen Entwicklung, deren Inhalt es ist Ungleichheiten verstehen zu lernen und deren Ursprünge und Folgen freizulegen und zu erkennen, geht es meist um Ungleichgewichte im internationalen Geschehen bzw. um Ungerechtigkeiten in den Ländern des Südens. Um Ungleichheit zu sehen muss man aber nicht erst weit reisen, denn man hat diese im eigenen Land und sogar in der eigenen Stadt besonders im Bezug auf Zugewanderte, die versuchen einen neuen Lebensmittelpunkt zu finden. Das Gefühl des *Wir* und der *Anderen* existiert noch immer und dagegen gilt es vorzugehen. Mir war es wichtig diese Arbeit zu schreiben als eine ganz persönliche Entgegenbringung von Anerkennung an all jene Personen, die täglich versuchen in der neuen Heimat ihr Leben aufzubauen und gegen Ungleichheiten bzw. gegen Ungerechtigkeiten aufgrund ihres Migrationshintergrundes vorzugehen und ihr Leben selbstständig zu gestalten.

1. 2. Die Integrationsdebatte in Österreich:

In der österreichischen Integrationsdebatte, die sich seit den 1980er Jahren (Bauböck/Perchinig 2006: 726) hinzieht und zu aktuellen Anlässen - wie der Demokratisierungswelle in Nordafrika und den dadurch entstehenden Flüchtlingsströmen gen Europa - immer wieder in den Fokus politischer Debatten gerät, wird die Migration nach Österreich in österreichischen Medien oft als bedrohliches Szenario dargestellt. Die neu ankommenden Zuwander_innen, ob Flüchtlinge oder Arbeitssuchende, werden von wichtigen Parteien und Politiker_innen als eine Bedrohung für die Stabilität der österreichischen Gesellschaft dargestellt, obwohl Österreich bereits eine lange Geschichte der Migration hat. Österreich war sowohl Auswanderungs-, Einwanderungsland, sowie Transitstaat für Migrant_innen (vgl. Fassmann 2007: 44ff). Auswanderungsland war Österreich etwa im 19. Jahrhundert, in dem es eine große europäische Migrationswelle in die Vereinigten Staaten gab (vgl. Fassmann 2007: 38).

Zwischen 1900 und 1910 wanderten viele Österreicher_innen in die USA ab. In der Zwischenkriegszeit in den 1930er Jahren kam es verstärkt zur Zuwanderung in Österreich, die als bedrohlich galt und folglich limitiert wurde (vgl. Fassmann 2007: 42)

Nach dem Krieg wurde Österreich kurzfristig nochmals zum Auswanderungsland, da die so genannten ‚Displaced Persons‘ aus dem Krieg zurück in ihre Heimat wanderten (vgl. Fassmann 2007: 44). Einige Jahre nach dem Krieg kam die Phase der Gastarbeiter_innen, die Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre aufgrund des Arbeitskräftemangels nach Österreich wanderten.

„Rotationspolitik war die Devise: kurzfristige Aushilfe durch ausländisch Arbeitskräfte, wenn Nachfragespitzen entstehen, aber auch wieder Rückwanderung, wenn die Konjunktur nachlässt.“ (Fassmann 2007: 46).

Die Devise des kurzfristigen Aufenthalts hat bekanntermaßen nicht funktioniert. Somit geht es in der vorliegenden Arbeit oft um jene Menschen, die mittlerweile viele Jahrzehnte in Österreich leben, aber auch um jene, die als Flüchtlinge in das zentraleuropäische Land gekommen sind.

Denn nicht nur die neuen Zuwander_innen werden als Problem wahrgenommen, sondern auch die Immigrant_innen, die inzwischen viele Jahre und Jahrzehnte in Österreich leben, ihre Familien hier gegründet haben und seit Jahren im Aufnahmeland arbeiten und Steuern zahlen, gelten dennoch nicht als integriert. Welches Bild von der Einwanderung in Österreich steckt da dahinter? Was ist der Tenor der Integrations- bzw. der Migrationsdebatte?

Die Beantwortung dieser Frage ist, zumal es ein pluralistisches Parteiensystem gibt, nicht für alle österreichischen Parteien und Politiker zu beantworten. Dennoch lassen sich allgemeine Tendenzen in dieser Debatte einschätzen.

Rainer Bauböck gibt folgende Einschätzung zur Einstellung Österreichs gegenüber Zuwanderung und Migrant_innen ab: „Österreich ist [...] weiterhin ein ‚ungeklärtes Einwanderungsland‘“ (Bauböck 2001: 13). Die benannte Quelle ist bereits elf Jahre alt, allerdings ist sie noch immer relevant wie die Leser_innen in den folgenden Abschnitten bemerken werden.

Für ein Land welches über Jahrzehnte hinweg verschiedenste Rollen in der Migration eingenommen hat (Auswanderungs-, Transit- und Aufnahmeland) „[...] ist es erstaunlich, wie wenig all dies in den kollektiven Selbstbildern der Nation und den aktuellen politischen Debatten um die Gestaltung der Zuwanderung reflektiert wird.“ (Bauböck/ Perchinig 2006: 726).

Dokumente wie „*Integrationspraktiken in Österreich*“ oder das Statistische Jahrbuch „*migration&integration*“ des österreichischen Integrationsfonds, legen den Eindruck nahe, dass die oben zitierten Autoren mit ihrer Annahme völlig falsch lägen. Auf den ersten Blick werden in dem vom *B.M.I* und dem *Europäischen Migrationsnetzwerk* (EMN) herausgegebenen Dokument Ansichten über Migration und Integration vertreten, die auf eine sehr hohe Akzeptanz der Migrant_innen und auf die Akzeptanz der Tatsache, dass Österreich schon seit langem ein Einwanderungsland ist, schließen lassen. Denn es wird von Integration als einem wechselseitigen und nicht einseitigen Prozess geschrieben (vgl. *Integrationspraktiken in Österreich* 2004: 16), was darauf schließen ließe, dass Österreich von dem Konzept der Assimilation, also der einseitigen Anpassung, abgerückt ist. Außerdem wird die Integration als ein Prozess beschrieben, in dem es darum ginge, durch Partizipation und Teilhabemöglichkeiten zu Integration zu gelangen (vgl. *Integrationspraktiken in Österreich* 2004: 16). Das Dokument und die vertretene Idee scheint einem prozesshaften, wechselseitigen und gewinnbringendem Verständnis von Integration zu entsprechen. Doch bei genauerem Lesen, entdeckt man den wahren Gehalt der Definition von Integration. So wird die Integration von Migrant_innen als „[...] zwangsläufig asymmetrisch [...]“ (*Integrationspraktiken in Österreich* 2004: 16) bezeichnet, was nachvollziehbar wäre, wenn es erläutert werden würde. Natürlich ist der Prozess asymmetrisch, denn eine Person, die in ein anderes Land kommt passt sich proportional mehr an. Auch ein anderer Punkt ist sehr aussagekräftig: der wechselseitige Prozess wird als „interessantes Element“ (vgl. *Integrationspraktiken in Österreich* 2004: 16) bezeichnet, nicht aber als ein erstrebenswerte Taktik der Integration. Ein weiterer gehaltvoller Satz ist folgender: „Einseitige Anpassung bzw. die Aufgabe der Kultur des Herkunftslandes zu verlangen, erscheint aber [...] als nicht mehr zeitgemäß.“ (*Integrationspraktiken in Österreich* 2004: 17). Es sei nicht mehr zeitgemäß, da man davon ausgeht, dass Zuwanderung nicht endgültig ist und man die Hoffnung hat - noch immer -, dass Migrant_innen nach einiger Zeit wieder zurück in ihre Heimatländer oder in Nachbarstaaten wandern würden (vgl. Bauböck/ Perchinig 2006: 728). So nennt man teilweise Anpassung als erstrebenswert, mit der Erklärung, dass Migrant_innen voraussichtlich nach einigen Jahren nicht mehr in Österreich verweilen würden. Dies ist allerdings eine Verdrehung der Tatsachen. Denn diese Hoffnung österreichischer Politiker_innen ist schon zu Zeiten der so genannten ‚Gastarbeit‘ nicht aufgegangen und dennoch „[...] wurde die geplante Rückkehr zur - allerdings oft hartnäckig beibehaltenen - Illusion.“ (Bauböck 1986: 233f zit. n. Bauböck/ Perchinig 2006: 730). Die österreichische Politik glaubt demnach weiterhin an die Rückwanderung derer, die noch kein Jahrzehnt in

Österreich verbracht haben und inoffiziell – wenn keine Rückwanderung stattfindet - auch an die Assimilation.

Weiterhin wird behauptet, dass Integration und Assimilation keine gegenläufigen Konzepte seien (vgl. Integrationspraktiken in Österreich 2004: 18). Denn Integration bedeutet nach der hiesigen Definition lediglich „[...] den Prozess der Eingliederung und die Teilnahme an der Gesellschaft;“ (Integrationspraktiken in Österreich 2004: 17). Wenn Integration so definiert wird – und nicht als wechselseitiger Prozess bei dem sich beide Seiten um ein gemeinschaftliches Zusammenleben bemühen und Veränderungen auf beiden Seiten in Kauf nehmen -, gibt es tatsächlich keinen großen Unterschied zum Konzept der Assimilation – also der einseitigen, völligen Anpassung - und dem der Integration. So heißt es weiter: „Trotz Kritik am Assimilationsbegriff muss hier gesagt werden, dass Assimilation auch ein mögliches Endresultat des Eingliederungsprozesses sein kann.“ (Integrationspraktiken in Österreich 2004: 18). Um nicht zu sagen: das gewünschte Endresultat, jedenfalls im Kontext der Debatte des Jahres 2004.

Es kann vermutet werden, dass von den Migrant_innen noch immer eine stark einseitige Anpassung an die österreichischen Werte, die Gesellschaft und die kulturellen Gegebenheiten verlangt wird. Diese These muss aber mit Sicht auf die weitere Integrationsdebatte überprüft werden. Wenn sich die These bestätigt wäre das Grundkonzept der Integration noch immer die Assimilation. Die Definition nach Alain Richardson (1957) lautet:

„*Assimilation* versteht er als Anpassung einer zugewanderten Minderheit an die Mehrheit, deren Werte und Verhaltensweisen die Minderheit nach und nach übernehme. Diese Verhaltensänderung sei vor allem von der *Motivation* der Einwanderer abhängig;“ (Treibel 1990: 64).

Wenn sich die österreichische Politik und Gesellschaft nach dieser Definition richtet, sind die Schuldigen bei einem Scheitern der Integration ebenfalls schnell gefunden: die Migrant_innen.

Es folgt der Faktor der Partizipation der Migrant_innen:

„Darüber hinaus kommt aber auch den ‚ethnic communities‘, die sich bereits in der Aufnahmegesellschaft konstituiert haben, Bedeutung im Integrationsprozess zu. ForscherInnen streichen allerdings hervor, dass Migrant*innenvereine und andere Formen der Selbstorganisation nicht von vornherein als ‚Integrationsbarriere‘ beurteilt werden sollten, sondern auch deren integrationsfördernde Wirkungen zur Kenntnis genommen werden sollten.“ (vgl. Fassmann/

Die Formulierung im Konjunktiv impliziert die Ansicht, dass Migrant_innenselbstorganisationen von politischen Parteien eher als integrationshemmend wahrgenommen wurden. In dem Absatz versucht die österreichische Politik der eigenen Bevölkerung eine Überzeugung nahe zu legen, die sie offensichtlich selbst nicht vertritt. Konsens ist also hier, dass das Engagement der Migrant_innen an politischen, sozialen und kulturellen Themen eher unerwünscht ist und bleibt.

Die Formulierungen und Aussagen sind in dem gesamten Dokument eher vage gehalten. Dennoch könnte man diese Aussagen als stellenweise rechtspopulistisch auslegen. So zum Beispiel das Schlagwort „Integration vor Neuzuzug“ (vgl. Bauböck/ Perchinig 2006: 736), das seit 2004 die Integrationsdebatte bestimmen, aber eigentlich „[...] eine Fortsetzung der bisherigen Politik.“ (Bauböck/ Perchinig 2006: 736) bedeutet. Damit versuchen die österreichischen Parteien die immer restriktivere Einwanderungspolitik in Österreich zu rechtfertigen und schützt sich somit vor einem Anstieg der Zuwanderung. Diese Aussagen beziehen sich zunächst lediglich auf den Zeitpunkt um das Jahr 2004.

Seit 2004 hat sich die Debatte aber weiterhin kontinuierlich verändert. Im Jahr 2011 wurde das neue *Staatssekretariat für Integration* geschaffen, dessen Leitung von Sebastian Kurz von der ÖVP im April 2011 angetreten wurde (vgl. 19.4.2011 <http://kurier.at>, Zugriff: 14.7.2011). Mit Sebastian Kurz, einem 24 Jahre jungen Politiker, der sein erstes Staatssekretariat inne hat und unter der Kritik steht, nicht für dieses Amt qualifiziert zu sein (Kogoj 3.5.2011; Standard), kann man die Wichtigkeit erkennen, die dem Thema und dem Staatssekretariat für Integration entgegen gebracht wird. „[...] die Bestellung des Staatssekretärs ist eine Verhöhnung all unserer bisherigen Forderungen [für ein Integrationssekretariat].“ [Anm. T.Z.] (Kogoj 3.5.2011; Standard). Selbst in einem Artikel der *Presse* vom 22.4.2011, der den neuen Staatssekretär in Schutz zu nehmen versucht, steht: „In Integrationsfragen hat Sebastian Kurz keine wirkliche Expertise.“ (Pink 22.4.2011; Presse). Dies spiele im Grunde aber keine Rolle, denn es wisse ohnehin niemand wozu ein *Staatssekretariat für Integration* gut sein soll (Pink 22.4.2011; Presse). Denn „Die Einrichtung eines Integrationsstaatssekretariats ist in erster Linie einmal ein Eingeständnis, dass es mit der derzeitigen Integrationspolitik nicht zum Besten steht.“ (Pink 22.4.2011; Presse).

Im Juli erschien der *Integrationsbericht 2011*, dessen neues Motto „Integration durch Leistung“ (Integrationsbericht 2011: 1) ist und in dem 20 Maßnahmen zur Integration durch einen Expertenrat erarbeitet wurden.

„Ziel muss es sein, Menschen in Österreich nicht nach ihrer Herkunft, sondern nach ihrer Leistung zu beurteilen. Allen Menschen, die in Österreich etwas erreichen wollen, möchten wir die Chance und Möglichkeit geben, ihren Weg bei uns zu gehen.“ (Integrationsbericht 2011: 1).

Demnach ist integriert, wer viel leistet. So lautet die neue Definition von Integration:

„Wer sich einsetzt und aktiv am sozialen Leben Österreichs teilnimmt, ist integriert und akzeptiert. Nicht Herkunft, sondern Leistung ist maßgeblich, um in Österreich erfolgreich zu sein.“ (Integrationsbericht 2011: 1)

Die Frage, ob, aber vor allem wie zugelassen wird, das Immigrant_innen sich aktiv beteiligen, ist dadurch nicht beantwortet. Wie werden Chancen und Möglichkeiten eingeräumt? Wie sehen die Prozesse der Öffnung für mehr Partizipation aus? Hinzu kommt, dass weiters eine Doppelleistung von Immigrant_innen verlangt wird. Immigrant_innen müssen sich nicht nur integrieren, sondern sie müssen sich durch Leistung integrieren. Immigrant_innen sind einer ständigen Doppelbelastung ausgesetzt. In ihrem Fall genügt ein guter Schul- und Universitätsabschluss nicht, um in der Gesellschaft eine Statusveränderung herbei zu führen, wie beispielsweise bei einer Österreicherin. Immigrant_innen müssen zu den besten des Jahrganges gehören, perfekt Deutsch sprechen und sich wenn möglich noch für die österreichische Gesellschaft engagieren, damit sie als integriert angesehen werden.

Der Integrationsbericht enthält einen Maßnahmenkatalog, der von einem Expertenrat auf dem Gebiet der Integration angelegt wurde. Heinz Fassmann, Vorsitzender des Expertenrates schreibt:

„Die Maßnahmen, die vorgestellt werden, sind Einzelmaßnahmen, die zusammengekommen immer darauf abzielen, die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Neu- und Altzuwander/innen zu verbessern.“ (Fassmann im Integrationsbericht 2011: 6).

So scheint es, dass Partizipations- und Teilhaberechte für Immigrant_innen ausgebaut und verbessert werden sollen. Als Maßnahmenbeispiele werden die Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse, die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen und die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen mit Migrationshintergrund genannt (vgl. Integrationsbericht 2011: 6). Es wird allerdings nicht darauf eingegangen, wie man zu diesen Zielen gelangen möchte. Weiters gesteht Fassmann im Namen des Expertenrates ein:

„Erst sehr spät hat die Politik erkannt, dass aus den Zeitwander/innen Zuwanderer/innen geworden sind, die eine Perspektive des Dableibens verfolgen. Nachholen, was versäumt wurde, heißt nun der Auftrag.“ (Fassmann im Integrationsbericht 2011: 6).

Dieses Eingeständnis ist groß, denn man bestätigt hier die oben genannte These von Bauböck, dass Österreich sich lange nicht als Einwanderungsland wahrgenommen hat. Was genau das aber für den Umgang mit Immigrant_innen bedeutet oder bedeutet hat, wird nicht weiter ausgeführt.

Weiter wird eine Definition von Integration des Expertenrates angeführt, wo es heißt:

„Der Expertenrat sieht Integration als die empirisch messbare und die intentional zu fördernde, möglichst chancengleiche Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens [...]“ (Integrationsbericht 2011: 9).

Daraus folgt:

„Für eine erfolgreiche Integration sind die Zugewanderten ebenso verantwortlich wie die schon anwesende Bevölkerung. Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft agieren in einem von der Politik vorgegebenen integrationspolitischen Rahmen, der Prozesse fördern und verhindern kann. Die erforderlichen Anpassungsleistungen sind dabei nicht symmetrisch verteilt und allein aufgrund der Logik der Quantitäten ist die Zuwanderungsbevölkerung mehr gefordert als die aufnehmende Gesellschaft. Dennoch gilt auch für sie: Platz-machen ist die Voraussetzung für das Platz-nehmen. Erfolgreiche Integration mündet jedenfalls in die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit der zugewanderten Bevölkerung, in Vertrauen in die aufnehmende Gesellschaft und deren Institutionen, in die Anerkennung und Einhaltung der dem Rechtsstaat zugrundeliegenden [sic!] österreichischen und europäischen Rechts- und Werteordnung und in eine relative Zufriedenheit mit dem Leben in der Einwanderungsgesellschaft.“ (Integrationsbericht 2011: 9f).

Auch hier ist das Eingeständnis herauslesbar, dass zunächst ein integrationspolitischer Rahmen gegeben sein muss, in dem Maßnahmen, die zur Integration führen sollen, stattfinden können. Diesen Raum kann nur die Politik bzw. die Mehrheitsgesellschaft stellen. Erst dann kann die Integration - die nicht symmetrisch ist - von Seiten der Zuwander_innen beginnen. Nach den kritischen Stimmen zu urteilen, ist dieser Rahmen aber noch immer nicht gegeben bzw. ist er nicht groß genug. So antwortet Cornelia Kogoj auf die Frage, wie

minderheitengerecht Österreich sei: „Ein klares 'Gar nicht'!“ (Kogoj 3.5.2011; Standard). Nach dieser Aussage ist es nicht verwunderlich, dass es mit der Integration in Österreich scheinbar nicht zum Besten steht. Das Zitat hinterlässt den Eindruck, wie auch der Bericht von 2004, dass bei einer nicht funktionierenden Integration die Zuwander_innen einen großen Teil der Schuld tragen und nicht die Mehrheitsgesellschaft.

Obwohl das neue Konzept von Integration fortschrittlicher klingt als jenes aus dem Jahre 2004, gerät es weiterhin unter Kritik. So melden sich die Grünen zu Wort, dass es wohl kaum an Papieren und Ideen für Maßnahmen fehle, sondern an der Umsetzung dieser (vgl. Standard 6.7.2011). Weiters fehlen im Bericht Punkte wie Mitbestimmung und Antidiskriminierung (vgl. Standard 6.7.2011). So stellt auch Alev Korun, Menschenrechtssprecherin von den Grünen in einer prägnanten Aussage die Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte dar:

„Deutschlernen ist für Neuankömmlinge sehr wichtig, aber zu den Lernpflichten müssen auch Rechte kommen. Integration ist wie Walzer tanzen, man braucht einen Partner dazu. Vierzig Jahre war es wurscht, ob Dragan oder Ayse gut Deutsch können, solange sie nur brav am Fließband hackelten. Als klar wurde, dass sie hierbleiben [sic!], hat man plötzlich getan, als wäre Deutsch das allein Seligmachende.“ (Standard-Interview mit Alev Korun am 6.7.2011).

Nach der Auswertung der beiden Integrationsberichte kann gesagt werden, dass nur scheinbar mehr für Integration getan wird als vor 2004, denn die Mittel für Integrationsmaßnahmen seien knapp (vgl. Integrationspraktiken in Österreich 2004: 47). Nebenher schürt die österreichische Politik und Medienlandschaft außerdem rechtspopulistische Meinungen, denn Menschen wie Heinz-Christian Strache der *FPÖ* schlachten solche Schlagworte wie „Integration vor Neuzuzug“ im Sinne ihrer rechtspopulistischen Politik aus (Jungnikl 31.5.2011; Standard).

Weiterhin zeigen beide Berichte, dass nur bis zu einem bestimmten Grad auf politischer Ebene etwas für Integration getan wird. Die Beihilfe beläuft sich auf die ersten Jahre der Anwesenheit eines_r neuen Mitbürgers_in, auf die Starthilfe (vgl. Integrationspraktiken in Österreich 2004). Für die Integration jener Personen allerdings, die schon Jahrzehnte im Land sind, wird kaum etwas unternommen oder angeboten. Es gibt zwar Vereine, die sich genau auf diese Immigrant_innen spezialisiert haben und Angebote aufstellen, allerdings haben diese Schwierigkeiten die Förderungen zu erlangen, die vom österreichischen Staat vergeben werden (wie man in der späteren Analyse erfahren wird). Das stellt ein Problem dar, weil die Verstetigung des Integrationsprozesses – z.B. die Beteiligung an lokalen gesellschaftlichen Prozessen – so nicht breitflächig stattfinden bzw. angeboten werden kann.

Die These von Rainer Bauböck, dass Österreich noch immer ein „ungeklärtes Einwanderungsland“ (Bauböck 2001: 13) ist, kann also teilweise bestätigt und belegt werden. Österreichs Politiker_innen kennen ihren Status als Einwanderungsland, versuchen aber mit allen Mitteln, diesen Fakt nicht an die Oberfläche des politischen Alltags steigen zu lassen. Dies wird einer der Gründe für die signifikanten Tendenzen der rechtspopulistischen Parteien wie der FPÖ sein, welche die allgemeine Stimmung und Atmosphäre in Österreich für ihre Zwecke zu nutzen weiß. Hier sollte betont werden, dass Integration an vielen Stellen nicht funktionierte und funktioniert, weil die österreichische Politik von Anfang an von falschen Tatsachen (z.B. dem Rotationsprinzip¹) ausgegangen ist und ausgeht und somit einen großen Teil der Verantwortung für die Nicht-Integration zu tragen hat. Dies wird durch die heutige Politik aber verschleiert. Denn wie bereits oben erwähnt, scheinen die Schuldigen leicht gefunden.

Zum Integrationsbericht 2011 ist abschließend zu sagen, dass Maßnahmen wie Anerkennung von Qualifikationen, die Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Frauen und der interkulturelle Dialog wichtige und nötige Vorhaben zur Integration sind, diese allerdings nur umgesetzt werden können, wenn zunächst die Mehrheitsgesellschaft Platz macht, wie es im oberen Zitat heißt. Denn erst auf ein Platz-machen kann ein Platz-nehmen stattfinden (Integrationsbericht 2011: 9f). Das scheint vielen Teilen der Politik und der Bevölkerung in Österreich noch nicht klar zu sein und noch immer besteht die Vorstellung von einem Nicht-Verändern der Mehrheitsgesellschaft und der Anpassung der Immigrant_innen. Die Assimilation hat demnach als Konzept für Integration auch im Jahre 2011 noch immer Bestand. Und weiterhin kann die Politik die Schuld für das Scheitern der Integration auf die Immigrant_innen schieben, die – nach ihrer Meinung - nicht bereit sind sich anzupassen.

„Österreich avanciert auf der EU-Ebene zum migrationspolitischen Hardliner. Auch dies macht deutlich, wie prekär faktische soziale Integration bleibt, wenn sie nicht durch einen gesellschaftlichen Konsens abgesichert wird. Dies ist in Österreich nicht gegeben. Vielmehr werden die Einwanderung und die europäische Integration selbst sowie die durch sie bewirkte Pluralisierung der österreichischen Gesellschaft immer noch als umkehrbar betrachtet.“ (Bauböck/ Perchinig 2006: 741).

So ist der Maßnahmenkatalog ein gut durchdachtes Schriftstück, an dessen Umsetzung es an vielen Stellen fehlen wird, da der gesellschaftliche Konsens nicht gegeben ist. Weiters könnte

man den Katalog als ein Absichtspapier bezeichnen, da Ideen zwar gegeben allerdings die konkreten Wege und Prozesse zur Zielerreichung nicht aufgezeigt werden.

1.2.1. Definition von Integration:

Integration wird in dieser Arbeit als ein wechselseitiger Prozess betrachtet, der lediglich Erfolg haben kann, wenn beide Seiten, also die Aufnahmegesellschaft und die Immigrant_innen im Allgemeinen, sich engagieren und bemühen. Integration wird als gegenseitige Annäherung verstanden, wobei dem ‚Platz-nehmen‘ der Immigrant_innen ein ‚Platz-machen‘ der Mehrheitsgesellschaft vorausgehen muss.

Weiters wird Integration als ein Prozess verstanden, der Zuwander_innen im Laufe des Aufenthalts in Österreich Teilhabemöglichkeiten eröffnet.

Es soll hervorgehoben werden, dass das Konzept der Assimilation keine Lösung bzw. kein Weg hin zur Integration sein kann, wenn man in einer funktionierenden Gesellschaft leben möchte. Die Aufgabe der eigenen Identität führt zu einem Verlust der Persönlichkeit jedes Einzelnen und somit auch zu einer gespannten Atmosphäre in der Gesellschaft, da der_die Zugewanderte weder für die eine noch für die andere Gesellschaft Zugehörigkeit empfindet.

1. 3. Forschungsgebiet der Migrant_innenselbstorganisationen:

Die Themen Migrant_innen, Partizipation und Migrant_innenselbstorganisationen sind in Österreich ein recht neues Forschungsgebiet, welches bisher nicht allzu intensiv behandelt und beforscht wurde. In Deutschland gibt es ausführliche Forschungen zu diesem Gebiet sowie zahlreiche Veröffentlichungen. Hier wurden homogene Migrant_innengruppen in spezifischen Umfeldern beforscht. Auch ist die Forschung über Partizipation und Selbstorganisationen in die Politik eingegangen, um daraus Maßnahmen abzuleiten. So zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Man hat sich dieses Forschungsgebiet in der Politik zu Nutzen gemacht, um Handlungsweisungen abzuleiten, in der Hoffnung die Integration voran zu treiben.

Dies blieb in Österreich bisher aus. Zwar gibt es vereinzelt Forschungen und Ansätze – einige die zum Beispiel auch in das Dokument *„Integrationspraktiken in Österreich“* eingeflossen sind -, aber das Feld ist, nach dem Ergebnis meiner Recherchen, nicht so stark ausgeprägt wie in Deutschland.

Die vorliegende Arbeit soll ein weiterer kleiner Beitrag zu diesem Forschungsgebiet sein. Spezifisch behandelt wird hierbei die bosnische Diaspora und im speziellen das *Zentrums der zeitgemäßen Initiativen Austria*.

1.4. Definitionen Immigrant_in:

Ein zentraler Begriff der Arbeit wird der des_der Immigrant_in sein. Erstens stellen so bezeichnete Personen die Mitglieder von Migrant_innenselbstorganisationen und zweitens den Personenkreis dar, welchen es zu integrieren gilt. Was bezeichnet also der Begriff Immigrant_in? Dazu gibt Hammar an: „In common usage, however, the term ‘immigrant’ has acquired the narrower meaning of ‘a person who migrates to a country with the intention of taking up permanent residence’ [...]” (Hammar 1985: 11). Auch das Free Dictionary bietet eine ähnliche Definition: „A person who leaves one country to settle permanently in another.“ (<http://www.thefreedictionary.com>; Zugriff: 20.7.2011). Mit Immigrant_in wird demnach niemand bezeichnet, der als Tourist in ein Land kommt, oder als eine Person, die beispielsweise projektbezogen für einige Monate in einem anderen Land arbeitet. Unter dem Begriff wird vielfach jemand verstanden „[...] der in einem Land, aus dem er nicht stammt, dauerhaft leben will.“ (<http://www.definition-of.net>; Zugriff: 20.7.2011). Um als Immigrant_in zu gelten muss im Vorhinein allerdings kein Plan bestanden haben, sich im Aufnahmeland anzusiedeln (vgl. Hammar 1985: 11). Es geht beim_bei der Immigrant_in also nicht lediglich um den Akt des Wanderns und des Ortswechsels, sondern der Wanderung muss eine Ansiedlung an einen neuen Ort und in eine neue Umgebung folgen. Nach der Definition müssen demnach bei der Wanderung nationale Staatsgrenzen überquert werden, um als Immigrant_in zu gelten. Eine Person, die innerhalb eines Landes einen Ortswechsel vornimmt und sich woanders ansiedelt zählt nicht als Immigrant_in.

Der Zeitraum von einer Residenz von drei Monaten (vgl. Hammar 1985: 11) ist sehr kurz gehalten. Dass man ab drei Monaten Aufenthalt als Immigrant_in gilt ist dann angemessen, wenn eine Rückwanderung nicht absehbar bzw. geplant worden ist, wie z.B. bei einer Person, die einen freiwilligen Dienst im Ausland macht und die Absicht hat, nach einem Jahr in ihr Ursprungsland zurück zu kehren. Personen, die beispielsweise für ein Studium nach Österreich kommen und demnach circa drei bis fünf Jahre dort verweilen, können nach meiner Auffassung aber sehr wohl als Immigrant_in bezeichnet werden, auch wenn sie Österreich nach Abschluss des Studiums voraussichtlich wieder verlassen.

In dieser Arbeit werden die Begriffe Immigrant_in und Zuwander_in synonym verwendet.

2. Demokratie - Die Klärung eines Begriffes:

In diesem Kapitel wird nicht die gesamte Geschichte der Demokratietheorien beschrieben werden. Auch die Beschreibung der Entwicklung der österreichischen Demokratie wird kurz gefasst. In diesem Kapitel sollen wichtige Punkte in Bezug auf Partizipation herausgearbeitet werden. Welchen Stellenwert nimmt die Partizipation in der Demokratie ein und warum tut sie das? Welche Lehre hat man aus der Geschichte und aus anderen Staatsmodellen gezogen?

Das Konzept der Demokratie ist spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges ein unangefochtenes Leitmodell. Meist unhinterfragt wird dieses Konzept als das Nonplusultra für die nationalstaatlichen Entwürfe herangezogen und gilt als „[...] momentan erfolgreichste Gestaltungsform [...]“ (Lins 2008: 4). Fast jeder Staat der Erde bezeichnet sich heute als demokratischer Staat. Aber was macht eine qualitative Demokratie qualitativ aus?

Allgemein bezeichnet die Demokratie eine Herrschaft die vom Volk ausgeht (vgl. www.wikipedia.de; Zugriff: 5.1.2012). Allein diese grundlegende Definition beinhaltet bereits das Konzept der Partizipation. Das Volk, da es die herrschende Macht ist, muss sich beteiligen, damit eine Demokratie überhaupt funktionieren kann.

„Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen- und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzen.“ (Crouch 2008: 8/9).

Der heutige Demokratiebegriff hat allerdings nur noch wenig mit dem ursprünglichen Begriff aus der Antike zu tun. (vgl. Buchstein 2006: 47). Einiges hat sich in modernen Demokratien geändert, andere Sachverhalte sind jedoch noch immer erhalten. So sind Frauen mittlerweile zu Wahlen zu gelassen, Nicht-Staatsbürger_innen allerdings in den meisten Staaten noch immer nicht. Demokratie galt außerdem lange Zeit als kein gutes Staatskonzept:

„Die Entwicklung der Demokratie zur populärsten Staatsform wurde jedoch für eine lange Zeit unterbrochen. So galt in der Vergangenheit lange bei der großen Mehrheit der PhilosophInnen, der StaatswissenschaftlerInnen und der PolitikerInnen die Demokratie als schlechte Staatsform, im besten Falle noch als eine Ordnung, die nur im Rahmen kleiner Gemeinwesen möglich sei und einer Mischung mit anderen Staatsformen, wie der der [sic!] Monarchie, Aristokratie oder Oligarchie.“ (Lins 2008: 7).

Das Konzept der Demokratie musste demnach einen weiten Weg zurücklegen und einige hegemoniale Kämpfe überstehen, um als populäre Staatsform anerkannt zu werden.

Auf der Wikipedia-Seite zu Demokratie ist herauszukristallisieren, dass die Grundelemente einer Demokratie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit sind (vgl. www.wikipedia.de; Zugriff: 5.1.2012). Dies überschneidet sich mit dem ersten Definitionsversuch von Diamond und Morlino:

„At a minimum Democracy requires: 1) universal adult suffrage; 2) recurring, free, competitive, and fair elections; 3) more than one serious political party; and 4) alternative sources of information.“ (Diamond/ Morlino 2005: x/xi).

Wenn diese Elemente gegeben sind können die drei Ziele der Demokratie „[...] political and civil freedom, popular sovereignty [...] , and political equality [...]“ (Diamond/ Morlino 2005: xi), erreicht werden. Auch Buchstein behauptet, dass

„Politische Systeme, die heute den Namen ‘Demokratie’ tragen, [...] sich demgegenüber durch die Existenz von Repräsentativversammlungen, Personalwahlen, Gewaltenteilung und durch verfassungsmäßige Grenzen der politischen Entscheidungsfreiheit aus[zeichnen].“ [Veränderung durch T.Z.] (Buchstein 2006: 48).

In einer weiteren Definition werden ähnliche Aspekte genannt:

„Als demokratisch gilt ein politisches System, sofern die Merkmale eines kompetitiven Wahlregimes, der politischen Teilhaberechte, der bürgerlichen Freiheitsrechte, der Gewaltenteilung sowie einer effektiven Regierungsgewalt vorgefunden werden.“ (Springs o. J.: 3).

So verschieden die Definitionen von Demokratie auch sein können, gewisse Elemente sind in ihr immer vorhanden.

Man sieht also, die Basis der Demokratie besteht aus verschiedenen Säulen, die nicht fehlen oder brechen dürfen: bürgerliche Freiheitsrechte. D.h. Bürger müssen frei sein, ihre Vorstellungen und Meinungen auszudrücken. Dabei spielt die Gleichheit vor dem Gesetz eine große Rolle und ebenfalls die Gleichheit bei der Ausübung der Macht (vgl. Diamond/ Morlino 2005: xi), wie z.B. bei Wahlen. Jede_r erwachsene_r Bürger_in sollte das Recht haben, zu wählen und sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Hier sollte nochmals betont

werden, dass eine Demokratie ohne freie Bürger_innen nicht funktionieren kann. Wenn die Bürger_innen unfrei sind, kann man nicht mehr von einem demokratischen System sprechen. Die Qualität einer Demokratie stellt man mit ähnlichen Kriterien fest: „A good democracy is thus first a broadly legitimated regime that satisfies citizen expectations of governance [...]” (Diamond/ Morlino 2005: xii). Die Ausdrucksweise ist ungünstig gewählt. Klar ist, dass eine Regierung nicht alle Erwartungen eines_r Jeden erfüllen kann. Eine Gesellschaft ist heterogen und wird von vielen Vorstellungen, Idealen und Erwartungen beeinflusst und gelenkt. Die Kunst einer Regierung ist also die goldene Mitte zu finden und zu versuchen, so viele Denk- und Erwartungsrichtungen in ihre Politik einzubinden. Nur so kann sie zu einer legitimierten Regierung werden. „Second, a good democracy is one in which its citizens, associations, and communities enjoy liberty and political equality [...]” (Diamond/ Morlino 2005: xii). Alle Bürger_innen sollen also das Recht haben zu wählen (ab einem bestimmten Alter) und sollen vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Ganghofer definiert die politische Gleichheit folgendermaßen:

„(1) Jeder Bürger hat eine Stimme; (2) die Gesetzgebung basiert grundsätzlich auf der Mehrheitsregel[...]; (3) jeder Bürger muss dieselbe Möglichkeit haben, ein Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen; (4) in der Phase der Abstimmung muss jeder in der Lage sein, Koalitionen zu bilden, die seinen Interessen dienlich sind.“ (Ganghofer 2005: 12).

Damit einher geht die Freiheit, seine Gedanken, Meinungen, Vorstellungen usw. ausdrücken zu können, ohne Strafen oder Repressalien zu erleiden.

„[...] in a good democracy the citizens themselves have the sovereign power to evaluate whether the government provides liberty and equality according to the rule of law.” (Diamonds/ Morlino 2005: xii). Dies entscheiden die Bürger_innen dann mit jeder Wahlperiode neu. Wenn die Wahlen fair und gerecht ablaufen, wird auch das von der Mehrheit gewollte Ergebnis herauskommen. Ob dies für die Allgemeinheit rein positiv ist, oder ob es für Minderheiten zu problematischen Situationen führt ist im Vorhinein nicht absehbar. Denn die Mehrheit kann zwar über Regierung und Gesetzmäßigkeiten entscheiden, ob dies allerdings immer richtig ist, ist eine Frage die man von Mal zu Mal neu analysieren muss.

Auch Charles Tilly arbeitete eine Checkliste für die Qualität der Demokratie in Anlehnung an das *Freedom House*² heraus, oder besser gesagt eine Checklist, um zu überprüfen, ob ein

² „Freedom House is an independent watchdog organization that supports the expansion of freedom around the world.” (www.freedomhouse.org; Zugriff: 5. 1. 2012).

Land als Demokratie bezeichnet werden kann oder nicht. Er nennt drei Punkte: „Political Standing:“ (Tilly 2007: 6) Das bedeutet, dass die Machthaber wissen sollten, womit sie es zu tun haben, wenn sie von Demokratie reden. Sie sollten wissen, dass man sich in einer Demokratie anders verhält als beispielsweise in einem autoritären Regime (vgl. Tilly 2007:6). Konflikte werden anders geregelt, die Bevölkerung hat mehr und auf andere Weise Mitspracherecht. Sie müssen sich also ihren politischen Standpunkt suchen und diesen beibehalten bzw. immer wieder erneut ausloten.

Der zweite angeführte Punkt ist der der Lebensqualität (vgl. Tilly 2007: 6). Tilly bezeichnet die Demokratie als „[...] a good in itself [...]“, was sehr bezeichnend ist. Damit soll wohl ausgedrückt werden, dass der Begriff Demokratie für einen Staat wie ein Abzeichen wirkt, welches dafür steht, dass die Menschen, die in ihr leben, bessere Lebensumstände erlangen können, als Menschen, die in anderen Regimes leben. Durch den Grundsatz der Gleichheit in der Demokratie haben die Menschen im Idealfall Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung (vgl. Tilly 2007:6) usw. und können dadurch ihre Lebensumstände verbessern. Der dritte Punkt „Explanation“ (Tilly 2007:6), fragt danach, wie man die Entwicklung der Demokratie und ihren Einfluss auf das kollektive Leben erklären kann und soll (vgl. Tilly 2007:6). „Democratization only occurs under rare social conditions [...]“ (Tilly 2007: 6). Während man mit Hilfe von Tillys Modell feststellen kann, ob ein Land überhaupt als Demokratie zu bezeichnen ist, kann mit dem Modell von Diamond und Morlino die Qualität der Demokratie gemessen werden.

Aus dieser Definition der Qualität der Demokratie leiten die Autoren Diamonds und Morlino „[...] eight dimensions on which democracies vary in quality.“ (Diamonds/ Morlino 2005: xii) ab. Diese sind: „[...] rule of law, *participation* [Hervorhebung T.Z.], competition and accountability, [...] rules and practices [...] respect for civil and political freedoms, [...] responsiveness [...]“ (Diamond/ Morlino 2005: xii).

2. 1. Demokratiequalität Österreichs:

Bevor wir auf die Demokratiequalität in Österreich zu sprechen kommen, gibt es einen knappen Einstieg in die Demokratieentwicklung des Landes.

In Österreich kam nach dem ersten Weltkrieg die erste demokratische Verfassung auf. Eine Monarchie war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr tragbar (vgl. Schambeck 1986: 225).

„Für den Aufbau des neuen staatlichen Gebildes im (deutsch-)österreichischen Nachfolgestaat bot sich dabei die *parlamentarische Herrschaftsform* aus mehreren Gründen als *logische*

Lösung an: Zum einen sah man in einem konsequenten Ausbau der parlamentarischen Herrschaftsordnung die einzig mögliche Form der praktischen Verwirklichung demokratischer Ideale und Postulate nach politischer Selbstbestimmung des Volkes.“ (Schambeck 1986: 225).

Ab 1933 kam es zu Spannungen, die zum Zweiten Weltkrieg führten und die parlamentarische Ordnung der ersten Republik zunächst beendete, bis mit der Unabhängigkeitserklärung am 27. 04. 1945 die zweite Republik gegründet wurde (vgl. Schambeck 2008: 255).

Österreich wird heute als parlamentarische Demokratie bezeichnet und hat mittlerweile einige Reformen durchlebt (vgl. Parlament o.J.: 6/13).

„An der Spitze des österreichischen Staates steht der Bundespräsident, der direkt vom Volk legitimiert wird.“ (Lins 2008: 42). Die wichtigste Institution ist der Nationalrat, „[...] dessen Mitglieder durch Wahlen legitimiert werden.“ (Lins 2008: 43).

Die politische Teilhabe der Bürger_innen ist in der österreichischen Demokratie auf Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren beschränkt (vgl. Lins 2008: 42/63f; vgl. Valchars 2006: 71). Große Entscheidungsgewalt für das Volk bedeutet das nicht. Denn Wahlen bedeuten keine Entscheidungen, sondern es wird die Partei gewählt von der die Mehrheit glaubt, dass jene in konkreten Situationen wie man selbst entscheiden würde. Lediglich ein Volksbegehren kann durch Bürger_innen selbst verlangt werden (vgl. Lins 2008: 65). Ebenso verhält es sich auf Landesebene (vgl. Lins 2008: 70). Die Frage nach der Demokratiequalität hinsichtlich der politischen Partizipation kommt dadurch auf.

Zunächst soll allerdings noch ein Abschnitt folgen, in dem es um das Wesen der österreichischen Demokratie geht. In Österreich finden wir eine parlamentarische Demokratie vor, wie bereits oben erwähnt. Das bedeutet, dass das Parlament und nicht z.B. der Präsident Entscheidungsgewalt trägt (vgl. Meyer 2009: 90). So „[...] sind Rolle, Legitimation und Mitwirkungsmacht der politischen Parteien für den Regierungsprozess ausschlaggebend.“ (Meyer 2009: 91). Parlamentarismus ist eine Form der repräsentativen Demokratie (vgl. Meyer 2009: 90).

Österreich ist aber außerdem als ein Wohlfahrtsstaat einzuordnen (vgl. Gerlich/ Pfefferle 2006: 502) und gehört somit auch zu der Gruppe der Sozialen Demokratien (vgl. Schmidt 2008: 225). Ein weiterer Beweis dafür ist, dass der Staat Österreich die Demokratie nicht nur als politisches System, sondern auch als Wertegrundlage sieht, welche in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein greift (vgl. Integrationsbericht 2011: 25). Dies kann man auch am Beitritt Österreichs in die EU erkennen, bei dem eine Anerkennung des aquis

communautaire von allen Mitgliedstaaten verlangt wird (vgl. BPB <http://www.bpb.de>; Zugriff: 18.7.2011).

Die österreichische Demokratie hat eine recht große Parteienlandschaft, die von Wechselt geprägt ist (vgl. Campbell 2002: 22f), es gibt freie Wahlen und das Recht auf Meinungsfreiheit kann ohne Angst vor Repressalien genutzt werden. Wie schneidet Österreich aber bei Demokratierankings ab? Dieser Frage soll nun besonders im Bezug auf ausländische Mitbürger_innen nachgegangen werden.

David F. J. Campbell hat dazu ein Werk veröffentlicht, indem er die Staatsbürgerschaft und ihre Erlangung, Integration von ausländischen Mitbürger_innen, sowie Meinungsfreiheit analysiert. Nach ihm und nach *Freedom House* wird die demokratische Freiheit in Österreich im Vergleich sehr hoch eingeschätzt. Der Staat erhält hier eine Bewertung von 1 und ist somit an der Spitze der *Freedom House* Skala (vgl. Campbell 2002: 30). Um die allgemeine demokratische Freiheit muss demnach nicht gebangt werden. Sobald es allerdings zum Thema politische Partizipation und Staatsbürgerschaft kommt, weichen die positiven Werte ins Negative ab. Nur durch die Staatsbürgerschaft erlangt eine Person das Recht zu wählen und gewählt zu werden (vgl. Campbell 2002: 30f). Ebenso verhält es sich mit der Teilnahme an Volksbegehren, Volksbefragungen und der Volksabstimmung (vgl. Schaller 2003: 73f). Die Staatsbürgerschaft ist in Österreich schwer zu erlangen (vgl. Schaller 2003: 280), denn in Österreich gilt ein reines *Ius Sanguinis* Prinzip. Somit sei

„[...] ein reines *Ius Sanguinis* im Hinblick auf Demokratiequalität als bedenklich einzustufen, da dabei vorrangig ein ‚biologisches Abstammungsprinzip‘ über politische Teilnahmemöglichkeiten entscheidet und der staatsbürgerliche Status der Eltern beträchtlich die politischen Partizipationschancen der Kinder [...] bestimmt. In Österreich basiert der Staatsbürgerschaftserwerb weitgehend auf einem reinen *Ius Sanguinis*.“ (Campbell 2002: 31).

Sobald die Eltern eines Kindes also keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, erlangt das Kind diese ebenfalls nicht (vgl. Schaller 2003: 280). Dies führt dazu, dass Familien über Generationen hinweg als fremd eingestuft werden, obwohl sie teilweise über Jahrzehnte in Österreich wohnhaft sind oder im Falle der Kinder sogar im österreichischen Staat geboren wurden. Ausländische Mitbürger_innen, die über Jahre im österreichischen System leben haben keine politische Teilhabe. So schreibt Christian Schaller: „Etwa 9% der Wohnbevölkerung sind mangels österreichischer Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen.“ (Schaller 2003: 71). Bei einer gesamten Einwohnerzahl von 8.402 Mio. (vgl.

Statistik Austria <http://www.statistik.at>; Zugriff: 28. 2. 2011) macht das 756.000 Menschen aus.

Campbell sieht in diesem Abstammungsprinzip eine Gefahr für wachsenden Populismus und sieht die Lösung in der einfacheren Erlangung der Staatsbürgerschaft:

„Je größer der Anteil der Nicht-StaatsbürgerInnen, desto höher fällt das populistische Potenzial für den Parteienwettbewerb aus. Soll gegen Populismus ein effektiver Riegel vorgeschoben werden, müsste der Anteil der Nicht-StaatsbürgerInnen an der Wohnbevölkerung möglichst verringert werden (Campbell 2002: 31).

Diese These ist ein gutes Argument für die Erleichterung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft und für die doppelte Staatsbürgerschaft, die in Österreich nicht möglich ist (vgl. Campbell 2002: 32/ vgl. Schaller 2003: 280). Auch Christian Schaller plädiert für eine Zulassung der ausländischen Mitbürger_innen zu Wahlen und für mehr Teilhaberechte für jene (vgl. Schaller 2003: 77ff). Denn

„Im Rahmen der Schranken grundrechtlicher Meinungs-, Vereins-, und Versammlungsfreiheit [...] ist auch nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen grundsätzlich zivilgesellschaftliche Partizipation möglich. Faktisch beteiligt sich nur eine Minderheit der Bevölkerung, weil dafür mehr Zeit als für Wahlen und direkte Demokratie, stärkere persönliche Betroffenheit und mehr Zivilcourage erforderlich ist.“ (Schaller 2003: 82).

Die Einflussmöglichkeiten bleiben somit für ausländische Mitbürger_innen sehr gering (vgl. Schaller 2003: 228). Denn Einfluss auf politische Entscheidungen kann durch zivilgesellschaftliches Engagement nur sehr punktuell genommen werden. Das Engagement zählt lange nicht so viel wie eine Wähler_innenstimme, obwohl es mehr Zeit und mehr Energie in Anspruch nimmt. Von der politischen Partizipation einmal abgesehen sind „Einige Grundrechte [...] in Österreich immer noch den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten [...]“ [Auslassungen: T.Z.] (Schaller 2003: 280).

Im Punkte Integration von ausländischen Mitbürger_innen greift Campbell auf die rechtliche Diskriminierung zurück, um Integration messbar zu machen. Hier behilft er sich durch die Studie die von Bauböck und Çinar durchgeführt wurde. Auf einer Skala von eins bis sieben, wobei sieben rechtliche Diskriminierung bezeichnet, bekommt Österreich bei dem Thema Aufenthalt die Note 4, bei dem Familiennachzug die Note 7, bei der selbstständigen Beschäftigung die Note 7, bei sozialen Rechten die Note 6 und bei politischen Rechten die

Note 7 (vgl. Bauböck/ Çinar 2001 zit. n. Campbell 2002: 32f). Insgesamt ergibt das ein durchschnittliches Ergebnis von der Note 6. Dass das ein trauriges Zeugnis von österreichischer Integrationspolitik ist, ist demnach nicht mehr zu bezweifeln. Sogar im Endbericht der ‚*Kommission gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*‘ des *Europarates* wird die diskriminierende Behandlung gegenüber Immigrant_innen durch Polizei und Behörden festgestellt und kritisiert. (vgl. Der Standard 4. 4. 2001 zit. n. Schaller 2003: 229). Um etwas für das Mitspracherecht zu tun und den Integrationsprozess voran zu treiben, wurden Ausländer_innen- und Migrant_innenbeiräte auf der kommunalen Ebene eingerichtet (vgl. Schaller 2003: 283).

„Eine vollständige und gleichwertige Mitbestimmung ausländischer StaatsbürgerInnen [...] können diese Beiräte jedoch nicht ersetzen, da ihnen nur beratende Funktion in MigrantInnen betreffenden Fragen zukommt.“ (Schaller 2003: 283).

Diese Beiräte können den Anspruch an Teilhabe und Mitbestimmung also nicht erfüllen. Bis ins Jahr 2011 hat man an der rechtlichen Lage der Migrant_innen nichts verbessert. Das mag daran liegen, dass der Bedarf von der Seite der österreichischen Wahlbevölkerung nicht besteht. So sind 55% der Österreicher_innen gegen ein Wahlrecht der Migrant_innen (vgl. Schaller 2003: 284). Außerdem steigen Ausländerfeindlichkeit und damit auch Populismus stetig an (vgl. Schaller 2003: 285).

Demokratie und Partizipation stehen - wie gezeigt wurde - in einem engen Zusammenhang. Ist die Möglichkeit der Partizipation nicht gegeben, ist die Qualität der Demokratie eingeschränkt und hat schwerwiegende soziale und politische Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft des jeweiligen Staates, wie der Anstieg von Populismus, Fremdenfeindlichkeit, soziale Spannungen, Parallelgesellschaften usw.

3 . Partizipation: Ein Definitionsversuch:

Wichtig für den Kontext dieser Arbeit ist die Dimension der Partizipation. In der Forschung wird angenommen, dass eine Demokratie ohne Partizipation nicht funktionieren kann, da nur durch die Beteiligung der Bevölkerung Politik stattfinden kann.

„Die Demokratie lebt wie keine andere politische Herrschaftsform von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Meinungs- und Willensbildung und am politischen Entscheidungsprozess.“ (Meyer 2009: 133).

Was bedeutet aber nun politische und soziale Partizipation? Bevor eine Definition gegeben wird, soll nochmals hervorgehoben werden, dass ohne gleiche Möglichkeiten der Partizipation eine Gesellschaft keine Chancengleichheit und Gleichberechtigung garantieren kann (vgl. Yildiz 2005: 36).

„Politische Beteiligung ist diejenige Handlung, die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1987: 136 zit. n. Gronemeier 2005: 2). Hier sind folgende Dinge herauszulesen: Erstens sind an der politischen Partizipation Individuen beteiligt (vgl. Gronemeier 2005: 2). Individuen, die sich zwar in Gruppen zusammenschließen können, aber in der jede_r selbst entscheidet wobei er_sie sich mit welchem Ausmaß beteiligt. Außerdem wird in der Definition hervorgehoben, dass die Handlungen freiwillig sein müssen. Sie dürfen nicht durch eine Verpflichtung oder Zwang oktroyiert werden (vgl. Gronemeier 2005: 2).

Auch eine Definition von Buse klingt ähnlich:

„In diesem Sinne bezeichnet politische Partizipation jede Art von Versuchen der Einflußnahme oder Beteiligung an dem durch die staatlichen Institutionen und den Bestand der öffentlichen Aufgaben ausgewiesenen politisch/administrativen Bereich [...]“ (Buse 1978: 41).

Partizipation ist also immer eine Einmischung einer bestimmten Gruppe von Bürger_innen, die Schwachstellen im demokratischen System des Staates entdecken. Politische Beteiligung geschieht demnach weder ohne Ziel noch ohne das Streben danach, dieses zu erreichen (vgl. Buse 1978: 42).

„Das gilt auch für solche Partizipationsbestrebungen, die allein auf größere Selbstbestimmung und mehr Mitspracherecht zielen, da hierdurch die Chancen zur Partizipation an späteren Entscheidungen und damit die Chancen zukünftiger Bedürfnisbefriedigung beeinflußt werden.“ (Buse 1978: 42).

Bezeichnend ist, dass sich auch in den unterschiedlichen Definitionen von Milbrath und Goel und bei Gabriel und Völkl ein Aspekt immer wieder findet: Die politische Partizipation hat

immer ein Ziel (vgl. Steinbrecher 2008: 28f), es wird nie ohne Grund und Bestreben partizipiert.

„Grundsätzlich kann man sagen, dass Menschen in erster Linie von mobilisierenden Ereignissen und Konflikten, durch Gruppeneinbindung [...], und günstigen institutionellen Rahmenbedingungen zu einer politischen Beteiligung angespornt werden.“ (Gronemeier 2005: 3).

Das heißt besonders in politisch unruhigen Zeiten, in Situationen, in denen Rechte gebrochen oder Bedürfnisse von bestimmten Menschen nicht erfüllt werden, gibt es Ansporn zur Partizipation. Aber auch in Staaten mit einer recht stabilen demokratischen Regierung gibt es in ruhigen politischen Zeiten viele Minderheitengruppen - wie z.B. Migrant_innen - die sich um mehr Mitspracherecht und Beteiligung bemühen. Die allgemeine politische Lage ist demnach für die Intensität des Engagements nicht ausschlaggebend. Eher richtet sich die Intensität der Partizipation nach der besonderen Situation der bestimmten Gruppe, die sich auf einigen Gebieten als benachteiligt wähnt und dagegen angehen möchte.

Steinbrecher hat aus der Erkenntnis, dass Partizipation immer ein Ziel hat, verschiedene Funktionen der politischen Partizipation entwickelt:

„Aufgrund der unterschiedlichen Zielebenen politischer Beteiligung ist zwischen den Funktionen zu unterscheiden, die politische Partizipation für das Individuum bzw. den Staatsbürger erfüllt und den Funktionen, die politische Beteiligung für die Stabilität und das Funktionieren des politischen Systems bzw. für die gesamte Gesellschaft hat.“ (Steinbrecher 2008: 33).

Es gibt also die individuelle Ebene und die Ebene der Gesellschaft. Sie sind allerdings nicht leicht auseinander zu halten, wenn man über Migrant_innenvereine nachdenkt. Einerseits sind Migrant_innen eine so genannte marginale Gruppe, eine Minderheit der Gesellschaft. Ist aber eine spezifische Gruppe von Migrant_innen wie z.B. die bosnische Community nun für die individuelle Ebene aktiv oder für die gesamte Gesellschaft? Die bosnische Community würde vermutlich argumentieren, dass ein Einschluss von und mehr Beteiligung für Minderheiten zu einer besseren gesamtgesellschaftlichen Situation führen würden. Aus der Perspektive einer österreichischen ‚Mehrheitsgesellschaft‘ ließe sich jedoch argumentieren, dass das Streben nach mehr Mitsprache der bosnischen Community ein egoistisches und individuelles Ziel ist.

Es bestehen demnach nicht nur verschiedene Ebenen, sondern auch verschiedene Blickwinkel.

Eine Funktion ist die des Kosten- und Nutzen- Verhältnisses:

„Übersteigen die Partizipationskosten allerdings den Nutzen des möglichen Ergebnisses, hat es für die Bürger [...] aus instrumenteller Perspektive keinen Sinn, sich politisch zu betätigen.“ (Steinbrecher 2008: 34).

Die Frage, die hier zu stellen wäre, ist die der Messbarkeit des Nutzens. Ein Migrant_innenverein wird in nächster Zeit wohl kaum ein Mitspracherecht in einem hohen politischen Gremium erreichen, obwohl dies das ursprüngliche Ziel ist. Allerdings wird jener Verein mittlerweile zumindest sporadisch zu Diskussionen eingeladen. Übersteigen hier die Kosten den Nutzen? Die Beantwortung dieser Frage wird sehr individuell und subjektiv ausfallen.

Eine weitere Funktion ist das Zugehörigkeitsgefühl:

„Demnach beteiligen sich Bürger nicht, um in irgendeiner Form ihren individuellen Nutzen zu maximieren bzw. bestimmte Ziele zu erreichen, sondern weil sie sich mit der Gemeinde oder Gemeinschaft, in der sie leben, in besonderem Maße identifizieren.“ (Steinbrecher 2008: 34).

Trifft das auf Migrant_innenvereine zu? Oder ist es nicht vielmehr so, dass sie durch die Arbeit in den Vereinen versuchen, ein Zugehörigkeitsgefühl für die Aufnahmegesellschaft zu entwickeln? Oder aber, dass sie um ein Zugehörigkeitsgefühl und Akzeptanz von Seiten der Österreicher_innen kämpfen? Das wird in der Analyse dieser Arbeit zu klären sein.

Die letzte Funktion der politische Partizipation ist die Schulung aller aktiven Bürger in Demokratie: „Die Teilnahme am politischen Prozeß erweitert die Kompetenzen der Staatsbürger und fördert deren Verantwortlichkeitsgefühl für das Gemeinwesen [...]“. (Steinbrecher 2008: 35). Das trifft nicht nur auf Staatsbürger_innen zu, sondern auch auf ausländische Mitbürger_innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, die sich in der ihnen möglichen Art und Weise an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen.

Nun war lediglich von politischer Beteiligung die Rede. Wie sieht es mit einer Unterscheidung von politischer und sozialer Partizipation aus? Steinbrecher argumentiert, die Abgrenzung zwischen politischer und anderweitiger Partizipation sei nicht allzu leicht zu ziehen:

„Eine genaue Festlegung ist aufgrund der für moderne Gesellschaften typischen engen Verflechtung zwischen gesellschaftlichem und politischem Bereich besonders schwer, da 'fast jedes Handeln, auch innerhalb explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen.'“ (Kaase 1997:160 zit. n. Steinbrecher 2008: 27).

Damit wird gesagt, dass jedwede Art der Partizipation und Beteiligung, wenn auch nicht bewusst, in gewisser Weise politisch ist. Dieser Punkt wird für die spätere Analyse in dieser Arbeit sehr entscheidend sein. Partizipation kann nicht unpolitisch sein. Natürlich kann ein größeres Gewicht auf einem sozialen oder kulturellen Aspekt der Teilhabe gelegt werden, aus dem politischen Raum kann man sich allerdings nie vollkommen entziehen. Somit gibt es keine reine soziale Partizipation. Unter der sozialen Beteiligung würde man am ehesten soziales Engagement für Mitmenschen (etwa Menschen, die in sozialen Einrichtungen, Organisationen oder Vereinen mitarbeiten) verstehen.

Aus diesem Begriffserklärungsversuch ergibt sich folgende Definition, die hiermit in der Arbeit verwendet wird: Partizipation wird von einem Ziel und einem Streben nach Verbesserung besonders auf Ebene der eigenen Gruppe geleitet. Partizipation ist nie unpolitisch, auch wenn die Gruppe sich primär auf sozialem oder kulturellem Terrain bewegt.

3.1. Die rechtliche und persönliche Lage von Migrant_innen in Österreich und die Partizipationsmöglichkeiten für ausländische Mitbürger_innen:

Nun haben in Österreich und auch in anderen europäischen Staaten, Mitbürger, welche die Staatsbürgerschaft nicht besitzen – in diesem Falle besonders die Nicht-EU-Bürger_innen - , oft eingeschränkte Möglichkeiten zur Partizipation. Ohne Staatsbürgerschaft gibt es keine Möglichkeiten, an Wahlen teilzunehmen (vgl. Buse 1978: 44), oder sich zu einer Wahl aufzustellen.

„Auf Österreich bezogen sind somit etwa 9% [...] der Wohnbevölkerung von politischen Mitentscheidungsprozessen ausgeschlossen. Dieser Ausschluss eines nicht unbeträchtlichen Bevölkerungsanteils ist demokratiepolitisch äußerst bedenklich.“ (Yildiz 2005: 37; vgl. Hunger/ Candan 2010: 2; vgl. Valchars 2006: 113).

Tatsächlich sind somit viele Mitbürger_innen von der klassischsten Form der politischen Partizipation ausgeschlossen und können nur darauf hoffen, dass sich das nach einigen Jahren des Aufenthalts in der neuen Heimat ändert. Zu bedenken ist natürlich, dass Demokratie und somit deren Wahlen nur auf einem räumlich begrenzten Gebiet funktionieren, also z.B. in einem Nationalstaat. Allerdings ist es unverhältnismäßig, wenn ein_e Immigrant_in auch nach vielen Jahren des Aufenthaltes in Österreich noch immer von Wahlen ausgeschlossen bleibt (vgl. Valchars 2006: 106). Somit werden Immigrant_innen auf dieselbe Stufe gestellt wie Kinder und Jugendliche und als unmündig sowie unfähig erklärt eine Wahlentscheidung zu treffen. Valchars schreibt diesbezüglich:

„Der dauerhafte Ausschluss von der politischen Entscheidung widerspricht dem ‚Prinzip der politischen Gerechtigkeit‘, gleichgültig, ob es sich bei dem Ausschluss um bestimmte Einzelpersonen oder um eine Klasse von wechselnden Individuen handelt, und stellt eine Form von ‚Tyrannei‘ und ‚Despotismus‘ dar.“ (Valchars 2006: 113).

Drittstaatsangehörige sind in Österreich kategorisch von Wahlen der Vertretungskörper ausgeschlossen (vgl. Davy 2001: 959; vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 100f). Und so schlussfolgert auch Davy, dass Österreich hinsichtlich der politischen Teilhabe ein integrationserschwerender Staat ist, der im Vergleich mit anderen europäischen Staaten wie z.B. Deutschland und Frankreich „eindeutige Integrationsdefizite“ aufweise (vgl. Davy 2001: 957). Die Diskriminierung hinsichtlich des Ausschlusses von Wahlen geht sogar noch weiter: Die Anzahl an Abgeordneten orientiert sich an österreichischen Staatsbürger_innen. Somit werden Zuwander_innen ohne diese Staatsbürgerschaft nicht berücksichtigt (vgl. Valchars 2006: 73). Sie werden also nicht beachtet und gelten in dieser Beziehung sozusagen als unsichtbar.

Auch das Erlangen der Staatsbürgerschaft ist ein langer Weg, der sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehen kann. Die Erlangung des österreichischen Passes „[...] gilt als die Krönung der abgeschlossenen Integration [...]“ (Waldrauch/ Cinar 2003: 261 zit. n. Strasser 2003 121). Dazu muss die Person zunächst einen unbefristeten Aufenthaltstitel bzw. als Asylsuchende_r anerkannt werden. Diese Titelvergaben sind wiederum an strenge Bedingungen geknüpft wie zum Beispiel das Bewohnen einer angemessenen Unterkunft, ein regelmäßiges Einkommen und ein_e Asylsuchende_r muss fünf Jahre in Österreich wohnhaft sein (vgl. Davy/ Cinar 2001: 570ff). Außerdem ist die Titelvergabe noch zusätzlich an eine Quote gebunden (ebd.).

Das, was ihnen – also den Nicht-EU-Bürger_innen - bleibt, sind somit die Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit (vgl. Yildiz 2005: 37; vgl. Davy/Cinar 2001: 627).

„Aufgrund des Ausschlusses von vielen Wahlrechten war die Organisierung in Vereinen für ausländische Staatsangehörige lange Zeit auch die mehr oder weniger einzige Möglichkeit, sich politisch zu organisieren und [...] Gehör zu verschaffen.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 104).

Und weiter:

„In der Praxis zeigte sich aber, dass Vereine von AusländerInnen bzw. MigrantInnen besonderer staatlicher Kontrolle unterlagen, die mitunter auch deren Aktionsradius, v.a. im Fall politisch tätiger Organisationen einschränken konnten.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 105).

So steht ebenfalls im Gesetz geschrieben: „[...] Nicht-ÖsterreicherInnen können Vereine, allerdings keine politische (Parteien), gründen und Mitglied einer Gewerkschaft oder politischen Partei werden.“ (Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes: Petitionsrecht zit. n. Yildiz 2005: 37). Bei Vereinen wird also darauf geachtet, dass sie keinen rein politischen Hintergrund haben. Mitglied einer bestehenden Partei oder einer bestehenden Gewerkschaft dürfen Nicht-Österreicher_innen zwar werden, sie werden sich aber nicht zur Wahl stellen können, da das passive Wahlrecht für sie nicht gilt.

Durch diese Beteiligungslücke wird das Dilemma noch dahingehend vergrößert, dass sich die Parteien - da es nur wenige Wähler_innen mit Migrationshintergrund gibt - nicht sonderlich um die neuen Mitbürger_innen bemühen (vgl. Hunger/ Candan 2010: 2). Die Parteien müssen ihre Parteiprogramme in dieser Hinsicht nicht überdenken, damit sie mehr Wählerstimmen bekommen und so schließt sich eine Art Teufelskreis: Solange Migrant_innen nicht berechtigt sind, zu wählen, werden die Parteien eher Politik *gegen* als *für* Migrant_innen machen. Wenn in dieser Arbeit von Migrant_innen gesprochen wird, sind Menschen gemeint, die in Österreich weder wahlberechtigt, noch EU-Bürger_innen sind. Die Wähler_innen mit Migrationshintergrund sind aus diesem Begriff somit ausgenommen.

Eine weitere Problematik ist,

„[...] dass man drei verschiedene Kategorien von Bürgern geschaffen hat: [...] vollberechtigte InländerInnen, teilberechtigte EU-Staatsangehörige und nicht-berechtigte sogenannte Drittstaatsangehörige.“ (Yildiz 2005: 40).

EU-Bürger_innen dürfen inzwischen seit 2002 an lokalen Wahlen und an EU-Wahlen teilnehmen und sind zumindest auf diesem Gebiet teilberechtigt (vgl. Valchars 2006: 83). Drittstaatsangehörige haben in Wien nach einem fünfjährigen ununterbrochenen Aufenthalt ein aktives Wahlrecht. Das passive Wahlrecht wird ihnen aber nicht zugestanden (vgl. Valchars 2006: 83). In Graz beispielsweise ist das lokale Wahlrecht aber noch immer auf EU-Bürger_innen beschränkt (vgl. Valchars 2006: 97). Diese Kategorisierung von Bürger_innen spiegelt sich in der stärkeren Diskriminierung und im Rassismus wider. Sobald der Mehrheitsgesellschaft klar wird, dass eine Person aus dem europäischen bzw. amerikanischen Raum kommt, wird sie_er schon eher akzeptiert als eine Person, die offensichtlich nicht aus dem europäischen oder amerikanischen Raum stammt. Das an dieser Stelle weiter auszuführen würde den Rahmen der Arbeit sprengen und vom Thema abbringen.

Um diese Dreiteilung von politischer Seite aus partiell aufzuheben, richtete man in den Jahren von 1995-1997 Ausländervertretungen ein, damit sich ausländische Mitbürger_innen in diesen beraten konnten (vgl. Yildiz 2005: 42). Diese Beiräte sollten als Interessensvertretungen fungieren. Oft wird jedoch kritisiert, dass auch die Beiräte keinen Einfluss auf politische Entscheidung haben (vgl. Schaller 2003: 283; vgl. Thränhardt 2005: 21).

Aus diesen Gründen weichen viele engagierte ausländische Mitbürger_innen auf die Gründung von eigenen Vereinen aus. Denn in Gruppen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, wird auch politischer Wille und Einflussnahme formiert (vgl. Jungk 2001: 8f). Das Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit wird demnach bereits gut genutzt. Allerdings treten bei der Vereinsarbeit wiederum andere Hindernisse auf:

„Migrantenselbstorganisationen gelingt es nach wie vor nicht, ihre Sichtweise in das entscheidende Forum symbolischer Auseinandersetzungen, die Medienöffentlichkeit, zu bringen.“ (Jungk 2001:13).

Hier muss jedoch folgender Einwand vorgebracht werden: Oft ist es nicht die Schuld der Migrant_innenvereine, dass ihre Artikel und Pressemitteilungen nicht in der Presse veröffentlicht werden, sondern oft liegt die Schuld bei der Leserschaft, die diese Mitteilungen nicht interessieren bzw. denen sie nicht relevant erscheinen (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 4)

Die Beteiligung der nicht-österreichischen Mitbürger_innen hat im Laufe der Zeit zugenommen und trotzdem

„[...] zeigen repräsentative Studien, dass sich Migranten in Deutschland im Vergleich zu anderen Einwanderungsländern immer noch (zu) wenig an politischen Debatten in ihrem neuen Heimatland beteiligen (können).“ (Hunger/ Candan 2010: 1).

Auch wenn sich diese Aussage auf Deutschland bezieht, so kann man dieses Zitat auch auf Österreich beziehen. Die Liste der Migrant_innenvereine in Österreich ist lang, allerdings bemerkt die Mehrheitsgesellschaft kaum etwas von ihrer Einflussnahme und Mitbestimmung im politischen Alltagsgeschehen. Das liegt teilweise daran, dass Vereine nicht immer den Anspruch haben, politisch zu agieren. Wenn sie diesen Willen aber haben, ist es bereits auf kommunaler Ebene schwer, sich einen Zugang zum politischen Geschehen zu schaffen, da „[...] generell verweigert wird, Selbstorganisationen als legitimes Mittel der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten anzunehmen.“ (Jungk 2001: 8f). Um die Beteiligung im Aufnahmeland zu gewährleisten, ohne den Migrant_innen die eigene Staatsbürgerschaft zu entziehen, plädieren einige Autoren für die doppelte Staatsbürgerschaft (vgl. Hunger/ Candan 2010: 4; Yildiz 2005: 35).

Partizipation ist allerdings ebenfalls abhängig von der „subjektiven Ressourcenlage“ (Gronemeier 2005: 3) eines Menschen.

„Das bedeutet, dass Schulbildung, Einkommen und gesellschaftliche Position einen großen Einfluss auf die Möglichkeiten zur Beteiligung am politischen Geschehen haben.“ (Gronemeier 2005: 3).

Partizipation braucht die Zeit, den Raum und eine gewisse alltägliche Stabilität (eine persönliche und eine von außen gegebene), um sich einen Schritt aus seinem eigenen persönlichen Leben heraus zu bewegen und sein Blickfeld zu erweitern. Dazu muss man von der alltäglichen Last und Sorge befreit sein, sich die Existenz zu sichern. Allerdings sollten auch nicht alle Faktoren stabil und gesichert sein, denn ansonsten gebe es keinen Grund und Ansporn zu partizipieren. Somit ist aber leicht nachzuvollziehen, dass Menschen, die eine Verbesserung ihrer Situation dringend bräuchten, oft nicht die Möglichkeiten haben, die für Partizipation notwendigen Ressourcen aufzubringen (vgl. Gronemeier 2005: 3), da die täglichen Aufgaben bereits genug Zeit und Kraft in Anspruch nehmen. D.h. selbst wenn Menschen berechtigt sind, sich an der Politik und Prozessen in ihrem Land zu beteiligen, können sie diese Möglichkeit oft aufgrund ihrer Situation nicht nutzen.

Die sozioökonomische Situation ist hier also ausschlaggebend:

„Der sozioökonomische Status eines Individuums besteht aus drei Komponenten: Bildung, Einkommen und beruflicher Status. [...] Personen, die über ein hohes Maß intellektueller Ressourcen - also ein höheres Bildungsniveau - verfügen und dementsprechend auch mit mehr materiellen Ressourcen - höheres Einkommen bzw. höherer beruflicher Status - ausgestattet sind, sind politisch wesentlich aktiver als Personen mit weniger Ressourcen. Alle drei Komponenten wirken sich als positiv auf politische Partizipation aus.“ (Steinbrecher 2008: 58; vgl. Buse 1978: 47f).

Erste Voraussetzung für die Partizipation in einem Verein oder einer ähnlichen Institution ist demnach eine finanzielle Stabilität. Menschen, die knapp über oder unter der relativen Armutsgrenze leben, wird man nicht oder nur sehr selten in Vereinen antreffen (vgl. Heitzmann/Hofbauer/Mackerle-Bixa/Strunk 2009: 42).

Eine viel wichtigere Voraussetzung für eine Beteiligung an Politik und gesellschaftlichen Prozessen ist aber ein bestimmtes Bildungsniveau und ein bestimmtes Wissen. Man muss über aktuelle und auch vergangene Politik informiert sein (vgl. Crouch 2008: 9), um selbst Stellung beziehen zu können und sich entsprechend für diese Überzeugung einzusetzen. Außerdem sollte man Prozesse und Situationen differenziert überdenken können. Somit ist der Bildungsgrad fast wichtiger als die finanzielle Ausstattung. Allerdings kann das eine nicht ganz ohne das andere bestehen. So Hunger: „Allgemein kann gesagt [sic!], dass je höher der sozioökonomische Status [...], desto größer ist auch das politische Verständnis und Interesse.“ (Hunger/ Candan 2010: 6). Obwohl das nicht heißen muss, dass jedes Individuum mit einem hohen sozioökonomischen Status an Politik und gesellschaftlichen Prozessen interessiert ist, genauso wie es nicht heißen muss, dass Personen, die finanziell nicht allzu gut ausgestattet sind, nicht auch Interesse an Partizipation haben.

So ist ein höherer Grad an Beteiligung bei Personen festzustellen die über höhere Bildungsabschlüsse verfügen (vgl. Heitzmann/Hofbauer/ Mackerle-Bixa/Strunk 2009: 42/ Buse 1978: 47).

Dass auch der Status eine Rolle, spielt ist nachvollziehbar. Personen, die einen angesehenen Beruf ausführen, müssen nicht um Anerkennung kämpfen und besitzen oft eine gewisse Selbstsicherheit, die es ihnen erlaubt, politisch aktiv zu werden und öffentlich ihre Meinung zu vertreten.

Nach Buse spielen „soziodemographische Faktoren“ ebenfalls eine wichtige Rolle:

„So kann [...] erwartet werden, daß Männer sich mehr beteiligen als Frauen, daß die Intensität der Teilnahme bis in das fünfte Lebensalter ansteigt [...], oder das Angehörige von ethnischen

Minderheiten in der Regel eine geringere Teilnahme zeigen als die Mehrheit der Bevölkerung.“ (Buse 1978: 47f).

Diese Überzeugung haben auch andere Autoren und in vielen Studien wurde belegt, dass Männer meist aktiver partizipieren als Frauen (vgl. Heitzmann/Hofbauer/Mackerle-Bixa/Strunk 2009: 45; vgl. Gronemeier 2005: 3). Das mag verschiedene Gründe haben. Vielleicht haben Frauen aufgrund der klassischen Mehrbelastung durch Arbeit, Erziehung und Haushalt weniger Zeitbudget als Männer, vielleicht sind Männer in öffentlichen Auftritten selbstsicherer. Diese Frage ist hier nicht zu beantworten. Deswegen gehen wir über zu einem weiteren Faktor: das Zeitbudget (vgl. Buse 1978: 56). Partizipation und Engagement in Vereinen braucht viel Zeit und oft müssen die Beteiligten sich deswegen in anderen Bereichen einschränken, um Zeit für die Vereinsarbeit zu haben. Das sagt wiederum einiges über die Persönlichkeit der Beteiligten aus. Da die Arbeit in Organisationen meist freiwillig, d.h. ohne Verdienst ist, muss den Personen ihr Engagement und die Sache sehr am Herzen liegen. Es sind oft altruistische Persönlichkeiten, die das Ziel haben, etwas für die spezifische Gruppe, die sie durch den Verein vertreten, zu tun. Hier bezieht sich der Altruismus allerdings besonders auf das Gruppenziel des Vereins, nicht auf die gesamte Persönlichkeit in allen Lebensbereichen. Buse beschreibt die Akteur_innen als „[...] persönlichkeitsstarke, kontaktfreudige, gesellige und selbstbewusste Menschen [...]“. (Buse 1978: 48). Steinbrecher benennt sie gar als „Gladiatoren“ (vgl. Steinbrecher 2008: 54). Bei der Vereinsarbeit und der Meinungsvertretung spielen auch soziale Netzwerke eine Rolle (vgl. Heitzmann/ Hofbauer/ Mackerle-Bixa/ Strunk 2009: 47). Je mehr Menschen man aus verschiedensten Bereichen und auf verschiedensten Ebenen kennt, desto besser kann man das Ziel des Vereins vertreten. Besonders wichtig ist es demnach, gesellschaftliche Multiplikatoren zu kennen, wie etwa Lokal- und Kommunalpolitiker, Pressevertreter und Menschen aus anderen Vereinen mit ähnlichen Anliegen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass partizipierende Personen die Fähigkeit besitzen müssen, gesellschaftliche Probleme wahrzunehmen und diese zu reflektieren, um nach Lösungsansätzen zu suchen. Außerdem sollten sie fähig sein, ihre Interessen zu artikulieren (vgl. Buse 1978: 50).

Im Folgenden sollen die Faktoren der Partizipation auf Nicht-Staatsbürger_innen überprüft werden. Eine wichtige Voraussetzung im Falle von Migrant_innenorganisationen ist die deutsche Sprache (vgl. Hunger/ Candan 2010: 6). Wenn man diese nicht sicher genug beherrscht, beeinflusst dies die gesamte persönliche Lage jener Person und ein Kreislauf von Verunsicherung, fehlender Anerkennung und Rückzug beginnt. „Hieraus ergibt sich, dass die

Förderung von politischer Partizipation von Migrant_innen vor allem eine Frage der Bildung und der Bildungsförderung ist.“ (Hunger/ Candan 2010: 6). Hinzu kommt, dass Migrant_innen aus verschiedenen externen Gründen in vielen Fällen über keinen hohen sozio-ökonomischen Status verfügen. Externe Gründe sind unter anderem eine oft diskriminierende Rechtsprechung des österreichischen Staates und eine diskriminierende Haltung von Mitmenschen und Arbeitgebern, die den Aufstieg auf der ‚Karriereleiter‘ schwer machen. Die verschiedenen Voraussetzungen, die für die Ausbildung von Partizipation notwendig sind, sind für Migrant_innen somit schwerer erreichbar als für Österreicher_innen. Dies beeinflusst wiederum das individuelle Gefühl, der Migrant_innen. Die Nicht-Anerkennung, die ihnen von der österreichischen Gesellschaft oft entgegen gebracht wird, führt zu einem Gefühl des ‚nichts-Wert-seins‘, zu einer Einschränkung des Selbstwertgefühls und somit auch dem Bewusstsein, am Rande der Gesellschaft zu stehen (vgl. Yildiz 2005: 154). Diesen Kreis zu durchbrechen, ist oft schwer, besonders wenn man bereits einige Jahre mit diesem Befinden lebt und sich teilweise vielleicht damit abgefunden hat. Da Österreich sich selbst noch immer nicht als Einwanderungsland bezeichnet – jedenfalls nicht auf höchster politischer Ebene - (Bauböck 2001: 13) und somit auch das Potenzial der Eingewanderten nicht erkennt, glauben Migrant_innen oft selbst nicht mehr an ihr Potenzial.

„In einer demokratischen Gesellschaft bemisst sich die soziale Gerechtigkeit vor allem daran, ob und in welchem Maße die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie gewährleistet werden, ob also die Bürgerinnen und Bürger in den für sie jeweils relevanten gesellschaftlichen Prozessen ihre eigenen Interessen vertreten und sich in diesem Sinne umfassend beteiligen können.’ Das Recht auf Partizipation reicht demnach zur Absicherung breiter demokratischer Beteiligung in der Gesellschaft nicht aus.“ (Möhring-Hesse 2004 zit. n. Heitzmann/ Hofbauer/ Mackerle-Bixa/Strunk 2009: 41).

Und wie oben bereits geschrieben, haben Migrant_innen oft noch nicht einmal in allen Bereichen das Recht, zu partizipieren. Gleichberechtigung ist somit für die Minderheiten in Österreich nicht gegeben. Deswegen plädiert Zittel dafür, dass Institutionen den Bürger_innen mehr Möglichkeiten eröffnen, sich zu beteiligen (vgl. Zittel 2004: 56). Das gilt ganz besonders für Nicht-Österreicher_innen.

Davy und Cinar kommen in ihrer Studie zu dem Schluss:

„Für die österreichische Rechtsordnung schließlich liegen die Integrationsdefizite vor allem im Bereich der Ausländerbeschäftigung und der politischen Integration. In Österreich ist der

(relativ) beste beschäftigungsrechtliche Status nicht auf Dauer angelegt. [...] Und die österreichische Rechtsordnung kennt lediglich ein Instrument zur politischen Integration: die Einbürgerung, die an vergleichsweise strenge Bedingungen geknüpft ist.“ (Davy/ Cinar 2001: 963f).

Politische Integration bzw. Partizipation ist also nur sehr begrenzt möglich.

Hierauf folgt die Frage, an welchen politischen Bereichen Immigrant_innen teilhaben können.

Nach Nelles finden die meisten Partizipationsversuche in der lokalen Politik statt:

„Dies liegt einmal daran, daß hier die meisten politischen Entscheidungen, die die konkreten Lebensverhältnisse betreffen, umgesetzt und damit direkt erfahrbar werden. Zum anderen baut darauf die Hoffnung, auf der Grundlage konkreter Betroffenheit ein allgemeines Bewusstsein der politischen Zusammenhänge vermitteln und zu bewußtem politischen Handeln anregen zu können.“ (Nelles 1978: 61).

Demnach ist die Partizipation auf lokaler Ebene greifbarer als die Partizipation auf Landesebene. Auch gesellschaftliche Probleme sind zunächst im näheren Umfeld leichter zu erkennen und zu artikulieren.

Partizipation ist somit eine „Schule der Demokratie“ (vgl. Zimmer 1996: 65). Auch Steinbrecher ist davon überzeugt,

„[...] daß politische Aktivitäten zu einem höheren Wissensniveau über Politik führen, gleichzeitig aber auch dafür sorgen, daß Politiker und der politische Prozeß kritisch betrachtet werden.“ (Steinbrecher 2008: 36).

Politische Partizipation ist somit für Bürger_innen, als auch für den politischen Prozess sehr positiv zu bewerten. Für Bürger_innen, da diese die Möglichkeit ergreifen, auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und dagegen vorzugehen. Für Politiker ist die Partizipation positiv, da sie durch die Beteiligung auf Missstände aufmerksam gemacht werden, die sie ohne die Hilfe der Bürger_innen nicht bemerkt oder aber ignoriert hätten.

Empirischer Teil der Forschungsarbeit:

4. Methodik der Analyse:

In diesem Kapitel sollen die Methoden für die Analysen der Interviews, der Newsletter und der Webpage beschrieben und festgelegt werden. Auch soll beschrieben werden, nach welcher Methode die Interviews durchgeführt wurden.

4.1. Interviewmethode:

Für die empirische Erarbeitung des Forschungsthemas wurde die Methode des problemzentrierten Interviews gewählt.

Das problemzentrierte Interview impliziert eine offene sowie halbstrukturierte Befragung (vgl. Mayring 2002: 67ff). Das Interview verläuft zwar anhand eines Leitfadens, den der_die Interviewer_in konzipiert hat, allerdings besteht für den_die Interviewer_in zugleich die Möglichkeit, durch Nach- und Zwischenfragen sowie durch die Auslassung redundant gewordener Fragen flexibel auf den Gesprächsverlauf zu reagieren. Ziel des problemzentrierten Interviews ist es

„ [...] eine möglichst unvoreingenommene Erfassung individueller Handlungen sowie subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Realität.“ (Stagl <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at>; Zugriff: 22.3.2011).

zu erfassen. Es geht folglich „[...] um die Erfassung von Deutungen, Sichtweisen und Einstellungen der Befragten [...]“ (Mayring 1988: 29).

Das problemzentrierte Interview stellt für das vorliegende Forschungsthema eine geeignete Methode dar, da für die Fragestellung der Arbeit der persönlichen, individuellen Wahrnehmung eine herausgehobene Bedeutung zukommt.

Diese Methode ist eine Variante des narrativen Interviews. Der Unterschied besteht in der Verwendung eines Leitfadens, der dazu dienen soll, das Forschungsinteresse auf effektive Weise verfolgen zu können.

Das erhaltene Datenmaterial wurde in weiterer Folge nach den Regeln der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (1988) ausgewertet.

4.1.2. Wahl der Interviewpartner_innen:

Die Wahl der Interviewpartner_innen fiel auf Damir Saračević, wegen seines Postens als Vereinsobmann des *Zentrums für zeitgemäße Initiativen (ZZI)*. Außerdem war er einer der Begründer des *ZZI*.

Ich bat auch Diana Saračević, wegen ihrer Stellung als Präsidiumsmitglied, Vereinsmitbegründerin des genannten Vereins und Ehefrau von Damir, um ein Interview. Auch wenn es in meiner Arbeit nicht um Genderaspekte gehen wird, war mir zumindest eine weibliche Sicht auf verschiedene Interessengebiete der Forschung wichtig. Sie verwährte mir das Interview nicht.

Hamza Sinanović wurde wegen seiner Stellung als Präsidiumsmitglied des *ZZI* und wegen seiner langjährigen Mitarbeit (seit Gründung des Vereins) im *ZZI* befragt.

Außerdem habe ich mich um ein Interview mit dem bosnischen Botschafter Haris Hrle bemüht. Aufgrund der von ihm ausgeübten Funktion des Botschafters verfügt er über einen Gesamtüberblick über Aktivitäten und Vereine der bosnischen Diaspora, und um Eindrücke vom *ZZI* durch einen Außenstehenden zu erlangen.

Und zuletzt konnte ich Hugo Schanovsky, den Alt-Bürgermeister von Linz für ein Interview gewinnen. Als langjähriger politischer und ideeller Unterstützer des *ZZI* und als Mittler zwischen Politikern und den Mitgliedern des *ZZI* schien mir auch sein Blick auf den Verein wichtig und relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage.

4.2. Analysemethoden:

4.2.1. Analyse des Internetauftritts des *ZZI*:

Die Analyse des Internetauftritts kann zu der Dokumentanalyse gezählt werden, eine „qualitative Vorgehensweise“ (vgl. Mayring 1988: 28). Bei der Analyse der Webpage sind folgende Analysepunkte bearbeitet worden:

1. Präsentation des *ZZI*: Wie stellt sich der Verein der Öffentlichkeit vor?
2. Motivation: Aus welcher Motivation heraus wurde der Verein gegründet?
3. Mitgliederzahlen
4. Aktivitäten: Wie wird auf der Webpage auf Aktivitäten hingewiesen?
5. Zielgruppe: Hier ist zu beantworten, an wen sich die angebotene Aktivität richtet, aber auch, an welche Zielgruppe sich der Verein im Allgemeinen richtet.
6. Ziel: Welches übergreifende Ziel verfolgt das *ZZI*?

7. Wertvorstellungen/ Ideale: Welche Wertvorstellungen und Ideale kann man an der Webpage des ZZI heraus lesen?

4.2.2. Analyse der Newsletter:

In diese Analyse sollen die Newsletter von Januar 2011 bis April 2011 einfließen. Dieses Zeitfenster wurde wegen seiner Aktualität gewählt. Ebenfalls erschien dieser Zeitrahmen angebracht, da die Interviews im selben Zeitraum stattfanden. Die Zeitspanne von vier Monaten ist zudem ausreichend lang, um einen repräsentativen Eindruck der Benutzung dieses neuen Mediums des ZZI zu bekommen. Wie oft wird dieser Weg zur Weitervermittlung von Informationen gewählt? Wie viele Menschen werden durch die Newsletter erreicht? Welche Art an Informationen wird über dieses Medium verschickt?

Diese Analyse ist demnach ebenfalls eine Dokumentanalyse. Bei der Analyse der Newsletter werde ich folgende Punkte berücksichtigen:

1. Häufigkeit: Wie viele Newsletter werden durchschnittlich im Monat versendet?
2. An wie viele Empfänger wird der Newsletter versendet?
3. Aktivitäten: Oft wird über die Newsletter zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen. In welchen Bereichen werden Aktivitäten gestartet? Im wissenschaftlichen, politischen, kulturellen oder sozialen Bereich? Wie breit sind die Aktivitäten thematisch gefächert?
4. Zielgruppe: An wen richtet sich die angebotene Aktivität?
5. Ziel: Welches Ziel haben einzelne Aktivitäten?
6. Motivation: Ist eine Motivation hinter den Aktivitäten zu erkennen? Warum werden bestimmte Aktivitäten veranstaltet?
7. Wertvorstellungen/ Ideale: Welche Wertvorstellungen und Ideale kann man an den versendeten Informationen für den Verein ablesen?

4.2.3. Qualitative Inhaltsanalyse der Interviews:

Mayring (1988) sieht in der Aufstellung eines Ablaufmodells der qualitativen Inhaltsanalyse deren Stärke für die Analyse von Interviews. Hierbei geht es um die Zerlegung der Analyse in einzelne Interpretationsschritte.

„Dadurch wird sie für andere nachvollziehbar und intersubjektiv überprüfbar, dadurch wird sie übertragbar auf andere Gegenstände, für andere benutzbar, wird sie zur wissenschaftlichen Methode.“ (Mayring 1988: 48).

Dabei muss die „[...] qualitative Inhaltsanalyse [...] anknüpfen an *alltäglichen Prozessen des Verstehens und Interpretierens sprachlichen Materials*.“ [Hervorhebung T.Z.] (Mayring 1988: 32).

Weiter heißt es:

„2. Ein Ansatz der Analyse muß die *Übernahme der Perspektive des anderen*, also des Textproduzenten sein, um eine „Verdoppelung“ des eigenen Vorverständnisses zu verhindern.
3. Eine Interpretation sprachlichen Materials auch durch qualitative Inhaltsanalyse ist immer prinzipiell unabgeschlossen. Sie birgt immer die *Möglichkeit der Re-Interpretation*.“ (Mayring 1988: 32)

Folgend wird auf die Interpretationsregeln dieser Technik eingegangen:

4.2.3.1. Interpretationsregeln der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse:

Paraphrasierung:

- Streichung aller nicht (oder wenig) inhaltstragenden Textbestandteile wie ausschmückende, wiederholende, verdeutlichende Wendungen.
- Übersetzung der inhaltstragenden Textstellen auf eine einheitliche Sprachebene
- Transformation in eine grammatikalische Kurzform (vgl. Mayring 1988: 54ff)

Generalisierung auf das Abstraktionsniveau:

- Generalisierung der Gegenstände der Paraphrasen auf die definierte Abstraktionsebene, so dass die alten Gegenstände in den neu formulierten impliziert sind
- Generalisierung der Satzaussagen (Prädikate) auf die gleiche Weise
- Beibehaltung der Paraphrasen, die über dem angestrebten Abstraktionsniveau liegen
- Zuhilfenahme theoretischer Vorannahmen bei Zweifelsfällen (vgl. Mayring 1988: 54ff)

Erste Reduktion:

- Streichung bedeutungsgleicher Paraphrasen innerhalb der Auswertungseinheiten
- Streichung von Paraphrasen, die auf dem neuen Abstraktionsniveau nicht als wesentlich inhaltstragend erachtet werden

- Übernahme der Paraphrasen, die weiterhin als zentral und inhaltstragend erachtet werden (Selektion)
- Zuhilfenahme theoretischer Vorannahmen bei Zweifelsfällen (vgl. Mayring 1988: 54ff)

Zweite Reduktion:

- Zusammenfassung von Paraphrasen mit gleichem (ähnlichen) Gegenstand und ähnlicher Aussage zu einer Paraphrase (Bündelung)
- Zusammenfassung von Paraphrasen mit mehreren Aussagen zu einem Gegenstand (Konstruktion/Integration)
- Zusammenfassung von Paraphrasen mit gleichem (ähnlichen) Gegenstand und verschiedener Aussage zu einer Paraphrase (Konstruktion/Integration)
- Zuhilfenahme theoretischer Vorannahmen bei Zweifelsfällen
(vgl. Mayring 1988: 54ff)

Am Schluss dieser Reduzierung muss kritisch überprüft werden, ob das entstandene Kategoriensystem das Ausgangsmaterial noch repräsentiert. Ziel ist es, am Ende ein möglichst knappes und allgemein gehaltenes Kategoriensystem zu erhalten.

Mit dieser Methode ist es möglich, eine große Datenmenge auf zentrale Kategorien zu reduzieren, die man folglich in die Analyse einfließen lassen kann, ohne jedoch die zentralen Aussagen zu verfälschen.

5. Migrant_innenselbstorganisationen:

Im Folgenden soll auf die Geschichte der Migrant_innenorganisation, auf ihre Funktion und Bedeutung eingegangen werden. Dieses Kapitel stellt eine weitere theoretische Grundlage dar und soll der späteren Analyse des ZZI zur Orientierung und zur Vergabe der Kategorien in den Interviews dienen.

5.1. Definition:

Die Entstehungsgeschichte von Vereinen geht bis ins 14. Jahrhundert zurück (vgl. <http://de.wikipedia.org>). Schon lang versuchen Menschen durch gewisse Zusammenschlüsse und Aktivitäten ihre Ziele, Ideale und Vorstellungen durchzusetzen und zu erreichen. Hier kann es sich um Vereine handeln, die sich für die Allgemeinheit oder für eine Minderheitengruppe sozial engagieren, aber auch um Vereine, die Ziele für die eigenen Mitglieder verfolgen und eher auf die Bedürfnisse dieser ausgerichtet sind.

Anette Zimmer sieht in den zahlreichen Vereinstypen einen Grund für die Schwierigkeit einer klaren Definition des Terminus ‚Verein‘ (vgl. Zimmer 1996: 15). Im Rechtswörterbuch lässt sich folgendes nachlesen:

„Ein Verein [...] ist ein auf Dauer angelegter Zusammenschluss von Personen zur Verwirklichung eines gemeinsamen Zwecks mit körperschaftlicher Verfassung (Vorstand und Mitgliederversammlung als Organe), der einen Gesamtnamen führt, nach außen als Einheit auftritt und in seinem Bestand vom Mitgliederwechsel unabhängig ist.“
(<http://www.rechtswörterbuch.de>; Zugriff: 19.6.2011).

Diese Definition ist äußerst allgemein gehalten. Ein ‚gemeinsamer Zweck‘ kann in allen Bereichen (z.B. bei einer Partei) vorhanden sein und kann sehr breit verstanden und ausgelegt werden. Zimmer schreibt weiter, dass Vereine, die „[...] sich für die Allgemeinheit und die Erreichung ideeller Ziele [...]“ (Zimmer 1996: 17) einsetzen, in der Überzahl sind. Es besteht eine Aufteilung in instrumentelle Vereine, die außenorientiert sind und versuchen, auf ihr Umfeld einzuwirken und in expressive Vereine, welche innenorientiert sind und dem Interesse ihrer Mitglieder nachkommen (vgl. Zimmer 1996: 71).

Ähnlich werden auch Migrant_innenvereine klassifiziert, bei denen man zwischen herkunftshomogenen und herkunftsheterogenen Vereinen unterscheidet (vgl. Jungk 2001: 8; vgl. Huth 2005: 37). Hier bezieht sich die Hetero-, beziehungsweise Homogenität aber zunächst auf die Herkunft der Mitglieder. Bei den Migrant_innenvereinen gehen die Forscher_innen aber bereits einen Schritt weiter, indem sie Vereinstypologisierungen vornehmen. So entwerfen zum Beispiel Fijalkowski und Gillmeister fünf Vereinstypologien: der „ethnosolidarische“, der „ethnotraditionale“, der „ethnoprivate“, der „exil- oder diasporapolitische“ und der „ethnopolitische“ Typus (vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 109f). Ethnosolidarisch aktive Vereine haben eine „[...] Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen in allen möglichen Lebenslagedimensionen [...]“ (Fijalkowski und Gillmeister 1997: 109) zum Ziel, während sich ethnotraditionale Vereine eher auf den Erhalt und die Pflege der Kultur in Verbindung mit der Herkunftsgesellschaft spezialisieren (vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 109f)). Ziel der ethnopolitischen Migrant_innenvereine ist „[...]die Interessensvertretung und Bildung politischen Willens gegenüber [...] der Aufnahmegesellschaft;“ (Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 110) das Bestreben, das politische Geschehen in der Heimat zu beeinflussen, bildet hingegen den Schwerpunkt exil- und diasporapolitischen Engagements. In ethnoprivaten Vereinen geht es um den Erhalt und die

Schaffung von Privatkontakten und Freizeitgestaltung (vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 110).

„Vereinsschwerpunkte liegen demnach im Bereich der Selbsthilfe in verschiedenen Lebenslagen, der Pflege kultureller und religiöser Eigenarten, der gruppeninternen Freizeitgestaltung, der herkunftsorientierten Parteinahme und der Interessenvertretung gegenüber der Aufnahmegesellschaft.“ (Jungk 2001: 8).

Ob das ZZI einer dieser fünf Typologien zuzuordnen ist, wird sich in der folgenden Analyse zeigen. Dennoch zeigt die Typologie auf, dass Migrant_innenvereine gegenüber normalen Vereinen ein eingeschränkteres Wirkungsfeld haben und sich durch dieses auszeichnen. Auch das wird sich in der späteren Analyse genauer zeigen.

Wie sieht nun aber eine Definition für den Begriff ‚Migrant_innenverein‘ bzw. ‚Migrant_innenselbstorganisation‘ aus? Ähnlich wie bei dem Begriff ‚Verein‘, gibt es auch hier keine klare und eindeutige Definition. Thränhardt und Weiss schreiben:

„Wir möchten [...] im folgenden unter Selbsthilfeorganisation sowohl formale als auch informelle soziale Beziehungen von Migranten und Migrantinnen innerhalb einer bestimmten territorialen Einheit verstehen, die auf Freiwilligkeit beruhen und gemeinsame Ziele verfolgen, die über rein private Interessen hinausgehen und die autonome Bestimmung von ökonomischen als auch sozio-kulturellen Lebensbedingungen verfolgen.“ (Weiss/Thränhardt 2005: 31).

Was in dieser Definition jedoch fehlt ist, dass Organisationen institutionalisiert sind. Sie sind rechtlich als Organisation oder Verein gemeldet und sind somit institutionalisiert.

Eine zweite Definition stammt von Jungk in Anlehnung an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen:

„Selbsthilfe ist eine kollektive Handlungsstrategie. Im freiwilligen Zusammenschluss von Personen und Gruppen werden gemeinsame, selbstdefinierte Ziele verfolgt und soziale Probleme in solidarischer Weise gesellschaftlich bearbeitet. Das Selbstverständnis von Migrantenselbstorganisationen lässt sich in dieser Lesart als Empowerment kennzeichnen, es zielt auf die ‚Gewinnung von Kontrolle und die Ermöglichung der Gestaltung der eigenen Lebensumstände‘.“ (MASSKS 1999: 19 zit. n. Jungk 2005: 140).

Beide angeführten Definitionen enthalten die kollektive Ebene. Die Gruppe verfolgt also ein gemeinsames Ziel, kein individuelles. Auch die Selbstbestimmtheit scheint ein sehr wichtiger Punkt bei Migrant_innenvereinen zu sein. Autonomie ist ein wichtiger Bestandteil von jenen Vereinen. Einer der Gründe für die Betonung des Empowerments ist, dass in Aufnahmegesellschaften *über* Migrant_innen gesprochen wird und *für* sie entschieden wird und nicht *mit* ihnen (vgl. Hunger 2002: 2). Da Migrant_innen oft nicht zu Wahlen zugelassen sind (weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen), ist die Gründung und das Zusammenfinden in einem Verein oft die einzige Möglichkeit für Partizipation (vgl. Jungk 2001: 8f). Auch hierauf wird in der späteren Analyse noch genauer eingegangen.

Die beiden Definitionen möchte ich so stehen lassen und lediglich anmerken, dass beide im Zusammenspiel einer genauen Definition wohl am nächsten kommen. Die Begriffe Migrant_innenverein, Migrant_innenselbstorganisation und Selbstorganisation sollen in dieser Arbeit identisch verwendet werden.

5.2. Entwicklung und Geschichte von Migrant_innenvereinen:

Die Entwicklung und Entstehung von Migrant_innenvereinen in Österreich hat mittlerweile eine lange Geschichte. Begonnen hat diese Entwicklung mit Wohlfahrtsverbänden, die für die ‚Gastarbeiter‘ in den 1960er und 1970er Jahren eingerichtet und von Österreicher_innen geleitet wurden. Sie galten als Informationsstelle für die Neuankömmlinge (vgl. Hunger 2002:3; vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 111). Denn in der Frühphase des Migrationsprozesses kam der Interessenvertretung nur eine geringe Bedeutung zu (vgl. Reiser 2009: 343). Die Arbeiter_innen waren mit dem Ankommen und Einleben in der neuen Gesellschaft beschäftigt. Zumal nicht nur der österreichische Staat, sondern auch die Immigrant_innen selbst zunächst von einer baldigen Rückkehr ins Heimatland ausgingen. Somit kam es zur folgenden Situation:

„Neben ihrer Sozialfunktion übernahmen die Wohlfahrtsverbände zunehmend auch eine politische Funktion, indem sie sich als Sprachrohr und Interessenvertreter der Migranten [...] betätigten, ohne allerdings die Betroffenen selbst demokratisch in ihr Verbandsystem einzubinden.“ (Hunger 2002:4).

Wie oben bereits erwähnt sprachen die Politiker_innen somit *über* Immigrant_innen und nicht *mit* ihnen. Für die Zuwanderer war es außerdem zunächst wichtig, den Alltag nicht allein bewältigen zu müssen.

„Durch das Auseinanderbrechen der traditionellen sozialen Beziehungen im Zuge der Migration kam es zu einer Situation, in der einerseits eine große Nachfrage nach Hilfeleistungen in den verschiedensten Problemlagen [...] existierte, während es andererseits an einem intakten Netzwerk aus Primärgruppen mangelte.“ (Diehl 2002: 26; vgl. Dittel 2008: 14).

So entstanden zunächst informelle Gruppen (vgl. Reiser 2009: 343), die sich trafen, um sich auszutauschen und die Freizeit gemeinsam zu verbringen.

Die Entstehung von Migrant_innenselbstorganisationen kam durch das unbefriedigende Angebot der Wohlfahrtsverbände zustande, die noch dazu die Zuwander_innen nicht als gleichberechtigte Mitglieder, sondern eher als Kunden oder Klienten des Verbandes wahrnahmen (vgl. Hunger 2002: 5).

Die Vereinsgründungen verliefen dann entlang ethnischer, religiöser, regionaler und sprachlicher Linien und die Entwicklung der Vereine war von den Geschehnissen des Heimatlandes oft stark beeinflusst (vgl. Reiser 2009: 343; vgl. Hunger 2002: 5). So auch in vorliegendem Beispiel der jugoslawischen bzw. im speziellen der bosnischen Vereine, deren Geschichte im folgenden Kapitel beleuchtet werden soll.

Nachdem das Rotationsprinzip, welches sich Österreich für die ‚Gastarbeiter‘ ursprünglich erdacht hatte, nicht funktionierte und die Immigrant_innen in Österreich blieben, sah man aus österreichischer Sicht in den Vereinen eine gewisse Gefahr. Die Vereine hatten zwar nach wie vor Ziele wie Sport, Freizeitgestaltung und Begegnungen, aber der österreichische Staat sah sie als integrationshemmend an:

„In wissenschaftlichen Diskussionen sahen klassische Assimilationskonzepte die Entwicklung des ethnischen Selbsthilfe- und Vereinssektors als Indikator für Assimilation einer ethnischen Gruppe an, je höher dabei die ethnische Selbstorganisation, als desto desintegrierter wurden die Mitglieder dieser ethnischen Gruppe betrachtet.“ (Thränhardt 2005: 19; vgl. Huth 2005: 38).

Diese Assimilationsdebatte wurde in den 1990er Jahren begonnen und ist auch im Jahre 2011 noch nicht beendet (siehe Kapitel 1.1.). Durch die Annahme fühlte man sich zusehends in der staatlichen Sicherheit bedroht und begegnete dieser Bedrohung mit einer Missachtung und Nicht-Förderung jener Organisationen (vgl. Dittel 2008: 15; vgl. Jungk 2001: 8).

5.2.1. Die Geschichte und Entwicklung der bosnischen Vereine:

Zur Zeit der ersten jugoslawischen Vereinsgründungen in Österreich in den 1970er Jahren bestand der Eisernen Vorhang noch und Jugoslawien war noch nicht von den schweren Krisen der 1990er Jahre gekennzeichnet.

Harald Waldrauch und Karin Sohler unterteilen die Migrationsströme von Jugoslawien in vier Phasen:

„[...] nach 1945 und in den 1950er Jahren eine Phase der Flüchtlingsmigration, zwischen 1961 und 1973 die Anwerbephase der Arbeitsmigration, zwischen 1973 und 1990 eine Konsolidierungsphase, die durch ein Ende der Rekrutierung neuer ArbeitsmigrantInnen, Familiennachzug und die Entstehung einer zweiten Generation geprägt war, und schließlich seit Beginn der 1990er Jahre eine neuerliche Phase der Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen, vor allem aber von Flüchtlingen aufgrund von Krieg und Vertreibung in Jugoslawien.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 179).

Die Anwerbephase ab den 1960er Jahren war auch jene Zeit, in der sich die ersten Vereine gründeten (Waldrauch/ Sohler 2004: 183). Allerdings gab es ab Mitte der 1970er Jahre, zur Zeit der Konsolidierungsphase einen Boom an Vereinsgründungen, bzw. die Vereine hatten sich inzwischen gut konstituiert und gefestigt (Waldrauch/Sohler 2004: 183). Denn die Immigranten hatten sich langsam an das Leben in der neuen Heimat gewöhnt und konnten sich nun auch auf andere Dinge als die Bewältigung des Alltags konzentrieren.

Die Vereinsgründungen wurden durch die jugoslawischen Auslandsvertretungen unterstützt, finanziell als auch ideologisch (Waldrauch/Sohler 2004: 183). Dies geschah, um die dauerhafte Abwanderung der eigenen Staatsangehörigen in einen kapitalistischen Staat zu verhindern und sie zu einer baldigen Rückkehr zu motivieren (vgl. Hunger 2002: 18). Diese Unterstützungen waren also politisches Kalkül (vgl. Hunger 2002: 5) und wurden nicht erteilt, um den Landsleuten den Raum und die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu vertreten.

„Vor diesem Hintergrund konnte sich eine selbstgesteuerte und selbstbewusste Interessenartikulation, die sich in Organisationsgründungen niederschlagen hätte können, nur schwer entfalten. Stattdessen entwickelte sich ein Vereinssystem, das sehr eng an die Politik des Heimatstaats angebunden war.“ (Hunger 2002: 18).

Die Vereine wiesen zu diesem Zeitpunkt folglich keine ethnische Struktur auf, sondern eine gemischte, ganz dem Vorbild des Heimatlandes entsprechend. Außerdem wurden explizit

Vereine gefördert, die eine unpolitische Ausrichtung hatten (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 185f).

So entstanden viele Vereine im Bereich des Sports, der Folklore und der Freizeitgestaltung (vgl. Hunger 2002: 18; vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 187). Denn diese Aktivitäten trugen zum Zusammenhalt und zur Heimatverbundenheit der Ausgewanderten bei.

In den 1990er Jahren kam es erneut zu einem großen Zuwandererstrom, aufgrund des Zerfalls Jugoslawiens und der daraus resultierenden Krisen. In der Zeit von 1992 und 1995 kamen ca. 95.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina nach Österreich (Waldrauch/ Sohler 2004: 196). Dies hatte wiederum eine große Wirkung auf die bestehenden jugoslawischen Vereine:

„Mit der Auflösung des Warschauer Paktes und der Eskalation des Jugoslawien-Konfliktes lösten sich die verschiedenen Volkszugehörigkeiten umspannenden jugoslawischen Vereine [...] sehr schnell auf, und es bildeten sich neue Vereine entlang ethnischer Konfliktlinien“ (Hunger 2002: 18; vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 197).

Es kam also nicht nur in der Heimat zu einer Re-Nationalisierung und Ethnisierung (Waldrauch/ Sohler 2004: 198) der verschiedenen Volksgruppen, sondern auch in der jugoslawischen Vereinslandschaft in Österreich. Auch hieran kann man erneut sehen, dass sich die politische Situation des Heimatlandes auf die Vereinsstrukturen in den Aufnahmeländern auswirkt.

In Folge dieser Aufspaltung und Entwicklung von Vereinen entlang ethnischen Linien entstanden nun bosnische Vereine.

„Zum einen schlossen sich die aus den Gebieten Bosnien-Herzegowina stammenden serbischen und kroatischen MigrantInnen in eigenen Vereinen zusammen, die sich vorwiegend als Teil der serbischen bzw. kroatischen Zuwanderer-Vereinsstrukturen gruppierten. Zum anderen konstituierten sich genuin ‚bosniakische‘³ MigrantInnen-Organisationen, die sich auf eine ‚ethnische‘ bzw. infolge auch nationaler Identität als bosnischen Muslime im Sinne der früheren ethnischen Volksgruppenkonstruktion Jugoslawiens stützen.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 205).

³ Die Bosniak_innen sind eine der drei vertretenen Hauptethnien in Bosnien-Herzegowina. Die Angehörigen jener Volksgruppe sind Muslim_innen und werden als Bosniak_innen bezeichnet, um sie von den anderen beiden Volksgruppe – den serbischen Bosnier_innen und den kroatischen Bosnier_innen - zu unterscheiden. Schon zu Zeiten des Osmanischen Reiches trat dieser Begriff auf, doch „Seit spätestens Mitte der 1960er Jahre verstehen sich *Bosniaken* zunehmend als ethnische Nation. Daher wird die Bezeichnung *Bosniaken* für die bosnischen Muslime und die Bezeichnung *Bosnier* für alle Einwohner von Bosnien und Herzegowina verwendet.“ (<http://de.wikipedia.org>; Zugriff: 26.7.2011)

So kam es auch in den Aufnahmeländern von bosnischen Immigrant_innen zur Aufspaltung der drei Volksgruppen und zur Übertragung des Konfliktes auf die Vereine. Serbische und kroatische Bosnier_innen hatten dabei die Wahl, sich entweder für die Mitgliedschaft in serbischen, bzw. kroatischen Vereinen vor Ort zu entscheiden oder aber neue Vereine zu gründen, wohingegen sich die bosnischen Muslime entweder religiösen Vereinen anschlossen oder rein bosniakische Vereine bildeten.

So ordnen Fijalkowski und Gillmeister ex-jugoslawische Vereine folgendermaßen ein:

„In der Gesamtcharakterisierung ist das Muster des Gemeindelebens der Ex-Jugoslawen das einer ‚ethnisch-antagonistischer Mobilisierung bei gemischt ethnotraditionaler und exilpolitischer Orientierung.‘“ (Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 116).

In Zeiten des Krieges entstanden einige Organisationen mit humanitären Zielen (Waldrauch/ Sohler 2004: 221). Deren Anliegen bestand beispielsweise darin Flüchtlinge in Empfang zu nehmen, durch Hilfskonvois und andere Aktionen die materielle Not in Bosnien-Herzegowina selbst zu lindern, oder die Suche verlorener Familienmitglieder zu organisieren. Diese Vereine mit dem Zweck der ersten Hilfestellungen konnten sich nach Ausgang des Krieges in Bosnien-Herzegowina aber nicht länger halten (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 207) und es dominierten weiterhin Sport-, Freizeit- und Begegnungsvereine (vgl. Hunger 2002: 18). Auch ist gegen Ende der 1990er Jahre ein bestimmtes Organisationsmuster bosnischer Vereine zu erkennen:

„Sie konstituierten sich kaum nach nationalen Kriterien, sondern primär auf Basis regionaler Herkunft. Zudem sind Tendenzen einer neuerlichen multi-ethnischen Organisation feststellbar.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 207).

Diese erneute Orientierung zu multi-ethnischen Vereinen ist somit eine sehr positive Tendenz, da daran abzulesen ist, dass die Ethnie als Aus- oder Einschlusskriterium an Wichtigkeit verliert. In Anbetracht der Situation muss diese Tendenz allerdings differenziert betrachtet werden. Noch immer bestehen in Österreich und auch in Bosnien-Herzegowina Vereine, welche Multikulturalität dem programmatischen Anspruch nach zwar fördern wollen, diesem Ziel allerdings aufgrund anderer Ausschlusskriterien nicht nachkommen (z.B. aufgrund der bearbeiteten Themen, durch gegenseitige Schuldzuweisungen etc.).

Da mit den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien für viele bosnische Immigrant_innen die Rückkehroption weggefallen ist (Waldrauch/ Sohler 2004: 222), kann in den Vereinen nun

eine Hinwendung zur Selbsthilfe in der aktuellen Lebenslage im Aufnahmeland festgestellt werden (Hunger 2002: 23). Die Organisationen mussten nun nicht mehr nach den Vorstellungen der jugoslawischen Auslandsvertretungen agieren, sondern konnten sich auf Lebensbereiche und -situationen der bosnischen Immigrant_innen in Österreich konzentrieren.

5.3. Aktivitäten und Wirkungsbereiche der Migrant_innenvereine:

Wie in den vorherigen Kapiteln bereits erwähnt, fielen für viele Immigrant_innen, die entweder als Arbeitnehmer_innen angeworben wurden oder aus ihrer Heimat aufgrund von Krieg und Krisen flüchten mussten, die Rückkehroption weg oder diese erschien nach vielen Jahren des Aufenthalts im Aufnahmeland als nicht mehr erstrebenswert. Trotzdem oder gerade deshalb bemühten sich die einzelnen ethnischen Gruppen unter anderem durch die Vereinsarbeit, die Identität zu erhalten und pflegen, „[...] damit Sprache, Glaube, Ethnizität und Kultur weiter getragen werden können.“ (Reiser 2009: 346). Die Wirkungsbereiche der Organisationen gingen also von einem Betreuungsauftrag für Neuankömmlinge über zur „[...] Vermittlung der eigenen Kulturgüter und der Weltanschauung [...]“ (Hoppe 2003: 26).

So stellen Latorre und Zitzelberger fest:

„Bei 64% der MigrantInnenselbstorganisationen liegt der Schwerpunkt beim Kulturaustausch mit der deutschen Gesellschaft. [...] Ebenso steht Organisation und Durchführung von Kulturveranstaltungen und Freizeitaktivitäten bei mehr als jedem 2. Verein auf der Tagesordnung. Kultur-, Sprach- und Traditionserhalt, um mitgebrachte kulturelle Werte und Traditionen aufrechtzuerhalten, die Herkunftssprache zu praktizieren und an die Kinder weiterzuvermitteln, sowie die eigene Religion zu praktizieren sind ebenfalls Ziele in jedem zweiten Verein (Latorre/Zitzelberger 2006: 12).

Auch wenn diese Untersuchung sich auf die Situation in Deutschland bezieht bestätigen zum Beispiel Waldrauch und Sohler, dass auch in Österreich der prozentuelle Anteil von Vereinen, die sich die Kulturpflege zum Ziel gesetzt haben, sehr hoch ist (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 671f; vgl. Hunger 2002: 8). Die deutsche Studie kann lässt also auch Rückschlüsse auf die österreichische Situation zu.

Oft ist es allerdings so, dass ein genauer Aktivitätsbereich nicht eingegrenzt werden kann, da die meisten Vereine in ihren Tätigkeiten multi-funktional und multi-sektoral sind (vgl. Reiser 2009: 347; vgl. Hoppe 2003: 26; Jungk 2001: 8; vgl. Dittel 2008: 87). Das heißt, es gibt wenige Organisationen, die sich lediglich auf den Kulturaustausch oder nur auf Sport

konzentrieren. Es entstehen vielmehr Mischformen von verschiedensten Tätigkeiten und Funktionen. Ebenso verhält es sich mit den Sektoren. Verschiedene Bereiche sind zum Beispiel Kultur, Sport, soziale Bereiche, politische Bereiche und identitätserhaltende Bereiche (vgl. Hunger 2002: 7ff). Zu den Mischformen bei den Sektoren kommt hinzu, dass viele Organisationen in ihrem Umfeld und oft auch transnational Kooperationsbeziehungen zu anderen Vereinen und Institutionen pflegen (Latorre Pallares/ Zitzelberger 2006: 22f; vgl. Hoppe 2003: 27). Dies weitet die Multi-Sektorialität und –Funktionalität nochmals aus, macht das Aktionsfeld größer und weitet die Kontakte aus. Ein weites Netzwerk ist überlebenswichtig für einen Verein und der stetige Ausbau von Kooperationsbeziehungen wird von vielen Vereinen angestrebt (vgl. Latorre Pallares/ Zitzelberger 2006: 22). Denn ohne Unterstützer_innen, Mitglieder und Besucher_innen von Veranstaltungen kann der Verein seine Ziele nicht verfolgen. Auch vom finanziellen Gesichtspunkt aus sind Kontakte wichtig. Ein Beispiel ist die Akquisition von Fördermitteln: Förderungen werden von öffentlichen Stellen eher an bekannte Vereine vergeben, die durch verschiedene Aktionen bekannt sind und Aufmerksamkeit erregt haben, als an eine Organisation, die bisher nicht oft an die Öffentlichkeit getreten ist.

Genau so vielfältig wie die Aktivitätsbereiche ist auch die Zielgruppenorientierung. In der Forschung werden Vereine, die sich an der Aufnahmegesellschaft orientieren und solche, die sich an der Herkunftsgesellschaft orientieren, unterschieden (vgl. Huth 2005: 37; Jungk 2005: 138; Waldrauch/ Sohler 2004: 39). Demnach wird hier der Fokus darauf gelegt für welche Zielgruppe und für welches Land Aktionen durchgeführt werden. Allerdings ist auch diese Unterscheidung bei vielen Organisationen nicht klar zu treffen, denn auch in diesem Bereich verfolgen viele Vereine beide Ziele gleichzeitig.

„Waldrauch/ Sohler zeigen außerdem auf, dass ein gleichzeitiges Engagement für das Herkunftsland einerseits und im Aufnahmeland andererseits keinen Widerspruch darstellt [...]“ (Dittel 2008: 22).

Ein Beispiel wäre hier die Ausrichtung einer Veranstaltung zum Kulturaustausch, bei der Spenden für das Herkunftsland gesammelt werden. Hier würde die Orientierung zu beiden Ländern und Gesellschaften keinen Widerspruch darstellen. Viele Migrant_innenselbstorganisationen sind demnach auch transnationale Akteure, die sich in beiden Gesellschaften engagieren.

Durch ihre multi-funktionale, -sektorale und -lokale Ausrichtung sind viele Migrant_innenvereine den Beratungsinstitutionen der Aufnahmegesellschaft in ihrem

Angebot speziell für Migrant_innen überlegen (Thränhard/ Weiss 2005: 25). Sie bieten den Landsleuten nicht nur eine Beratung, sondern ein Netzwerk von Menschen, die denselben Sozialisierungshintergrund haben, die eigene Heimat kennen und Verständnis für die Situation im Aufnahmeland haben. Hinzu kommen die vielen Angebote zur Freizeitgestaltung.

In welchem Bereich organisieren sich nun aber bosnische, bzw. jugoslawische Vereine?

Zunächst ist hier anzumerken:

„Die beiden größten MigrantInnengruppen, die sie sich in Österreich vereinsmäßig organisieren, sind solche aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien [...]“ (Reiser 2009: 347).

Dabei sind 50 bis 60% der ex-jugoslawischen Vereine sehr aktiv im Bereich des Sports und der Kulturpflege. Auch im Bereich der Freizeitgestaltung, der Begegnung und Geselligkeit unternehmen diese Vereine viel (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 671f). Somit sind auch die meisten bosnischen Vereine sozio-kulturell ausgerichtet. Ob das auf den untersuchten Verein ZZI ebenfalls zutrifft, wird Gegenstand der Analyse sein.

5. 4. Funktion und Bedeutung von Migrant_innenvereinen:

Migrant_innenvereine sind meist multi-funktional und bieten ihren Mitgliedern somit verschiedene Funktionen an und nehmen bestimmte Bedeutungen in ihren Leben ein. Bevor wir zu den verschiedensten Funktionen von Migrant_innenvereinen kommen, sollen noch ein paar Worte zu allgemeinen Funktionen von Vereinen gesagt werden. Denn es gibt Funktionen, die für so gut wie alle Vereine gelten, ob dies nun Migrant_innenvereine oder Heimatvereine sind.

So stellen Vereine eine „Schule der Demokratie“ (Zimmer 1996: 65) dar. Das war in den ersten Jahren der Vereinsgründungen etwas Neues. In einem Verein lernt man von Anfang an, was es heißt demokratisch zu leben, zu diskutieren, abzustimmen. Der Verein ist eine dieser kleinen Einheiten einer Gesellschaft in der ein_e Jede_r demokratisch geschult wird. Dieses Prinzip ist basisdemokratisch und natürlich mit ständigen Absprachen und Diskussionen verbunden.

Weber ist der Ansicht, dass jeder Verein auch bestimmte Ideologien und Anschauungen vermittelt, auch wenn das nicht das primäre Ziel der Vereinigung ist (vgl. Weber 1924: 445 zit. n. Zimmer 1996: 63).

„Freiwillige Vereinigungen [...] sind daher Ausdruck und zugleich Indiz einer demokratischen politischen Kultur und bilden insofern die eigentliche Grundlage- ‚the most important foundation‘- der Demokratie.“ (Zimmer 1996: 66).

Auch in Migrant_innenvereinen werden Wertvorstellungen und Ideologien weiter getragen und „[...] geformt, es entsteht soziale Sicherheit und Stabilität und es wird individuelles und kollektives Handeln und Entscheiden fundiert.“ (Weiss/ Thränhardt 2005: 8).

Als Mitglied eines Vereines partizipiert man an dem Versuch des gesellschaftlichen Wandels. Verba hat drei Faktoren herausgearbeitet wodurch die Partizipation in Vereinen politisch relevant wird: erstens als ein „[...] Medium der politischen Sozialisation und Vorbereitung zur eigentlichen politischen Tätigkeit [...]“ (Verba 1961: 30 zit. n. Zimmer 1996: 65). Zweitens dienen Vereine als „[...] vorpolitischer Raum und Forum der Meinungsbildung [...]“ (Verba 1961: 19 zit. n. Zimmer 1996: 65) und drittens als ein Vermittler oder Verbandsorgan zwischen Individuum und Regierung (vgl. Verba 1961: 57 zit. n. Zimmer 1996: 65). Wir werden in diesem Kapitel feststellen, dass die drei Punkte ebenfalls und in besonderer Weise auf die Migrant_innenvereine zutreffen. Denn auch diese übernehmen eine Mittlerrolle und geben Raum zur Vertretung der eigenen Interessen, also auch zur Meinungsbildung.

„Das revolutionär Neuartige an den Vereinsgründungen war, dass diese über alle bisherigen gesellschaftlichen Schranken, sei es des Standes oder der beruflichen sowie auch konfessionellen Bindungen, hinweg erfolgten und insofern gesellschaftlichen Wandel erst ermöglichten.“ (Zimmer 1996: 38).

Dies kann hinsichtlich der konfessionellen und beruflichen Stellung durch die Forschung bestätigt werden. Im Falle der sozialen Stellung müssen hier allerdings Abstriche gemacht werden. Die persönliche ökonomische Lage spielt bei der aktiven Mitgliedschaft in Vereinen wie es scheint keine große Rolle. Vereine wurden also zu einer Art Modernisierungsmotor einer Gesellschaft, „[...] zum Träger gesellschaftlicher Modernisierung.“ (Zimmer 1996: 37). D. h. auch Menschen, die eventuell in einer Gesellschaft benachteiligt sind - wie zum Beispiel Migrant_innen - können in Vereinen einen Raum vorfinden, in dem sie ihre Ideen und Vorstellungen gemeinsam mit anderen umsetzen können. Forschungen ergeben, dass durch das Engagement eine positive Integration stattfindet (vgl. Zimmer 1996: 68).

Kommen wir nun ausführlich zu den Funktionen und Bedeutungen der Migrant_innenvereine im Speziellen.

Waldrauch und Sohler sind der Meinung, dass es drei grundlegende Funktionen in Migrant_innenselbstorganisationen gibt.

So sei die erste Funktion „Selbsthilfe und solidarische Unterstützung“.

„Sie dienen damit der Kompensation der sozialen Barriere (z.B. Sprache) und ökonomischen Benachteiligungen, die MigrantInnen in der Einwanderungssituation vorfinden.“ (Waldrauch/Sohler 2004: 37).

Die Vereine sind also einer der ersten Anlaufpunkte „[...] beispielsweise bei lebenspraktischen Fragen wie der Wohnungs- und Arbeitssuche [...]“ (Ebermann 2003: 5 zit. n. Dittel 2008: 16) für Neuankömmlinge, die noch nicht allzu viel Erfahrung im Aufnahmeland machen konnten und auf Starthilfe angewiesen sind. Hier spielen nicht nur erste Informationen eine Rolle, sondern auch die psychische Belastung durch das Fremdsein. Diese Situation verlangt

„[...] nach verstärktem sozialen Austausch, weil oftmals fehlende Orientierung, eine fremde Sprache, ein Statusverlust das Selbstvertrauen ankratzen und die Sinnhaftigkeit der Entscheidung, die Heimat zu verlassen, infrage stellen.“ (Reiser 2009: 345).

Vereine sind in gewisser Weise die nächsten Rettungsanker für den Einstieg in die neue Gesellschaft und für die Verarbeitung der ‚persönlichen Migrationsgeschichte‘ und befriedigen somit das Bedürfnis ihrer Mitglieder und Ratsuchenden. Vereine bilden demnach ein sicheres Netzwerk für Immigrant_innen, in dem sie aufgefangen werden, in dem sie sich heimisch fühlen können, ohne diskriminiert zu werden. Denn zu den sozialen Barrieren gehört nicht allein die Sprache, sondern auch der alltägliche Umgang unter den Menschen des Aufnahmelandes, den es zu erlernen gilt. Hier bietet der Verein einen geschützten und sicheren Raum, in dem man das Fremdsein vergessen kann, in dem man sich geborgen fühlen sowie sich austauschen kann. Denn Herkunftsmerkmale wie zum Beispiel Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, traditionelle Kleidung etc. führen des Öfteren zu Diskriminierung. Die zweite Funktion die Waldrauch und Sohler ausmachen, ist die „Kulturelle Identitätsbildung (Minderheitenformierung) und interkulturelle Vermittlung“.

„Die Bewahrung kultureller, religiöser und sprachlicher Traditionen sowie mit zunehmender Niederlassungsdauer auch deren Vermittlung an die Folgegenerationen kann auf lange Sicht auf die Bildung einer Identität als ‚ethnische‘ oder religiös-kulturelle Minderheit zielen. Eine damit verbundene Identitätspolitik kann sowohl der Aufrechterhaltung der Bindung an das Herkunftsland (Diaspora-Gemeinschaften) dienen, als auch auf staatliche Anerkennung religiöser, kultureller und sprachlicher Rechte innerhalb der Zuwanderungsgesellschaft [...] abzielen.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 37f).

Das heißt Vereine haben ebenfalls die Funktion ihre Mitglieder als eine Minderheit im Aufnahmeland zu formieren. Durch die Vereinsaktivitäten soll so die Aufmerksamkeit auf die bestimmte Gruppe von Immigrant_innen gelenkt werden. Sie haben sozusagen die Aufgabe eine neue Gesellschaft zu gründen. Denn Immigrant_innen verändern sich mit der Wanderung und über die Jahre im Aufnahmeland. Es entstehen multiple Identitäten, die weder in der Herkunfts- noch in der Aufnahmegesellschaft vollkommen zu Hause sind. Durch die Verlängerung der Niederlassung vieler MigrantInnen ändern sich auch ihre Bedürfnisse und Vorstellungen (vgl. Reiser 2009: 346). So Thränhardt:

„Mit Hilfe dieses Netzes aus Beziehungen unterschiedlicher Dichte werden Informationen verarbeitet [...], Überzeugungen, Einstellungen und Wertvorstellungen geformt, es entsteht soziale Sicherheit und Stabilität und es wird individuelles und kollektives Handeln und Entscheiden fungiert.“ (Thränhardt 2005: 11f).

In Vereinen fühlen sich die Mitglieder sicher und haben dadurch den Raum ihre ‚neue‘ Gesellschaft zu entwickeln und zu formieren. Dies geschieht über das Ausloten von Werten und Einstellungen. Somit kann sich darauf auch eine Handlungsperspektive entwickeln, ein Ziel, welches es zu erreichen gilt.

Die Identität wird auch für die 2. und 3. Generation ein wichtiger Faktor und so sind die Vereine nicht mehr nur Informationsvermittler, sondern übernehmen immer mehr eine sinnstiftende Funktion. Der Begriff Kultur hat immer etwas mit Identität zu tun. Durch Kultur, zu der Traditionen, Lebensarten, Musik, Sprache, Bräuche usw. gehören, wird ein Individuum geprägt und kann sich diesen Einflüssen nicht entziehen. Aus einer Bosnierin, die lange Zeit in Österreich lebt wird eine bosnische Österreicherin oder eine österreichische Bosnierin. Es entstehen Persönlichkeiten und Identitäten, die von zwei oder mehr Gesellschaften beeinflusst und sozialisiert wurden. Das gilt im Besonderen für die zweite und dritte Generation der Immigrant_innen. Sie orientieren sich an beiden Gesellschaften. Da die Herkunftsgesellschaft aber meist in weiter Ferne liegt, findet man sich in

Migrant_innenselbstorganisationen zusammen, um die Herkunftsidentität zu pflegen und zu erhalten.

Weiters nehmen Migrant_innenvereine eine Brückenfunktion zwischen der Immigrant_innengemeinde und der Aufnahmegesellschaft ein und versuchen zwischen beiden zu vermitteln und sie miteinander bekannt zu machen. Diese Funktion ist in Zeiten der zunehmenden Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit sehr wichtig. Denn nur durch gegenseitiges Verständnis, Kennenlernen und Toleranz kann sich die neue österreichische Gesellschaft formieren. Die Vereine geben migrierten Personen die Möglichkeit die eigene Meinung zu vertreten und zu zeigen, ebenso bieten sie ihnen eine Plattform, um der Mehrheitsgesellschaft die eigene Offenheit und das Interesse an gesellschaftlicher Partizipation sowie Integration zu signalisieren. Gleichzeitig dienen die Vereine aber somit auch als „Brücken zum Heimatland“ (Reiser 2009: 347; vgl. Waldrauch/ Sohlen 2004: 40).

Eine dritte Funktion ist die „Politische Organisation und Interessenvertretung“. Hier unterteilen Waldrauch und Sohler in Organisationen, bei denen sich die politische Ausrichtung auf das Herkunfts- oder das Aufnahmeland beziehen. Exilbewegungen würden demnach zu Organisationen gehören, die das Herkunftsland unterstützen (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 38).

„Organisationen des zweiten Typs [bezogen auf das Aufnahmeland] [Anm. T.Z.] mit dem Ziel der Verbesserung der rechtlichen, sozialen und ökonomischen Situation sowie der politischen Partizipation von MigrantInnen im Aufnahmeland dienen dem Ausgleich und der Überwindung institutioneller Diskriminierung und Ausschlussmechanismen, die eine Teilnahme von MigrantInnen an 'Mainstream'-Organisationen verhindern.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 38f).

Auch in Österreich werden Migrant_innen institutionell diskriminiert wie im Kapitel 3.1. zur Rechtslage der Immigrant_innen festgestellt wurde. Dieses Feld ist allerdings ein sehr weites und die Ziele sind sehr langfristig und schwierig zu erreichen. Denn dazu müsste die gesamte österreichische Gesellschaft und Politik ihren Blickwinkel auf die Integrationsdebatte ändern und beginnen sich als Einwanderungsland zu bezeichnen, bevor es schließlich zu Veränderungen in den Institutionen und Politiken gegenüber Migrant_innen kommen kann.

Bei allen drei Funktionen, die oben beschrieben wurden ist die Basis ein Netzwerk. Netzwerke sind besonders wichtig, wenn alles andere, also z.B. die persönliche Lage instabil ist (vgl. Reiser 2009: 345). Man sucht sich einen Raum, in dem man sich angenommen und

akzeptiert fühlt, wo man sich nützlich machen und sich für seine Ideale und Vorstellung einsetzen kann. Bei der Gründung von Migrant_innenvereinen

„[...] spielen nationale Herkunft, mitgebrachte Weltbilder, religiöse Bindungen, ethnische Identitäten, regionale und sprachliche Zugehörigkeiten sowie politisch- ideologische Bindungen als Organisationsprinzip keine geringe Rolle.“ (Reiser 2009: 343).

Dies überrascht nicht, da sich ein_e Jede_r, wenn um ihn_sie das Meiste instabil ist sein möglichstes Ebenbild sucht. Man möchte sich ein Stück zu Hause und unter Seinesgleichen fühlen. Somit ist es gut nachvollziehbar, dass man sich einen Verein sucht, der die eigenen Vorstellungen, Traditionen und Ideale vertritt und sich für diese einsetzt. Obwohl man bei den Netzwerken zwischen informellen und sozio-politischen Netzwerken unterscheiden muss, da diese nie homogen sind (vgl. Reiser 2009: 348). Informelle Netzwerke sind Verbindungen, die sich durch freundschaftliche und verwandtschaftliche Kontakte ergeben. In diesen Netzwerken kommen Menschen zusammen, die dieselbe Sprache sprechen und oft aus der gleichen Region kommen. Informelle Netzwerke haben keine Hierarchiestufen und die Bindung ist in diesen Netzwerken emotional (vgl. Reiser 2009: 349). Informelle Netzwerke dienen meist dem Informationsaustausch auf lokaler, aber auch transnationaler Ebene und stellen eine materielle und psychosoziale Hilfe für die Immigrant_innen dar (vgl. Reiser 2009: 349).

Die sozio-politischen Netzwerke haben meist einen Vereinsstatus, sind also institutionalisiert und zeichnen sich dadurch aus, dass eine gewisse Hierarchie unter den Mitgliedern besteht und das einzelne Personen spezifische Aufgaben und Funktionen innerhalb des Netzwerkes übernehmen. Im Vordergrund dieser Netzwerke stehen das Gemeinschaftsinteresse und politische Ziele (vgl. Reiser 2009: 349). Wenn wir über Migrant_innenvereine sprechen, sprechen wir nach dieser Definition folglich von sozio-politischen Netzwerken, obwohl hier anzumerken ist, dass es nicht immer direkt um politische Ziele geht. Trotzdem ist zu erwähnen, dass informelle Netzwerke in der neuen Heimat oft schwer zu knüpfen sind und deswegen auch an Bedeutung stückweise verlieren. Daher nimmt die Bedeutung von Migrant_innenselbstorganisationen als formelle Institutionen umso mehr zu (vgl. Zapotoczky 2000: 169).

„Wie die wissenschaftliche Forschung zeigen konnte, sind soziale Netzwerke von ZuwanderInnen in der Tat befähigt, Informations- und Orientierungsdefizite partiell

auszugleichen, und spielen in der Organisation des praktischen Lebens eine entscheidende Rolle.“ (Reiser 2009: 356).

Nochmals wird allerdings auf folgendes hingewiesen:

„Eine Typologisierung der MigrantInnenorganisationen nach ihren grundlegenden Funktionen in soziale, kulturelle und politische Organisationen erweist sich dennoch als schwierig, da eines der zentralen Charakteristika von MigrantInnenorganisationen gerade ihre multi-sektorale und multi-funktionale Ausrichtung ist, die sich in der Verknüpfung einer Vielzahl an Aktivitäten im sozialen, kulturellen und interessens- bzw. minderheitenpolitischen Bereich manifestiert.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 39).

Hier bestätigt sich nochmals, dass Vereine meist nicht nur auf einem Feld aktiv sind, sondern dass sie agile Akteure sind, die sich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Bereichen beteiligen. Eine klare Abgrenzung in verschiedene Bereiche ist also nicht möglich, obwohl man sehr wohl Schwerpunkte eines jeden Vereins feststellen kann, wie sich auch später am Beispiel des Zentrums für zeitgemäße Initiativen Austria feststellen lassen wird.

Multi-lokal sind die Vereine auch oft im Falle der Region. So engagieren sich viele Vereine nicht nur ausschließlich für das Herkunfts- oder für das Aufnahmeland, sondern bewegen sich oft in beide Richtungen. Nach Waldrauch und Sohler fördert das Engagement für die eine Region oft das Engagement für die andere (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 39). „Zudem zeigt sich, dass ein Engagement in Bezug auf das Herkunftsland ein Engagement im Zuwanderungsland nicht ausschließt, sondern mitunter sogar fördert.“ (Waldrauch/ Sohler 2004: 39). Mit dieser Aussage wird darauf hingewiesen, dass Vereine durch eine Förderung des Heimatlandes oft Verbindungen und Kooperationen mit Institutionen aus dem Aufnahmeland eingehen müssen, damit das Engagement im Herkunftsland wirksam wird. Hier geht es beispielsweise um Fördergelder oder aber auch logistisches Know-How oder ähnliches. Vereine stehen demnach auch in Kontakt mit Parteien und Landes- und Kommunalbehörden (vgl. Thränhard 2005: 26). Dies ist oft nötig, um beispielsweise Fördergelder zu erlangen. Hierbei kommt es bei den Vereinen oft zu internen Konflikten und Diskussionen: „Die gleichzeitige Herausforderung, die österreichische Politik anzuprangern und die Finanzierung des Vereins zu sichern, erfordert einen ständigen Kompromiß.“ (Strasser 2003: 173). Dabei steht immer die Frage im Raum, ob man sich als Verein abhängig von österreichischen Institutionen macht. Oft gibt es allerdings keine andere Möglichkeit, da einige Migrant_innenselbstorganisationen ohne staatliche Förderungen nicht überlebensfähig

wären. Somit widerspricht dieses Zitat der Annahme, dass ethnische Vereine integrationshemmend wirken (vgl. Thränhardt 2005: 26). Auch Huth schreibt: „Dem Vorwurf der Herausbildung und Verfestigung einer Parallelgesellschaft steht die Betonung ihrer Vermittlerrolle und Dienstleistungsfunktion gegenüber.“ (Huth 2005: 37; vgl. Dittel 2008: 14). Die Vermittlerrolle ist bei den meisten Vereinen stärker ausgebildet, als das Vorhaben eine Parallelgesellschaft zu bilden.

Reiser sieht eine weitere Funktion von Migrant_innenorganisationen im Erlangen von Sozialem Kapital (vgl. Reiser 2009: 346). Das heißt Vereine führen Menschen zusammen, man knüpft neue Kontakte, die in verschiedenen Lebenslagen wichtig sind oder stabilisierend wirken. Ein Netzwerk an Kontakten bringt Informationsaustausch. Die Mitglieder können sich untereinander austauschen und gegenseitig durch Informationen helfen, sich in dem Aufnahmeland zurechtzufinden. Denn

„Durch Migrationsprozesse kommt es nach Weiss/ Thränhardt zum Abbau der Bedeutung alter Bezüge. Die immigrierende Gruppe trete punktuell in Beziehung mit der neuen Umgebung, was einhergehe damit, dass 'ihr mitgebrachtes kulturelles Kapital' teilweise ‚wertlos oder sogar dysfunktional' werde und 'neues kulturelles Kapital' erworben werden müsse.“ (Weiss/ Thränhardt zit. n. Dittel 2008: 14).

Nicht nur der Heimatverlust spielt bei Wanderungsprozessen also eine Rolle, sondern auch ein Verlust von Fähigkeiten, kulturellen Bezügen und sozialen Kontakten, durch die sich Immigrant_innen oft nur noch fremder in der neuen Gesellschaft fühlen. Kulturelle Regeln und Normen gelten plötzlich in der neuen Umgebung nicht mehr und können nicht mehr verwendet werden. Andere kulturelle und soziale Gegebenheiten müssen erst beobachtet und dann selbst erlernt werden, um sich in der neuen Gesellschaft möglichst gut bewegen zu können.

Es geht beim Erlangen von sozialem Kapital aber auch um den Identitätserhalt, und das in herkunftshomogenen und -heterogenen Migrant_innenorganisationen. Alle haben die Erfahrung der Wanderung und den Wechsel eines Lebensmittelpunktes gemacht. Dadurch entsteht eine gemeinsame Basis des Mitgefühls und Verständnisses. Noch intensiver als in heterogenen Vereinen ist der Identitätsgehalt natürlich in den herkunftshomogenen Organisationen. Alle Mitglieder kennen die Gegebenheiten in der Heimat und auch vor Ort und können somit die Empfindungen von anderen Mitgliedern nachvollziehen. Die Vereine tragen also dazu bei, dass es nicht zu einem Identitätsbruch des Individuums kommt (vgl. Reiser 2009: 246; vgl. Hoppe 2003: 30; vgl. Huth 2005: 38).

„MigrantInnenorganisationen fungieren somit gleichermaßen als Identitätsanker mit Entlastungsfunktionen wie als geschützter Ort in der Fremde, an dem in erster Linie soziokulturellen und religiösen Bedürfnissen nachgekommen werden kann.“ (Reiser 2009: 347).

Sicherheit, Schutz und Akzeptanz (vgl. Hoppe 2003: 29) sind in diesen Vereinen also drei sehr wichtige Schlagworte. Und hier kommt es nicht darauf an, ob sich der Verein im kulturellen, sozialen oder politischen Bereich betätigt. Diese Funktion und Bedeutung erfüllen alle Migrant_innenvereine, ohne Ausnahme.

„Sie [Migrant_innenselbstorganisationen] [Anm. T.Z.] übernehmen wichtige Mittler- und Brückenfunktionen. Nach innen tragen Sie (sic!) zur Identitätsbildung bei und übernehmen wichtige Funktionen für die Pflege kulturellen Kapitals. Sie bieten Chancen zur Selbstverwirklichung und -bestätigung und zur Herausbildung sozialer Handlungskompetenzen der Beteiligten. Nach außen hin übernehmen Migrantenselbstorganisationen wichtige Präventions- und Dienstleistungsaufgaben und schließen bestehende Angebotslücken für Migrantinnen und Migranten in den verschiedenen Bereichen.“ (Huth 2005: 38).

Der erste Punkt zur Identitätsbildung und -erhaltung ist uns bereits bekannt. Was hier neu ist, ist die Aufstiegschance, die Vereine anscheinend bieten. Immigrant_innen haben in der Aufnahmegesellschaft oft das Problem, dass sie oder ihre Fähigkeiten nicht akzeptiert, respektiert oder anerkannt werden. Claudia Diehl ist der Meinung, dass Migrant_innenselbstorganisationen hier ebenfalls gegensteuern können:

„In Vereinen können Akteure aber auch unmittelbar Anerkennung in der Form von Status und Bestätigung für ihre Fähigkeiten, Kenntnisse und Eigenschaften erhalten. Außerdem bieten Vereine auch unabhängig von diesen Nutzungsmöglichkeiten der privaten Ressourcen der Vereinsmitglieder den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen an.“ (Diehl 2002: 67; vgl. Diehl 2002: 55).

Migrant_innen haben beispielsweise oft eine prekäre Arbeitssituation. Oft kommen sie nur in bestimmten Berufsfeldern unter. Wenn sie in diesen besagten Berufen aber nicht zu Hause sind, führt dies meist zu Arbeitslosigkeit. Somit nimmt der Verein und die dadurch erworbenen Kontakte eine große Rolle ein, da viele Güter und Dienstleistungen darüber zu

erlangen sind (vgl. Diehl 2002: 57f). Ein weiterer Grund für den Rückzug in ethnische Vereine ist der, dass die Aufnahmegesellschaften für Immigrant_innen oft keine Statusopportunitäten aufzeigen, oder jene nur unter Diskriminierung und anderen Opfern (z.B. völlige Assimilierung) zu erlangen sind (vgl. Diehl 2002:57f). Allerdings weist sie weiterhin darauf hin, dass die Statusverbesserung erst möglich ist, sobald die spezifische ethnische Gruppe zu einer anerkannten und bekannten Gruppierung geworden ist (vgl. Diehl 2002: 27) Migrant_innenvereine geben außerdem die Möglichkeit Status in der Aufnahmegesellschaft zu erwerben, die Bestätigung und Anerkennung allerdings aus dem ethnischen Netzwerk zu erlangen und nicht von der österreichischen Gesellschaft (vgl. Diehl 2002: 57f). In diesem Fall wäre es nicht nötig, dass die ethnische Gruppe besonders etabliert ist.

Immigrant_innen haben in den Vereinen selbst also die Chance auf Statusverbesserung, wenn es in der Aufnahmegesellschaft nicht zugelassen wird. Je größer und anerkannter Migrant_innenvereine oder deren ethnische Gruppe werden, desto größer wird die Chance und der Raum zur Statusverbesserung der einzelnen Individuen (vgl. Diehl 2002: 68).

Vereine eröffnen durch ihre Brückenfunktion (nach innen und außen) neue Vernetzungsmöglichkeiten für ihre Mitglieder. Im Verein sind die Mitglieder nicht zuerst der Bosnier, die Türkin oder die Japanerin, sondern sie sind der Tischler, die Ingenieurin und die Krankenschwester, die durch eine gute Ausbildung eine Chance auf dem Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes haben sollten. Es ist nachvollziehbar, dass nicht jeder Verein seinen Mitgliedern einen Statusaufstieg versprechen kann. Doch die Akzeptanz und die Anerkennung für das, was die Mitglieder darstellen werden sie erhalten.

Vereine schotten sich nicht von der Aufnahmegesellschaft ab. Auch hier übernehmen sie eine Brückenfunktion:

„Ethnische Netzwerke existieren nicht in einer Enklave, sondern gehen Verbindungen mit der einheimische Gesellschaft ein, bilden Brücken zwischen Herkunfts- und Aufnahmekultur, sind von dieser einheimischen Umgebung beeinflusst und passen sich ihr an, um in ihr funktional wirken zu können. Netzwerke werden auch zur politischen Eigenvertretung genutzt und dienen u.a. dazu, integrationshemmende Faktoren innerhalb der Gesellschaft abzubauen.“
(Weiss/ Thränhardt 2005.: 15f).

Dieses Zitat ist sehr gehaltvoll. Der erste wichtige Punkt den es herauszuheben gilt, ist dass sich - wie Thränhardt und Weiss sagen - Netzwerke nicht abschotten, sondern verschiedenste Verbindungen außerhalb dieses Netzwerkes pflegen. Mit Netzwerken sind bei den genannten Autor_innen nicht nur die offiziellen Migrant_innenorganisationen gemeint, sondern auch

informelle Netzwerke wie Nachbarschaftstreffen, Freundeskreise oder andere Gruppen der gleichen Ethnie. Das ist vergleichbar mit Waldrauch und Sohler. Vereine sind somit kein Raum, der aus der Aufnahmegesellschaft herauszulösen ist. Es entsteht eine gegenseitige Einflussnahme von Mitgliedern des Vereins und der Aufnahmegesellschaft. Durch neue Kommunikationsmittel und -techniken fällt es heutzutage leichter Kontakte über eine größere Distanz zu halten und zu pflegen. Somit kann die transnationale Ebene leichter aufrecht erhalten bleiben und die Brückenfunktion zwischen beiden Ländern und Kulturen wird weiter geführt (vgl. Reiser 2009: 347).

Der zweite wichtige Punkt dieses Zitates ist, dass sich die Migrant_innennetzwerke an die Aufnahmegesellschaft anpassen müssen, um in ihr überhaupt erst tätig zu werden. Das beginnt für die Migrant_innenvereine damit, sich offiziell als Verein eintragen zu lassen und geht über die Einhaltung bürokratischer und rechtsstaatlicher Regeln bis hin zur Übernahme von typischen Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft (z.B. typische Verhandlungs- und Diskussionstechniken).

Der dritte Punkt dieses Zitates ist jener der politischen Eigenvertretung. Wie im Kapitel 4.2. bereits vermerkt wurde, wurde - und wird auch weiterhin - über Migrant_innen gesprochen und Dinge werden für sie entschieden. Daher haben einige Vereine damit begonnen, auch in der lokalen Politik mitzuwirken und stellen oft ein Sprachrohr dar, um die eigene politische Überzeugung kundzutun. Da die meisten Immigrant_innen durch eine ausländische Staatsbürgerschaft kein passives und aktives Wahlrecht in Österreich besitzen, ist das politische Engagement in Vereinen oft das einzige Mittel politisch aktiv zu werden. Auch hier könnte man sagen, dass Vereine den Mitgliedern Anerkennung und Statusverbesserung bieten, einfach dadurch, dass die Möglichkeit gegeben ist sich politisch zu artikulieren und die eigenen Interessen durch einen Verbund bestärkt zu vertreten. Jungk stellt hier einen Verbesserungsprozess fest: „Migrantinnen und Migranten weisen offensiver als früher auf die auch für das Aufnahmeland gesellschaftspolitische und sozial wichtige Bedeutung ihrer Organisation hin.“ (Jungk 2005: 139) und kommen so zu mehr Geltung.

Eine weitere Funktion von homogenen Migrant_innenvereinen ist folgende:

„Ethnisch homogene Vereinigungen stellen dennoch Netzwerke dar, innerhalb derer Unzufriedenheit etwa über den gesellschaftlichen oder ökonomischen Status der eigenen ethnischen Gruppe oder auch die politische Situation in den Herkunftsländern schneller kommuniziert und in kollektives Handeln umgesetzt werden können. [...] Unpolitische Vereinigungen können somit eine Art 'Mikromobilisierungskontext' darstellen, [...]“ (Diehl 2002: 3).

Das Zitat enthält einige Funktionen, die zuvor bereits ausgewertet wurden. Die neue Komponente, die herauszulesen ist, ist die des kollektiven Handelns und des schnellen Kommunizierens. Dass Vereine eine Basis zum kollektiven Handeln bieten überrascht nicht, denn das ist eines der Hauptziele von allen Organisationen. Man findet sich zusammen, um nicht mehr als einzelntes Individuum zu bestehen, sondern als eine mehr oder weniger homogene Gruppe mit denselben Bedürfnissen, Problemen und Überzeugungen. Es wird versucht von einer Minderheit zur Mehrheit zu werden und gemeinsame Interessen durchzusetzen. Dadurch werden Vereine zu Mobilisierungseinheiten für politisches, soziales und kulturelles Handeln. Das kollektive Handeln bietet außerdem wiederum die Möglichkeit „[...] unmittelbar Status und Bestätigung zu erhalten.“ (Diehl 2002: 63). Denn sobald man in einer Gruppe aktiv ist, bekommt man durch die Größe der Vereinigung mehr Aufmerksamkeit als als einzelntes Individuum. Zweitens fühlt man sich durch die Tatsache bestärkt, dass die Mitglieder der Gruppe derselben Überzeugung sind wie man selbst und ebenfalls bereit sind sich dafür zu engagieren und einzusetzen.

Der Punkt des schnellen Kommunizierens ist wiederum mit lokalen und transnationalen Informationsnetzwerken zu verbinden. Durch viele Mitglieder, die alle ihre eigenen Kontakte aus dem Aufnahme- und Herkunftsland mitbringen entsteht ein großes Netz an Informationsein- und -ausgängen. Dadurch wird der Informationsaustausch schneller und er geht in viele verschiedene Richtungen.

Im Zusammenhang mit dem „Mikromobilisierungskontext“ ist auch die Sichtweise von Sabine Strasser zu erwähnen. Für sie haben die Vereine neben der Mobilisierung zunächst einmal die Aufgabe auf Missstände aufmerksam zu machen.

„Migrationspolitik ‚von unten‘ ist eine soziale Bewegung die wesentliche Funktionen hat, auf Probleme in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Soziale Bewegungen entstehen durch widersprüchliche Prozesse oder Antagonismen in den dominanten hegemonialen Praktiken, die versuchen, bestimmte Bedeutung als Normen zu fixieren. Diese Bewegungen zeigen alternative Ansätze für kulturelle Interpretationen auf und kämpfen für und gegen kulturelle Auslegungen und für und gegen sozio-ökonomische Bedingungen.“ (Strasser 2003: 7).

Migrationspolitik ‚von unten‘ bedeutet für Strasser alle Aktivitäten in Migrant_innenorganisationen und Migrant_inneninitiativen auf verschiedenen Ebenen (vgl. Strasser 2003: 7). Bezeichnend ist, dass die Autorin Migrant_innenvereine als soziale Bewegung einteilt und sie somit als ein neues gesellschaftliches und politisches Phänomen

bezeichnet. Die Hauptfunktion der Vereine sei auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Diese Funktion ist von vorn herein sehr politisch, egal ob auf ein soziales, sozio-ökonomisches oder ein kulturelles Problem hingewiesen wird. Handlungen der Migrant_innenvereine werden von Strasser somit generell als politisch bezeichnet. Somit können Selbstorganisationen ihrer Meinung nach nicht unpolitisch sein. Migrant_innenvereine sind somit ein Faktor, der der Aufnahmegesellschaft die Hegemonieerhaltung strittig macht. Das ist neu für den Aufnahmestaat, der bisher lediglich mit hegemonieinternen Widersprüchen zu tun hatte, nicht aber mit Kritiker_innen, die der Aufnahmegesellschaft nicht entstammen. So kommt eine Klassifizierung in Migrationspolitiken auf:

„Untersuchungen zur Migrationspolitik ‚von unten‘ richten den Blick meist auf MigrantInnen als politische AkteurInnen in einem bestimmten nationalen Kontext, reduzieren sie oft - unter dem Stichwort Selbstorganisation - auf ethnische oder religiöse Einrichtungen, die Politik ‚zweiter Klasse‘ getrennt von allgemeinen politischen Fragestellungen und damit auch getrennt von Grundlegender Kritik an dominanten Vorstellungen und Praktiken betrachtet wird.“ (Strasser 2003: 8).

Migrant_innenvereine werden also oft lediglich als Folklore- oder Religionsvereine wahrgenommen. Sie sollten aber als gleichwertige Akteure in der Aufnahmegesellschaft, die sich auf Augenhöhe engagieren und äußern können, angesehen werden. Die Vereine bemühen sich, dass ihre politische Einflussnahme, die nicht vordergründig politisch sein muss, in die lokale und kommunale Politik einfließt und die Missstände, welche von ihnen aufgedeckt werden somit bekannt werden.

Vereine haben nicht zwingend eine politische Ausrichtung. Dennoch geben sie ihren Mitgliedern Raum zur politische Partizipation und Meinungsäußerung. Sie sind

„[...] die entscheidenden Träger der Zivilgesellschaft, die in ihrer Bürgernähe und (relativen) Unabhängigkeit gegenüber Politik und Wirtschaft Freiräume für Eigeninitiative und Selbstgestaltung vor allem auf lokaler Ebene schaffen und helfen können, gesellschaftliche Kräfte zum Wohl der Bewohner zu aktivieren und sinnvoll zu bündeln [...].“ (Zapotoczky 2000: 176).

Und trotzdem müssen Vereine immer wieder um die Aufmerksamkeit und Wahrnehmung der Politiker_innen und Entscheidungsträger_innen kämpfen (vgl. Weiss/ Thränhardt 2005: 28f). Die Einflussnahme ist somit nicht leicht zu erreichen. Einige Vereine haben es inzwischen

allerdings geschafft durch Kooperationen, ihre Größe und Aktivitäten zu Ansprechpartnern der lokalen Politik zu werden (vgl. Huth 2005: 38). Bis dahin ist es allerdings ein langer Weg und ein Prozess, der immer wieder durch Rückschläge unterbrochen wird.

Um das Kapitel zusammenzufassen kann folgendes gesagt werden:

Zapotoczky ist der Überzeugung:

„Vereine stellen für die jeder Gesellschaft angetragenen Aufgaben unverzichtbare Hilfsmittel bei den Herausforderungen von Selbstfindung, Partizipation, Penetration und Integration, können aber auch für die anderen gesellschaftlichen Herausforderungen [...] wichtige Beiträge für eine demokratische Gesellschaftsgestaltung leisten.“ (Zapotoczky 2000: 176).

Vereine sind demnach ein zentrales Mittel zur demokratischen Formierung von Gesellschaften. In diesem Zitat sind bezogen auf die Migrant_innenvereine besonders drei Schlagworte wichtig: Selbstfindung, Partizipation und Integration. Die Selbstfindung kann man auf das interne Umfeld des Vereins beziehen. Wie oben bereits erwähnt werden hier neben dem Identitätserhalt auch neue Werte und Einstellungen ausgelotet und dadurch die Linie des Vereins festgelegt. Die Selbstfindung bezieht sich aber auch auf die Aufnahmegesellschaft, in diesem Falle auf die österreichische. Dadurch, dass die Migrant_innenorganisationen auf ihre Bedürfnisse und Interessen aufmerksam machen und Probleme aufzeigen, muss die österreichische Gesellschaft ihre Einstellungen und Normen ebenfalls überdenken. Dies wird allerdings nur geschehen, wenn die Migrant_innenvereine penetrant genug sind und immer wieder Anstöße zum Überdenken der eigenen Gesellschaft geben. Dies ist eine schwierige Aufgabe und Funktion der Migrant_innenselbstorganisationen und ein langer Prozess, der Mithilfe von beiden Seiten verlangt. Hier gelangen wir wiederum an den Punkt, dass die österreichische Gesellschaft beginnen muss, sich als Einwanderungsland zu akzeptieren.

Dies ist ein guter Übergang zu dem nächsten Schlagwort, der Partizipation. Erst wenn die österreichische Gesellschaft sich als Einwanderungsland akzeptiert und die Migrant_innenvereine ein gutes Durchhaltevermögen haben wird es dazu kommen, dass Immigrant_innen mehr Partizipationsrechte zugestanden werden. Im Moment bleibt ihnen lediglich den rechtlichen Rahmen auszuschöpfen, der ihnen überlassen wird (siehe Kapitel 3.1.). Wenn es nach und nach zur rechtlichen Gleichstellungen der Immigrant_innen kommen sollte, ist das ebenfalls ein Schritt hin zu Integration der neuen Gesellschaftsmitglieder. Eine weitere Funktion ist somit die demokratische Gesellschaftsgestaltung durch Vereine, die speziell für Migrant_innenorganisationen aber sehr begrenzt ist (siehe Kapitel 2.3.). Dennoch

hat sich die österreichische Gesellschaft mittlerweile eingestanden, dass Vereine von Migrant_innen zumindest entscheidende Funktionen übernehmen können, die gemeinnützige Träger des Inlandes nicht erfüllen können (vgl. Weiss/ Thränhardt 2005: 28). Hier sind die oben genannten Funktionen wie beispielsweise der Identitätserhalt, die Statusgewinnung, die Konstruktion eines sozialen Netzwerkes und der Informationsaustausch gemeint. Eine große Hürde für Migrant_innenorganisationen besteht allerdings weiterhin:

„Dennoch werden Selbstorganisationen von politischen Entscheidungsträgern in Deutschland nach wie vor kaum wahrgenommen und sind häufig beim Zugang zu öffentlichen Förderungen benachteiligt.“ (Weiss/ Thränhardt 2005: 28f).

Das Zitat bezieht sich zwar auf deutsche Verhältnisse, allerdings werden wir im folgenden Kapitel sehen, dass diese Situationsbeschreibung ebenfalls auf Österreich zutrifft.

„Es hat sich gezeigt, dass Migrantenselbstorganisationen nach innen und nach außen wichtige Aufgaben für die Partizipation und Integration ihrer Mitglieder erfüllen. Sie übernehmen wichtige Mittler- und Brückenfunktionen. Nach innen tragen Sie (sic!) zur Identitätsstärkung bei und übernehmen wichtige Funktionen für die Pflege kulturellen Kapitals. Sie bieten Chancen zur Selbstverwirklichung und -bestätigung und zur Herausbildung sozialer Handlungskompetenzen der Beteiligten. Nach außen hin übernehmen Migrantenselbstorganisationen wichtige Präventions- und Dienstleistungsaufgaben und schließen bestehende Angebotslücken für Migrantinnen und Migranten in den verschiedensten Bereichen. Sie bieten Gelegenheit zu Entwicklung und Aufbau informeller Netzwerke und aktivieren private Selbsthilfe. Sie dienen auch als Ansprechpartner für kommunale Verwaltung und Politik.“ (Gaitanides 2003 zit. n. Huth 2005: 38; vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 30ff zit. n. Jungk 2005: 141f).

Dieses Zitat fasst die wichtigsten Funktionen und Bedeutungen der Migrant_innenorganisationen zusammen und verhilft diesem Kapitel zu einem runden Abschluss.

5. 5. Anerkennung der Migrant_innenselbstorganisationen und ihre Gründungsmotivation:

Wie im letzten Kapitel bereits angemerkt, haben Migrant_innenvereine noch immer Probleme sich Gehör auf der Ebene der lokalen und kommunalen Politik zu verschaffen.

„Migrantinnen und Migranten sind auf kommunaler Ebene von Anerkennung und Unterstützung für ihre Aufgaben abhängig. Sie erleben demgegenüber häufig Behinderung oder Missachtung ihres Engagements.“ (Hoppe 2003: 34).

Behinderung ist zum Beispiel die immer noch bestehende rechtliche Ungleichheit zwischen Einheimischen und Immigrant_innen die im Kapitel 3.1. behandelt wurde. Außerdem ist es eine Behinderung, wenn der Versuch der Einflussnahme als Politik zweiter Klasse abgestempelt wird, ohne sich weiter damit zu beschäftigen.

Sabine Jungk sieht als weitere Behinderung, „[...] dass generell verweigert wird, Selbstorganisationen als legitimes Mittel der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten anzunehmen.“ (Jungk 2001: 10), obwohl die Organisation in Vereinen bereits das einzige Mittel für Teilhabe ist.

Selbst die für die Beteiligung von Migrant_innen eingerichteten Ausländerbeiräte haben eine sehr geringe Tragweite in der österreichischen Politik. Somit ist die Teilhabe auch hier sehr beschränkt (Thränhardt 2005.: 21) und es wird das Gefühl vermittelt, dass man keinen Wert auf die Beteiligung der neuen Mitbürger_innen legt (vgl. Hoppe 2003: 30 zit. n. Thränhardt 2005: 21).

Claudia Diehl beleuchtet nochmals das Individuum im Migrations- und Beteiligungsprozess.

„Der Zugang zu Status und Bestätigung kann Migranten im Aufnahmeland aus verschiedenen Gründen verstellt sein. Zum einen können sie Schwierigkeiten dabei haben, Statuspositionen einzunehmen, weil sie die ‚falschen‘ Ressourcen kontrollieren.“ (Diehl 2002: 52).

Und weiter:

„Wegen dieser Abhängigkeit des Werts der eigenen Ressourcen von der gesellschaftlichen Bewertungsstruktur sind internationale Migration so riskant, was den Erhalt sozialer Anerkennung anbetrifft.“ (Diehl 2002: 53).

Sobald man also die benötigten Ressourcen nicht mitbringt - was bei den meisten der Immigrant_innen durch die komplexen kulturellen Unterschiede der Fall ist - erlangt man die gewünschte Anerkennung im ersten Moment nicht.

Eine weitere Behinderung für die Migrant_innenvereine ist die, dass sie von der österreichischen Politik und Gesellschaft als teilweise integrationshemmend angesehen werden. Dem widersprechen Jungk und Thränhardt allerdings vehement (vgl. Jungk 2001: 10; vgl. Thränhardt 2005: 20) und kritisieren die Studie von Diehl, Urban und Esser aus dem Jahr

1998, die den Migrant_innenorganisationen eine „separatistische Wirkung“ zuordnen (vgl. Jungk 2001: 10). In der Studien würden die empirischen Ergebnisse aber die Theorie nicht stützen, denn die Ergebnisse besagen, dass

„[...] Unpolitische Vereinigungen [...] somit eine Art ‚Mobilisierungskontext‘ darstellen [können] [Veränderung T.Z.], die zwar keinesfalls eine hinreichende, aber dennoch eine notwendige Bedingung für die Entstehung manifester Konflikte entlang ethnischer Linien darstellen können.“ (Diehl 2002: 3).

Hier sollte man sich die im letzten Kapitel angeführten Funktionen und Bedeutungen der Migrant_innenorganisationen wieder zurück ins Gedächtnis rufen. Somit wird man zur Überzeugung gelangen, dass Migrant_innenvereine wohl eher integrationsfördernd als – hemmend sind.

Wege zur Integration zu finden ist eine der zentralen Motivationen vieler Immigrant_innen bei der Vereinsgründung. Dies kann man bereits bei den Funktionen der Vereine ablesen. So stellt Dittel folgende Liste zur Gründungsmotivation zusammen: Motivation zur Gründung sei das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, die Reaktion auf Ausgrenzung, Distanz und das grundsätzliche Anders-Sein, Identitätsfindung und politische Behauptung, Erhaltung und Weitervermittlung von gemeinsamen Werten, die Förderung der Integration und des Dialogs, nationale Zwecke, Unzufriedenheit mit dem Bild in der Öffentlichkeit, feierliche Anlässe und gegenseitige Hilfestellung und Zusammenhalt (vgl. Dittel 2008: 70). Man sieht, dass die Liste mit den Funktionen der Vereine fast zu 100% mit deren Motivation übereinstimmt. Eine weitere Motivation ist der Wunsch die Lebensbedingungen für die 2. und 3. Generation zu verbessern (vgl. Dittel 2008: 101). Auch Jörg Reiner Hoppe fügt „Spaß haben“, „sympathische Menschen treffen“, „eigene Probleme lösen“ und „anderen Menschen helfen“ als wichtige Motivationen hinzu (Hoppe 2003: 33).

Natürlich haben nicht alle Migrant_innenorganisationen eine solche Fülle an Motivationen und es muss für jeden Verein einzeln ermittelt werden, welche Hauptmotivationen für die Gründung ausschlaggebend waren.

Hoppe plädiert abschließend in seinem Text dafür, dass man beginnen müsse nicht über Migrant_innen zu reden, „[...] sondern mit ihnen in den Dialog zu treten und die dafür notwendigen Strukturen zu schaffen.“ (Hoppe 2003: 34). Somit stellt er Forderungen an die einheimische Bevölkerung und Politik, bestehende Strukturen umzustellen, um Raum für die neuen Akteure zu schaffen. Claudia Jungk hingegen stellt Forderungen an beide Seiten:

„Dringend notwendig ist [...] die Professionalisierung der Vereinsarbeit, um Leistungen und Potenziale besser zur Geltung zu bringen. Dies erfordert nicht nur Anstrengungen der Selbstorganisationen, sondern auch Unterstützung seitens der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen.“ (Jungk 2001: 13).

Einerseits fordert sie somit das Selbe wie Hoppe, macht aber den Zusatz, dass sich die Migrant_innenvereine auf einige wenige Funktionen und Ziele spezialisieren müssen, um ihre Wirkung auf die Aufnahmegesellschaft zu verstärken und wirkungsvoller zu gestalten.

6. Analyse:

Im folgenden Kapitel sollen nun alle drei Analysematerialien nach den vorher festgelegten Kategorien – im Falle der Webpage und der Newsletter - und nach den entstandenen Kategorien im Falle der Interviews ausgewertet werden.

Ziel der Analyse ist es die Forschungsfrage und ihre Unterfragen zu beantworten, die bereits am Beginn der Arbeit genannt wurden. Also: Welche Auswirkung hat die Partizipation für die Mitglieder des ZZI bzw. für die bosnische Diaspora im Hinblick auf das Leben in Österreich? Das ist die zentrale Fragestellung. Auf dem Weg zur Beantwortung dieser Frage sollen aber auch folgende Fragen beantwortet werden, da diese Ausschlaggebend sind für die Beantwortung der zentralen Forschungsfrage:

- Welche Möglichkeiten und Wege der Partizipation erarbeiten sich Migrant_innen aus Bosnien- Herzegowina durch den ZZI?
- Erreichen sie neben der sozio-kulturellen Partizipation auch eine politische?
- Welche Art von Partizipation ist für Migrant_innen im Rahmen eines Vereins möglich?
- Gibt es neue Arten von Partizipation?
- Haben Migrant_innen die Möglichkeit Veränderungen herbeizuführen oder zu fordern?
- Partizipation = Integration? Ist die Partizipation ein Zeichen von Integration?
- Sind Migrant_innenvereine Akteure der Integration?
- Bewirkt die Partizipation lokal (für Diaspora und Österreicher_innen) oder für Österreich insgesamt (durch Kooperation mit anderen) oder in Verbindung mit Bosnien-Herzegowina etwas?

Die Analyse wird nach großen Themenblöcken durchgeführt und direkt mit den zuvor getroffenen theoretischen Annahmen verglichen und ausgewertet. Somit wird eine gute Übersicht über das Datenmaterial gewährleistet. Die Analyse bezieht dabei immer die drei vorhandenen Materialien - die Webpage, die Newsletter und die Interviews - ein.

6.1. Präsentation des ZZI, seine Ziele und Aktivitäten:

Dieses Kapitel soll zunächst dazu dienen den Verein ZZI kurz vorzustellen und Basisinformationen über das Zentrum zur Verfügung zu stellen. Im gleichen Atemzug werden somit auch Aktivitäten und Ziele des Vereins herausgearbeitet.

Somit ist mit einer kleinen Beschreibung der Webpage des ZZI zu beginnen, denn diese ist oft ausschlaggebend für den ersten Eindruck, den man von einem Verein erlangt. Zumal man in der heutigen Zeit als erstes den Kontakt über das neue Medium sucht. Denn dieser Kontakt ist unverfänglich und anonym. Sollte dem_der Internetnutzer_in die Webpage und ihr Inhalt suspekt sein, kann er ohne Erklärungen den Abstand wieder einnehmen. Die Analyse der Webpage ist für die Arbeit und die Beantwortung der Frage deswegen wichtig, weil dem_der Leser_in zunächst ein Gesamteindruck und ein Überblick über den Verein verschafft werden soll.

Die Präsentation einer Organisation nach Außen ist äußerst wichtig. Ohne gute Präsentation nach Außen kommt es zum Beispiel nicht zu einem gewünschten Mitgliederwachstum, zu einem Anstieg von Bekanntheit oder zu einem gewünschten seriösen und kompetenten Eindruck der Organisation. Der erste Eindruck ist demnach von großer Wichtigkeit. Der Verein muss innerhalb kürzester Zeit eine angenehme Impression vermitteln. Dies erlangt er unter anderem über die Webpage, die - wie oben bereits erwähnt - das verbreitetste Annäherungsmedium für Interessent_innen ist.

Die Startseite und auch alle folgenden Seiten des ZZI haben alle den gleichen Seitenkopf. Oben ist das Logo und der vollständige Name zu erkennen: *Zentrum für zeitgemäße Initiativen Austria*. Außerdem wird der Verein als „Kultur- und Wissenschaftsnetzwerk“ (www.zzi.at) bezeichnet. Das lässt darauf schließen, dass die Aktivitäten des Vereins sich auf kulturelle und wissenschaftliche Aktivitäten beschränken. Gleich darunter sind drei Fotos zu sehen, die verschiedene Wahrzeichen aus Bosnien-Herzegowina und Österreich zeigen. Unten den Fotos sind zahlreiche Brückenfotos vertreten. Unter anderem die berühmte Brücke von Mostar, die als Symbol der Stadt gilt und im Bosnienkrieg völlig zerstört wurde. Diese Brücken lassen auf drei Funktionen schließen, die der ZZI als Verein erfüllen, einnehmen und vertreten möchte. Erstens ist Bosnien-Herzegowina durch seinen Reichtum an Flüssen ein

Land der Brücken. Ohne diese gebe es keine Möglichkeit der Fortbewegung. Viele dieser Brücken wurden während des Krieges zwischen 1992 und 1995 zerstört, welches auch als ein Symbol der Zerstörung des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Religionen und Ethnien gesehen werden kann. Die Brücken waren und sind – und das nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern zum Beispiel auch in der EU - ein Zeichen der Verbundenheit der Völker und Kulturen. Eine dritte Interpretation könnte eine Brückenfunktion sein, die der Verein als Mittler zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina einnimmt. Wir werden in den weiteren Analysen feststellen, ob dem so ist.

Die Grundfarbe der Webpage ist ein altrosa und grau, zwei Farben, die nicht vom Inhalt der Webpage ablenken. Die Seite ist außerdem auf Deutsch und Bosnisch abrufbar. Das lässt bereits Annahmen auf die Zielgruppe des Vereins zu: sowohl Österreicher_innen als auch Bosnier_innen sollen hier angesprochen werden.

Auf der Startseite findet man direkt einen Button, der die Möglichkeit gibt sich als Mitglied des Vereins eintragen zu lassen. Wenn man die Startseite betritt, erklingt außerdem eine Hintergrundmusik. Eine schwere Klaviermelodie.

Geht man auf weitere Menüpunkte wie zum Beispiel „Über uns“ oder „Projekte“ oder „Galerie“ erfährt man wichtige Erstinformationen über die Organisation, ihre Aktivitäten und Mitglieder, wie eine Kurzbeschreibung des Vereins und Berichte und Fotos zu Veranstaltungen. Auf den ersten Blick ist die Webpage also sehr übersichtlich und professionell gestaltet und macht somit einen guten ersten Eindruck. Der Verein erscheint kompetent zu sein die Webpage macht Lust mehr über den Verein zu erfahren.

Auch die Newsletter dienen dem Verein sich nach Außen zu präsentieren. Diese Präsentation findet bereits auf einer anderen Ebene statt, da sich die Newsletter-Empfänger_innen bereits bewusst dazu entschieden haben mehr Informationen vom ZZI zu erhalten. Wichtig bei den Newslettern ist nun, dass sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit erscheinen und interessante Themen präsentieren, damit die Empfänger_innen ihr Interesse erhalten. Newsletter werden außerdem versendet, um zu Veranstaltungen einzuladen, um zu Demonstrationen aufzurufen und um aktuelle Nachrichten, die mit Bosnien-Herzegowina zu haben zu überbringen. Hierbei müssen die Veranstaltungen nicht immer vom ZZI aus organisiert werden. Oft ist das ZZI und seine Newsletter auch für andere Vereine und Organisationen ein Medium, um für deren Veranstaltungen zu werben. So leitet der ZZI oft Informationen von anderen Vereinen weiter. Von Januar 2011 bis April 2011 wurden 19 Einladungen zu Veranstaltungen verschickt. Keine dieser Veranstaltungen ist in diesem Zeitraum vom ZZI organisiert gewesen. Allerdings nehmen an einigen Veranstaltungen Mitglieder des ZZI teil. Daran ist gut zu sehen, dass sich

das *ZZI* nicht nur als Drehscheibe und Netzwerk beschreibt, sondern dieser Funktion auch nachgeht.

Wie oft werden nun also Newsletter versendet? Die Frequenz der Newsletter ist recht hoch. Es kommt selten vor, dass man eine Woche keine e-Mail vom *ZZI* erhält. Bei brisanten Themen wie bei der Verhaftung von Jovan Divjak im März 2011 erhielt man täglich eine Berichterstattung über den aktuellen Stand der Geschehnisse. Es kann für den untersuchten Zeitraum gesagt werden, dass die Newsletter-Empfänger_innen mindestens einen Newsletter pro Woche vom *ZZI* erhält, meistens sogar mehr.

Auch die Empfängerzahl der Newsletter ist ein interessanter Faktor. Dies sagt über die breite des Publikums und über die Vernetzung, die im Kapitel 5.4. noch zur Sprache kommen wird etwas aus. Aus dem Interview mit Damir erfährt man, dass zurzeit rund 700 Empfänger_innen für den Newsletter des *ZZI* eingetragen sind (vgl. Damir Saračević 2011: 13). Für einen Verein dieser Größe ist das eine beachtliche Zahl an Leser_innen des Briefes. Es kann allerdings nicht überprüft werden, wie viele Personen die Informationen folglich aufmerksam lesen und vielleicht zu Veranstaltungen kommen, zu denen eingeladen wird.

Aus den Newslettern sowie aus der Webpage ist weiters herauszulesen wie sich der Verein inhaltlich präsentiert:

„Auf globaler Ebene, ist das *ZZI* eine überparteiliche und multikulturelle Plattform für die Entwicklungszusammenarbeit von kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Projekten zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina.“ (<http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 6.6.2011).

Aus dem Wort „überparteilich“ ist heraus zu lesen, dass der Verein sich als unabhängig bezeichnet. Weiter ist zu lesen, dass sich das *ZZI* als eine „Anlaufstelle und Drehscheibe“ für Menschen, die in diesem Bereich Projekte angehen möchten, versteht (vgl. <http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 6.6.2011). Der Verein bezeichnet sich außerdem als eine Non-Profit-Organisation.

Auch Mitgliederzahlen spielen, - wenn auch keine allzu wichtige - Rolle bei Vereinen. Dies lässt auf die Größe des Vereins und auf seine Kapazität für Aktivitäten schließen. Auch erkennt man eventuell, wie es finanziell um den Verein steht.

Auf der Seite sind lediglich Name, Profession und die Funktion beim *ZZI* der Präsidiumsmitglieder angegeben. Daraus lässt sich allerdings nicht schließen, ob es Mitgliedsbeitrag zahlende Mitglieder neben dem Präsidium gibt. Hier kommt es auf die

Definition eines Mitgliedes an. Ist man bereits Mitglied, wenn man die Newsletter erhält oder erst wenn man einen Beitrag zahlt und eine bestimmte Funktion inne hat?

16 Präsidiumsmitglieder sind auf der Webpage eingetragen. Darunter auch meine drei Interviewpartner_innen. An den Namen ist zu sehen, dass das Präsidium aus Bosnier_innen und Österreicher_innen zusammengesetzt ist. Der Verein ist somit bezogen auf seine ständigen Mitglieder herkunftsheterogen (vgl. Jungk 2001: 8; vgl. Kap. 5.1.). Auf der Seite wird außerdem hervorgehoben, dass alle Mitglieder gleichberechtigt sind:

„Das ZZI fördert die kreativen Fähigkeiten seiner Mitglieder, die das Recht haben, den Vorstand zu wählen und in denselben gewählt zu werden. Die Mitglieder können aktiv in der Ausarbeitung und Planung der Tätigkeit mitwirken. Sie werden über alle Projekte des Zentrums informiert.“ (www.zzi.at - über uns; Zugriff: 6.6.2011).

Der Verein arbeitet nach dieser Aussage somit basisdemokratisch. Jede_r hat ein Stimmrecht, jede_r ist wählbar, jede_r kann mitbestimmen und partizipieren. Somit finden die Mitglieder im Verein einen Raum vor, in dem sie als gleichberechtigt gelten, was in der Aufnahmegesellschaft oft nicht der Fall ist. Ob eventuell dennoch eine gewisse Hierarchie im Verein gegeben ist, ist im Kapitel 6.3. bzw. 6.5. zu überprüfen.

6.1.1. Aktivitäten des ZZI:

Die Aktivitäten spielen bei der Analyse dieser Arbeit eine große Rolle. Erstens kann man über diese den Charakter der Organisation nochmals genauer herausstellen. Zweitens verhilft die Beobachtung der Aktivitäten zur Einschätzung der Werthaltung und der Implementierung der Ziele des ZZI, was wiederum wichtig für die Gegenüberstellung mit den theoretischen Ansätzen dieser Arbeit und zur Beantwortung der Forschungsfrage ist. Drittens ist an den Aktivitäten zu beobachten, auf welchen Ebenen der Verein aktiv ist, ob auf kultureller, wissenschaftlichen, sozialer oder/ und politischer Ebene.

Zunächst bietet hier wiederum die Webpage einen sehr guten Überblick über bereits durchgeführte Aktivitäten.

„Im Laufe der vergangenen Jahre hat das ZZI erfolgreiche wissenschaftliche Vorträge, Buchpräsentationen, Ausstellungen und humanitäre Aktionen organisiert.“ (<http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 6. 6. 2011). Über alle bisherigen Aktivitäten gibt es Berichte unter „Projekte“ und oft auch Fotos in der „Galerie“ zu lesen und zu sehen. Folgende Aktivitäten haben stattgefunden:

- Film: die Organisation der Filmvorführung von „Srebrenica 360°“ und anschließender Diskussion am 24. 6. 2010 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Srebrenica 360°; Zugriff: 6.6.2011)
- Film: „Prof. Schanovsky- Freund Bosnien-Herzegowinas“: Mitwirkung beim Dreh des Films, Filmvorführung und Diskussion am 15. 10. 2010 (vgl. <http://www.zzi.at> – Filmpräsentation – Prof. Schanovsky; Zugriff: 6.6.2011)
- Lesung: „Sevdah- Atem der Liebesschwärmerei“: Lesung und Vorstellung von BOSFAM einem bosnischen Frauenverein am 17. 10. 2009 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte - Sevdah; Zugriff: 6.6.2011)
- Vortrags- und Diskussionsabend: „Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur EU“ am 17. 9. 2009 (<http://www.zzi.at> – Projekte – BiH auf dem Weg zur EU; Zugriff: 6.6.2011)
- Buchpräsentation: „Unter der Fahne der UN“- die Verbrechen von Srebrenica am 5. 6. 2009 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Unter der Fahne der UN; Zugriff: 6.6.2011)
- Vortrags- und Diskussionsabend: „Völkermord in Srebrenica – Ein unbestraftes Verbrechen“ am 22. 11. 2008 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Völkermord in Srebrenica; Zugriff: 6.6.2011)
- Internationale wissenschaftliche Konferenz: „Ich flehte um meinen Tod- Kriegsverbrechen an Frauen“ am 30. 9. 2007 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Ich flehte um meinen Tod; Zugriff: 6.6.2011)
- Interkulturelle Veranstaltung: „Friedensbotschaft aus Sarajewo“ am 19. 5. 2007 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Eine Friedensbotschaft aus Sarajewo; Zugriff: 6.6.2011)
- Poesieabend: „Die Freiheit wächst über den blutigen Kamm der Erde“ mit Prof. Schanovsky am 10. 4. 2007 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Die Freiheit wächst über den blutigen Kamm der Erde; Zugriff: 6.6.2011)
- Gedenkveranstaltung: „Srebrenicas Inferno- Auswirkungen eines Genozids und seine gesellschaftlichen Auswirkungen“ am 3. 11. 2006 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Srebrenicas Inferno; Zugriff: 6.6.2011)
- Ernennung des Ehrenbürgers: „Initiative Prof. Schanovsky- Ernennung zum Ehrenbürger Srebrenicas und Sarajewos“ (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Initiative Prof. Schanovsky; Zugriff: 6.6.2011)
- Vortrag: „Die Bosniaken kommen – Geschichtliche und kulturelle Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina“ am 13. 5. 2005 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Die Bosniaken kommen; Zugriff: 6.6.2011)

- Gedenkveranstaltung: „Das Leben gewinnt – Die Friedensstadt Linz gedenkt dem zehnten Jahrestag des Genozids in Srebrenica“ am 28. 10. 2005 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Das Leben gewinnt; Zugriff: 6.6.2011)
- Promotion des ZZI: „Das Wort der Liebe“ 4. 12. 2004(vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Das Wort der Liebe; Zugriff: 6.6.2011)
- Archäologie- Symposium in Sarajewo am 12./13. 1. 2007 (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Archäologie-Symposium in Sarajewo; Zugriff: 6.6.2011)
- Informativer Abend am 24.1.2007: „Präsentation von Bosnien-Herzegowina in der Republik Österreich: Die Rolle der Botschaft und der Bürger“ (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Treffen 2007; Zugriff: 6.6.2011)

Sicher gab es hier und da noch Mitarbeiten oder Zusammenarbeiten mit anderen Vereinen oder Organisationen. Die Liste der Aktivitäten zwischen 2004, der Gründung des Vereins und 2011, ist lang, wenn man bedenkt, dass einige Projekte sich über Monate hinziehen.

Nun bezeichnet sich der Verein als Kultur- und Wissenschaftsnetzwerk. Aus den Aktivitäten ist zu ersehen, dass viele kulturelle und auch wissenschaftliche Themen in den Projekten behandelt werden. Allerdings sind auch Themen dabei, die politische und soziale Aspekte enthalten. Zum Beispiel die Diskussion um Bosniens Beitritt in die EU oder die verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Srebrenica können nicht unpolitisch gehalten werden. Zumal nicht nur eine Veranstaltung über Srebrenica stattgefunden hat, sondern mehrere, welche einen großen prozentualen Anteil an den Aktivitäten zwischen 2004 und 2011 ausmachen. So waren fünf von 16 Projekten über Srebrenica. Diese Aktivitäten fallen dementsprechend aus dem Rahmen, den sich der Verein – zumindest über die Selbstbeschreibung auf der Webpage - gesetzt hat. Diese Themen sind Themen der Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit, die - gewollt oder nicht - emotional ausfallen und sozio-politisch sehr ins Gewicht fallen. Der Verein und seine Mitglieder beteiligt sich somit an politischen und sozialen Diskussionen, beschreibt sich aber als kultureller und wissenschaftlicher Verein. Auch bei den Newslettern ist eine ähnliche Beobachtung zu machen. So sind einige Veranstaltungen kulturell, wie zum Beispiel die Einladung zum Multikulturellen Silvesterfest, organisiert vom Verein TROJKA oder die Einladung zum bosnisch-herzegowinischen Ball u.v.m. Andere Einladungen sind sozio-politisch oder gar rein politisch, wie zum Beispiel die Präsentation der Forschungsergebnisse zum Thema Kopftuch, Informationen zu „Kopftuch am Arbeitsplatz“, der Streik am 1. März aller arbeitenden Migrant_innen oder die Demonstration zur Freilassung von Jovan Divjak und vielen anderen Veranstaltungen. Wenn man diese Einladungen betrachtet hat man nicht den Eindruck, dass

der Verein sich auf kulturelle, soziale und wissenschaftliche Aktivitäten beschränkt. Auch wenn der *ZZI* viele Einladungen lediglich weiterleitet, sind die Veranstaltungen doch hochgradig politisch. Hier stellt sich die Frage, ob die Mitglieder des *ZZI* die Veranstaltungen und Aktivitäten wirklich nicht als politisch einstufen, oder ob sie sich lediglich nicht als politisch bezeichnen möchten, aus Angst vor der Betitelung von Außen als politische Organisation (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004:105).

Auch die Berichterstattungen sind sehr politisch. Darin geht es in dem gewählten Zeitrahmen besonders um Jovan Divjak und seine Verhaftung (vgl. Newsletter des *ZZI* vom 5./7./8./9. 3. 2011), um den bosnisch-serbischen Präsidenten Milorad Dodik, der „[...] eine Volksabstimmung über die zwei Institutionen, die für Kriegsverbrechen und organisierte Kriminalität zuständig sind.“ (Newsletter des *ZZI* vom 13.4.2011) forcieren will. Auch hier sind die originalen e-Mails nicht vom *ZZI* verfasst worden. Durch das weitersenden des Briefes steht das *ZZI* aber für den Inhalt ein und wird somit zum Vertreter des Inhaltes des Briefes. Deswegen beziehe ich auch diese Berichte und andere Veranstaltungen in die Analyse mit ein.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass das *ZZI* auch auf politischer Ebene partizipiert, ist die Zusammenarbeit mit der „sozialen Abteilung des Landes Oberösterreich“ (Damir Saračević 2011: 7). Hier beteiligte sich das *ZZI* bei einer Ausarbeitung eines Leitbildes der Integration für das Land Oberösterreich (vgl. Damir Saračević 2011: 7). Der Verein beteiligt sich hier an politischen Diskussionen und wichtigen politischen Debatten. Das Thema Integration ist zudem ein heikles, aktuelles Thema, in das nur selten Migrant_innenvereine involviert werden und Mitspracherecht erhalten. Deswegen ist diese Aktivität hier besonders hervorzuheben.

„Wir werden immer [...] öfters auch zu diesen Initiativen eingeladen, wo man versucht durch Zusammenarbeit oder durch Gespräche eventuell auch auf die gewissen Problematiken aus der Migrantenecke mal hinzudeuten und wo wir versuchen unseren Part beizutragen.“ (Hamza Sinanović 2011: 6).

Es ist zu erkennen, dass in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden hat. Zu Zeiten der Gründung und der ersten Jahre des *ZZI* hatte der Verein noch keine Möglichkeit, sich an derartigen Diskussionen zu beteiligen. Aus dem Zitat ist heraus zu lesen, dass der *ZZI* diese seltenen Gelegenheiten so gut wie möglich zu nutzen versucht. Auch das Verb „hindeuten“ ist ein Beleg dafür, dass man um den noch immer geringen Einfluss auf lokale Politik weiß und lediglich Anmerkungen zu machen sind, ohne auf große Veränderungen hoffen zu können. Es kann also bestätigt werden, dass Migrant_innenorganisationen, hier speziell das *ZZI* bzw. die

Ansichten und Vorschläge des Vereins von Entscheidungsträger_innen kaum wahrgenommen werden (vgl. Weiss/ Thränhardt 2005: 28f). Auf die Ausrichtung des *ZZI* wird im Kapitel 5.5. intensiver eingegangen. Dennoch soll dieser Gegensatz von der Selbstbeschreibung des *ZZI* und des Eindruckes von Außen schon hier erwähnt werden.

Ansonsten sind die Aktivitäten sehr vielfältig. Somit trifft die Annahme von Reiser auf das *ZZI* zu, dass Aktivitätenbereiche oft nicht nur in einen Sektor zu unterteilen sind, sondern dass eher Mischformen entstehen und Vereine multi-sektoral agieren (vgl. Reiser 2009: 347).

Es ist zu erkennen, dass der Verein sich bemüht einen Austausch zwischen Österreich und Bosnien herzustellen, womit wir wieder bei der Brückenfunktion wären. Besonders hervorgehoben werden geschichtliche Beziehungen zwischen beiden Ländern und somit die Verbindung die seit vielen Jahrzehnten besteht, allerdings vergessen wurde. Diese Brückenfunktion kann demnach auch beim *ZZI* nachgewiesen werden. Der Verein übernimmt einen Mittlerposten zwischen den beiden Gesellschaften in denen er agiert.

Ein weiterer Aspekt ist an den Aktivitäten abzulesen: Das *ZZI* ist ein außenorientierter Verein, denn er plant und führt Veranstaltungen für Publikum durch und ist somit auf die Aufmerksamkeit und das Interesse von Menschen angewiesen, die nicht aktiv im Verein mitarbeiten. Nach Zimmer wäre das *ZZI* somit den instrumentellen Vereinen zuzuordnen, die versuchen auf ihr Umfeld einzuwirken (vgl. Zimmer 1996: 71). Sein Umfeld erkennt der Verein nicht nur als ein Umfeld von Bosnier_innen, sondern die Aktivitäten sind auch auf Österreicher_innen und Menschen anderer Nationalitäten, die ein Interesse an Bosnien-Herzegowina haben, ausgerichtet. Das Umfeld wird allerdings beim *ZZI* noch weiter und zwar über nationale Grenzen hinweg gespannt. So geht es in zwei Newslettern zum Beispiel um den Kosovo und in einem anderen um das Attentat in Ägypten Anfang Januar, in dem die Tat verurteilt und an das friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen appelliert wird. Dies ist ein Indiz dafür, dass beim *ZZI* eine universelle Linie einschlägt. Das soll heißen, dass der Verein nicht nur für Bosnier_innen und deren Anliegen entsteht, sondern auch allgemein für die ‚Kultur des Zusammenlebens‘. Damit ist das *ZZI* auch außer Gefahr von äußeren Betrachter_innen als fanatischer Verein eingeordnet zu werden, indem es lediglich um muslimische Bosniaken und deren Anliegen geht.

Außerdem kann der Verein durch diesen Faktor nicht nur als ein multi-sektoraler, sondern auch als ein multi-lokaler Verein bezeichnet werden, da er sowohl in Österreich, als auch in Bosnien-Herzegowina aktiv ist und außerdem Kontakte ins andere Ausland pflegt.

Über weitere Projekte erfährt man außerdem in den Interviews mit den drei Mitgliedern des ZZI. Darunter sind einige neue Projekte, die erst in der Anfangsphase sind und weder auf der Webpage noch in Newslettern veröffentlicht wurden.

So zum Beispiel das Projekt „Vielfalt schätzen/ Vielfalt nutzen“ (vgl. Diana Saračević 2011: 3).

„Da geht es darum die oberösterreichische Gesellschaft als multikulturelle Gesellschaft dazustellen, bzw. darum dass sich die oberösterreichische Gesellschaft zu ihrer sprachlichen, kulturellen Vielfalt bekennt und umgekehrt, dass sich diese verschiedenen Identitäten oder verschiedenen Kulturen als Ergebnis identifizieren.“ (Damir Saračević 2011: 7).

Das Projekt ist demnach ein Versuch für Immigrant_innen im Allgemeinen mehr Anerkennung und Wertschätzung von Seiten der Oberöreicher_innen zu bekommen. Diese Aktivität ist unter das große Feld der Integration einzuordnen. Der ZZI setzt sich in diesem Bereich stark ein: man fördert die Kultur des Zusammenlebens, die gegenseitige Anerkennung und Toleranz für verschiedene Werte und Kulturen.

Ein weiteres neues Projekt ist der Dreh eines Films von einer bekannten Regisseurin des ZZI, in dem es um Muttersprache, Mehrsprachigkeit und Identität gehen soll (vgl. Damir Saračević 2011: 2). Auch hier betritt man das Feld der Integration und begegnet der Frage, was Integration und mehrere Identitäten für ein Individuum, welches andere Wurzeln als die Mehrheitsgesellschaft hat bedeutet. Auch hier geht es keinesfalls nur um Bosnier_innen, sondern generell um Immigrant_innen in Österreich. Mit diesem Projekt betritt man wiederum die politische Partizipationsebene. Wie aus den einleitenden Kapiteln hervor gegangen ist, ist die Integrationsdebatte ein sehr aktuelles und politisches Feld, in dem die Einmischung von Immigrant_innen nicht gewünscht ist (vgl. Jungk 2001: 13).

Wenn man die neuen Projekte betrachtet kann man eine gewisse Entwicklung in den Aktivitäten des ZZI feststellen. Ging es zu Gründungszeiten besonders darum die Probleme Bosnien-Herzegowinas und der Bosnier_innen in Österreich aufzuzeigen und über Geschichte und Kultur des Landes aufzuklären, konzentriert man sich sieben Jahre nach der Gründung nun mehr auf Themen wie Integration, das Leben der Immigrant_innen in Oberösterreich und andere aktuelle politische Themen, die mit Immigrant_innen zu tun haben. Das deutet auf eine Weiterentwicklung des Vereins hin und widerspricht einem Dogmatismus, der nur darauf abzielt Probleme der eigenen Landsleute und des eigenen Landes hervorzuheben.

So ging es in vergangenen Projekten oft um Srebrenica, deren Wichtigkeit ich hier keinesfalls negieren möchte. Es gab verschiedene Ausstellungen, Diskussionen und einen Film zu diesem

Thema. Außerdem wird der Jahrestag jährlich begangen (vgl. Diana Saračević 2011: 2/3; vgl. Hamza Sinanović 2011: 9). Ansonsten wurde in vergangenen Projekten versucht die geschichtliche und kulturelle Beziehung zwischen Bosnien-Herzegowina und Österreich hervorzuheben und wieder ins Bewusstsein zu rufen.

„Wir haben uns also auch mit der Geschichte ein bisschen auseinander gesetzt und das Bewusstsein über diese Geschichte versucht zu verstärken, zu intensivieren und dadurch das Verständnis und das Miteinander zu fördern.“ (Damir Saračević 2011: 9).

Auch geht und ging es darum durch verschiedene Aktivitäten Bosnien-Herzegowina wieder zurück in das Gedächtnis zu rufen, da es sowohl von der Politik als auch von den Menschen 16 Jahre nach dem Krieg vergessen wurden.

„In der großen Politik hat man das Problem Bosnien fast ausgeklammert und abgeschrieben und da ist es eine ungeheure Leistung, in meinem Augen, wenn sich einige Bosnier zusammen tun, einen Verein gründen und mit diesem Verein ihre Sache in aller Öffentlichkeit vertreten.“ (Hugo Schanovsky 2011: 3).

Der Verein bemüht sich so die Erinnerung an Bosnien-Herzegowina wach zu halten und über Vergangenheit und Aktuelles zu informieren. Hieran kann man ablesen, dass es dem Verein ein Anliegen ist, Erinnerungen an Vergangenes wach zu halten und dadurch auch ein Stück Identität zu erhalten, was eine typische Funktion von Migrant_innenvereinen ist.

Es besteht außerdem eine große Spontaneität bei der Entwicklung von Projekten (vgl. Hamza Sinanović 2011: 4). Auch völlig ungeplante und spontane Ideen und Projekte werden aufgegriffen und durchgeführt. Auch dies spricht von einem hohen Grad von Engagement.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Projekte vielfältig sind und in verschiedene Bereiche und auf verschiedene Ebenen vordringen. So sind die Aktivitäten kulturell, wissenschaftlich, sozial und politisch. Der Verein kann somit als multi-sektoral beschrieben werden. Auch wenn es bei den gerade anlaufenden Projekten nur um einen Themenbereich - um Integration geht - sind Themen wie Gedächtniserhalt, Kulturaustausch und Identitätserhalt Inhalte anderer Aktivitäten des ZZI.

Man kann außerdem erkennen, dass sich der ZZI nicht nur für seine Landsleute einsetzt, sondern generell Probleme von Immigrant_innen in Oberösterreich behandelt und aufgreift. Hier ist bereits ein Ziel bzw. eine Wertvorstellung des Vereins abzulesen. Näheres dazu folgt im nächsten Kapitel.

6.1.2. Ziele und Wertvorstellungen des ZZI:

Alle drei Analysematerialien geben Auskunft über übergeordnete Ziele des Vereins. Hier soll überprüft werden welches die Ziele des ZZI sind und ob diese Ziele kollektiv oder individuell gestaltet sind. Außerdem sollen gleichzeitig Wertvorstellungen des Vereins herausgearbeitet werden. Die Darstellung der Ziele und der Werte ist später eine Hilfe für das Erkennen der Funktionen des Vereins. Dies ist nötig für die Beantwortung der Forschungsfrage.

Zum Aspekt der Ziele gibt zunächst die Webpage folgende Auskunft:

„Auf lokaler Ebene, bemüht sich der Verein durch verschiedene Aktivitäten die Kultur des Zusammenlebens sowie das Verständnis zwischen den Menschen unterschiedlicher Identitäten und Volksgruppenzugehörigkeiten zu fördern [...]“ (<http://www.zzi.at> – Über uns; Zugriff: 6.6.2011).

Auch unter dem Menüpunkt „Projekte“ ist zu lesen, dass durch Projekte neue Impulse für die Kultur des Zusammenlebens aufkommen sollen (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte; Zugriff: 6.6.2011). Das übergreifende Ziel ist es also die Kultur des Zusammenlebens zu fördern. Nun wird auf der Webpage allerdings nicht erklärt oder definiert, was diese ‚Kultur des Zusammenlebens‘ bedeutet. Als Leser_in schließt man auf einen anderen Begriff für Verständnis, Toleranz und Respekt zwischen Kulturen und gegenseitiges Verständnis, damit ein friedliches und angenehmes Zusammenleben und kein ‚Neben-einander-her-leben‘ möglich ist.

Interessant ist, dass die Förderung der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ nicht nur zwischen Österreicher_innen und Bosnier_innen angestrebt wird, sondern als ein universales Ziel gesetzt wird. Damir möchte, dass das gemeinsame Leben in Linz und allgemein zwischen Kulturen besser funktioniert und angenommen wird (vgl. Damir Saračević 2011: 2). Das Mitglied des ZZI bezieht sich hier nicht nur auf das Zusammenleben zwischen Bosnier_innen und Österreicher_innen, sondern auf alle Mehr- und Minderheiten, ob nun in Oberösterreich oder anderswo. Dieses Ziel soll für alle Menschen aller Volkszugehörigkeiten gelten. Auch wird sich zum Ziel gesetzt, Angehörige verschiedener Volksgruppen in Oberösterreich zu etablieren. Das heißt es wird sich für die Anerkennung von Immigrant_innen eingesetzt. Beziehungsweise zeigt man sich mit anderen Volksgruppen solidarisch (siehe: Kosovo, Ägypten), die Opfer von Gewalt und Ungerechtigkeit geworden sind (vgl. Newsletter des ZZI von Januar bis April). Mit dieser Solidarität wird wiederum das übergreifende Ziel des Vereins angestrebt: die Verbesserung der ‚Kultur des Zusammenlebens‘. Im Falle der

Filmvorführung über den Kosovo wird so an der Aufklärung über Ungerechtigkeiten der Serb_innen mit gearbeitet bzw. wird der Kampf einer Volksgruppe gegen eine Hegemonie einer anderen Volksgruppe unterstützt. Somit ist man nicht nur in der eigenen Sache aktiv, sondern unterstützt auch immer wieder andere Minderheiten (vgl. Newsletter des ZZI vom 14.2.2011/ 21.2.2011).

An diesen Fakten kann man ablesen, dass der Verein nicht nur für die Bosnier_innen eintreten möchte, sondern auch für Angehörige anderer Kulturen und Volksgruppen, die nach Oberösterreich immigriert sind oder denen im eigenen Land Ungerechtigkeiten widerfahren. Ob dieses Ziel erreicht wird, wird ebenfalls im Laufe der Analyse weiterer Materialien abzusehen sein.

Mit dem übergreifenden Ziel des Vereins kommen wir unvermeidlich zu den Wertvorstellungen und Idealen, welche das ZZI vertritt. Zunächst findet man unter „Projekte“ erneut eine Aussage zu dem Auf- bzw. Ausbau der ‚Kultur des Zusammenlebens‘:

„Jede neue Bewegung bedeutet automatisch auch eine große Veränderung, die Spannung und Unruhe bei den Zugewanderten, sowie bei der alteingesessenen Bevölkerung verursacht. Diese wechselseitigen gesellschaftlichen Beziehungen müssen immer wieder aufgeklärt werden, damit man das persönliche [sic!], sowie das Benehmen von anderen MitbürgerInnen besser verstehen kann. Solche Erkenntnisse sind von enormer Bedeutung für den Aufbau der Kultur des Zusammenlebens.“ (<http://www.zzi.at> – Projekte; Zugriff: 6.6.2011).

Aus diesem Zitat geht schon besser hervor, was unter ‚Kultur des Zusammenlebens‘ zu verstehen ist. Es ist der Begriff von Integration, den das ZZI verwendet. Wichtig hinsichtlich der Wertvorstellung ist hier, dass die gesellschaftlichen Beziehungen von beiden Seiten immer wieder aufgeklärt werden müssen. Integration ist in der Wertvorstellung des Vereins somit eine wechselseitige Anstrengung von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung. D.h. man grenzt sich völlig von dem Begriff der Assimilation ab. In verschiedenen Textpassagen – zum Beispiel unter „Projekte“ - ist oft von der Unwichtigkeit der kulturellen Unterschiede für ein friedliches Zusammenleben zu lesen. Die Mitglieder des Vereins sind davon überzeugt, dass ein Zusammenleben verschiedener Kulturen und Volksgruppen gut möglich ist und funktionieren kann. Da viele Mitglieder selbst aus Bosnien-Herzegowina kommen und das friedliche Zusammenleben aus Zeiten vor dem Krieg kennen ist diese Wertvorstellung nicht überraschend, denn sie haben es von verschiedenen Ethnien am eigenen Leib erfahren können.

Ein weiteres Ideal, welches das *ZZI* vertritt ist die Förderung des Austausches zwischen Ländern, was wiederum mit der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ einhergeht. Man muss den Anderen kennen, bevor man friedlich miteinander leben kann. Deswegen ist das *ZZI* davon überzeugt: „Die Bewegungsfreiheit ist die Voraussetzung für den Kulturaustausch.“ (<http://www.zzi.at> – Projekte – BiH auf dem Weg zur EU; Zugriff: 6.6.2011). Diese zwei Wertvorstellungen sind sehr übergreifend und universal.

Doch der Verein hat angesichts dessen, dass es ein bosnischer Verein ist auch Wertvorstellungen bzw. Ziele, die explizit auf Bosnien-Herzegowina bezogen sind. Das *ZZI* bemüht sich sehr, dass die Opfer des Bosnienkrieges aufgezeigt werden und ihre entsprechende Anerkennung bekommen. Noch heute werden viele Geschehnisse des Krieges verschleiert bzw. verleugnet. Deswegen scheint die geschichtliche Aufarbeitung – von früher und moderner Geschichte - bzw. die Berichterstattung über die aktuelle Situation in Bosnien-Herzegowina dem *ZZI* ein wichtiges Anliegen zu sein (vgl. Newsletter vom 10.4.2011 und verschiedene zwischen Januar und April).

Das *ZZI* setzt sich für die Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit für die Opfer ein. Diese Ideale sind aus verschiedenen Projektbeschreibungen herauszulesen wie bei „Völkermord in Srebrenica“ oder „Ich flehte um meinen Tod“ (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Ich flehte um meinen Tod; Zugriff: 6.6.2011). Durch die Wahrheitsfindung soll gleichzeitig die Erinnerung an die Geschehnisse erhalten bleiben.

So sagt Damir es sei wichtig, „[...] dass die Wahrheit erhalten bleibt [...]“. Hier bezieht er sich auf die Anerkennung der Opfer des Krieges, die teilweise heute noch keine Anerkennung erlangt haben, da die Täter negieren diese Taten begangen zu haben. So wird zum Beispiel von einigen Menschen der Genozid in Srebrenica oder das Vorhandensein von Konzentrationslagern abgestritten und verleugnet. So suchte der *ZZI* in einem Projekt über Konzentrationslager in Prijedor jemanden aus der serbischen Volksgruppe: „[...] es gibt [...] keinen einzigen Serben, der dazu Stellung nehmen möchte [...] und das macht mir Angst.“ (Damir Saračević 2011: 5). Zu der Verleugnung der Taten, die sich im Krieg besonders gegen Bosniak_innen und kroatische Bosnier_innen gerichtet haben - Opfer der serbischen Bosnier_innen aber nicht ausschließt (vgl. Damir Saračević 2011:5) -, kommt außerdem noch die Angst vor einer Wiederholung solcher Aggressionen, da die Aufarbeitung nicht vorhanden ist. Auch Botschafter Hrle plädiert für eine gründliche Aufarbeitung und ist davon überzeugt, dass der *ZZI* zur Wahrheitsfindung beiträgt:

„And I know and I can witness about that, that every truth about Bosnia-Herzegovina is just directly to benefit Bosnia-Herzegovina. And that's the reason why I'm trying to support truth

and that's the reason why I'm trying to support the organization [den ZZI] [Anm. T.Z.], the organization that can help me in that issue." (Haris Hrle 2011: 2).

Jede Wahrheit die über Bosnien-Herzegowina ans Licht kommt, hilft dem Land nach Meinung des Botschafters bei der Aufarbeitung.

Gerechtigkeit, Anerkennung der Opfer und Wahrheitsfindung über die Geschehnisse im Krieg sind somit zentrale Anliegen und Ideale des Vereins (vgl. Newsletter des ZZI vom 21.3./5.3. 2011 und andere). Gerechtigkeit soll in dem Sinne geschaffen werden, dass begangene Taten und ihre Opfer anerkannt werden. Gerechtigkeit soll außerdem durch die Aufklärung über die aktuellen Situationen von Immigrant_innen in Österreich oder der aktuellen Situation Bosnien-Herzegowinas geschaffen werden. Hier geht es dem ZZI besonders „[...] darum was im Schatten der Integration passiert.“ (Damir Saračević 2011: 5). Die mediale Aufmerksamkeit ist oft nur dann auf Bosnien-Herzegowina gerichtet wenn es um die Integration in die Europäische Union geht. „Im Hintergrund gibt es sehr viele Probleme, sehr viele Felder wo man sich mehr einsetzen sollte, wo man wirklich mehr machen könnte.“ (Damir Saračević 2011: 5), zum Beispiel für die Anerkennung der Opfer und Aufarbeitung von Taten. Auch Prof. Schanovsky glaubt „[...] dass der Verein die Aufgabe hat laufend Probleme die in Bosnien vorhanden sind mit an die Öffentlichkeit zu tragen.“ (Hugo Schanovsky 2011: 5). Auch die Situation von Immigrant_innen ist für die Mehrheitsgesellschaft oft nicht ersichtlich. Deswegen möchte das ZZI auch hier Aufklärungsarbeit leisten.

Ein weiteres Anliegen, nach den Newslettern zu urteilen ist die Erreichung von Gleichberechtigung im Aufnahmeland Österreich im religiösen, sozialen und politischen Sinne (vgl. Newsletter 26.1./17.2./31.3.2011). Viele Mitglieder des ZZI sind Muslim_innen. Da der Islam auch immer wieder Thema bei politischen Debatten in Österreich und generell in Europa ist, setzt sich der Verein oft explizit für den Islam ein, ohne jedoch andere Glaubensgemeinschaften aus den Augen zu verlieren. So schickt der Verein zum Beispiel Weihnachts- und Ostergrüße an christliche und orthodoxe Newsletter-Empfänger_innen (vgl. Newsletter des ZZI vom 7.1./ 22.4.2011). Die Konzentration auf die eigene Religion ist somit nicht ungewöhnlich stark. Das würde schließlich auch gegen das große Ziel der Verbesserung der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ sprechen. Dem Respekt für andere Kulturen und Religionen wird vom ZZI somit Ausdruck verliehen.

Das übergeordnete Ziel ist und bleibt aber die Anerkennung von Bosnier_innen in Oberösterreich voran zu bringen, „Dass Bosnier hier ein bisschen intensiver wahrgenommen werden, als eine spezifische Gruppe oder Gemeinschaft.“ (Damir Saračević 2011: 9). Dies

versucht man, indem man die gemeinsame Geschichte Bosnien-Herzegowinas und Österreichs aufzeigt oder durch die Teilnahme an politischen Diskussionen etc. Die Bosnier_innen stellen in Oberösterreich eine große Minderheitengruppe dar:

„Mit 28.676 Personen, stellen zurzeit die bosnischen StaatsbürgerInnen die zweitgrößte MigrantInnen-Volksgruppe in Oberösterreich dar. Mit der Zahl von 4.160 Personen sind die sogar die größte MigrantInnen-Volksgruppe in der Stadt Linz.“ (<http://zzi.at> – Projekte; Zugriff 6.6.2011).

Somit ist der Wunsch nach Anerkennung und verstärkter Wahrnehmung als spezifische Gruppe von Immigranten nachvollziehbar. Schon bei einer kleineren Minderheit wäre eine spezifische Anerkennung einer Gruppe angebracht. Durch Kontakte zu anderen Gemeinschaften versucht man wiederum eine stärkere Immigrant_innen-Lobby auszubauen, um Ziele wie Anerkennung und das Zusammenleben der Kulturen zu erreichen (vgl. Newsletter des ZZI vom 3.1.2011 und andere). Man glaubt fest daran, dass ein friedliches Zusammenleben der Kulturen nicht nur möglich ist, sondern auch als Normalität anerkannt werden sollte, was mit einer Akzeptanz und Anerkennung aller Mitbürger_innen einhergehen würde. Deswegen ist ein weiteres Ideal der Mitglieder des Vereins der Zusammenhalt verschiedener religiöser, ethnischer und anderer Gruppen. Man möchte versuchen das Ideal des friedlichen Zusammenlebens vorzuleben und zu gestalten, damit dieses Projekt so viele Imitationen findet wie nur möglich. Um dieses friedliche Beisammensein zu gewährleisten ist ein weiteres Ziel die Rückbesinnung, beziehungsweise der Erhalt der eigenen Kultur und Tradition (vgl. Newsletter des ZZI vom 18.1.2011). Denn wie kann eine Person Respekt gegenüber einem anderen Glauben und einer anderen Kultur aufbringen, wenn sie ihre eigenen Wurzeln nicht kennt?

Deswegen wird auch der Erhalt und Ausbau von Netzwerken zwischen Bosnier_innen im ZZI stark gefördert. So sei das Ziel des bosnisch-herzegowinischen Balls „[...] die Verbindung bosnisch-herzegowinischer Landsleute in der Welt zu erweitern und zu stärken.“ (Newsletter des ZZI vom 18.1.2011). Eine Brücke zwischen den beiden Kulturen darzustellen und zurück zur eigenen Kultur zu finden ist außerdem ein Ziel des ZZI:

„Wir möchten eine Brücke schlagen – zwischen Jung und Alt, zwischen Tradition und Moderne - und uns den Herausforderungen stellen, die unsere gemeinsame Kultur an uns stellt. Wir sind der Meinung, dass nach Zeiten der Spaltung ein Zurückkehren zu unseren Traditionen stattfinden muss.“ (Newsletter des ZZI vom 18.1.2011).

Dieses Zitat stammt aus dem Newsletter des bosnisch-herzegowinischen Balls, doch da der Inhalt vom *ZZI* weiter geleitet wurde, nehme ich auch diese Aussage als Ausführung des *ZZI* wahr. Das Symbol der Brücke kommt somit nicht nur auf der Webpage zur Geltung, sondern auch in den Newslettern und es wird uns auch in der weiteren Analyse der Interviews weiter begleiten. Hier sieht man erneut, dass die Organisation nach Außen hin als Mittler zwischen den beiden Kulturen und Gesellschaften auftritt, wie bereits Huth festgestellt hat (vgl. Huth 2005: 38). Auch an der Vernetzung mit anderen Vereinen und Institutionen, die bereits durch die Newsletter sichtbar wurde, wird klar, dass das *ZZI* keinen völlig abgegrenzten Raum bietet, sondern dass es Brücken in sein Umfeld hinein baut, sei es zu anderen Organisationen, politischen Institutionen oder verschiedensten Multiplikatoren (siehe Kap. 5.4.) (vgl. Weiss/Thränhardt 2005: 15f; Kap. 5.4.).

Auch die Rückbesinnung auf die eigene Kultur ist ein nicht unbekannter Faktor in der Theorie der Migrant_innenvereine. So gelten sie erstens als identitätserhaltend (vgl. Reiser 2009: 346; Kap. 5.3.). So haben 64% der Migrant_innenvereine ebenfalls ihren Fokus auf den Kulturaustausch bzw. -erhalt gelegt (vgl. Latorre/ Zitzelberger 2006: 12). Das *ZZI* fällt ohne Zweifel unter die identitätserhaltenden Vereine. Ein weiterer Hinweis darauf ist auch die intensive Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit. Zweitens gelten Vereine wie das *ZZI* auch als identitätsstiftend. Durch Einflüsse aus beiden Gesellschaften entstehen multiple Persönlichkeiten. Diese versuchen Vereine wie der *ZZI* durch die eigenen Wertvorstellungen zu stärken, was sinnstiftend wirkt (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 37f; vgl. Thränhardt 2005: 11; vgl. Kap. 5.4.). Darauf wird aber in folgenden Kapiteln noch intensiver eingegangen.

Ein letztes Ziel, welches Damir formuliert ist die Lösungsfindung für verschiedensten Probleme, die Bosnien-Herzegowina bzw. Bosnier_innen angehen (vgl. Damir Saračević 2011: 2). Hier kann es um bosnien-interne Themen gehen, aber auch um Themen wie Integration und Anerkennung der Bosnier_innen in Oberösterreich oder ähnliches.

Prof. Schanovsky als außen stehender Beobachter fasst die Ziele folgendermaßen zusammen:

„D.h. er [der Verein *ZZI*] [Anm. T.Z.] hat eine Doppelaufgabe: die bosnische Kultur nicht zu vernachlässigen in der neuen Heimat und auf der anderen Seite das Schicksal der hier Lebenden mit zu bestimmen und mit zu gestalten. Beides setzt er sich zum Ziel.“ (Hugo Schanovsky 2011: 7).

Die Gestaltung des Lebens der Bosnier_innen in Oberösterreich wird sich demnach zum Ziel gesetzt. Damit aber noch nicht genug: Auch ein Stück Heimat soll erhalten bleiben, indem man bosnische Traditionen und Kultur aufrechterhält.

Zusammenfassend sind folgende Ziele des Vereins zu nennen: Die Förderung des friedlichen Zusammenlebens bzw. den Ausbau von der ‚Kultur des Zusammenlebens‘. Weiterhin ist die Erlangung von Anerkennung hinsichtlich der Opfer des Krieges und der in Oberösterreich lebenden Bosnier_innen zu nennen, sowie die Wahrheitsfindung und die Aufrechterhaltung der eigenen Traditionen und Kultur. Durch die Aufrechterhaltung der eigenen Kultur kann es somit auch zu einer Förderung des Austausches zwischen den beiden Gesellschaften und verschiedenen Minderheitengruppen kommen und somit auch zum Ausbau und Erhalt von Netzwerken.

Die Zielsetzung des Vereins ist breitflächig und ehrgeizig, obwohl man anmerken muss, dass alle Ziele und Wertvorstellungen unter einander verknüpft sind und sich teils bedingen. So kann man beispielsweise nicht für ein Zusammenleben der Kulturen plädieren, wenn man die eigene Identität abschafft oder verleugnet oder lediglich auf diese fixiert ist und keinen Blick für andere Kulturen hat.

Auch ist bereits hier zu sehen, dass die Ziele und Wertvorstellungen übergreifend und somit kollektiv sind. Ob es dennoch Unstimmigkeiten oder Abweichungen von Meinungen unter den Mitgliedern in bestimmten Teilbereichen gibt, ist mit dem Datenmaterial bezogen auf Aktivitäten, Ziele und Werte nicht zu beantworten, wird aber in der folgenden Analyse anderer Kategorien sicher noch sichtbar werden.

Aufgrund der vorgestellten Aktivitäten und Ziele kann bereits eine grobe Einordnung des ZZI in die Migrant_innenvereine-Theorie vorgenommen werden, wie teilweise im Textverlauf bereits geschehen.

Beim ZZI handelt es sich somit um einen instrumentellen, also außenorientierten und heterogenen Verein (vgl. Zimmer 1996: 71), der sich dadurch auszeichnet, dass er multi-sektoral, multi-lokal und multi-funktional handelt. So lässt sich der ZZI – wie viele Migrant_innenselbstorganisationen - in seinem Aktivitätsbereich nicht auf einen Sektor begrenzen (vgl. Hoppe 2003: 26). Multi-sektoral ist der Verein, da er auf wissenschaftlicher, kultureller, soziale und politischer Ebene aktiv ist. Weiters soll der Verein aufgrund seiner Aktivitäten in Österreich und Bosnien-Herzegowina als multi-lokal und somit als ein transnationaler Akteur bezeichnet werden. Auch die Multi-Funktionalität des Vereins ist in diesem Kapitel teilweise bereits abzulesen: So übernimmt er eine Brückenfunktion und eine

identitätserhaltende und -stiftende Funktion. Der Verein ist folglich eine Mischform von verschiedenen Tätigkeiten und Funktionen (vgl. Hunger 2002: 7ff)

6.2. Motivation zum Engagement im Verein ZZI:

In diesem Kapitel soll herauskristallisiert werden, welche Motivation hinter der Gründung und hinter dem Engagement im Verein steht. Warum verwenden die Mitglieder viel Energie und Zeit auf die Arbeit im ZZI? Handelt es sich um eigennützige Gründe, oder um eine Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls in der bosnischen Community einerseits und in der Aufnahmegesellschaft andererseits? Oder aber geht es um einen Kampf der Anerkennung?

Es sollen in diesem Kapitel einige aufgeworfene Fragen aus dem Kapitel 3 beantwortet werden.

Auf der Webpage findet man auch zu diesem Themenbereich den ersten Hinweis für die Motivation zur Gründung des Vereins:

„Das eigentliche Motiv für die Gründung dieses Zentrums wurde durch die Tatsache bedingt, dass heutzutage, trotz der großen geschichtlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina, so gut wie keine Non-Profit-Organisation der österreichisch-bosnischen Freundschaft existiert.“ (<http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 6.6.2011).

Man möchte also die geschichtliche und kulturelle Verbindung zwischen den beiden Ländern pflegen und aufrechterhalten und in die Erinnerung zurück rufen. Diese Motivation ist zugleich eines der Ziele des Vereins. Die geschichtliche und kulturelle Beziehung wieder aufzubauen, könnte man als Versuch lesen, innerhalb der Aufnahmegesellschaft mehr Anerkennung und Zuspruch zu gewinnen. Durch die geschichtliche Verbindung der beiden Staaten, hat die bosnische Community einen Aspekt, den andere Minderheitengruppen nicht nachweisen können, welcher der bosnischen Gemeinschaft deshalb eventuell zu einem Vorteil verhelfen kann. Zumal Bosnien-Herzegowina und Österreich eine ‚positive‘ gemeinsame Geschichte haben, da beide Länder im Reich Österreich-Ungarn verbunden waren. Die Beziehung ist somit nicht vorbelastet wie z.B. im Falle der Türk_innen, die von österreichischer Seite teilweise noch als die bedrohlichen Osmanen angesehen werden. Aus dieser Motivation spricht also zugleich die Hoffnung nach mehr Anerkennung der bosnischen Minderheit innerhalb Österreich.

Eine weitere Motivation, die zugleich Ziel und Ideal des Vereins ist, ist die Stärkung des Zusammenlebens der Kulturen und der Religionen (vgl. Newsletter des ZZI vom 1.1.2011). Wie oben bereits erwähnt setzt man sich durch viele Stellungnahmen in Newslettern und der Webpage für das friedliche Zusammenleben ein und kommt somit auch zurück auf das übergreifende Ziel des Vereins die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ zu fördern.

Weiters ist aus den Newslettern die Motivation herauszulesen sich zu engagieren, um weitere Ungerechtigkeiten zu vermeiden (vgl. Newsletter des ZZI vom 7.3.2011). Ungerechtigkeiten bezüglich der Bosnier_innen, aber auch gegenüber Minderheiten, seien es Kosovo-Albaner_innen oder Immigrant_innen aus verschiedenen Ländern in Österreich. Dieser Wunsch entstammt aus den eigenen Erfahrungen der Mitglieder des ZZI. Einige von Ihnen haben den Krieg selbst erfahren, andere haben Angehörige in Kriegsgebieten gehabt und wieder andere (österreichische Mitglieder) sind durch verschiedene Beziehungen mit Bosnier_innen verbunden. Wie so oft setzen sich Personen erst für gewisse Anliegen ein, wenn sie die eine oder andere Erfahrung am eigenen Leib gemacht haben. So auch im Falle des ZZI und sein Kampf gegen Ungerechtigkeiten bezogen auf Minderheiten.

Im Falle Dianas ist die Motivation zweispurig. Einerseits kritisiert sie, das Bosnier_innen immer nur auf den Teilaspekt der Kultur – sie bezieht sich hier auf die Folklore - beschränkt werden und es nur Vereine und Clubs zu diesen Themen gibt (vgl. Diana Saračević 2011: 1f). Eine Motivation zur Gründung des Vereins war also zu zeigen, dass die Bosnier_innen auch andere Qualitäten und Aspekte haben als allein ihre Folklore. Sie wollte sich und ihre Landsleute nicht auf diesen Aspekt reduzieren lassen. Dies spricht von einem Kampf um Anerkennung und von einer Erweiterung des Sichtfeldes der Österreicher_innen auf die bosnische Gemeinschaft. Einerseits möchte sie, dass die Bosnier_innen aus der ‚Folklore-Ecke‘ herausgeholt werden und zeigen, welche anderen kulturellen Werte und Ansichten man vertritt. Aus dem Interview mit Diana hört man immer wieder heraus, dass die Österreicher_innen nach ihrem Empfinden, die Bosnier_innen als primitiv ansehen (vgl. Diana Saračević 2011: 1/ 7/ 8). Gegen dieses Bild soll durch den ZZI angekämpft werden.

Der zweite Strang ihrer Motivation ist die Weitervermittlung beziehungsweise Bekanntmachung der Werte und Traditionen von Bosnier_innen (was mit der eben genannten Motivation eng in Verbindung steht). Hier geht es ihr besonders um Austausch: „Es hat mich immer interessiert, dass ich irgendetwas in Richtung Kulturaustausch mache.“ (Diana Saračević 2011: 1). Ihr Engagement soll also der Bekanntmachung von Bosnier_innen und Österreicher_innen und dem gegenseitigen Austausch gelten. Hamza stimmt in diesem Aspekt mit Diana überein: „Und es war für uns wichtig, dass wir Bosnien auch der österreichischen

Gesellschaft präsentieren.“ (Hamza Sinanović 2011: 2). Auch er legt Wert auf den gegenseitigen Austausch zwischen Bosnier_innen als Zugewanderte und Österreicher_innen als Aufnahmegesellschaft. Hier wird der Wunsch nach Zugehörigkeit sichtbar. Nur durch ein gegenseitiges Kennenlernen, gewöhnen sich beide Gesellschaften an den Umgang miteinander.

Eine weitere Motivation war es einen bosnischen Verein zu gründen, der nicht introvertiert agiert und nur für Bosnier_innen Aktivitäten gestaltet, sondern sich der Aufnahmegesellschaft öffnet. Das ZZI möchte demnach nicht als eingeschlossene Gemeinschaft wahrgenommen werden. Es möchte einen Austausch und durch diesen Austausch zu einem Zugehörigkeitsgefühl und zu Anerkennung gelangen. Dies scheint an dieser Stelle vielleicht überinterpretiert, wird aber in den folgenden Kapiteln noch besser herauskristallisiert werden. Nach Hamza gab es bis 2004 lediglich Vereine die sich nur der bosnischen Diaspora zuwandte. „Wir wollten diese Situation ändern.“ (Hamza Sinanović 2011: 2).

Ein anderer Aspekt ist die Erlangung der Unabhängigkeit. „Die primäre Idee war die, dass wir uns eigentlich mal so organisieren wollten, damit wir unter keinem Einfluss von irgendwem in unserer Arbeit stehen.“ (Hamza Sinanović 2011: 2). Hier ist besonders die finanzielle Unabhängigkeit gemeint, was dem Verein in den letzten Jahren teilweise große Probleme bereitet hat, da sie kaum Förderungen bekommen haben (vgl. Damir Saračević 2011: 7). Einerseits weil sie nicht in einer der Plattformen von Migrant_innenorganisationen verankert sind und andererseits, weil ihre Arbeit von offizieller Seite oft nicht als wichtig angesehen wird (vgl. Hamza Sinanović 2011: 14). Der Verein möchte unabhängig von Finanzierungen sein, die mit Forderungen und Bedingungen einhergehen, was nicht einfach zu erreichen ist. Allerdings geht es hier auch um einen ideologischen Aspekt. Man möchte auch als Migrant_innenverein Selbstbestimmtheit (vgl. MASSKS 1999:19 zit. n. Jungk 2005: 140). Wie in vorherigen Kapiteln erwähnt, wird in der Integrationsdebatte *über* und *für* Immigrant_innen entschieden, ohne jene in Entscheidungen mit einzubeziehen. Daraus entsteht der Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit und einer Flucht vor der Bevormundung der Aufnahmegesellschaft. Jungk spricht hier vom Empowerment und der Kontrolle und Gestaltung des eigenen Lebens (vgl. Jungk 2005: 140).

Ein völlig anderer Aspekt der Motivation zu Partizipation im ZZI ist ein persönlicher und emotionaler:

„Ich habe eigentlich meinem Land Bosnien-Herzegowina nicht gedient. [...] aber das war in gerechter Weise für mich eine Chance sich zu revanchieren oder einen Beitrag zu leisten, dass

es meinem Land besser geht bzw. Menschen, die aus meinem Land vertrieben sind, durch die Aktivitäten dieser Organisation.“ (Hamza Sinanović 2011: 2).

Hamza ist wie viele während des Krieges aus Bosnien-Herzegowina geflohen (vgl. Hamza Sinanović 2001: 1). Aus diesem Zitat ist eine Art Pflichtgefühl herauszulesen sich engagieren zu müssen. Der_die Leser_in meint ein schlechtes Gewissen wahrzunehmen und einen dadurch produzierten Drang der Wiedergutmachung. Er konnte als Jugendlicher 1992 im Krieg nichts ausrichten und er tat gut daran sein Leben zu retten, indem er geflohen ist. Dafür möchte er sich jetzt für sein Land und seine Landsleute engagieren. Dadurch möchte Hamza auch die Geschehnisse im Krieg durch das *ZZI* bekannt machen (vgl. Hamza Sinanović 2011: 2).

Eine letzte Motivation, die in sein Engagement einfließt, ist – wenn auch nicht das primäre Ziel - eine Art Selbstverwirklichung (vgl. Hamza Sinanović 2011:11). Er möchte sich für sich selbst und für andere in der Organisation betätigen und sich darüber Selbstbestätigung und -verwirklichung einholen. Auch dies ist eine verständliche und menschliche Motivation, die einem individuellen Nutzen verfolgt. Einerseits möchte er seine Wünsche hinsichtlich seiner Lebensvorstellungen frei artikulieren und bleibt sich dadurch treu. Andererseits hofft er in einem Umfeld von Gleichgesinnten wie dem *ZZI* auf eine Bestätigung seiner Ansichten und auf Anerkennung seines Engagements. Denn wer engagiert sich schon freiwillig ohne sich ein Stück von Selbstverwirklichung und Bestätigung zu erhoffen?

Auch die Motivationen von Damir überschneiden sich sehr mit denen von Hamza. Der Aspekt der Selbstverwirklichung spielt auch bei seinem Engagement mit hinein (vgl. Damir Saračević 2011: 1). Selbstverwirklichung aber auch im Sinne einer Verarbeitung des Erlebten:

„[...] ich bin ein Kriegskind [...] und deswegen denke ich, dass meine Tätigkeit im *ZZI* sozusagen eine Art der Auseinandersetzung mit dem ist, was ich in Bosnien erlebt habe bzw. ich möchte, dass das nicht vergessen wird [...].“ (Hamza Sinanović 2011: 1).

Damir hat den starken Drang, die Taten während des Krieges bekannt zu machen und gegen das Vergessen anzukämpfen. Dieser Aspekt kommt im Laufe des Interviews öfters zur Sprache. Das *ZZI* versucht nicht nur eine Aufarbeitung von Kriegsgeschehnissen vor Ort in Österreich umzusetzen, sondern auch in Bosnien-Herzegowina.

Ein weiterer Aspekt der sich mit Hamza überschneidet ist die Motivation seinem Land zu helfen:

„Ich möchte, dass es Bosnien besser geht in dem Sinne, dass sich Bosnien-Herzegowina mal zu einem freien Land mit guter Perspektive entwickelt. [...], dass die Kriegsvergangenheit nicht vergessen wird [...].“ (Damir Saračević 2011: 1).

Er möchte somit bei Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina selbst mitwirken (vgl. Damir Saračević 2011: 1), denn „Ich fühle mich manchmal sogar verpflichtet dazu positiv beizutragen und Entwicklungen mitzusteuern.“ (Damir Saračević 2011: 15). Auch hier überschneiden sich die Motivationen von ihm und Hamza: das Pflichtgefühl etwas für das eigene Land und seine Menschen zu tun, damit es zu positiven Veränderungen kommt. Der Aspekt des Pflichtgefühls spricht gleichzeitig von Aufopferung und einem schlechten Gewissen seinem Land gegenüber. Diese Gefühle entstammen eventuell gewissen Vorwürfen, die manchen Flüchtlingen, die zu Kriegszeiten geflüchtet sind, gemacht werden. So hört man von den Kritiker_innen, dass die Flüchtlinge ihre Volksgruppe nicht unterstützt und ihr Land nicht geschützt haben. Vielleicht ist dieses Pflichtgefühl deswegen besonders bei den interviewten Männern stark ausgeprägt, da sie es sind, die eingezogen werden und nicht die Frauen. Diese Annahme kann aber durch das Datenmaterial nicht explizit belegt werden. Somit bleibt es eine Vermutung.

Eine weitere Motivation Damirs ist das Aufspüren von Lösungen für verschiedenste Probleme, die mit Bosnier_innen in Oberösterreich oder mit Bosnien-Herzegowina selbst zu tun haben.

„Ich glaube, dass man erst dadurch, [...] dass man sich wirklich objektiv damit [mit verschiedenen Problemen Bosniern-Herzegowinas] [Anm. T.Z.] auseinandersetzt erst dann gute Lösungen als Ergebnisse für die Zukunft entstehen können.“ (Damir Saračević 2011: 2).

Objektivität in der Betrachtung der Probleme des Heimatlandes ist eine weitere Motivation, die wahrscheinlich nicht immer einfach einzuhalten ist, wenn man selbst Kriegserfahrungen hat und vieles aus dieser Zeit miterlebt hat.

Zwei weitere Motivationen Damirs sind zu nennen: Erstens die Bemühung um ein friedliches Zusammenleben zwischen verschiedenen Kulturen, wie es auch aus den Newslettern und der Webpage zu entnehmen ist. Hier hebt er besonders das Zusammenleben in Linz hervor (vgl. Damir Saračević 2011: 2).

Zweitens ist der Wunsch nach Beteiligung stark ausgeprägt:

„Wir arbeiten einfach, weil wir ein Teil des Prozesses sein möchten, weil wir uns beteiligen möchten, weil wir unseren Beitrag leisten möchten und was daraus wird, werden wir mit der Zeit [...] dann schon sehen.“ (Damir Saračević 2011: 8).

Die Motivation sich an Prozessen zu beteiligen scheint eine Allgemeine der Mitglieder des *ZZI* zu sein. Man möchte sich einbringen in Entwicklungen im Aufnahmeland und im Heimatland, möchte sich beteiligen an Diskussionen und Debatten über verschiedene Themen und gestaltende_r Akteur_in sein. Dies zeigt noch einmal den Wunsch der Mitglieder nach Zugehörigkeit und Anerkennung und auch nach Selbstbestimmtheit.

Die Motivation zur Partizipation von den beiden außen stehenden Interviewpartnern ist hier ebenfalls zu betrachten. Die einzige Motivation zur Mitarbeit beim *ZZI*, die sich mit Mitgliedern und Hugo Schanovsky überschneidet ist die des Pflichtgefühls. Auch wenn das Pflichtgefühl für den Professor einen anderen Ursprung hat: „Ja, weil ich überhaupt der Meinung bin, dass ich als Zeitgenosse in einer Welt in der so viel passiert etwas zu tun habe.“ (Schanovsky 2011: 2). Hier spricht er einen seiner Grundwerte an, die er bereits sein Leben lang verfolgt. Er nennt es „Lebensprinzip“ (vgl. Schanovsky 2011:2). Warum er besonders beim *ZZI* so engagiert ist, lässt sich durch freundschaftliche Beziehungen erklären:

„Und auch da ist mir etwas in den Schoss gefallen, dass ich über diese Hilfe für Menschen die entwurzelt worden sind und eine neue Heimat gesucht haben, dass ich gute und treue Menschen gefunden habe. Ich muss sagen ich habe heute unter den Bosniern mehr Freunde als unter den Österreichern [...], dass ich gesagt habe, denen helfe ich.“ (Schanovsky 2011: 2).

Somit war die Sympathie für Bosnier_innen von Prof. Schanovsky ein glücklicher Zufall für das *ZZI*, denn dadurch hat das Zentrum einen verlässlichen Unterstützer gefunden.

Aspekte der Motivation im Falle des Botschafters sind explizit nicht aus dem Interview zu entnehmen. Denn in seiner Funktion als Botschafter ist es eine Aufgabe von Herr Hrle sich mit Organisationen wie dem *ZZI* zu beschäftigen.

Zusammenfassend gehen die Motivationen der Mitglieder des *ZZI* und auch des Prof. Schanovsky also nicht weit auseinander. Es besteht bei allen der Wunsch Bosnien-Herzegowina, seine Landsleute und die Geschehnisse im Krieg in Oberösterreich bekannt zu machen und für sein Land und die eigene Gemeinschaft in Österreich einzustehen. Für alle außer Diana ist es eine Pflicht sich zu engagieren. Auch ein individueller Nutzen steckt hinter der Motivation sich selbst zu verwirklichen. Wobei dieser individuelle Nutzen zugleich zu einem Nutzen für die gesamte bosnische Gemeinschaft wird. Denn aus dem individuellen

Wunsch wird ein kollektiver Wunsch nach Partizipation, der bei allen Mitgliedern nachgewiesen werden kann. Und somit kann auch der Wunsch nach Zugehörigkeit festgestellt werden. Die These von Steinbrecher kann folglich einerseits bestätigt werden: die Mitglieder des Vereins beteiligen sich nicht um den eigenen Nutzen zu maximieren (vgl. Steinbrecher 2008: 34). Allerdings kann bisher nicht bestätigt werden, dass sich die Mitglieder des ZZI engagieren, weil sie sich absolut mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren (vgl. Steinbrecher 2008: 34). Eher scheint es so, dass sie sich beteiligen, um an den Punkt des Gefühls der Zugehörigkeit zu gelangen. D.h. ihr Engagement ist eine Art Kampf um Anerkennung und Zugehörigkeit in der Aufnahmegesellschaft. Denn wie im Kapitel 3 zu sehen war, kann nur partizipieren wer Teil der Gesellschaft ist.

Durch all diese Motivationen kam es im Juli 2004 zur Gründung des ZZI (vgl. <http://zzi.at> – über uns; Zugriff: 18.6.2011). Mit diesem Kapitel können daher einige der Gründungsmotivationen, die C. Dittel herausgearbeitet hat, bestätigt werden wie das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, den Erhalt und die Vermittlung von gemeinsamen Werten, die Förderung des Austausches und der Integration und die Unzufriedenheit mit dem öffentlichen Bild über die eigene Gemeinschaft (vgl. Dittel 2008: 70).

6.3. Die soziale und private Situation der Mitglieder des ZZI und die Quantität des Engagements:

Im Kapitel 3 wurde bereits betont, dass bei freiwilligem Engagement in Vereinen oder Organisationen auch immer die private Situation des sich Engagierenden eine große Rolle spielt und Einfluss auf das Ausmaß der Partizipation und auch auf das Leben des Einzelnen hat. Außerdem ist somit die Wichtigkeit des Engagements für die Mitglieder abzulesen. Deswegen wurden die interviewten Mitglieder auch zu diesem Anliegen befragt.

Alle Mitglieder machen die Arbeit beim ZZI freiwillig und neben ihrer beruflichen Laufbahn. Viele Mitglieder haben auch zwei Berufe bzw. zwei akademische Abschlüsse oder Berufsausbildungen (vgl. <http://www.zzi.at> – Präsidiumsmitglieder des ZZI; Zugriff: 6.7.2011). Ein einziges Präsidiumsmitglied hat eine Berufsausbildung, alle anderen sind (werdende) Akademiker_innen. Hier sieht man, dass die theoretische Annahme bestätigt wird, dass viele Personen, die sich freiwillig engagieren aus der so genannten Bildungsschicht kommen (Steinbrecher 2008: 58). Ob das aber der Grund für ein besseres politisches Verständnis ist, wie Hunger und Candan es behaupten lässt sich hier nicht beantworten (vgl. Hunger/ Candan 2010: 6).

Diana ist gelernte Zahntechnikerin und hat sich dann zu einem Soziologiestudium entschlossen. Außerdem ist sie in der Firma für Mediendesign ihres Mannes tätig und zieht nebenher vier Kinder groß (vgl. Diana Saračević 2011: 1). Sie hat momentan also eine vierfache Beschäftigung, wenn man die Tätigkeit beim ZZI dazu rechnet. Der Zeitaufwand für den ZZI kommt bei ihr auf 20 bis 40 Stunden die Woche (vgl. Diana Saračević 2011: 2). Kein Mitglied konnte den Zeitrahmen genau ein- oder abschätzen, den sie_er für den ZZI aufwenden. Ihrem Mann und Obmann des ZZI Damir geht es ähnlich. Er studiert Literaturwissenschaften in Sarajewo und Soziologie in Linz, ist mit einer Webdesignfirma selbstständig und arbeitet als interkultureller Trainer (vgl. Damir Saračević 2011: 1). Und auch er zieht nebenher noch vier Kinder groß. Er geht somit einer fünffachen Beschäftigung nach und widmet davon vier Stunden Zeit täglich dem Verein (vgl. Damir Saračević 2011: 2). Ähnlich verhält es sich mit Hamza, der Vater von zwei Kindern ist, im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung selbstständig ist und nebenher Soziologie studiert (vgl. Hamza Sinanović 2011: 1). Auch hier liegt eine vierfache Beschäftigung vor, wenn man die Arbeit beim ZZI mit einberechnet. Hamza konnte keine Angaben zum Zeitaufwand für den ZZI machen. Er meinte das sei abhängig von Projekten. Der Aufwand wird schätzungsweise ähnlich hoch sein wie bei den anderen beiden Mitgliedern. Alle Interviewpartner_innen unterliegen einer hohen alltäglichen Belastung und bringen dennoch ein großes Zeitbudget für den Verein auf. Das spricht von hohem Engagement. Ein Altruismus der Persönlichkeiten kann deswegen bestätigt werden. Außerdem ist die Wichtigkeit, die das Engagement für die Beteiligten hat ersichtlich und das spricht von starken und auch selbstbewussten Persönlichkeiten, wie auch Buse sagt (vgl. 1978: 48). Denn in einem Migrant_innenverein, der stetig um Anerkennung ringen muss und für die Mitglieder, für die Partizipation schwerer zu erreichen ist da sie Immigrant_innen sind, spricht das für ein großes Durchhaltevermögen und für die Wichtigkeit des Engagements. Bei keinem Mitglied war herauszuhören, dass es in absehbarer Zeit das Engagement für den ZZI unterlassen wird..

Alle interviewten ZZI-Mitglieder gehören zu den Gründern des ZZI und sind dementsprechend seit 2004 bei der Organisation tätig. Auch Herr Prof. Schanovsky sollte bei diesem Kapitel berücksichtigt werden. Der 84-jährige Ex-Bürgermeister der Stadt Linz genießt nicht müßig seinen Lebensabend, sondern engagiert sich noch immer viel für das ZZI Austria „[...] und habe von Beginn Mitte der 90er Jahre auch die Sache der Bosnier immer unterstützt [...].“ (vgl. Hugo Schanovsky 2011:1). Er zählt zu den langen Unterstützern von Bosnien-Herzegowina im Allgemeinen, nicht nur des ZZI und ist so gesehen schon länger als die Mitglieder des ZZI in diesem Thema engagiert.

Wie es nun mit der sozio-ökonomischen Lage der Interviewpartner aussieht, kann ich aus dem Analysematerial nicht entnehmen. Durch die Mehrfachbeschäftigung kann man aber von einer gewissen finanziellen Stabilität der Interviewpartner_innen ausgehen.

Ein weiterer Faktor, den es hier zu erwähnen gilt, ist jener der deutschen Sprache. Die Kenntnis und die gute Artikulation in der deutschen Sprache ist der erste Schlüssel zur Partizipation. Nur so können die Mitglieder des ZZI ihre Ziele und Argumente klar formulieren (vgl. Hunger/ Candan 2010: 6). Diese Kenntnisse können bei allen interviewten Mitgliedern nachgewiesen werden. Sie sprechen ein nahezu perfektes Deutsch.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass das Engagement eine große Wichtigkeit und einen hohen Stellenwert für alle Beteiligten hat. Obwohl man einer Mehrfachbelastung ausgesetzt ist, schafft man es dennoch, das Engagement nicht im Sande verlaufen zu lassen.

6.4. Zielgruppen des Vereins und seine Vernetzung:

6.4.1. Zielgruppen des Vereins:

Ein weiterer Aspekt der Analyse ist die Zielgruppe an die sich die Aktivitäten des Vereins richten. Die Benennung der Zielgruppe dient zur genauen Beantwortung der Forschungsfrage. Ist die bosnische Diaspora Zielgruppe des Vereins? Oder sind auch Österreicher_innen in der Zielgruppe inbegriffen? Es soll geklärt werden, ob die Öffnung hinsichtlich beider Gesellschaften tatsächlich vorhanden ist.

Explizit wird auf der Webpage keine spezielle Zielgruppe genannt. Allerdings kann man durch das Ziel der Aufrechterhaltung der geschichtlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder schließen, dass zunächst Österreicher_innen und Bosnier_innen im Allgemeinen als Zielgruppe gesehen werden. Wenn man sich nochmals auf die Aktivitäten des Vereins besinnt, muss man von einem kulturell, sozial und politisch interessierten Publikum ausgehen. Das lässt vermuten, dass die Zielgruppe aus Menschen eines höheren Bildungsstatus besteht. Der Verein ist kein Spaß- oder Sportverein, in dem es lediglich darum geht Menschen zusammen zu bringen, um gemeinsam etwas zu unternehmen.

Das ZZI hat ein anspruchsvolles Publikum, welches es sich durch die Projekte selbst erschafft.

„[...] wir machen Projekte, die natürlich nicht für alle Menschen sind. Wir haben bestimmte Zielgruppen: das sind meistens Wissenschaftler, Kulturarbeiter, Künstler und Künstlerinnen, Politiker und Politikerinnen usw. Aber auch Menschen die sich dafür interessieren.“ (Damir Saračević 2011: 11).

Die Zielgruppe sind infolgedessen eher Akademiker_innen bzw. Menschen mit einem höheren Bildungsniveau. Das ist nachvollziehbar wenn nochmals an die Aktivitäten des *ZZI* gedacht wird: hier geht es um Themen und Diskussionen, die bestimmte Vorkenntnisse beziehungsweise Wissen über aktuelle Debatten und Politiken voraus setzen. Ob es nun darum geht Bosnien-Herzegowina in die EU zu integrieren, oder um die Geschehnisse in Srebrenica, oder um die aktuelle Debatte um Integration und Immigration. Das *ZZI* übernimmt beispielsweise keine Basisinformationen für Neuankömmlinge (vgl. Damir Saračević 2011: 13), die wichtig für jede Person sind, unabhängig vom Bildungsstatus. Der Verein hat einen höheren Anspruch, beziehungsweise versucht er sich auf einer völlig anderen Ebene zu beteiligen. Mittlerweile erfreut sich das *ZZI* nach Hamzas Aussage eines gewissen Bekanntheitsgrades: „[...] die Intellektuellen bzw. die Menschen [...] von diesem Bildungsniveau haben diese Arbeit vom *ZZI* sehr gut erkannt und schätzen gelernt.“ (Hamza Sinanović 2011: 10).

Wichtig ist allen drei Interviewpartner_innen aber, dass das *ZZI* nicht nur Bosnier_innen, sondern auch Österreicher_innen offen steht (vgl. Diana Saračević 2011: 3; vgl. Hamza Sinanović 2011: 3). Der Wunsch nach Austausch und besserem Zusammenleben kommt somit auch in der Zielgruppe der Organisation zum Ausdruck. Die Öffnung hin zu beiden Gesellschaften ist demnach gegeben. Allerdings kann man nicht von einer Einbeziehung der gesamten bosnischen Diaspora oder allen Linzer_innen sprechen, sondern in beiden Gruppen bleibt die Zielgruppe Menschen mit höherem Bildungsstand. D.h. die Zielgruppe wird nicht über Volkszugehörigkeit definiert, sondern den Bildungsstand einer Person. Welche Konsequenzen hat das? Es ist verständlich, dass ein Verein nicht für eine ganze Gemeinschaft eintreten bzw. Anzugspunkt sein kann. Bosnier_innen, die neu nach Österreich kommen und die erste Starthilfe und Informationsquellen brauchen, nützt das *ZZI* kaum etwas. Zumindest wäre das *ZZI* sicher nicht die erste Anlaufstelle. Es schließt somit die Neuankömmlinge aus. Dessen ist sich der *ZZI* aber bewusst (vgl. Damir Saračević 2011: 11). Aber noch eine weitere Gruppierung innerhalb der bosnischen Gemeinschaft wird ausgeschlossen: nämlich die Menschen, die bereits viele Jahre in Österreich leben, allerdings keinen akademischen Kreisen entspringen. Oft sind genau diese Personen aber auf einen sicheren Raum, in dem sie Bosnier_innen sein dürfen ohne diskriminiert zu werden oder als fremd zu gelten, angewiesen, da sie oft mehr mit einem Minderwertigkeitsgefühl und einem kleinen Selbstbewusstsein zu kämpfen haben, welches ihnen von der österreichischen Gesellschaft vermittelt wird (vgl. Yildiz 2005: 154). Denn ein akademischer Grad steigert bei den meisten Menschen auch das Selbstwertgefühl. Dessen ist sich das *ZZI* nicht bewusst. Obwohl man

auch sagen muss, dass der Verein sich nicht zum Ziel gesetzt hat die gesamte Community mit einzubeziehen. Sie orientieren sich zwar auf die Aufnahmegesellschaft und auf die eigenen Gemeinschaft, allerdings auf einer Ebene, die weder alle Österreicher_innen noch alle Bosnier_innen betreten können.

Daher kann für das ZZI nicht bestätigt werden, dass der Verein als eine erste Anlaufstelle für bosnischen Immigrant_innen fungiert, aber dennoch einen Raum für Selbsthilfe und solidarische Unterstützung bietet (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 37).

6.4.2. Vernetzung des Vereins:

Das ZZI verfügt über ein recht großes Netzwerk. „Das ZZI verfügt daher auch über sehr gute Kontakte zu österreichischen und bosnischen Institutionen, Vereinen, KulturarbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen etc. [...]“ (<http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 6.6.2011). Das war zu vermuten, da sich der Verein auf der Webpage als ein kulturelles und wissenschaftliches Netzwerk bezeichnet (www.zzi.at; Zugriff: 6.7.2011). Es soll nun überprüft werden auf welchen Ebenen Netzwerke vorhanden sind und geschaffen werden. Hat das ZZI auf lokaler, österreichweiter oder sogar auf transnationaler Ebene Kontakte? Das sollte in Erfahrung gebracht werden, da Kooperations- und Kontaktpartner ebenfalls einiges über die Ausrichtung und die Orientierung einer Organisation aussagen. Dies ist wiederum wichtig für den Abgleich mit dem theoretischen Gerüst der vorliegenden Arbeit und hilft bei der Beantwortung der Forschungsfrage, welche Auswirkungen die Partizipation für die Mitglieder bzw. die bosnische Diaspora im Hinblick auf das Leben in Österreich hat.

Lokale Vernetzungen – d.h. Kontakte in der Stadt Linz und im Land Oberösterreich - müssen vorhanden sein. Wie sollte sonst ein Verein in einem Stadtbild überleben. Die Kontakte braucht man, um Veranstaltungen verwirklichen zu können, um sich Hilfe und Beistand bei verschiedenen Angelegenheiten zu holen und um den eigenen Bekanntheitsgrad zu steigern. Somit ist ein breites Netzwerk überlebenswichtig für eine Organisation (vgl. Latorre Pallares/ Zitzelberger 2006: 22).

Aus den Interviews ist zu schließen, dass der Verein mit lokalen Netzwerken auf verschiedenen Ebenen gut ausgestattet ist. So erfuhr ich von Diana und Hamza, dass öfters eine Zusammenarbeit zwischen dem ZZI und der Volkshilfe, Migrare und dem Frauenhaus Linz stattgefunden hat (vgl. Diana Saračević 2011: 3f; vgl. Hamza Sinanović 2011: 5). All das sind Organisationen der Stadt Linz. An den Newslettern war ebenfalls bereits zu sehen, dass noch andere Kontakte zu weiteren Organisationen bestehen (vgl. Newsletter vom ZZI zwischen Januar und April 2011).

Es existieren aber auch Kontakte zu politischen Persönlichkeiten bzw. Institutionen der Stadt: so zum Beispiel zum Ex-Bürgermeister der Stadt Linz Prof. Schanovsky, der als ein wichtiger Unterstützer des *ZZI* gilt, auch zum Migrationsbüro, zur Arbeiterkammer und zum Land Oberösterreich hat man Kontakt z.B. durch Einladungen zu politischen Diskussionen (vgl. Diana Saračević 2011: 3f; vgl. Hamza Sinanović 2011: 5; vgl. Damir Saračević 2011: 7).

„[...] die Politiker sind nicht zu umgehen. Mit den Politikern muss man zusammen arbeiten. Diese Kontakte brauchen wir um die nötige Unterstützung überhaupt bekommen zu können.“
(Damir Saračević 2011: 10)

lässt Damir verlauten. Kontakte werden demnach nicht nur aus Sympathiegründen eingegangen, sondern auch aus Gründen ihrer Nützlichkeit und da sie als Voraussetzung z.B. für finanzielle Unterstützung des Vereins gelten. Die einzigen Stellen, wo finanzielle Förderung möglich ist, sind Parteien und politische Einrichtungen. Damir betont: „Wir arbeiten aber mit mehreren Parteien [...] zusammen.“ (Damir Saračević 2011: 6), damit nicht der Eindruck entsteht, dass man sich für finanzielle oder andersartige Unterstützung von einer Partei ‚kaufen‘ lässt. Denn wie bereits im Kapitel 6.1.2. beschrieben, legt der Verein viel Wert auf seine Unabhängigkeit.

Prof. Schanovsky wird bei der Beschreibung des lokalen, politischen Netzwerkes etwas genauer:

„Auf Stadtebene bestehen also gute Verbindungen zum regierenden Bürgermeister Dr. Dobusch [...]. Dann den Stadtrat für auswärtige Angelegenheiten, dem Vizebürgermeister Mag. Luger. [...] Im Land ist das der Landeshauptmann Dr. Pühringer, der weiß was im Bereich der Bosnier geschieht [...].“ (Hugo Schanovsky 2011: 4).

Die Netzwerke sind gut ausgebaut und konkrete Ansprechpartner_innen sind vorhanden. Dies spricht für den *ZZI* und das ist einer der Gründe, dass der Bekanntheitsgrad in den letzten sieben Jahren des *ZZI* gestiegen ist.

Gehen wir nun weiter zur österreichweiten Ebene. Auch hier bestehen Kontakte zu verschiedenen Organisationen wie ‚Kulturkontakt Österreich‘ aus Wien und es ist nachweisbar, dass die Webpage des *ZZI* mittlerweile mehr und mehr von Menschen aus ganz Österreich besucht wird (vgl. Diana Saračević 2011: 9). Auch im politischen Bereich bestehen landesübergreifende Kontakte. So z.B. mit dem Bundesministerium für Inneres. Das *ZZI* wurde von der damaligen Innenministerin Fekter – seit 2011 Bundesministerin für Finanzen

(vgl. <http://www.parlament.gv.at>; Zugriff: 29.7.2011) - bereits zu einem Treffen eingeladen (vgl. Damir Saračević 2011: 6). Eine solche Einladung ist für einen Verein der Größe des ZZI ziemlich beachtlich. Das Zentrum muss gute Werbung gemacht und gute Kontakte gehabt haben, um bis ins Innenministerium Aufmerksamkeit zu erregen und zu einem Treffen eingeladen zu werden.

Eine weitere wichtige Ebene der Netzwerke ist die Verbindung mit der Heimat Bosnien-Herzegowina bzw. internationale Kontakte, welche unter die transnationalen Kontakte fallen. Es bestehen einerseits viele Kontakte der Zusammenarbeit mit Organisationen in Bosnien-Herzegowina wie mit dem ZZI Bosnien-Herzegowina, mit Frauenvereinen und Flüchtlingsvereinen, mit Wissenschaftler_innen, Künstler_innen und anderen Vereinen (vgl. Diana Saračević 2011: 4; vgl. Hamza Sinanović 2011: 6; vgl. Haris Hrle 2011: 3). Aber auch zu politischen Institutionen hält man Kontakt: So bekommt der ZZI von Ministerien Anfragen an wissenschaftlichen Studien und Befragungen teilzunehmen (vgl. Hamza Sinanović 2011: 7). Außerdem bestehen gute Kontakte zur bosnischen Botschaft und nach Dianas Aussage zu fast allen Ministerien Bosnien-Herzegowinas (vgl. Diana Saračević 2011: 4). So nutzt Botschafter Hrle den ZZI ebenfalls als nützliches Netzwerk:

„Yes, I feel that we have a gravitation field here, [...], and I can use that kind of gravitation in benefit for Bosnia-Herzegovina, and there are located Bosnia- Herzegovina's interests as well. [...] An I'm in Linz every three month [...] and between that I can effort to myself and say Damir please explain that, do that and etc. etc.” (Haris Hrle 2011: 3).

D.h. die Netzwerke des ZZI sind nicht nur für die Organisation selbst nützlich, sondern auch für die bosnische Vertretung in Österreich. Die bestehenden Netzwerke werden somit durch ein stetiges Geben und Nehmen entwickelt, erhalten und ausgebaut. Neben der Verbindung mit der Heimat bestehen auch internationale Kontakte zu anderen Organisationen (vgl. Damir Saračević 2011: 13). Eine weitere sehr enge Verbindung ist jene mit dem ZZI in München (vgl. Diana Saračević 2011: 9).

Das Zentrum ist somit auf allen drei Ebenen in ein breites Netzwerk eingebunden, welches dem Verein selbst, aber auch seinen Kontaktpartnern nützlich ist und ihn zu einem multi-lokalen und transnationalen Akteur macht. Das Netzwerk wird stetig ausgebaut – z.B. durch neue Projekte - und gepflegt – z.B. durch das Versenden der Newsletter. Somit macht sich der recht kleine Verein groß und bekannt, was ihm einen höheren Bekanntheitsgrad und somit einen größeren Raum an Partizipation und Teilhabe lässt. Dass der Ausbau an Raum für Partizipation nötig und gewünscht ist, lässt sich im nächsten Analysekapitel nachlesen.

6.5. Partizipation des Zentrums für zeitgemäße Initiativen:

6.5.1. Ausrichtung des ZZI/ Art der Partizipation:

In diesem Abschnitt soll explizit und intensiv analysiert werden, welche Art der Partizipation der ZZI nachgeht und ob es Indifferenzen zwischen der Selbst- und Fremdeinschätzung gibt. Es soll festgestellt werden, ob die Partizipation eher sozial oder politisch ist, um das mit der theoretischen Grundlage der Partizipation aus Kapitel 3 abzugleichen und die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Außerdem ist dieses Kapitel der erste Schritt hin zur Beantwortung der Frage inwiefern sich Migrant_innenselbstorganisationen beteiligen können und inwieweit sie eventuell auf andere Wege und Mittel zurückgreifen müssen, um eine Beteiligung zu erreichen.

Während der Interviews traten immer wieder vier Arten der Partizipation hervor: die soziale, kulturelle, politische und wissenschaftliche Partizipation.

Diana stellt im Interview klar: „Wir bezeichnen uns als eine kulturelle Organisation.“ (Diana Saračević 2011: 3), beantwortet aber meine Frage, ob die Partizipation des ZZI eher sozial, kulturell oder politisch sei mit: „Ja, alle drei eigentlich, aber eher kulturell, das schon.“ (Diana Saračević 2011: 3). Die Aktivitäten des Vereins scheinen also nicht immer klar in dieses Raster einzuordnen zu sein. Die Aktivitäten haben oft einen kulturellen Ausgangspunkt. Durch die intensive Beschäftigung mit verschiedenen Themen kommen aber sehr häufig soziale und politische Aspekte hinzu. So zum Beispiel die Ausstellung zu dem Konzentrationslager in Prijedor. Dies ist zunächst eine kulturelle Veranstaltung, die aber zu einer sozio-politischen wird, sobald Diskussionen stattfinden, was der Fall war (vgl. Damir Saračević 2011: 4).

Hamza geht bei der Beschreibung der Partizipation bereits einen Schritt weiter und bezeichnet sie als sozio-kulturell (vgl. Hamza Sinanović 2011: 5). Sogar mehr noch: „Sie [die Partizipation] [Anm. T.Z.] ist sozial, kulturell aber auch in gewisser Weise wissenschaftlich.“ (Hamza Sinanović 2011: 3). So könnte er sich hier beispielsweise auf das Projekt „Die Bosniaken kommen – Geschichtliche und kulturelle Beziehungen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina“ (vgl. <http://www.zzi.at> – Projekte – Die Bosniaken kommen; Zugriff: 6.7.2011) beziehen. Der kulturelle Ansatz ist hier auf den ersten Blick zu erkennen, ebenfalls der wissenschaftliche. Der soziale Aspekt in diesem Projekt ist die Bemühung Beziehungen zwischen Bosnier_innen und Österreicher_innen aufzuzeigen und dadurch die Jahrhunderte lange Verbindung zwischen den Staaten wieder ins Gedächtnis zu rufen. Hier ist wiederum das Ziel heraus zu lesen als eigene spezifische Immigrant_innengruppe anerkannt zu werde,

als Immigrant_innengruppe die den Österreicher_innen nicht so fremd sein sollte wie vielleicht andere Minderheiten.

Auf die Frage, ob die Partizipation des *ZZI* politisch sei antwortet Hamza:

„Politische [Partizipation] [Anm. T.Z.] nicht direkt, vielleicht indirekt, weil wir durch unsere Arbeit zur Verbesserung oder zum Aufpolieren des Image der Migranten hier in der Stadt beitragen und sich vielleicht dadurch irgendwie die Einstellung der Mehrheitsbevölkerung oder gewissen politischen Entscheidungsträgern im Bezug auf unsere Gemeinschaft [ändert] [Anm. T.Z.].“ (Hamza Sinanović 2011: 5).

Er räumt somit ein, dass eine politische Partizipation für den Verein kein Ziel ist, dass es allerdings zur politischen Beteiligungen kommt, wenn es beispielsweise um das Thema Integration geht. Ähnlich verhält es sich auch bei den Projekten, in denen die Kriegsvergangenheit Bosnien-Herzegowinas aufgearbeitet und diskutiert wird (siehe verschiedene Projekte über Srebrenica: <http://www.zzi.at> – Projekte; Zugriff: 6.7. 2011).

Ebenso sieht es auch Damir:

„Wir haben keinen politischen Hintergrund, aber die Themen die wir aufgreifen, z.B. die Projekte zum Thema Bosnien-Herzegowina auf dem Weg zur Europäischen Union und das Visaregime und die Bewegungsfreiheit sind politische Fragen.“ (Damir Saračević 2011: 6).

Damir stellt sich aber dagegen als politische Organisation bezeichnet zu werden: „Wir bezeichnen oder empfinden uns als ein kulturelles, soziales und wissenschaftliches Netzwerk, d.h. eine politische Organisation sind wir nicht.“ (Damir Saračević 2011: 6).

Politische Themen sind demnach nicht auszugrenzen, obwohl die politische Teilhabe nicht als Ziel des Vereins ausgerufen wird. Oder ist sie das doch, aber man lässt dieses Vorhaben hinter vorgehaltener Hand, aus Angst vor der österreichischen politischen Landschaft, die es nicht gern sieht wenn sich ein Migrant_innenverein politisch engagiert (vgl. Hoppe 2003: 30 zit. n. Thränhardt 2005: 21)?

Klar ist, dass das *ZZI* kein politisches Neutrum ist, sondern sich – zumindest dann wenn von politischer Seite gewünscht - an politischen Diskussionen des Aufnahmelandes beteiligt. Auch in bosnischen Angelegenheiten ist der Verein, wie im Kapitel 6.1.1. zu sehen war, sozio-politisch und politisch engagiert, wobei der Verein hier für Wahrheitsfindung und die Anerkennung von Opfern einsteht. Hierbei wird besonderer Wert darauf gelegt, dass sich diese Wahrheitsfindung nicht nur auf eine Volksgruppe Bosnien-Herzegowinas konzentriert.

Sondern es wird immer versucht alle drei Seiten – die der kroatischen und serbischen Bosnier_innen und der Bosniak_innen - zu beachten. Der Verein hat einen ganzheitlich bosnischen Ansatz, keinen bosniakischen. Hierzu ist zu sagen, dass alle drei Interviewpartner_innen Bosniak_innen sind, die sich von reinen kroatischen, serbischen und bosniakischen Vereinen vehement distanzieren und auf einen gemeinschaftlichen Verein setzen, der für Jede_n offen steht (vgl. informelle Gespräche zu Beginn oder am Ende der Interviews).

Prof. Schanovsky hat als außen stehende Person eine etwas abweichende Meinung zur Art der Teilhabe des ZZI:

„Es ist eigentlich eine Mischorganisation aus kultureller und politischer Tätigkeit. Die Kultur bei dem ZZI beinhaltet also die Äußerungen kultureller Aktivitäten des bosnischen Volkes [...] und auf der anderen Seite kämpft der Verein auch für die völlige Anerkennung des bosnischen Volkes und derer die im Ausland leben [...].“ (Hugo Schanovsky 2011: 3).

Er sieht ganz klar die politische Beteiligung des Zentrums und bezeichnet es somit als politisch, neben einem kulturellen und wissenschaftlichen Aspekt (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 1f). Hier widersprechen sich die zwei Außenansichten. Denn Botschafter Hrle verneint eine politische Partizipation. Sie sei kulturell und auf Beziehungen zwischen Bosnien-Herzegowina und Österreich ausgelegt (vgl. Haris Hrle 2011: 2). Liegt dies an seiner Stellung als Botschafter und versucht er die politische Ausrichtung des Vereins aus denselben Gründen wie die Mitglieder des ZZI zu verdecken? Dies wird in folgenden Kapiteln noch zu klären sein.

Festzuhalten ist, dass die verschiedenen Aktivitäten nie als nur kulturell oder als ausschließlich wissenschaftliche bezeichnet werden können. Es handelt sich um Mischformen und es kann abermals bestätigt werden, dass die Organisation multi-sektoral handelt (vgl. Dittel 2008: 87). Die Projekte und die Art der Partizipation des ZZI sind zu verschiedenen Anteilen kulturell, sozial, wissenschaftlich und politisch. Erinnern wir uns nochmals an ein Zitat von Buse, welches besagt, dass jedwede Form der Einflussnahme auf öffentliche Debatten von vorn herein politisch ist (vgl. Buse 1978: 41). Dass das ZZI in vielen Bereichen versucht Einfluss zu nehmen wurde bereits heraus gearbeitet. Auch kann spätestens jetzt bestätigt werden, dass es sich oft auch um politische Debatten handelt. Ein weiterer Hinweis darauf, dass Partizipation so gut wie immer politisch ist, ist die Aussage von Weiss und Thränhardt, dass Netzwerke (und das ZZI bezeichnet sich als Netzwerk) als politische Eigenvertretung genutzt werden, um „[...] integrationshemmende Faktoren innerhalb der

Gesellschaft abzubauen.“ (Weiss/ Thränhardt 2005: 15f). Im Falle des *ZZI* kann erstens bestätigt werden, dass es sich selbst als ein Netzwerk bezeichnet und über breite Kontakte verfügt und zweitens, dass es definitiv versucht durch seine Arbeit die Integration von der eigenen und von anderen Minderheiten voranzutreiben. Der Verein macht durch sein Engagement daher auch aufmerksam auf gewisse Missstände in der Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft, was nach Strasser eine von vorn herein politische Funktion ist (vgl. Strasser 2003: 7). Daher muss das *ZZI* als politische Organisation bezeichnet werden. Wobei auch das zu knapp gefasst wäre. Denn wie bei Steinbrecher zu lesen ist, kann eine genaue Abgrenzung nicht vorgenommen werden (vgl. Kaase 1997: 160 zit. n. Steinbrecher 2008: 27). Das Zentrum ist deshalb als sozio-politische Organisation zu bezeichnen, die auch auf kultureller und teilweise auf wissenschaftlicher Ebene aktiv ist.

Eine der Fragen, die im Kapitel 3 gestellt wird, war, ob das Zentrum nur für die eigene Gemeinschaft aktiv ist oder für die gesamte österreichische Gesellschaft, Minderheiten mit eingeschlossen. Die Antwort muss hier lauten, dass das *ZZI* sich für die gesamte Gesellschaft einsetzt, wie auch in vorherigen Analysekapiteln bereits heraus gestrichen wurden. Erstens setzt sich der Verein für die gesamte bosnische Community ein (nicht nur für den bosniakischen Teil), zweitens generell für Minderheiten, im speziellen für Immigrant_innen und drittens für die österreichische Gesamtgesellschaft und deren Zusammenleben.

6.5.2. Raum für Partizipation:

Bei dieser Analysekategorie geht es darum zu ersehen, wie viel Teilhabe von einer Migrant_innenorganisation wie dem *ZZI* von der Mehrheitsgesellschaft bzw. von der politischen Seite zugelassen wird. Wo sind die Grenzen der Partizipation für Immigrant_innen und im speziellen für die Mitglieder des *ZZI*? Ist eventuell die nicht-Bezeichnung als eine teils politische Organisation dem nicht vorhandenen Raum für Partizipation zuzuschreiben? Oder ist der gewünschte Raum zur Teilhabe vorhanden?

Vorweg ist zu sagen, dass keine_r der Interviewpartner_innen mit der jetzigen Situation völlig zufrieden ist.

Besonders Hamza sieht große Einschränkungen:

„*ZZI* hat mit Sicherheit nicht genügend Raum bekommen. Das *ZZI* hat sich diesen Raum schwerst erkämpft, denn es gibt gewisse Strukturen bzw. Organisationen die von der Stadt eingerichtet sind, die sich mit Migranten beschäftigen sollen, aber nach dem Schema F.“ (Hamza Sinanović 2011: 8).

Der Raum der nun vorhanden ist, war demnach zuvor nicht vorhanden. D.h. es hat zwischen 2004 und 2011 bereits eine Entwicklung stattgefunden, in der sich der Verein mehr Raum erkämpft hat. Als Begründung dafür, dass das ZZI den gewünschten Raum für Teilhabe nicht bekommen hat sagt Hamza aus, dass man sich nicht beeinflussen lassen habe und sich auch nicht untergeordnet hätte (vgl. Hamza Sinanović 2011: 8). Damit bezieht er sich auf die nicht vorhandene Anbindung an eine Plattform von bosnischen Vereinen und die ebenfalls nicht vorhandene Anbindung an eine spezielle Partei (vgl. Hamza Sinanović 2011: 13f). Einen weiteren Vorwurf macht er der lokalen Politik wegen des eingeschränkten Raumes aufgrund des Versuches der Mitsprache, wenn es um migrantische Themen und Integration geht. Mit „Schema F“ ist hier die Assimilation, d.h. die Anpassung von Immigrant_innen an die Mehrheitsgesellschaft gemeint, welche er als „[...] komplett inakzeptabel [...]“ (Hamza Sinanović 2011: 8) bezeichnet. Da beim ZZI nach diesem Verfahren aber nicht gehandelt wird, sondern für eine wechselseitige Integration der Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft plädiert wird, habe man den Raum für das Mitwirken und Beeinflussen bei Diskussionen über diese Debatte nicht bekommen. Unabhängig davon hat Hamza außerdem das Gefühl, „[...] dass sich die Migranten immer mit den Migranten beschäftigen müssen und bei dieser Beschäftigung bleiben sollen.“ (Hamza Sinanović 2011: 12). D.h. der Migrant_innenverein und er als Immigrant werden hier erneut eingeschränkt in der Möglichkeit der Teilhabe. Es wird verlangt, dass sich ein solcher Verein mit Themen, die Immigrant_innen etwas angehen, beschäftigt. Nicht geduldet wird es, wenn sich Migrant_innenorganisationen an lokale, politische Themen heran wagen, die nicht in das große Feld der Integration fallen. „Ich bin der Meinung, dass wir hier bzw. Migranten hier total apolitisch sind und wir überhaupt keine Möglichkeit haben uns hier politisch zu beteiligen.“ (Hamza Sinanović 2011: 8). Die politische Partizipation wird also von der Stadt Linz und anderen politische Institutionen nicht zugelassen. Vielleicht scheuen sich die Mitglieder des ZZI deswegen, sich öffentlich als sozio-politische Organisation zu bezeichnen, denn dies würde schlimmstenfalls zu einer weiteren bzw. erneuten Einschränkung des Partizipationsraumes führen.

So Hamza weiter:

„Das erste Hindernis ist, dass die Migranten auf der kommunalen Ebene nicht wählen bzw. nicht gewählt werden dürfen. D.h. es gibt diese Zugangsbeschränkung überhaupt bei dieser politischen Partizipation und zweitens ist das Problem, dass immer Politik für uns gemacht wird, ohne uns dabei in die politischen Maßnahmen mit zu integrieren.“ (Hamza Sinanović 2011: 8).

Die klassische Form der politischen Beteiligung ist durch die Wahl-Einschränkung nicht vorhanden. Wobei man hier anmerken muss, dass ca. 50% der Mitglieder des *ZZI* die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und somit wählen können. Auch ca. 60% der Zielgruppe des *ZZI* sind nach Einschätzungen Damirs wahlberechtigt (vgl. informelles Gespräch mit Damir Saračević 2011). Hamza spricht hier demnach für die ‚klassischen Immigrant_innen‘, die bereits viele Jahre in Österreich leben, allerdings noch nicht lange genug, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu bekommen. Teilweise entscheidet man sich auch bewusst gegen die Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft, wie Damir das getan hat (vgl. informelles Gespräch mit Damir Saračević 2011).

Allerdings ist auch die Teilnahme an politischen Diskussionen nur möglich, wenn dies von der Mehrheitsgesellschaft gewünscht wird, völlig unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Das *ZZI* kann lediglich Einladungen zu solchen Diskussionen entgegennehmen, kann aber nicht selbst darüber entscheiden, an welchen Debatten es außerdem noch teilnehmen möchte. Genau das wäre aber der Wunsch von Hamza: sich politisch mehr beteiligen zu können (vgl. Hamza Sinanović 2011: 8):

„Unabhängig woher die Menschen stammen, solange sie konstruktive Mitglieder der Gesellschaft sind sollen sie dementsprechend voll akzeptiert werden [...] was man hier leider nicht HAT.“ (Hamza Sinanović 2011: 12).

Für Hamza spielt hier ebenfalls die Anerkennung seiner selbst und der Immigrant_innen im Allgemeinen von der Mehrheitsgesellschaft eine große Rolle. Der nicht vorhandene Raum für Partizipation ist ein Anzeichen dafür, dass Migrant_innenorganisationen nicht wie andere Vereine mit einheimischen Mitgliedern anerkannt werden. Darauf wird im Kapitel 6.5.5 ‚Anerkennung‘ noch intensiver eingegangen.

Und weiter:

„Aber in dieser Gesellschaft ist es leider sehr selten möglich sich wirklich auf einer unabhängigen oder unabhängig von migrantischen Themen oder dieser Thematik in dieser Gesellschaft zu partizipieren, sich zu beteiligen, weil das ohnehin die Position bzw. die Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft ist.“ (Hamza Sinanović 2011: 12).

Immigrant_innen und Migrant_innenorganisationen werden demnach auf diesen Bereich der zu behandelnden Themen festgesetzt und können sich aus diesem umzäunten Gelände kaum,

oder nur durch andere Methoden heraus bewegen (dazu im folgenden Kapitel mehr). Weiters spielt Hamza auf die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft an.

So kommt Hamza zum Schluss: „Ich bezeichne mich als gestaltender Mitbürger mit eingeschränkten Möglichkeiten der Partizipation in dieser Gesellschaft.“ (Hamza Sinanović 2011: 12). Er sieht sich also als ein Akteur mit eingeschränkten Rechten.

Damir ist mit seinen Aussagen etwas gediegener:

„Ja, natürlich Lücken gibt es. [...] Wir sind mit dem Prozess zurzeit zufrieden oder bzw. mit unserer Rolle in dem Prozess. Aber mit allen Prozessen sind wir nicht zufrieden. Aber das ist kein ZZI-Problem.“ (Damir Saračević 2011: 9).

Dieses Problem hätten ebenfalls Vereine und Organisationen mit mehrheitlich österreichischen Mitgliedern (vgl. Damir Saračević 2011: 9). Er sieht dieses Problem also nicht ausschließlich bei Migrant_innenvereinen, sondern generell bei nicht-staatlichen Organisationen.

„Aber wir sind zufrieden, weil wir merken, dass sich etwas verändert. Man öffnet sich langsam, man tauscht sich intensiver aus oder es gibt immer mehr Projekte oder immer mehr Initiativen, die in diese Richtung, dass man sich mehr austauscht, dass man mehr beitragen kann.“ (Damir Saračević 2011: 10).

Innerhalb von kurzer Zeit betont Damir, dass man mit den derzeitigen Prozessen soweit zufrieden ist. Hier sind die Prozesse des Einbindens des ZZI in Debatten und Diskussionen gemeint. Durch die Doppelung der Aussage wirkt diese allerdings ein wenig aufgesetzt und nicht überzeugend. Spielt auch hier wieder eine gewisse Angst mit, dass der bisher erlangte Raum wieder eingeschränkt werden könnte, wenn man sich öffentlich über die aktuelle Situation beschwert? Klar ist, auch wenn der Verein versucht sich nicht beeinflussen zu lassen oder unter zu ordnen, muss er doch immer wieder seine Grenzen bezüglich solcher Aussagen erproben.

Signifikant ist auch der stetige Gebrauch des Personalpronomens „wir“ in den Aussagen von Damir. Er spricht hier von den Mitgliedern des ZZI und impliziert damit, dass alle Mitglieder einer bzw. seiner Meinung sind. Dies wirkt dominant und es wird ein Stück an der Glaubwürdigkeit von Damir genommen, denn wie man sieht, sind nicht alle Mitglieder derselben Meinung.

„Und unsere Rolle ist auch auf lange Jahre bestimmt. Wir erwarten nicht, dass es sich in einem Jahr oder in zwei Jahren großartig verändert. Aber wir merken, dass sich langsam etwas verändert und wir hoffen, dass man dann mehr Freiraum bekommt und dass wir uns mehr beteiligen können.“ (Damir Saračević 2011: 10).

und

„Man bekommt zwar den nötigen Raum nicht immer, aber man bekommt immer mehr Raum und da bin ich froh drüber.“ (Damir Saračević 2011: 15).

An Damirs Aussagen ist zu erkennen, dass es in seinen Augen eine positive Entwicklung hinsichtlich der Ausweitung des Partizipationsraumes gibt. Dies lässt sich auch durch Hamzas Aussage bestätigen, dass der Raum den der *ZZI* aktuell hat, schwer erkämpft wurde (vgl. Hamza Sinanović 2011: 8). Allerdings überrascht, dass Damir viel Verständnis für die Behandlung und Raumgebung des *ZZI* von Seiten der lokalen Politik aufbringt. Es scheint fast so als wäre er ein wenig resigniert nach sieben jährigem Kampf um Raum und Anerkennung für den *ZZI* oder für Immigrant_innen und ihre Vereine im Allgemeinen. Oder ist auch bei diesen Zitaten eine gewisse Vorsicht heraus zu lesen, welche Aussagen man machen kann ohne den vorhandenen Raum zu gefährden? Hier kann nur spekuliert werden, ob diese Aussagen die ehrliche Überzeugung von Damir enthalten, oder ob er sich vorsichtig und nicht allzu drastisch ausdrückt vor Angst den erkämpften Raum stückweise zu verlieren. Diese Angst wäre verständlich und somit auch die vorsichtigen Aussagen, denn er als Mitglied und Obmann des Vereins hat ein Interesse das *ZZI* vor Rückschlägen dieser Art zu schützen. Hinzu kommt, dass ich, die Fragende, zwar eine neutrale Person gegenüber dem *ZZI* bin, aber keine Vertrauensperson für keines der Mitglieder des *ZZI* verkörpere. Auch das könnte in die Aussagen aller Interviewpartner_innen hinein spielen. Dennoch ist auch bei Damir der Wunsch vorhanden mehr Raum für Beteiligung und Teilhabe zu erlangen. Er scheint hier allerdings etwas geduldiger als Hamza.

Dianas Aussagen auf meine Frage, ob genug Raum für Partizipation vorhanden sei, ist knapp und zögerlich: „Vielleicht beim Land. Bei der Projektunterstützung. Wir werden nicht finanziell unterstützt, weil doch eher wenig Interesse besteht.“ (Diana Saračević 2011: 5). Sie bezieht den nicht vorhandenen Raum lediglich auf die finanzielle Komponente, die beim *ZZI* nicht vorhanden ist, da es nicht unterstützt wird. Ihr geht es weder um Anerkennung, noch darum, dass Migrant_innenvereine generell in eine thematische Ecke verwiesen werden, wie Hamza dies beispielsweise kritisiert hat. Allerdings kann die kurze Aussage hier mit der

generellen Interviewsituation zu tun haben. Diana gab ihr erstes Interview und war dementsprechend nervös und gab generell eher knappe Antworten. Und trotzdem kommt an anderer Stelle ihres Interviews heraus, dass ihr die Anerkennung des Vereins fehlt und sie sich diese wünscht (vgl. Diana Saračević 2011: 7f).

Die beiden Interviewpartner Prof. Schanovsky und Botschafter Hrle, die als Personen mit einem Blick von außen heran gezogen werden, sind beide völlig zufrieden mit dem Raum für Partizipation für das ZZI. „I’m very satisfied with that.“ (Haris Hrle 2011: 3) antwortet der Botschafter kurz und Prof. Schanovsky schiebt die unterlassene Nutzung des nach ihm vorhandenen Raumes auf die kleine Anzahl an Präsidiumsmitglieder:

„Ja, Raum hätte er [der Verein] [Anm. T.Z.] schon, aber es liegt halt an der Effizienz, weil der Verein hat nur ganz wenige Vorstandsmitglieder und wenn sie breiter arbeiten würden, dann bräuchten sie also Hilfe.“ (Hugo Schanovsky 2011: 6).

Nach den beiden Aussagen ist die Erlangung von Raum also nicht mit einem Kampf verbunden. Er wird dem ZZI von der Mehrheitsgesellschaft überlassen. Für diese Ansicht des Botschafters ist eventuell sein offizielles Amt verantwortlich. Der Botschafter hat die Aufgabe zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der eigenen Minderheit (Bosnier_innen) diplomatisch zu vermitteln. Deswegen ist sein knappe Aussage hier einerseits positiv für den Eindruck der Mehrheitsgesellschaft, die also versucht Minderheiten durch die Überlassung von Raum einzubinden und andererseits ist es eine Aussage, die das ZZI und seinen bereits erarbeiteten Raum schützt und erhält. Prof. Schanovsky ist sein Eindruck, dass der Raum grenzenlos vorhanden ist nicht zu verübeln, da er selbst Mitglied der Mehrheitsgesellschaft ist und gewisse Empfindungen, die ein Mitglied eines Migrant_innenvereins fühlt, nicht nachempfinden und erspüren kann, denn sein Hintergrund ist ein völlig anderer. Für ihn liegt die – nach ihm - ineffiziente Nutzung des vorhandenen Raumes demnach nur an der kleinen Mitgliederzahl des Vereins.

Zusammenfassend haben alle Mitglieder den Wunsch nach mehr Beteiligungsraum, drücken diesen Wunsch aber aus verschiedenen Gründen unterschiedlich aus. Viele verschiedene Ebenen wie Anerkennung und die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft spielen hier mit hinein, die mit den folgenden Analysekategorien noch behandelt werden.

Die Selbst- und Fremdwahrnehmung bezüglich des vorhandenen Raumes zur Partizipation widerspricht sich. Herr Prof. Schanovsky als Vertreter der Mehrheitsgesellschaft empfindet den angebotenen Raum für Teilhabe angemessen und zweifelt nicht an seiner Anwesenheit. Wohingegen alle Mitglieder des Vereins anderer Meinung sind und bei ihnen ein Wunsch

nach mehr Raum besteht. Durch das vorhandene Datenmaterial können wiederum einige theoretische Annahmen aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit bestätigt werden. Erstens, dass die Möglichkeiten zur Teilhabe von Immigrant_innen definitiv begrenzt sind, im Vergleich zu Einheimischen. So sind viele Mitglieder des Vereins und der bosnischen Community – wenn auch nicht alle - aufgrund der nicht vorhandenen österreichischen Staatsbürgerschaft von Wahlen ausgeschlossen (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 104). Das gilt auch für lokale Wahlen. Dies führt dazu, dass ein Immigrant_innenverein sich noch immer nur wenig an lokalen, politischen Debatten beteiligen kann (Hunger/ Candan 2010: 1; vgl. Jungk 2001: 8f). Wie oben bereits erwähnt werden den Vereinen die Beschäftigung mit gewissen Themen zugestanden. So beispielsweise Themen in denen es um Immigrant_innen geht und teilweise auch um das Thema Integration, obwohl hier von der österreichischen Lokalpolitik darauf geachtet wird, in welcher Intensität das ZZI sich mit dieser Debatte beschäftigt und an Diskussionen teilnimmt. Somit besteht ein Integrationsdefizit, wie es bereits Davy und Cinar erkannt haben (Davy/ Cinar 2001: 963f). Durch diese kontrollierte Teilhabe des Vereins an der österreichischen Politik in bestimmten Diskussionen kann man wiederum erkennen, dass das Thema Integration und Partizipation in Österreich zu einem Thema der inneren Sicherheit gemacht wird und man durch die Kontrolle versucht die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft zu erhalten. Ein weiteres Anzeichen dafür ist eventuell die nicht vergebene Finanzierung an das ZZI. Denn der Verein lässt sich dadurch, dass er weder in eine Plattform noch in eine Partei oder eine sonstige klar erkennbare Struktur eingebettet ist, nicht ‚kontrollieren‘. Daher versucht man auf anderem Weg, nämlich durch die Verweigerung finanzieller Unterstützung, dem Verein Mittel zur Partizipation zu nehmen. Ein Vorteil hat es allerdings, dass der ZZI kaum Förderungen erhält: so steht es in der Hinsicht nicht unter Druck für die Erhaltung der finanziellen Unterstützung zu sorgen, während es gleichzeitig die österreichische Politik kritisiert (vgl. Strasser 2003: 173). Dafür muss das ZZI diese Balance allerdings erhalten, um den bisher erkämpften Raum zu erhalten.

6.5.3. Neue Methoden der Partizipation:

Im Folgenden soll analysiert werden, ob das ZZI sich durch die vorhandene Beschränkung des Raumes zur Teilhabe neue Methoden entwickelt, um die Grenzen, die im vorherigen Kapitel herausgearbeitet wurden zu umgehen. So z.B. der Ausschluss von Wahlen, die von Außen festgelegte Beschränkung auf migrantische Themen und die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft.

Hierzu Hamza:

„Im Grunde genommen sind wir vom bisherigen Charakter unserer Organisation und des bisherigen Bestehens auf solche Strategien angewiesen gewesen. [...]. Wir versuchen über Kontakte, über Multiplikatoren, [...] über die neuen Kommunikationsmittel [...] unsere Nachricht weiter zu tragen und an diesen Kanälen, die eigentlich gegen uns gestellt sind vorbei zu kommen und voran zu kommen.“ (Hamza Sinanović 2011: 9).

Eine neue Methode ist somit die Nutzung von Multiplikatoren. Multiplikatoren sind Menschen, die über Kontakte verfügen, die den Verein in der einen oder anderen Situation weiter bringen und nützlich für ihn sind. So ist z.B. Prof. Schanovsky so ein Multiplikator, welcher über Kontakte zu lokalen politischen Akteur_innen verfügt und dem ZZI so verhilft ihr Anliegen an diesen Stellen anzubringen. Auch neue Kommunikationsmittel wie die Webpage, die Newsletter aber auch Facebook verhelfen dem Verein ihre Informationen, Stellungnahmen und Meinungen ‚unzensiert‘ weiter zu geben. Mit unzensiert ist gemeint, dass die Weitergabe jener Informationen nicht abhängig von einer finanziellen Förderung oder ähnlichem von einer politischen Institution ist. Damir stellt außerdem das Netzwerken an sich als eine neue Methode dar. D.h. eine der neuen Methoden ist es als Mittler zwischen zwei Parteien aktiv zu werden und sich dann nach und nach zurück zu ziehen, ohne jedoch die neuen Kontakte völlig aus den Augen zu verlieren:

„[...] nicht das wir uns jetzt zurückziehen in dem Sinne, dass wir keine Verbindung mehr zu diesen Personen haben, sondern es wird einfach das Netzwerk erweitert und diese Kontakte pflegen wir auch und dann kommen neue Menschen zu uns mit neuen Ideen [...].“ (Damir Saračević 2011: 12).

Das Netzwerken wird hier als Methode bezeichnet, da es für die Organisation überlebenswichtig ist, viele Kontakte zu haben und gut vernetzt zu sein. Dies macht z.B. die Umsetzung von Projekten in gewissen Punkten leichter (z.B. dadurch, dass Räumlichkeiten oder Gerätschaften für Vorträge zur Verfügung gestellt werden etc.).

Weiters sei ein Angebot der Integration auf einer anderen Ebene eine weitere neue Methode, die sich der ZZI erarbeitet hat (vgl. Damir Saračević 2011: 12). Mit einer anderen Ebene der Integration ist gemeint, dass der Verein zwar keine Grund- und Erstversorgung, also eine strukturelle Integration – wie es Damir nennt - von Neuankömmlingen übernimmt. Dafür bietet das ZZI eine weiterführende, um nicht zu sagen eine intensivere Integration. Also ein sich Einfinden in die neue Gesellschaft durch einen Verein der sich um den Austausch

zwischen der bosnischen und österreichischen Gesellschaft bemüht und dadurch Menschen aus verschiedenen Bereichen und Volksgruppen zusammen bringt. Als neue Methode könnte man somit auch die Sprachenvielfalt, die der *ZZI* in seinen Projekten an den Tag legt bezeichnen. „Ich glaube, dass wir eine Avantgarde dargestellt haben, weil wir alle unsere Projekte und Veranstaltungen zweisprachig gemacht haben, manches sogar dreisprachig.“ (Damir Saračević 2011: 13). Durch dieses Angebot Diskussionen und andere Veranstaltungen auf Bosnisch, Deutsch und teilweise auch Englisch zu gestalten, eröffnet der *ZZI* einem sehr breiten Publikum den Zugang zu seinen Projekten. Dies ist nicht nur eine intelligente Lösung, um Publikum anzuziehen, es bestätigt auch den Anspruch multikulturelle Teilnehmer_innen zu empfangen.

Es wird definitiv versucht neue Methoden zu erschaffen, um einige Begrenzungen zu umgehen. Folgende neue Methoden des *ZZI* sind zu erkennen: die Nutzung von Multiplikatoren für eine Weitergabe von Informationen, Überzeugungen und auch Werten. Auch neue Kommunikationstechniken werden zum selben Zweck genutzt.

Man versucht außerdem als Mittler und als Netzwerk zwischen Akteur_innen zu agieren, um einerseits mehr Kontakte für sich zu erhalten und andererseits, um eigene Ziele des Vereins voran zu treiben.

Eine Integration auf einer anderen Ebene anzubieten ist ebenfalls eine neue Methode. Damit stößt man in ein völlig neues Feld vor und hat somit eine ‚Marktlücke‘ entdeckt, die man nun versucht in alle Richtungen auszufüllen. So ist auch die Sprachenvielfalt der Projekte eine Art dieser Ausschöpfung.

6.5.4. Auswirkungen der Partizipation/ Ergebnisse und Veränderungen durch die Partizipation:

Hier kommen wir zum Kern der Forschungsfrage. Welche Auswirkungen der Partizipation sind zu spüren? In diesem Kapitel soll festgestellt werden, ob Migrant_innenvereine durch ihre Arbeit die Möglichkeit haben Veränderungen herbei zu führen. Bewirkt die Partizipation des *ZZI* etwas? Hat die Arbeit des Vereins Auswirkungen auf das lokale Umfeld, oder auch auf Bosnien-Herzegowina und auf die Mitglieder des *ZZI*?

Die Auswirkung bzw. Veränderungen durch die Partizipation sind auf verschiedenen Ebenen zu betrachten. Im Falle Dianas haben Veränderungen hinsichtlich einer persönlichen Ebene und auf Ebene der Aufnahmegesellschaft stattgefunden. So sagt sie, dass das *ZZI* im Laufe der Jahre immer bekannter geworden ist und sich immer mehr Menschen für den Verein interessieren und er dadurch auch mehr Aufmerksamkeit erlangt hat (vgl. Diana Saračević

2011: 9). Auch hat eine Aufklärung stattgefunden „[...] die Leute wissen jetzt z.B., dass in Bosnien nicht nur das Traditionelle gelebt wird [...].“ (Diana Saračević 2011: 4). Diese Auswirkung ist positiv, denn die bosnische Gemeinschaft wird nicht mehr nur auf kulturelle Aspekte reduziert. Auch Hamza ist der Meinung: „[...] dass diese aufklärerische Arbeit in Bezug auf die Aggressionen auf Bosnien-Herzegowina gut vorangekommen ist und dass wir in diese Richtung viel gemacht haben.“ (Hamza Sinanović 2011: 9). D.h. auch die Kriegsvergangenheit wird aufgearbeitet, in Erinnerung gerufen und im Gedächtnis behalten. Hamza bestätigt, dass man mittlerweile außerdem auch mehr über die Problematiken der in Österreich lebenden Bosnier_innen weiß (vgl. Hamza Sinanović 2011: 7) und man dadurch einiges für die bosnische Gemeinschaft getan hat. Und zwar dahingehend, dass politische Entscheidungsträger sich differenzierter mit der bosnischen Minderheit beschäftigen und der pauschale Zugang zu der Gruppe der Immigrant_innen überdacht und durch das *ZZI* etwas aufgebrochen wird (vgl. Hamza Sinanović 2011: 7). Ein Grund dafür sind sicherlich die Teilnahmen des *ZZI* an verschiedenen politischen Diskussionen, in denen der Verein die Chance hatte auf „Problematiken aus der Migrantenecke“ (Hamza Sinanović 2011: 6; vgl. Diana Saračević 2011: 6) hinzuweisen.

Dadurch, dass die bosnische Gemeinschaft durch den *ZZI* mehr zur Geltung kommt und teils nicht nur kulturelle, sondern auch sozio-politische Themen aufgegriffen werden, kommt es teilweise zu einem Unsicherheitsgefühl oder einem Gefühl der Bedrohung in der Aufnahmegesellschaft (vgl. Diana Saračević 2011: 8). „Sie haben es nicht so gern, dass man sich einmischt oder Vorschläge macht. Es wird auch sehr oft positiv angenommen, aber umgekehrt auch.“ (Diana Saračević 2011: 8). Auch Hamza schließt sich hier dem Eindruck Dianas an,

„Dass die Partizipation, die offene Art und die Unvorbelastung oder dieser offene Zugang [des *ZZI*]- [Anm. T.Z.] die Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung verunsichert, weil sie meistens nach diesen bestehenden Integrationsverfahren handeln.“ (Hamza Sinanović 2011: 13).

Mit dem bestehenden Integrationsverfahren meint Hamza die Assimilation, die noch immer als klassisches Integrationsmodell von der österreichischen Politik und somit auch von einem Großteil der Mehrheitsbevölkerung angesehen wird. Jenes Modell sieht keine Partizipation und Einwirkung auf die Aufnahmegesellschaft vor und somit kommt es zu einem Gefühl der Unsicherheit, wenn ein Migrant_innenverein aktiv wird und sich auch in sozio-politische Themen wie in die Integrationsdebatte einmischt.

Weiters stellt Hamza eine Veränderung bezüglich der bosnischen Politik auf die bosnische Community in Österreich fest:

„Im Bezug auf Politik in der letzten Zeit, ist eine Veränderung der Einstellung der bosnischen Politik gegenüber der Diaspora zu spüren. D.h. die bosnische Politik bzw. die Akteure in dieser Politik merken langsam, dass es zumindest ein ökonomisches Potenzial in der Diaspora gibt.“ (Hamza Sinanović 2011: 6).

Nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch auf transnationaler Ebene hat die Arbeit des ZZI und anderen bosnischen Vereinen Auswirkungen. Ökonomisches Potenzial sind z.B. die Rücküberweisungen, die in Österreich lebende Bosnier_innen an ihre Familie in der Heimat senden. Auch sind inzwischen viele Bosnier_innen in Österreich ausgebildet worden und hatten eine Chance auf höhere Bildung. Diese jungen Leute versucht man nun zurück zu gewinnen, um Bosnien mit gut ausgebildeten Leuten wieder aufleben zu lassen.

Aber das ZZI hat auch Auswirkungen auf die bosnische Diaspora in Linz und Oberösterreich:

„Ja, ich würde sagen, dass es [das ZZI] [Anm. T.Z.] fast eine ständige Interessensvertretung geworden ist um das auszudrücken und an die Öffentlichkeit zu bringen was die Menschen bewegt. Es ist ja nicht nur der Verein, der die bosnische Geschichte und Kultur nach Linz bringt, sondern es ist auch der Verein der sich für Interessen der Bosnier in Linz einsetzt.“ (Hugo Schanovsky 2011: 7).

Das ZZI gilt bei Außenstehenden also als eine Interessensvertretung für die bosnische Minderheit, was für einen recht kleinen Verein eine große Aufgabe ist. Diese wird aber, wie es scheint, verantwortungsvoll ausgeführt:

„Bosnians here feel, that someone worry about Bosnian issues [...]. And they feel that there is some person or association who or which can cover their patriotic interests to Bosnien-Herzegovina. And it's some kind of psychological feeling, that someone can gather Bosnians if they need something or if they decided to make a net, the beginning of the Bosnian-Herzegovina network just begins with ZZI.“ (Haris Hrle 2011: 4).

Der Botschafter spricht dem ZZI eine doppelte Rolle zu. Einerseits fungiert der Verein als unterstützende Organisation und Anlaufstelle für Menschen, die etwas für Bosnien-Herzegowina tun möchten, andererseits als stützende Kraft für in Österreich lebende Bosnier_innen, die Halt in der eigenen Gemeinschaft suchen. Somit kann dem ZZI eine

weitere Funktion zugestanden werden: Der Verein ist ein Anlaufpunkt für Bosnier_innen und bietet gleichzeitig einen sicheren und geschützten Raum (vgl. Dittel 2008: 16; Reiser 2009: 345). Hinzu kommt, dass der Verein durch seine heterogene Ausrichtung die eigenen Landsleute in Kontakt mit Österreicher_innen bringt und somit auch einen Raum für eine Annäherung und Integration bietet.

Damir sieht folgendes außerdem als Auswirkung der Partizipation des *ZZI*:

„Auf der einen Seite helfen wir sich selber nicht zu verlieren, die eigene Identität nicht zu verlieren, damit es nicht zu diesen Identitätskrisen kommt. Man sollte die eigene Identität pflegen können.“ (Damir Saračević 2011: 14).

Das *ZZI* übernimmt eine identitätserhaltende Rolle (vgl. Reiser 2009: 346) für die bosnische Diaspora, was von vielen auch genutzt wird.

Durch die Teilnahme an politischen Diskussionen erfüllt das *ZZI* außerdem die Aufgabe der Interessenvertretung (vgl. Weiss/ Thränhardt 2005: 15f) für die bosnische Gemeinschaft und wirkt somit auf die Aufnahmegesellschaft stückweise ein. Dadurch kommt es – wie oben bereits erwähnt - wiederum zum Bekanntheitsgrad und zur differenzierten Behandlung als Minderheit und folglich zu einem Stück mehr Anerkennung oder gar zur Statusverbesserung (vgl. Jungk 2005: 139). Zugleich betreibt das *ZZI* durch die Teilnahme an Diskussionen und verschiedene Projekte eine Identitätspolitik, die das Ziel verfolgt einen höheren Grad an Anerkennung von der Aufnahmegesellschaft zu erlangen (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 37f). Auch eine Auswirkung auf andere dem *ZZI* bekannte Organisationen ist zu vermerken: manche Projektideen bzw. durchgeführte Projekte des *ZZI* finden Nachahmer, die teils dieselben Projekte andernorts umsetzen (vgl. Damir Saračević 2011: 13). Dies spricht für das *ZZI* und seine Ideen. So hat der Verein im Laufe der Jahre eine Vorbildfunktion eingenommen: „Ich hoffe oder bzw. ich kann das teilweise auch bestätigen, dass wir ein gutes Beispiel darstellen.“ (Damir Saračević 2011:13). Man könne außerdem verfolgen, dass der Netzwerkausbau immer weiter voran schreitet und dass immer wieder neue Projekte entstehen (vgl. Damir Saračević 2011: 11). Das kann durch die Interviews bestätigt werden, in denen zwei große neue Projekte genannt wurden, die gerade erst beginnen. Langweilen tun sich die Mitglieder demnach nicht. Sie haben wahrscheinlich eher Probleme alle Projektangebote und -ideen umzusetzen und mit recht wenigen aktiven Mitgliedern auszukommen.

Als ein weiteres Ergebnis bzw. eine weitere Auswirkung der Partizipation des *ZZI* kann die Kenntnisnahme der bosnischen Sprache eingereicht werden. In mindestens zwei Projekten setzte man sich für eine Übersetzung von Formularen ins Bosnische ein. Einmal ging es um

das Leitbild der Integration, welches das ZZI mit ausgearbeitet hat und ein anderes Mal ging es um das Formular mit dem sich eine Person arbeitslos meldet (vgl. Damir Saračević 2011: 7; vgl. Diana Saračević 2011: 5). „Und da haben wir wirklich unser Ziel erreicht, dass die bosnische Sprache wahrgenommen wurde.“ (Damir Saračević 2011: 8). Zuvor sei es so gewesen, dass Formulare an öffentlichen Stellen nur in Serbokroatisch angeboten wurden. Somit hat man es hier geschafft die bosnische Sprache in Linz als eigenständige Sprache zu etablieren und somit auch einen Identitätsfaktor mehr zu erhalten.

Damir ist sich sicher, dass Veränderungen stattgefunden haben, die aber nicht alle zählbar bzw. greifbar sind: „In erster Linie bin ich der Meinung, dass man nicht alles sehen kann. [...] Man wird vielleicht nie das Ganze was man erreicht hat sehen können.“ (Damir Saračević 2011: 8). Somit kann man nur weiterhin auf positive Auswirkungen des Engagements des Vereins hoffen. Hervorzuheben ist auch eine Auszeichnung, die das ZZI 2007 von der Stadt Linz bekommen hat: der Hauptpreis in der Kategorie „Soziokulturelle Integration von MigrantInnen in Linz“ (vgl. <http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 12.7.2011). Diese Auszeichnung wird vom *Integrationsbüro Linz* an „[...]herausragende interkulturelle Projekte[...]“ (vgl. <http://portal.linz.gv.at>; Zugriff: 12.7.2011) vergeben. Diesen Preis bereits nach dreijährigem Bestehen des ZZI zu bekommen, ist ein großer Verdienst und lässt darauf schließen, dass das ZZI durch seine Aktivitäten in der Stadt Aufmerksamkeit erregt hat. Interessant ist hier auch zu sehen, dass die Stadt Linz die Aktivitäten des ZZI als sozio-kulturell einstuft und nicht etwa als kulturell-wissenschaftlich oder gar sozio-politisch. Die Darstellung des ZZI nach Außen als kultureller und sozialer Verein findet also Anklang, ist nach der Auswertung in der vorliegenden Arbeit aber zu kurz gefasst, da das Wissenschaftliche und vor allem das Politische hier völlig außen vor gelassen wird.

Kommen wir nun zur persönlichen Ebene der Mitglieder des ZZI. Welche Auswirkungen hat die Partizipation im ZZI für den die Einzelne_n?

Diana sagt von sich, dass die Arbeit sie zu einer guten Vermittlerin zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina gemacht hat, sie hat viele neue Menschen kennen gelernt und Brücken konnten geschlagen werden (vgl. Diana Saračević 2011: 7). Außerdem fühlt sie sich als eine Akteurin der Integration, was bedeutet, dass sie sich intensiv um ein besseres Zusammenleben der Kulturen bemüht (vgl. Diana Saračević 2011: 8). Für Diana hat das Engagement beim ZZI somit rein positive Auswirkungen. Auch bei Hamza verhält sich das nicht anders: „Für mich persönlich bringt es auf jeden Fall eine große Erfahrung.“ (Hamza Sinanović 2011: 10). Auch sagt er, dass er vielen Menschen begegnet ist und Erfahrungen in vielen Bereichen gesammelt

hat. Und auch wenn ihm die Tätigkeit beim ZZI nicht mehr Anerkennung gebracht hat, so hatte sie dennoch positive Auswirkungen auf Hamzas Leben.

Damir nennt die Erfahrungen, die er durch die Partizipation im Verein gemacht hat unbezahlbar und merkt an, dass er sich dadurch selbst entwickelt hat (vgl. Damir Saračević 2011: 2/ 14).

„Ich bin dadurch [durch die Arbeit beim ZZI] [Anm. T.Z.] sehr viel reifer geworden. Am Anfang habe ich die Erfahrung nicht gehabt. [...] Ich habe nicht gewusst wie ich mit bestimmten Menschen oder Vereinen umgehen soll. Wir wussten nicht wie wir unseren Verein positionieren sollten, wie wir uns darstellen sollten.“ (Damir Saračević 2011: 14).

Aus Damir ist im Laufe der sieben Jahre ein selbstbewusster junger Mann geworden, der gut mit Menschen in Kontakt treten kann und der seine Meinung seinem Gegenüber klar vermitteln kann. Außerdem sagt er von sich, dass er vor der Zeit des ZZI gewisse Gegebenheiten und Entwicklungen in seiner Umgebung (z.B. der Umgang mit Immigrant_innen) nicht so intensiv bzw. bewusst wahrgenommen hat wie heute (vgl. Damir Saračević 2011: 14). Auch das hat sich verändert. Eine weitere Auswirkung ist, dass er mittlerweile sagt, „[...] dass ich mich viel mehr für die österreichische Gesellschaft verantwortlich fühle. Ich habe einen größeren Wunsch positiv beizutragen und mitzuwirken.“ (Damir Saračević 2011: 15). Die Lust zu Partizipieren ist somit nicht gestillt worden, sondern eher noch angeregt worden. Damir hat sich durch das Engagement beim ZZI mehr in die österreichische Gesellschaft eingefunden, man könnte sagen integriert und lebt so – wie auch alle anderen Mitglieder des ZZI - das eigene Ziel, die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ zu stärken und zu fördern. Prof. Schanovsky, der den Verein von Beginn an begleitet hat, sagt ebenfalls, dass die aktiven Mitglieder selbstsicherer geworden sind. Somit sind die persönlichen Auswirkungen positiv zu bewerten. Allerdings ist die nicht erlangte Anerkennung sicher ein Makel bei den Auswirkungen der Partizipation des ZZI. Mehr dazu wird im nächsten Kapitel zu lesen sein.

Zusammenfassend kann am Ende dieses Kapitels gesagt werden, dass ein Migrant_innenverein wie das ZZI Änderungen und Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen hervorruft. Erstens auf einer persönlichen und zweitens auf einer Ebene, welche die gesamte bosnische Gemeinschaft und die österreichische Aufnahmegesellschaft betrifft und drittens auf der Ebene des Heimatlandes Bosnien-Herzegowina. Die Arbeit des ZZI hat demnach definitiv Auswirkungen auf sein Umfeld, sei es auf die eigene Community, auf lokale Politik oder

sogar auf Bosnien-Herzegowina. Man könnte sagen, dass das Engagement transnationalen Einfluss hat und zu Ergebnissen auf den drei zuvor genannten Ebenen führt.

6.5.5. Anerkennung:

In diesem Kapitel soll an die Analysen zu ‚Raum zur Partizipation‘ und an die ‚neuen Methoden der Teilhabe‘ angeschlossen werden. Hier geht es um die Frage, ob sich die Mitglieder des ZZI durch ihre Arbeit beim Verein persönlich anerkannter fühlen von der Mehrheitsgesellschaft und der österreichischen Politik. Auch geht es um die Anerkennung des ZZI als Migrant_innenorganisation und um Anerkennung der bosnischen Gemeinschaft im Allgemeinen. Die Anerkennung spielt für jede Person in einer Gesellschaft eine große Rolle. Sie bestimmt wie wir uns gegenüber anderen Menschen verhalten und geben und wie wir gesehen werden. Wird jemandem zu wenig Anerkennung entgegen gebracht, bedeutet dies für jene Person die Abnahme des Selbstwertgefühls, eine Gefühl von Nutzlosigkeit, die Abnahme des Selbstbewusstseins etc. Unter Immigrant_innen kommt dies durch das Leben in einer neuen und fremden Gesellschaft verstärkt vor, da diese durch die Wanderung in eine neue Gesellschaft und ein neues Umfeld oft unter einem Statusverlust leiden. D.h. gelernte alltägliche Umgangsformen, erlernte Berufe und Qualifizierungen sind in der Aufnahmegesellschaft plötzlich nicht mehr gültig und müssen neu erlernt werden (vgl. Weiss/Thränhardt zit. n. Dittel 2008: 14). So kommt es, dass Aufnahmegesellschaften für Immigrant_innen oft keine Möglichkeit bieten ihren Status – in welcher Hinsicht auch immer - zu verbessern (vgl. Diehl 2002: 57f). So sind es oft die Migrant_innenvereine, die durch ihre Arbeit und durch deren Anerkennung als Minderheitenvertretung eine Statusverbesserung bieten (vgl. Diehl 2002: 27). Ob dem so ist, wird in diesem Kapitel analysiert.

Im Interview mit Diana kommt heraus, dass sie mit der gegebenen Situation bezüglich der Anerkennung nicht zufrieden ist: „[...] wir kämpfen immer noch mit der Anerkennung.“ (Diana Saračević 2011: 5). Hier spricht sie zunächst vom Verein und nicht von sich persönlich. Das Erlangen von Anerkennung wird von ihr als Kampf gesehen, d.h. als ein beschwerlicher Weg, in dem man viele Barrieren überbrücken muss. Nach ihrer Aussage wurde vor der Gründung des ZZI 2004 von bosnischen Vereinen lediglich zugelassen sich als kulturelle Clubs vorzustellen: „Wir wurden nur vorgestellt als tanzende und singende Personen.“ (Diana Saračević 2011: 7). Bosnier_innen wurden demnach auf ihre traditionellen Bräuche reduziert, was man als eine Art von Diskriminierung sehen muss. Die Aufnahmegesellschaft hätte das Kulturelle der Bosnier_innen in Österreich unterdrückt (vgl. Diana Saračević 2011: 5) und hat demnach eine Beteiligung der Bosnier_innen kaum

zugelassen. Auf die Frage, ob sich für Diana durch die Arbeit beim *ZZI* etwas verändert hätte sagt sie: „Ich bin durch diesen Verein eine ganz stolze bosnische Österreicherin geworden.“ (Diana Saračević 2011: 6). Durch die Beteiligung in der Organisation erlangte Diana demnach Anerkennung, Selbstbewusstsein und Stolz. Von Seiten des *ZZI* und deren Mitglieder bekommt sie Zuspruch und Anerkennung. Von Seiten der österreichischen Mehrheitsgesellschaft aber eher nicht: „[...] man fühlt sich schon ab und zu etwas störend.“. D.h. man fühlt sich weiterhin als Fremde_r und als nicht akzeptiert.

Hamza sagt ganz klar: „Ich persönlich fühle mich NICHT anerkannter.“ (Hamza Sinanović 2011: 11) und ist damit pessimistischer eingestellt als Diana. Auch er redet über Anerkennung von verschiedenen Seiten. Erstens von einer Anerkennung innerhalb des *ZZI* und seiner Mitglieder und Kooperationspartner_innen und andererseits von einer Anerkennung von gesellschaftlicher und politischer Seite Österreichs. Zu ersterem ist zu sagen, dass Hamza sich teilweise als Mitglied dadurch in den Schatten gedrängt fühlt, da der Obmann Damir „[...] der Vorreiter in der Kommunikation mit den Anderen bzw. mit den Institutionen ist [...]“. (Hamza Sinanović 2011: 11). Diese Aussage beschwichtigt Hamza aber zugleich mit einem Einwurf, dass das sicher in anderen Organisationen ähnlich sei (vgl. Hamza Sinanović 2011: 11). Trotzdem kann man seine Enttäuschung und den Wunsch nach mehr Aufgabenübernahme und Verantwortung aus dem Gesagten heraus hören. Diese Aussage widerspricht dem Motto des *ZZI*, dass alle Mitglieder im Verein gleichberechtigt sind, wie es im Kapitel 5.1. zu lesen war. Dazu sagt Reiser allerdings, dass dies in den meisten Vereinen so sei. Allein durch ihren Vereinsstatus, wird eine bestimmte Hierarchisierung herauf beschworen, da ein Verein verschiedene Funktionen vergeben muss, wie die des_der Obmanns_Obfrau oder ähnliches (vgl. Reiser 2009: 349). Die andere Frage ist jedoch in wie weit ein Verein zulässt, von diesen Funktionen intern beherrscht zu werden. Und hier scheint Damir teilweise dominant zu sein. Hamza fehlt somit auch im Kreise des *ZZI* ein Mehr an Anerkennung. Zur gesellschaftlichen und politischen Anerkennung ist ein sehr pessimistischer Ansatz zu erkennen: „Durch die Mehrheitsgesellschaft habe ich keine größere Anerkennung gespürt.“ sagt er „[...] und ich bin fest davon überzeugt, dass unabhängig davon wie hart man sich einbringt trotzdem nicht akzeptiert wird.“ (Hamza Sinanović 2011: 11). Es scheint, dass Hamza in dieser Beziehung resigniert ist und auch die Hoffnung auf mehr Anerkennung bereits aufgegeben hat. Dies weist auf tief greifende und langjährige negative Erfahrungen als Immigrant in der österreichischen Gesellschaft hin. Auf die Frage, ob er sich durch die Arbeit beim *ZZI* heimischer fühlt antwortet er:

„Man fühlt sich heimischer in dem Sinne, wenn man etwas für die Gesellschaft tut, wenn man etwas zur Gesellschaft beitragen kann. Aber man fühlt sich nicht einheimisch, wenn man nicht akzeptiert wird.“ (Hamza Sinanović 2011: 11).

Auch hier läuft es wiederum auf den gleichen Punkt heraus: die Mehrheitsgesellschaft bringt ihm - nach seinem Empfinden - keine Anerkennung entgegen. Diese Aussage ist ein gutes Beispiel für das Platz-machen, was vor dem Platz-nehmen erfolgen muss, damit Integration passieren kann. Die Mehrheitsgesellschaft muss also zunächst einen Raum für Beteiligung überlassen, damit sich Immigrant_innen beteiligen und dadurch integrieren können. Deswegen fordert Hamza, dass Menschen akzeptiert werden sollen, wenn sie sich an der Gesellschaft beteiligen und sich einbringen (Hamza Sinanović 2011: 12). Hamza ist folglich sehr negativ gestimmt und hat bereits die Hoffnung auf Verbesserung verloren, was bei Diana noch nicht der Fall ist. Sie sieht Entwicklungen und fühlt sich zumindest innerhalb des *ZZI* vollkommen anerkannt.

Eine Zwischenbemerkung ist einzuwerfen: Das Thema der Anerkennung ist subtilen Sichtweisen unterworfen. Jede_r empfindet Anerkennung anders und in verschiedener Intensität. Deswegen ist die Enttäuschung des Einen vielleicht größer als die des Anderen, dem die gleiche Anerkennung entgegen gebracht wird. Die Aussagen sind demnach zu relativieren und zu reflektieren.

Damir spricht ebenfalls über zwei Ebenen der Anerkennung: erstens von der Anerkennung der Opfer des Bosnien-Krieges und zweitens von der Anerkennung, die ihm selbst von der österreichischen Gesellschaft entgegen gebracht wird. Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass der *ZZI* nicht nur um die Anerkennung seiner selbst in der Aufnahmegesellschaft kämpft, sondern dass ein ähnlicher Kampf um Anerkennung ebenfalls in der Heimat geführt wird, wenn es um die Opfer des Krieges geht:

„Viele dieser Menschen [Exinhaftierte der Konzentrationslager in Prijedor] [Anm. T.Z.] leben jetzt im Ausland und ein Teil von diesen Exinhaftierten lebt immer noch in Prijedor. Sie sind nicht anerkannt, sie bekommen überhaupt keine soziale, medizinische, psychologische Unterstützung.“ (Damir Saračević 2011: 4)

und „Wir möchten, dass diese Menschen auch anerkannt werden, dass sie unterstützt werden, dass wir eine Lehre daraus ziehen.“ (Damir Saračević 2011: 5). Hier spielt das Erhalten der Erinnerung eine große Rolle, wie es sich das *ZZI* zum Ziel gesetzt hat und es geht um die Anerkennung der vielen Opfer aus dem Krieg, die diese bis heute noch nicht erlangt haben.

Personen, die sich in der Aufnahmegesellschaft ihres Migrationsziels selbst nicht völlig akzeptiert fühlen, setzen sich interessanterweise für die Anerkennung ihrer Landsleute im eigenen Heimatland ein. Dies ist eventuell dadurch zu erklären, dass die Mitglieder des ZZI die nicht vorhandene Anerkennung nachempfinden können. Außerdem waren einige der Mitglieder selbst im Krieg anwesend und wissen um die Geschehnisse jener Zeit.

Denn auch Damir antwortet auf die Frage, ob er sich anerkannt fühlt mit „Teilweise nicht, nein.“ (Damir Saračević 2011:15). Die zumindest nur teilweise fehlende Anerkennung ist demnach auch bei ihm zu spüren. Er kommt auf das Thema Assimilation in diesem Zusammenhang zu sprechen und sagt, dass selbst eine Person, die ihre kulturelle Identität hinter sich gelassen habe und sich assimiliert hätte, dennoch nicht als Österreicher_in akzeptiert wird, sondern fremd bleibt (vgl. Damir Saračević 2011: 3). Damir glaubt nicht an Assimilation:

„Aber wie gesagt, ich bin ein Bosnier und diese Identität prägt mich, aber ich will nicht als ein Fremder dargestellt werden bzw. immer wieder als ein Fremder beiseite geschoben werden.“
(Damir Saračević 2011: 15f).

Sich zu assimilieren, wäre für ihn ein unmögliches Vorhaben und eine „Lüge“ gegenüber sich selbst (vgl. Damir Saračević 2011: 15). Er weigert sich seine Identität aufzugeben. Dennoch hat auch er den Wunsch, nach 16 Jahren Leben in Österreich nicht mehr als Fremder wahrgenommen zu werden und als bosnischer Österreicher anerkannt zu werden.

Noch eine dritte Ebene der Anerkennung spricht Damir an: Er möchte nicht, dass alle Immigrant_innengruppen von der österreichischen Gesellschaft als gleich betrachtet werden und kämpft durch den ZZI um eine spezifische Anerkennung der bosnischen Gemeinschaft: „Man sollte eine einzelne Gruppe ein bisschen besser verstehen bzw. gezielt auf diese Gruppe eingehen und dann konkrete Maßnahmen für diese Gruppe ergreifen.“ (Damir Saračević 2011: 9). Eine Minderheit mit spezifischen Maßnahmen zu behandeln, sieht Damir als eine Art Anerkennung. Denn jede Minderheit hat ihren speziellen Hintergrund und somit auch spezielle Anforderungen.

Schaut man nun auf den Eindruck der Außenstehenden kommt es zu gegensätzlichen Aussagen. So ist Prof. Schanovsky überzeugt davon, dass Anerkennung für das ZZI und deren Mitglieder gegeben ist, denn er antwortet auf die Frage, ob die Partizipation von Österreicher_innen als Verunsicherung angesehen wird mit:

„Nein, das Gefühl habe ich nicht, weil da würde man ja dann über die Bosnier den Stab brechen und das tun die Österreicher sicher nicht, sondern sie anerkennen das als eine eigenen Organisationsform, die sie sich selber gebastelt haben und die hier wirken, weil sie ein Recht darauf haben ihre Kultur nicht sterben zu lassen.“ (Hugo Schanovsky 2011: 9).

Prof. Schanovsky ist selbst Österreicher und bringt dem Verein sicherlich viel Anerkennung entgegen, allerdings hat er als Mitglied der Mehrheitsgesellschaft vielleicht ein eingeschränktes Sichtfeld. Er gibt zu, dass generell die Arbeit von Vereinen in Linz oft missachtet wird (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 6), er verbindet dies aber in keiner Weise damit, dass das *ZZI* deswegen nicht anerkannt wird, weil es eine Migrant_innenorganisation ist. Auch Botschafter Hrle nennt die Atmosphäre in Linz für das *ZZI* sehr hilfsbereit und unterstützend (vgl. Haris Hrle 2011: 6) und sieht ebenfalls keine Lücke in der Anerkennung. Hier ist nochmals auf seine Rolle als Botschafter hinzuweisen. Seine Aufgabe ist es diplomatisch mit beiden Seiten zu verfahren. So kann es sein, dass er um die guten Beziehungen nicht zu gefährden sehr diplomatisch reagiert und antwortet.

Alle drei interviewten Mitglieder des *ZZI* haben einen Wunsch nach mehr Anerkennung, bzw. fehlt ihnen auf verschiedenen Ebenen noch immer Akzeptanz. Demgegenüber stehen die beiden äußeren Beobachter, die beide behaupten, dass dem *ZZI* genug Anerkennung entgegen gebracht wird. Ausschlaggebend sind hier die individuellen Empfindungen der Mitglieder, die ebenfalls mehr Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus haben (vgl. informelles Gespräch mit Diana Saračević). Fremd fühlen kann sich in Österreich nur jemand, der nicht sein ganzes Leben in dieser Gesellschaft verbracht hat. Menschen die nie Migrationserfahrungen gemacht haben oder nicht mit zwei kulturellen Hintergründen aufgewachsen sind, können diese Art der Diskriminierung nur schwer nachvollziehen und erkennen. Wenn drei Mitglieder des *ZZI* ein Gefühl der fehlenden Anerkennung haben, ist dies Beweis genug für deren Abwesenheit.

Zu der zweiten Ebene, also zur Anerkennung des *ZZI* als Migrant_innenverein ist zu sagen, dass man aus diesem Kapitel und auch aus vorherigen Kapiteln ablesen kann, dass eine Anerkennung auf kommunaler Ebene nicht völlig gegeben ist. Noch immer wird das Engagement nicht beachtet oder sogar behindert (vgl. Hoppe 2003: 34). Es wird demnach generell abgelehnt Migrant_innenorganisationen „[...] als legitimes Mittel der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten anzunehmen.“ (Jungk 2001: 10).

Und dennoch ist eine Entwicklung spürbar. Das *ZZI* wird mittlerweile zu einigen politischen Diskussionen eingeladen und das Publikum bei Veranstaltungen wird größer. Dies liegt

eventuell daran, dass der Verein sich in den letzten Jahren zunehmend auf das Ziel der Förderung der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ konzentriert. Denn erst durch eine Professionalisierung der Vereinsarbeit und durch die Spezialisierung auf einige wenige Funktionen und Ziele können Vereine nach Hoppe und Jungk effektiver wirken (vgl. Jungk 2001: 13; vgl. Hoppe 2003: 34).

Zur Anerkennung der bosnischen Gemeinschaft im Allgemeinen kann aus voran gegangenen Kapiteln lediglich wiederholt werden, dass auch das ein langer Prozess ist, den das ZZI stückweise für sich gewinnt. Wie weit man diesen Prozess allerdings treiben kann, bleibt ungewiss.

Die Möglichkeit im ZZI seinen persönlichen Status zu verbessern ist/ war zumindest für Diana und Damir gegeben. Die beiden Mitglieder konnten ihr Selbstwertgefühl und ihr Selbstbewusstsein steigern und durch das Erlernen mit der Mehrheitsgesellschaft umzugehen, konnten sie ihren persönlichen Status und ihre Integration verbessern.

6.6. Integration und Mehrheitsgesellschaft:

6.6.1. Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft:

Ein weiterer Analysecode ist der der Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft. Der Machterhalt der Mehrheitsgesellschaft spielt in der vorliegenden Arbeit eine Rolle, da diese nochmals von einem anderen Blickwinkel beantworten kann, inwieweit Migrant_innenselbstorganisationen partizipieren können und wie viel Anerkennung ihnen entgegen gebracht wird.

Die Sprache kam in den letzten Kapiteln bereits teilweise auf dieses Thema zu sprechen. Z.B. im Zusammenhang mit der Art der Partizipation des Vereins. Dort wurde die Frage gestellt, ob sich der Verein nicht öffentlich als sozio-politisch bezeichnet, weil ihm das neue Burden durch die Mehrheitsgesellschaft verschaffen würde. Auch beim Thema Integration ist die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft ein ausschlaggebender Punkt. So sagt Hamza:

„[...] die Fremden [...] haben es sehr schwer oder nie die Möglichkeit sich an diesen heimischen Themen zu beteiligen, weil [...] die Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung glauben dann die Macht aus den Händen zu verlieren und dann würde man diese Konzepte komplett neu überdenken müssen.“ (Hamza Sinanović 2011: 12).

In diesem Zitat geht es erstens um die Anerkennung als Immigrant_in, zweitens um das zurückdrängen der Migrant_innenvereine in die Ecke der migrantischen Themen und um das Gefühl der Unsicherheit oder sogar das Gefühl der Bedrohung der Mehrheitsgesellschaft, wie

es in vorherigen Kapiteln bereits angesprochen wurde. Hamza glaubt: „Die Mehrheitsgesellschaft versucht mit allen Mitteln diese Vormachtstellung im Bezug auf die Macht die sie in ihren Händen hält gegenüber den Migranten zu erhalten.“ (Hamza Sinanović 2011: 12). Das sind recht drastische Aussagen.

Hamzas Begründung für diesen Machterhalt ist die, der Anstrengung aus dem Weg zu gehen, Konzepte neu überdenken zu müssen. Hier geht es besonders um das Konzept der Assimilation, welches in Österreich noch immer eines der vorherrschenden Integrationskonzepte ist. Integration wird nicht als wechselseitige Entwicklung oder Beziehung gesehen. Demnach ist es nachvollziehbar, dass sich die Mehrheitsgesellschaft durch einen Migrant_innenverein, der sich seine Kultur erhält und dann in sozio-politischen Themen aktiv wird, bedroht fühlt bzw. verunsichert wird (vgl. Hamza Sinanović 2011: 13), denn sie ist mit dem Engagement von deren Seite überfordert. Hinzu kommt das Empfinden, dass Immigrant_innen Fremde sind und nicht viel mit der österreichischen Gesellschaft gemein haben. Damir hat eine andere Erklärung für die Unsicherheit der Mehrheitsgesellschaft und den daraus resultierenden verkrampften Hegemonieerhalt:

„Wobei ich nicht sagen will, dass es [das Verhalten der Mehrheitsgesellschaft] [Anm. T.Z.] etwas mit Überheblichkeit zu tun hat. Man ist einfach nicht gewöhnt, dass nicht alle Menschen, die vor vielen Jahren nach Österreich gekommen sind der Arbeiterschicht entstammen. Man hat inzwischen hoch gebildete Menschen hier, die ihre Interessen zu vertreten wissen oder zu vertreten versuchen. Und dann habe ich manchmal auch die Unsicherheit gefühlt, weil man sich noch nicht daran gewöhnt hat sich mit den Menschen auf Augenhöhe auszutauschen. Man ist eher daran gewöhnt diesen Menschen die Direktiven zu geben oder ihnen Dinge zu erklären. Aber das ist ein Prozess und das wird noch kommen.“ (Damir Saračević 2011: 17).

Er ist der Meinung, dass man Immigrant_innen aktuell noch immer so behandelt wie damals in den 1960er und 1970er Jahren die ankommenden ‚Gastarbeiter‘, die durch Erklärungen in die neue Welt eingeführt wurden und von denen nicht mehr als Arbeitskraft verlangt wurde. Die meisten Menschen der Mehrheitsbevölkerung geht heute noch davon aus, dass Immigrant_innen eher der unteren Bildungsschicht entstammen und sind verunsichert, wenn das Gegenteil bewiesen wird. Damir ist aber auch hier zuversichtlicher als Hamza, dass sich auch diese Gegebenheit im Laufe der Zeit verändert.

Klar ist aber, dass ein Wandel in der Behandlung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Immigrant_innen stattfinden muss. Denn die Unsicherheit der Österreicher_innen strandet in

Diskriminierung und Rassismen gegenüber den neuen Mitbürger_innen, was eine gespannte Atmosphäre in der gesamten Gesellschaft hervorruft. Auch der Partizipation eines Migrant_innenvereins wie dem ZZI sind folglich erhebliche Grenzen gesetzt und die Immigrant_innen ziehen sich eventuell zurück in ihre Diaspora. Die Folge ist die Entstehung von Parallelgesellschaften, die die Politik stets versucht zu vermeiden. Weiters sollte es die Mehrheitsgesellschaft unterlassen Entscheidungen *über* und *für* Immigrant_innen zu treffen, die diese dann übernehmen sollen (vgl. Damir Saračević 2011: 7). Das kann nicht funktionieren, „[...] denn viele Lösungen waren einfach schlecht. Bzw. konnten wir viele Lösungen oder Aufgaben nicht mittragen bzw. konnten wir uns nicht damit identifizieren.“ (Damir Saračević 2011: 7). Wenn eine Identifizierung mit einer Lösung nicht möglich ist, können Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Die vorgesetzten Lösungen führen zu einer Trotzreaktion auf Seiten der Minderheiten und zu Wut und Aggression der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Immigrant_innen, wenn jene die Lösungen nicht umsetzen. Das läuft wiederum auf keine gute Atmosphäre hinaus.

Die Hegemonie und ein vorherrschendes Konzept wie mit Minderheiten zu verfahren ist, ist in Österreich und auch in allen anderen Staaten mit Minderheiten definitiv vorhanden. Das macht es dem ZZI öfters schwer seine Ziele zu verfolgen und sich an der österreichischen Gesellschaft zu beteiligen und zu partizipieren, da es Hürden und Grenzen zu überwinden gilt (vgl. Hoppe 2003: 34). Der Grund für viele Begrenzungen des Raumes für Partizipation ist die Hegemonie und der Machterhalt der Aufnahmegesellschaft. Von der Mehrheitsgesellschaft wird vermittelt, dass sie keinen Wert auf die Beteiligung eines Migrant_innenvereins legt (vgl. Hoppe 2003: 30 zit. n. Thränhardt 2005: 21). Dies sieht man beispielsweise daran, dass Berichte oder Vorankündigungen des ZZI in der Linzer Presse kaum veröffentlicht werden (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 5f).

6.6.2. Bild und Begriff von Integration:

Nachdem nun immer wieder das Konzept der Integration von der österreichischen Politik aufgegriffen und kritisiert wurde, soll nun das Verständnis von Integration der Interviewpartner_innen explizit dargestellt werden und dem österreichischen Konzept der Integration nochmals gegenüber gestellt werden.

Das Problem mit dem sich Integration beschäftigt ist in folgendem Zitat gut aufgezeigt und zusammengefasst:

„Jede neue Bewegung bedeutet automatisch auch eine große **Veränderung**, die **Spannung und Unruhe** bei den Zugewanderten, sowie bei der alteingesessenen Bevölkerung verursacht. Diese **wechselseitigen gesellschaftlichen Beziehungen** müssen immer wieder **aufgeklärt** werden, damit man das persönliche, sowie das **Benehmen** von anderen MitbürgerInnen besser verstehen kann. Solche Erkenntnisse sind von enormer Bedeutung für den **Aufbau der Kultur des Zusammenlebens**.“ (Hervorhebung durch <http://www.zzi.at> – Projekte – Integration von bosnischen BürgerInnen in Oberösterreich; Zugriff: 12.7.2011).

Gesellschaftliche Verhältnisse unterliegen demzufolge einem ständigen Prozess der wechselseitigen Anpassung, was zu einem stetigen Austangieren der gesellschaftlichen Verhältnisse führt. Nach Damir kann diesen Austangieren nur funktionieren wenn es ein wechselseitiger Prozess ist und wenn sich verschiedene Interessenvertreter_innen an diesen Prozessen beteiligen können, „[...] denn erst dann können wir das [das Ergebnis der Prozesse] [Anm. T.Z.] auch mittragen und mitverantworten.“ (Damir Saračević 2011: 7).

Schlüsselworte, die bereits das Verständnis des ZZI von Integration umreißen sind hier „wechselseitig“ und „Kultur des Zusammenlebens“. Die Bezeichnung Kultur des Zusammenlebens wird hier als Synonym für Integration benutzt, da alle drei interviewten Mitglieder des ZZI den Integrationsbegriff als negativ besetzt empfinden (vgl. Diana Saračević 2011: 8; vgl. Hamza Sinanović 2011: 11). Man wisse nicht, was dieser genau bedeuten solle (vgl. Damir Saračević 2011: 16) und durch die ständige Debatte ist dieser Begriff natürlich auch extrem politisiert. Deswegen hat sich der ZZI seine eigene Definition von Integration erschaffen. Im Fall der österreichischen Politik bedeutet der Begriff Integration in Damirs Augen noch immer Assimilation (vgl. Damir Saračević 2011: 17), was der Überzeugung des ZZI widerspricht.

„Die Politiker stellen die Integration über Kultur dar. Sie verstehen Integration so, wenn ich meine eigene Kultur oder meine kulturelle Identität aufgegeben habe oder teilweise aufgegeben habe und eine andere kulturelle Identität übernommen habe, dann bin ich integriert. Das möchte ich aber nicht tun.“ (Damir Saračević 2011: 11; vgl. Hamza Sinanović 2011: 8).

Es wird eine einseitige Anpassung von Immigrant_innen verlangt.

„Eines der Hauptprobleme aus politischer Sicht ist es, dass man die Integration immer noch als Einbahnstrasse darstellt. Nur die Migranten müssen sich integrieren und die Mehrheitsgesellschaft muss nichts machen. Sie muss einfach nur warten, dass sich die

Migranten integrieren. Darunter versteht man sehr oft, dass sie ihre eigene Kultur oder kulturelle Identität aufgeben und die Leitkultur der österreichischen Gesellschaft übernehmen.“ (Damir Saračević 2011: 16).

Gegen diesen Umstand versucht das *ZZI* zu arbeiten, indem es eine andere Ebene der Integration schafft (vgl. Damir Saračević 2011: 13), auf der die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ nur durch wechselseitige Bemühungen zu erreichen ist. So sagt Damir über die Projekte des *ZZI*:

„All das ist auch Integration, wenn wir sagen Integration ist das Zusammenleben. Das ist Integration auf einem anderen Niveau, wo sich dann die Menschen wirklich austauschen und kennen lernen, wo die Menschen mehr Verständnis für einander entwickeln.“ (Damir Saračević 2011: 11f).

Denn in Aktivitäten des *ZZI* wie Diskussionen, Ausstellungen usw. begegnen sich Menschen verschiedener Zugehörigkeiten und kommen so miteinander in Kontakt. Hier geht es nicht um die erste Hilfestellung für Menschen die nach Österreich kommen (vgl. Damir Saračević 2011: 10), hier geht es um eine Ebene der Integration, die nach dem Prozess des Ankommens und Eingewöhnens im neuen Lebensumfeld zu betreten ist. Dies wird von der lokalen Politik nicht erkannt bzw. anerkannt, beklagt Damir (vgl. Damir Saračević 2011: 12).

Neben einer Eigendefinition von Integration und der Kritik an der oberösterreichischen Politik hinsichtlich der Integration hat Damir aber auch einen Lösungsvorschlag wie das Zusammenleben besser funktionieren kann:

„Deswegen sollten wir zukunftsorientiert handeln. In diesem Sinne sollte man dann versuchen Grenzen zu überwinden. Die [österreichische] [Anm. T.Z.] Gesellschaft sollte sich zu verschiedenen Kulturen und verschiedenen Identitäten bekennen, damit sich diese verschiedenen Identitäten und [...] Kulturen mit dieser Gesellschaft identifizieren können. Ich glaube, dass man erst dann das Ziel der Integration erreicht hat.“ (Damir Saračević 2011: 17).

Hier ertönt die Forderung nach einem Bekenntnis zum Einwanderungsland.

Das *ZZI* als Verein hat demnach eine übergreifende Definition bzw. ein Konzept von Integration, in dem die Wechselseitigkeit der Annäherung und das friedliche und tolerante Zusammenleben der Kulturen im Mittelpunkt stehen, ohne dass jemand seinen kulturellen Hintergrund aufgeben muss. Diese Ansicht widerspricht dem Ansatz der politischen Akteure in Österreich, da das Konzept der Assimilation auch aktuell noch immer Bestand hat.

6.6.3. Fremd- und Selbstbild/ Die Wahrnehmung des ZZI von Außen:

Auch wenn in vielen Kapiteln zuvor versucht wurde die Außenansicht des Vereins einzubinden, soll sie doch nochmals in einem dafür vorgesehenen Kapitel analysiert werden. Dies kann helfen weitere Auswirkungen des Engagements des ZZI für die Mitglieder und die bosnische Diaspora festzustellen. Wie wird der Verein also von Außen, speziell von Unterstützern des ZZI wahrgenommen? Auch soll das Selbstbild der Organisation und der eigenen Persönlichkeit der Mitglieder analysiert werden, damit das Fremd- und Selbstbild verglichen werden kann. Das ist relevant für die spätere Beantwortung der Forschungsfrage. Denn um die Auswirkungen der Partizipation für die Mitglieder des ZZI im Hinblick auf das Leben in Österreich zu erkennen, muss in Erfahrung gebracht werden wie die Mitglieder einerseits ihre eigene Situation einschätzen und andererseits, wie diese von Außenstehenden eingeschätzt wird. Eine weitere Frage die offen steht ist die, ob sich die Mitglieder als Akteur_innen der Integration sehen bzw. als solche gesehen werden.

Es gibt zwei Ebenen zu besprechen: zunächst die allgemeine Sicht auf das ZZI als Migrant_innenverein und zweitens die persönliche Einschätzung der Mitglieder.

Prof. Schanovsky sieht den Verein als klein aber stark: „Das sind zwar wenige Personen, aber diese wenigen Personen halten den ZZI eisern in der Faust, die sagen: ‚Wir lassen nicht aus.‘“ (Hugo Schanovsky 2011: 8). Er bewundert, „[...] dass er [Damir] [Anm. T.Z.] trotz [...] Rückschläge sein Konzept nicht über Bord wirft, sondern sagt: ‚Ich muss weiter arbeiten, ich muss gegen den Strom schwimmen auch wenn das gefährlich ist.‘“ (Hugo Schanovsky 2011: 2). Dass Prof. Schanovsky in diesem Zitat Damir hervorhebt, hat sicher damit zu, dass Damir als Obmann oft die Kommunikation mit Außenstehenden übernimmt (vgl. Hamza Sinanović 2011: 11). Das Zitat ist aber auf den Verein zu beziehen, genau wie es beim vorherigen Zitat der Fall ist. In den Augen von Prof. Schanovsky hat der Verein Durchhaltevermögen und Bestand, auch wenn es immer wieder zu - beispielsweise finanziellen - Nöten und Schwierigkeiten kommt (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 8). Deswegen bemerkt er auch kritisch, dass Vereine im Allgemeinen in Linz nicht allzu viel Aufmerksamkeit erlangen wie sie sollten (vgl. Hugo Schanovsky 2011: 6).

Der einzige Kritikpunkt am ZZI, der während des Interviews angesprochen wird ist Folgender:

„Er [der Verein] [Anm. T.Z.] müsste vielleicht noch auf eine breitere personelle Basis bestellt werden. Das ist aber vielleicht auch eine Sache der Bosnier, dass sie sich nicht so einfach

öffnen für alle, sondern gewisse Persönlichkeiten sind da, die sind am Ruder und ein anderer kommt schwer dazu zu der Gruppe. Das Gefühl habe ich, dass da die Bosnier oft wirklich das Gute und Beste wollen, dass aber die Öffnung nach allen vielleicht zu wenig vorhanden ist.“ (Hugo Schanovsky 2011: 8).

Das ZZI stellt sich als offene Organisation vor, wie man im Kapitel 6.1. erfahren konnte. Doch in diesem Falle stimmt das Fremdbild des Vereins nicht mit dem Selbstbild überein. Die unspezifische Betitelung „die Bosnier“ bezieht sich auf die Mitglieder des ZZI, denen Prof. Schanovsky den gut gemeinten (im letzten Satz des Zitats zu erkennen) Vorwurf macht sich nicht genug für Neuzugänge zu öffnen. Diesem Vorwurf kann lediglich die Selbstdarstellung auf der Webpage entgegen gestellt werden, die das Gegenteil behauptet und für alle Volksgruppen und auch für Ideen und Mitarbeit offen steht (www.zzi.at; Zugriff: 12.7.2011). Damit kann nicht beantwortet werden, welche Empfindung auf die Realität zutrifft.

Der Botschafter hat einen durchgehend positiven Eindruck des Vereins. Er gibt im Interview an, dass diese Organisation von „[...] durable, wise and very intelligent [...]“ Personen geführt wird, die über die Umstände in Bosnien-Herzegowina informiert und sich im klaren sind, wie sie das Land von Österreich aus unterstützen können (vgl. Haris Hrle 2011: 1/ 5).

Kommen wir nun zum persönlichen Selbst- und Fremdbild der Mitglieder des ZZI. Damir erklärt, dass sein Selbstbild aus zwei Identitäten besteht:

„Es entwickeln sich Doppelidentitäten. Ich bin ein Bosnier, dazu stehe ich und ich weiß gar nicht wie ich es anders machen könnte, weil das sonst eine Lüge für mich wäre. [...] Aber mit der Zeit hat sich eine weitere Identität entwickelt und das ist diese Identität des österreichischen Bürger.“ (Damir Saračević 2011: 15).

Er empfindet sich demnach als bosnischer Österreicher oder als österreichischer Bosnier und fühlt sich für beide Gesellschaften verantwortlich und verpflichtet aktiv zu Prozessen beizutragen (vgl. Damir Saračević 2011: 15). Doch zwischen dem Selbst- und Fremdbild klafft eine Wahrnehmungsschlucht:

„Trotzdem will ich sagen, dass man dennoch sehr oft als fremd dargestellt wird. Man macht es uns schwer. Warum soll ich mich denn dann für eine Gesellschaft einsetzen wenn ich sowieso ein Fremder bin oder als ein Fremder dargestellt werden? Ich bin ein bosnischer Staatsbürger [...], aber trotzdem empfinde ich mich [...] als ein österreichischer Bürger. Denn ich lebe hier.“ (Damir Saračević 2011: 15).

Seine Frage nach dem Warum ist berechtigt. Wenn man von der Außenwelt nach 16 Jahren Leben in Österreich noch immer als fremd angesehen wird, warum sollte man sich für die hiesige Gesellschaft einsetzen? Doch hier sind der Kampfgeist und das Durchhaltevermögen vom Obmann zu erkennen, der sich dennoch weiter engagiert und sich die Hoffnung auf Veränderung erhält. Auch Diana lebt mit dieser Doppelidentität und bezeichnet sich als „[...] stolze bosnische Österreicherin[...]“ (Diana Saračević 2011: 6). Nicht anders verhält es sich mit Hamza, der sich als Mitbürger in der österreichischen Gesellschaft bezeichnet. In allen drei Fällen kommt es zur Entstehung einer Doppeltidentität, von denen die drei Interviewten keine von beiden aufgeben möchten. Denn eine weitere Einstellung des ZZI besagt, dass mehrere Identitäten in einer Person zur Normalität des Alltags gehören (vgl. <http://www.zzi.at> – über uns; Zugriff: 13.7.2011). Und dennoch hoffen alle drei auf mehr Anerkennung und somit auf eine Veränderung der Wahrnehmung der Aufnahmegesellschaft gegenüber ihren Persönlichkeiten. Die Annahme von Reiser und auch Thränhardt, dass mit der Wanderung und dem Leben in zwei Gesellschaften multiple Identitäten entstehen, kann hiermit bestätigt werden (vgl. Reiser 2009: 346; vgl. Thränhardt 2005: 11f). Durch dieses Vorhandensein der Identität des_der bosnischen Österreicher_in oder des_der österreichischen Bosnier_in kommt es im gleichen Zuge zu einer Formierung der bosnischen Minderheit in Österreich (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 37f).

Nehmen sich die Mitglieder aber auch als Akteure der Integration wahr und werden als solche wahrgenommen? Alle drei Mitglieder beantworten diese Frage mit Ja, obwohl sie sich gegen den für sie negativ besetzten Begriff Integration wehren (vgl. Diana Saračević 2011: 8; vgl. Damir Saračević 2011: 16). So sagt Hamza: „Ich bezeichne mich als ein gestaltender Mitbürger mit eingeschränkten Möglichkeiten der Partizipation in dieser Gesellschaft.“ (Hamza Sinanović 2011: 12). Und Damir: „[...] ja, ich fühle mich als Akteur bzw. als Förderer der Kultur des Zusammenlebens.“ (Damir Saračević 2011: 16). Alle drei Interviewpartner_innen vermeiden den Terminus Integration und verwenden dafür den Begriff ‚Kultur des Zusammenlebens‘.

Auch Prof. Schanovsky und Botschafter Hrle bezeichnen die Mitglieder des ZZI als Akteure der Integration,

„[...] weil sie sicherlich in ihrer Wirkung nach Außen die Integration vollenden und beschleunigen. Es kann ja nicht nur so sein, dass es österreichische Stellen gibt die sagen, ihr seid jetzt bei uns und wir müssen gemeinsam was machen, sondern die Betroffenen müssen sich auch ganz originär äußern. [...] Und da macht der Verein im Grunde genommen ja das Richtige: er trägt bei zu einer völligen Integration.“ (Hugo Schanovsky 2011: 8).

In diesem Falle stimmen Fremd- und Selbstbild demnach überein. Die Mitglieder bzw. der Verein wird als Akteur der Partizipation und der Integration wahrgenommen und stellt sich selbst auch so dar.

7. Conclusio:

Nachdem einzelne Themenbereiche analysiert und das Datenmaterial ausgewertet wurde, werden im Folgenden die Ergebnisse zusammengefasst. Zunächst wird es darum gehen die verschiedenen Aspekte der Theorie der Migrant_innenselbstorganisationen anhand des *ZZI* zu beleuchten. Damit sollen einerseits theoretische Maßnahmen auf ihre Richtigkeit überprüft und andererseits das *ZZI* als Verein in eine bestimmte Kategorie von Vereinen eingereiht werden.

So kann zunächst bestätigt werden, dass die in Kapitel 5.1. angeführte Definition für Vereine zutrifft. Denn das *ZZI* als Verein verfolgt gemeinsame Ziele. Bei den Zielen handelt es sich um kollektive Ziele, die teils nicht nur auf die eigene Community, sondern auf die gesamte österreichische bzw. bosnische Gesellschaft gerichtet sind. Weiterhin ist der Verein außenorientiert und versucht auf sein Umfeld einzuwirken und daher nach Zimmer als instrumenteller Verein bezeichnet werden muss (vgl. Zimmer 1996: 71). Dies wurde unter anderem in dem Analysekapitel 6.1.1. bewiesen, in dem Aktivitäten des *ZZI* aufgezeigt wurden.

Das *ZZI* gehört zu den herkunftsheterogenen Migrant_innenvereinen (vgl. Jungk 2001: 8; vgl. Huth 2005: 37). D. h., es sind nicht nur bosnische Mitglieder vertreten, sondern auch österreichische. So kommt es, dass die Pflege der bosnischen Kultur und Werte und der Identitätserhalt zwar wichtige Ziele des Vereins sind, der Schwerpunkt allerdings auf das übergreifende Ziel der Förderung der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ gelegt wird. Man ist somit nicht vollkommen auf die bosnische Diaspora fixiert, sondern bezieht andere Minderheiten und Österreicher_innen in die Zielsetzung und Aktivitäten mit ein. Auch ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass das *ZZI* einen gesamtbosnischen Ansatz verfolgt. Das bedeutet, dass der Verein sich auf keine der bosnischen Volksgruppen konzentriert, sondern dass er einen multiethnischen Ansatz verfolgt, der demnach allen bosnischen und auch anderen Volksgruppen die Türen öffnet. Das Zentrum orientiert sich demnach sowohl an der Aufnahmegesellschaft als auch an der Herkunftsgesellschaft. Für beide Gesellschaften werden Aktivitäten unternommen, die in den letzten Jahren Entwicklungen unterworfen waren. In den

ersten Tätigkeitsjahren des *ZZI* machte man Projekte, die in Österreich über die Heimatgesellschaft aufklären sollten. So berichtete man über historische Begebenheiten und aktuelle Gegebenheiten in Bosnien-Herzegowina. Die Ausrichtung hin zu beiden Gesellschaften war somit recht ausbalanciert. In aktuellen Projekten geht es nun aber zunehmend um die Situation der bosnischen Diaspora in der österreichischen Aufnahmegesellschaft. Die Orientierung hat sich also hin zur österreichischen Gesellschaft verlagert.

Eben durch diese Verlagerung ist der Verein zu einer politischen Organisation und Interessenvertretung für die bosnische Community geworden (vgl. Waldrauch/ Sohler 2004: 38). Mitglieder des *ZZI* nehmen zunehmend an politischen Diskussionen, an Ausarbeitungen eines Integrationsleitfadens und der Übersetzung von Schriftwerken auf Bosnisch teil und versuchen dadurch die Anerkennung und die Relevanz der bosnischen Gemeinschaft in Österreich bzw. in Oberösterreich und Linz zu verstärken. Reiser bezeichnet solche Organisationen als sozio-politisches Netzwerk (vgl. Reiser 2009: 349). Die kann durch die Organisation im Verein und eine gewisse Hierarchie unter den Mitgliedern, das Gemeinschaftsinteresse und die sozio-politischen Ziele wie z.B. die Anerkennung der bosnischen Gemeinschaft als spezifische Minderheit, belegt werden.

Die Ausrichtung des Vereins *ZZI* ist - wie bei vielen Migrant_innenvereinen - nicht begrenzt. Das *ZZI* handelt sowohl multi-sektoral – zu sehen an den verschiedenen behandelten Themenbereichen -, multi-lokal – in Österreich, in Bosnien-Herzegowina und auf der internationalen Ebene -, als auch multi-funktional – der Verein übernimmt verschiedene Funktionen-. Es ist demnach eine Mischform von verschiedenen Tätigkeiten und Funktionen an verschiedenen Orten. Dies macht den Verein zu einem transnationalen Akteur (vgl. Dittel 2008: 22).

Weiters wurde ein besonderes Augenmerk auf die Art der Partizipation gelegt. Das Ergebnis der Analyse ist, dass auch hier eine Multi-Funktionalität bestätigt werden kann, da das *ZZI* auf einer kulturellen, sozio-politischen und teils wissenschaftlichen Ebene partizipiert. Im Kapitel 6.5.1. sind wir zur Erkenntnis gekommen, dass das *ZZI* definitiv politisch aktiv ist. Das lässt sich aus dem Zitat von Steinbrecher im Kapitel 3 ableiten, in dem es heißt, dass Handeln auf einem nicht-politischen Feld dennoch „politische Dimensionen“ und „politische Bedeutsamkeit“ (Kaase 1997: 160 zit. n. Steinbrecher 2008: 27) annehmen kann. Somit kann Partizipation nicht unpolitisch sein.

Kommen wir nun zu verschiedenen Funktionen, die Migrant_innenvereine und somit auch das *ZZI* haben können.

So ist eine typische Funktion die Selbsthilfe und die solidarische Unterstützung innerhalb der eigenen Community. Die Funktion der Selbsthilfe wird vom *ZZI* übernommen. Unter Selbsthilfe kann man die Identitätspolitik fassen, welche das *ZZI* hinsichtlich der Anerkennung der Bosnier_innen in Österreich betreibt. Dies tut der Verein durch verschiedene Projekte und durch die Teilnahme an politischen Diskussionen. Auch an diesem Beispiel ist nochmals zu sehen, dass die Partizipation sozio-politisch ist. Im Kapitel 6.5.5 ergab sich durch die Analyse, dass der Kampf um die Anerkennung noch nicht ausgestanden ist. Hier überwog aber dennoch die Hoffnung auf eine fortlaufende Entwicklung, die man in den letzten Jahren zumindest teilweise erkennen konnte. So wird das *ZZI* von der kommunalen Politik kaum unterstützt und dadurch auch nicht anerkannt, doch zumindest konnte sich der Verein in sieben Jahren bekannt machen und politische Kontakte knüpfen, wodurch das *ZZI* hin und wieder seine Ansichten in politischen Gremien vertreten kann. Weiss und Thränhardt muss demnach zugestimmt werden, wenn sie behaupten, dass „[...]Selbstorganisationen von politischen Entscheidungsträgern [...] nach wie vor kaum wahrgenommen [...]“ (Weiss/ Thränhardt 2005: 28) werden. Migrant_innenvereine, so auch das *ZZI*, werden noch immer nur selten als „[...] legitimes Mittel gesellschaftlicher und politischer Partizipation [...]“ (Weiss/ Thränhardt 2005: 28) gesehen. Im Falle des *ZZI* soll aber hier die teilweise positive Entwicklung zu ein wenig mehr Mitspracherecht betont werden. Denn dafür, dass Migrant_innenselbstorganisationen von politischer Seite wenig Raum zur Teilhabe gelassen wird, nutzt ihn das *ZZI* so effektiv wie möglich aus und findet sogar noch Mittel und Wege für eine andere Art der Teilhabe, um begrenzten Partizipationsräumen zu entgehen.

Durch die betriebene Identitätspolitik kommt es gleichzeitig zum Identitätserhalt und dadurch auch zu einer Minderheitenformierung, welches weitere Funktionen darstellen. Man stellt sich offen als Bosnier_in bzw. als bosnische_r Österreicher_in in der Öffentlichkeit dar. Dies ist wiederum erst durch die Tatsache möglich, dass das *ZZI* für Mitglieder und Interessierte einen sicheren Raum bietet, in dem es als normal gilt, eine multiple Identität zu besitzen und in dem man sich nicht als Fremde_r fühlt, sondern akzeptiert wird. Eine Sicherheit und Akzeptanz gegenüber Landsleuten aber auch anderen Menschen wird vom *ZZI* demzufolge geboten.

Die solidarische Unterstützung ist allerdings nur teils vorhanden. Das *ZZI* kann nicht als erster Anlaufpunkt bzw. als Rettungsanker für bosnische Neuankömmlinge in Österreich verstanden werden. Denn der Verein bietet keine Starthilfe und Erstinformationen, sondern eine Integration auf einer anderen Ebene. Diese vom *ZZI* angebotene Integrationsebene wird erst betreten, nachdem die erste Phase des ‚Sich-Einfindens‘ in der neuen Gesellschaft bereits

abgeschlossen ist. Informations- und Orientierungsdefizite, wie Reiser es anführt (vgl. Reiser 2009: 356), werden insofern nur teilweise ausgeglichen. Allerdings wird über die Geschichte und die aktuelle Situation in Bosnien-Herzegowina informiert und ein sicherer Raum geboten. Was aber trotz allem unter Unterstützung und Selbsthilfe gefasst werden kann, ist die Funktion als Mittler, die das *ZZI* übernimmt. Einerseits ist das *ZZI* Mittler zwischen Personen innerhalb des Vereins. So stellen sie Kontakte zwischen Individuen her, die beispielsweise daran interessiert sind, ein neues Projekt zu gestalten. Andererseits nimmt das *ZZI* aber auch eine Mittlerrolle bzw. eine Brückenfunktion zwischen der österreichischen Gesellschaft und der bosnischen Minderheit bzw. zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina ein. Es stellt Kontakte zwischen Personen und Institutionen her, pflegt sie und baut eigene Kontakte stetig aus.

Eine weitere Funktion, die es zu überprüfen galt, ist das Fungieren als Medium politischer Sozialisation bzw. das Angebot eines politischen Vorraumes für Mitglieder des *ZZI*. In gewisser Weise wird ein politischer Vorraum geboten – wenn auch nicht bewusst -. Denn um Ziele und Werte des Vereins zu gestalten und festzulegen, muss intern über diese diskutiert und Stellung bezogen werden. Somit müssen außerdem Abstimmungen über Ziel und Vorhaben immer wieder stattfinden. Die Abstimmungen sind, wie im Kap. 6.1. dargestellt, basisdemokratisch und somit politisch. Das *ZZI* stellt diesen Raum allerdings nicht bewusst bzw. ist der Verein sich nicht bewusst darüber, dass der Raum bereits als politisch bezeichnet werden kann (vgl. Verba 1961: 19 zit. n. Zimmer 1996: 65). Da der Verein aber basisdemokratisch handelt und entscheidet kann man ihn ebenfalls als kleine „Schule der Demokratie“ bezeichnen (vgl. Zimmer 1996: 65), in der auch Ideologien, Werte und Weltanschauungen vermittelt und entwickelt werden. Der *ZZI* vermittelt so ein Ideal der ‚Kultur des Zusammenlebens‘, der gegenseitigen Toleranz, des friedlichen Zusammenlebens etc. Werte wie die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ sind nicht unbedingt konventionell. Es ist ein moderner Wert, der in der österreichischen Gesellschaft recht neu ist. Daher kann das *ZZI* hinsichtlich der Integrationsdebatte und einer Idee des friedlichen Zusammenlebens als Träger gesellschaftlicher Modernisierung bezeichnet werden (vgl. Zimmer 1996: 37). Ein weiterer Hinweis dafür ist das Konzept des *ZZI* alle Projekte auf zwei bzw. drei Sprachen zu gestalten und so ein breiteres Publikum anzusprechen.

Eine weitere wichtige Funktion, die das *ZZI* übernimmt, ist die der Selbstbestimmtheit als Migrant_innenorganisation bzw. als Minderheit im Aufnahmeland. Damit entgegnet man der Tatsache, dass noch immer *über* und *für* Migrant_innen entschieden wird und sie nicht als eigenständige Akteure anerkannt werden (vgl. Hunger 2002: 2). Der Verein wird so für seine

Mitglieder zu einem Raum der politischen Eigenvertretung (Weiss/ Thränhardt 2005: 15). Nicht umsonst betont das *ZZI* immer wieder die Wichtigkeit seiner Unabhängigkeit von Parteien oder anderen politischen Institutionen, die man versucht zu erhalten, auch wenn es aufgrund der finanziellen Förderungen, wenn man diese erhalten möchte, schwierig ist. Wenn die Mitglieder diese Unabhängigkeit bewahren möchten, hat man als Verein außerdem gegen die Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft anzukämpfen, die lediglich eine kontrollierbare Unabhängigkeit eines Migrant_innenvereins akzeptiert. In diesem Zusammenhang ist die Funktion des ‚Aufmerksam-machens‘ auf Missstände zu nennen (vgl. Strasser 2003: 7). Dieser Funktion kann man als Verein lediglich nachkommen, indem man sich eine gewisse Unabhängigkeit von der Aufnahmegesellschaft erhält. Dies schafft das *ZZI*, besonders hinsichtlich der Themenbereiche, die Bosnien-Herzegowina angehen, aber auch hinsichtlich Themen, welche die Integrationsdebatte in der Aufnahmegesellschaft betreffen. Hier kann man allerdings aus Kapiteln wie 6.5.2. und 6.5.5. ablesen, dass dieses Aufzeigen von Missständen immer auch ein zweiseitiges Schwert ist. Strasser nennt das Aufzeigen von Missständen und die Sicherung des Bestehens des Vereins als einen ständigen Kompromiss (vgl. Strasser 2003: 173). Diesen Kompromiss sieht man beim *ZZI* beispielsweise im Kapitel 6.5.2. und 6.5.5., in denen teilweise nur zaghaft nach mehr Raum für Partizipation und Anerkennung verlangt wird.

Ein Missstand in der Gesellschaft ist beispielsweise das Verständnis Österreichs von Integration und die nicht vorhandene Anerkennung von Minderheiten im Allgemeinen bzw. die nicht vorhandene Anerkennung von spezifischen Minderheiten wie der bosnischen Gemeinschaft in Österreich. Zapotoczky nennt es eine Herausforderung, für einen jeden Migrant_innenverein eine Penetration an den Tag zu legen, um solche Missstände auszugleichen und die österreichische Gesellschaft und Politik zum Überdenken der eigenen Konzepte zu bewegen (vgl. Zapotoczky 2000: 176). Als penetrant kann das *ZZI* in diesem Falle bezeichnet werden, da es z.B. von seinem Verständnis und seiner Vorstellung von Integration und von einer Anerkennung der eigenen Gemeinschaft nicht abweicht und immer wieder versucht – sei es in Projekten, Veranstaltungen oder Diskussionen - diesen Standpunkt zu vertreten, zu erklären und zu verteidigen. Die Penetration ist somit nicht negativ, da diese das Ziel des friedlichen Zusammenlebens des Vereins verfolgt.

Eine weitere Funktion, die das *ZZI* erfüllt, ist die Erlangung von sozialem Kapital durch die Tätigkeit im Verein. Durch die Immigration verlieren die meisten Immigrant_innen ihr soziales Kapital bzw. wird dieses in der neuen Gesellschaft dysfunktional (vgl. Weiss/ Thränhardt zit. n. Dittel 2008: 14). Durch diese Tatsache gibt es für Immigrant_innen oft auch

keine Chance, ihren Status in der Aufnahmegesellschaft zu verbessern. Das *ZZI* gibt seinen Mitgliedern aber die Möglichkeit ihr soziales Kapital durch die Vermittlung, den Erhalt und die Suche von neuen Kontakten auszubauen. Eine Statusverbesserung im Sinne eines beruflichen Status wird von der Organisation zwar nicht geboten, dafür aber eine Statusverbesserung auf der persönlichen Ebene. So war in Kapitel 6.5.4. zu lesen, dass die Mitarbeit im Verein zu mehr Selbstsicherheit der Mitglieder geführt hat.

Um die Einordnung des *ZZI* in einen Vereinstypus abzuschließen soll hier noch mal auf die von Fijalkowski und Gillmeister herausgearbeiteten Vereinstypologien verwiesen werden. Eine Zuordnung zu nur einem Vereinstypus ist nicht möglich, bzw. würde eine solche Zuordnung den Verein auf zu wenige Funktionen reduzieren. So war der Verein zu Zeiten der Gründung eher ethnotraditional und stückweise exil- und diasporapolitisch ausgerichtet. Man wollte Aufklärung betreiben, die eigene Identität und Kultur erhalten und Geschehnisse in der Heimat beeinflussen. Im Laufe der Jahre hat allerdings eine Schwerpunktverlagerung hin zu einem ethosolidarischen und ethnopolitischen Migrant_innenverein stattgefunden, mit dem Ziel das Zusammenleben zu fördern und als Interessensvertretung für die bosnische Diaspora zu fungieren. Alle vier Ausrichtungen sind nach wie vor vorhanden. Durch die Prioritätenverlagerung sind letztere allerdings mittlerweile intensiver ausgeprägt. Auch Fijalkowski und Gillmeister bezeugen, dass Vereine nicht statisch sind, sondern Schwankungen hinsichtlich ihrer Prioritäten unterworfen sind (vgl. Fijalkowski/ Gillmeister 1997: 110).

Im Folgenden soll nun die Hauptforschungsfrage der vorliegenden Arbeit beantwortet werden, welche Auswirkungen die Partizipation auf die Mitglieder des *ZZI* bzw. auf die bosnische Diaspora im Hinblick des Lebens in Österreich hat.

Hier sind verschiedene Ebenen zu betrachten. Erstens ein persönliche und individuelle Ebene, zweitens eine Ebene, welche die gesamte bosnische Gemeinschaft und die österreichische Aufnahmegesellschaft betrifft und beeinflusst, und drittens eine Ebene des Heimatlandes Bosnien-Herzegowina.

Es kann schon jetzt – wie auch in anderen Kapiteln zuvor - bestätigt werden, dass die Partizipation des Migrant_innenvereins *ZZI* Veränderungen hervorruft.

Mit der Hauptforschungsfrage verbunden ist eine weitere Frage aus dem Kapitel 1.3., nämlich jene, ob sich die Mitglieder durch ihr Engagement anerkannter, integrierter, oder heimischer in Österreich fühlen. Mit dieser Frage wird somit auf die individuelle Ebene der Mitglieder des *ZZI* eingegangen. So konnten zumindest zwei Mitglieder des *ZZI* durch das Engagement

ihr Selbstwertgefühl steigern. Prof. Schanovsky ist der Überzeugung, dass alle Mitglieder des *ZZI* selbstsicherer geworden sind und im Falle Damirs kann durch das Interview explizit bestätigt werden, dass er durch das Engagement zu einer selbstbewussten Persönlichkeit geworden ist. Und dennoch bleibt beispielsweise durch die Begrenzung des Partizipationsraumes ein Gefühl der Wertlosigkeit und des ‚Nicht-Gewollt-Seins‘ bei den Mitgliedern erhalten.

Durch die Brückenfunktion und die Interessensvertretung, welche die Mitglieder für die bosnische Gemeinschaft übernehmen, kommt es zu einem Gefühl, in diesem Prozess eine wichtige Rolle einzunehmen. Dies führt zu mehr Selbstbewusstsein bei den Individuen.

Sie sind durch die Tätigkeit zu selbstsicheren Personen geworden, die gegenüber beiden Heimatgesellschaften (Österreich und Bosnien-Herzegowina) eine Art Pflichtbewusstsein entwickelt haben und sich deswegen an bereits erwähnten Prozessen (Integration, Bekanntmachung Bosnien-Herzegowinas, Anerkennung etc.) beteiligen. Auch haben sie durch das Engagement den Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft gelernt und haben ihren Erfahrungsschatz dahingehend erweitert. Dennoch ist bei allen drei Interviewpartner_innen ein starker Wunsch nach mehr Anerkennung und mehr Integration und Toleranz zu verzeichnen. Auch wenn Entwicklungen stattfinden, die Hoffnung auf mehr Anerkennung und Integration geben, sind die Prozesse dennoch langwierig und die Lücken momentan noch groß. Bei Hamza beispielsweise ist die Hoffnung auf mehr Anerkennung schon beinahe verblichen. Diese Hoffnung gibt den Mitgliedern unter anderem die Motivation zur Beteiligung an der Aufnahmegesellschaft in verschiedenen Bereichen. Das Bedürfnis der Zugehörigkeit ist stark ausgeprägt und möchte gestillt werden. Bevor es zum Engagement kam, war bereits ein Wunsch nach Zugehörigkeit vorhanden, den man durch die Partizipation hofft erfüllen zu können.

Momentan wird den Mitgliedern des *ZZI* eher von anderen Mitgliedern oder Kooperationspartnern Anerkennung entgegen gebracht. Die Anerkennung kommt jedoch nicht von der lokalen österreichischen Politik oder den Linzer_innen, welche die Mehrheitsgesellschaft darstellen. Diese nicht erlangte Anerkennung von jener Seite ist somit eine gewünschte, aber nicht erfüllte Folge der Partizipation des *ZZI*. Der Prozess der Anerkennung seitens der Mehrheitsgesellschaft schreitet nur sehr langsam voran und es ist nicht abzuschätzen, wie viel Anerkennung sich in den nächsten Jahren Immigrant_innen gegenüber entwickeln wird. Die Prognose muss hier leider recht negativ ausfallen, solange die österreichische Gesellschaft nicht vom bisherigen Integrationskonzept abrückt. Stückweise konnte eine Anerkennung zwar erreicht werden (dazu mehr wenn es um die Ebene der

bosnischen Gemeinschaft geht), Individuen fühlen sich allerdings noch immer nicht akzeptiert. Besonders Hamza ist in dieser Hinsicht sehr negativ gestimmt, da er überzeugt ist, dass unabhängig vom Ausmaß des Engagements, die österreichische Gesellschaft dies nicht anerkannt wird.

Und trotz alledem geben die Mitglieder des ZZI ihre Arbeit nicht auf. Welchen individuellen Nutzen bzw. welche individuelle Auswirkung hält sie davon ab? Für alle interviewten Mitglieder gab es auf der individuellen Ebene positive Auswirkungen. So sprechen alle von einer großen Erfahrung durch ihre Arbeit, die ihre Persönlichkeit entwickelt hat und von guten und vielen Kontakten, die im Laufe der Jahre geschlossen werden konnten. Diana hebt im Speziellen ihre gewonnene Fähigkeit hervor, eine gute Vermittlerin geworden zu sein. Und Damir, dass er Entwicklungen und Veränderungen in seinem Umfeld durch sein Engagement bewusster wahrnimmt. Somit hat die Partizipation also Auswirkungen auf die Wahrnehmung und sensibilisiert diese.

Eine weitere Auswirkung, welche die Partizipation auf die Mitglieder hat, ist ein Gefühl der Verantwortung für beide Gesellschaften. Dieses Pflichtgefühl hat sich aber nicht erst eingestellt, nachdem die Mitglieder sich beteiligten, sondern war bereits vorher vorhanden. Allerdings wurde das Gefühl durch die Arbeit im ZZI noch verstärkt. Hieraus ist zu erkennen, dass die Interviewpartner_innen ein Zugehörigkeitsgefühl für beide Gesellschaften empfinden. Somit muss die Frage aus Kapitel 3, ob das Zugehörigkeitsgefühl für die Aufnahmegesellschaft durch das Engagement entsteht, oder es ein zuvor vorhandener Grund für die Beteiligung ist, mit einem ‚Sowohl als auch‘ beantwortet werden. Einerseits war das Zugehörigkeitsempfinden der Mitglieder eine Motivation zur Beteiligung und andererseits wurde dieses Gefühl im Laufe der Arbeit noch verstärkt. Dies widerspricht vollkommen der Annahme der Politik, dass Migrant_innenvereine integrationshemmend wirken könnten. Ganz im Gegenteil: Die Mitglieder haben sich durch das Engagement mehr in die österreichische Gesellschaft eingefunden und integriert, wodurch man das eigene Ziel der ‚Kultur des Zusammenlebens‘ selbst vorlebt. Alle Mitglieder bezeichnen sich als bosnische_r Österreicher_in oder als Mitbürger der österreichischen Gesellschaft, trotz eingeschränkter Rechte und nicht vorhandener Akzeptanz und Anerkennung. Außerdem nehmen sich die Mitglieder als Akteur_innen der Integration wahr, ein weiteres Anzeichen für das Verantwortungsgefühl, welches man einerseits der eigenen Community, aber auch der Mehrheitsgesellschaft entgegen bringt. Dies macht die Mitglieder des ZZI zu sozio-politischen Akteur_innen.

Betrachtet man nun die Ebene der Auswirkungen auf die bosnische Diaspora, welche die Partizipation bewirkt, kommt es zu einigen Überschneidungen mit der individuellen Ebene. Im Folgenden werden in der Betrachtung der zweiten Ebene die Auswirkungen auf die Aufnahmegesellschaft sogleich mit einbezogen. So ist auf der zweiten Ebene zu spüren, dass das *ZZI* langsam für seine Mitglieder und seine Community Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft und der kommunalen Politik erlangt, dieser Prozess allerdings sehr langsam vonstatten geht. Die bosnische Community erlangt zwar durch die Arbeit des *ZZI* zunehmend Anerkennung und bringt die Mehrheitsgesellschaft zu einer höheren Wahrnehmung der eigenen Minderheit, allerdings verhindert der zwanghafte Drang nach der Hegemonie der Mehrheit die österreichische Gesellschaft daran ihr Integrationskonzept zu überdenken.

Beim *ZZI* besteht der Wunsch nach mehr Raum und mehr Möglichkeiten zur Beteiligung, obwohl über die letzten Jahre bereits eine Verbesserung und eine Vergrößerung des Partizipationsraumes stattgefunden haben. Durch neue Partizipationsmethoden des *ZZI* konnten teils Grenzen überwunden und Bürden ausgewichen werden und so kam es zu einem erkämpften Terrain für Teilhabe des *ZZI*, das hier stellvertretend für die bosnische Diaspora stehen kann. Eine starke Einschränkung, die der Migrant_innenverein allerdings noch nicht überwinden konnte, ist die, dass er von der lokalen Politik noch immer auf migrantische Themen reduziert wird. Es wird von der lokalen Politik nicht zugelassen, dass Migrant_innenvereine sich mit Themen der kommunalen Politik beschäftigen. Daran erkennt man, dass die Aufnahmegesellschaft Zuwander_innen noch immer wie ‚Gastarbeiter‘ behandelt, die durch Erklärungen in die Gesellschaft eingeführt wurden, die aber am gesellschaftlichen Geschehen selbst nicht partizipierten.

Und dennoch hat die Partizipation Auswirkungen auf die Wahrnehmung der bosnischen Gemeinschaft. Durch den Anstieg des Bekanntheitsgrades des *ZZI* und seine aufklärerische Arbeit im Bezug auf Geschichte, Kultur und die aktuelle Situation der Bosnier_innen in Bosnien-Herzegowina und Österreich, ist die bosnische Community bekannter geworden. Wenn die bosnische Gemeinschaft vor der Gründung des *ZZI* auf kulturelle Aspekte reduziert wurde, ist inzwischen ein vollständigeres Bild dieser Minderheit entstanden. Die bosnische Minderheit wird von der Politik mehr und mehr als eigenständige Minderheit in Österreich wahrgenommen, was zu einer differenzierten Behandlung dieser Gruppe in der Politik führt und folglich auch zu mehr Anerkennung. Zudem wird das *ZZI* zumindest in Linz und Oberösterreich als die Interessenvertretung der bosnischen Diaspora wahrgenommen, welche sich einerseits um den Identitätserhalt der eigenen Community und andererseits für die

Integration seiner Landsleute einsetzt. Der Verein hat mit Projekten und Veranstaltungen scheinbar auch immer wieder Aufmerksamkeit erregt. Eine Bestätigung dafür ist die Auszeichnung mit dem Hauptpreis der Stadt Linz 2007 in der Kategorie „Soziokulturelle Integration von MigrantInnen in Linz“. Eine weitere Auswirkung, die nennenswert ist, ist die stärkere Wahrnehmung des Bosnischen als eigenständige Sprache. Auch das bringt für die bosnische Community ein Plus an Anerkennung und zusätzlich werden teilweise bürokratische Wege – wie z.B. das Einschreiben bei der Arbeitsagentur - durch das Vorhandensein der Formulare auf Bosnisch erheblich erleichtert.

Unter anderem beeinflusst das *ZZI* die eigene Gemeinschaft auch durch ihr Konzept bzw. durch die neue Ebene der Integration, die der Verein bietet. Der Verein setzt auf die Zusammenführung von Menschen verschiedener Nationalitäten und versucht dadurch die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ unter wechselseitigen Bemühungen zu erreichen. Dies wird allerdings von der österreichischen Politik nicht erkannt. Eine Auswirkung hat dieses Angebot aber dennoch für die bosnische Diaspora: eine bosnische Minderheit in Österreich formiert sich dadurch.

Wie oben angeführt gibt es durch die Partizipation einige Auswirkungen auf die Mitglieder und die bosnische Diaspora. Doch auch die Aufnahmegesellschaft wird vom Zentrum für zeitgemäße Initiativen beeinflusst.

Auch wenn der Verein bzw. die Diaspora in Punkten wie der Anerkennung und der Integration nach ihrer Definition nur kleine Fortschritte machen können, ist doch ein langsames Aufbrechen harter österreichischer Strukturen gegenüber der bosnischen Minderheit zumindest in Linz und Umgebung zu spüren. Dieser Aufbruch wird aber weiterhin von vorhandenen Konzepten für den Umgang mit Minderheiten und Integration der Mehrheitsgesellschaft beschränkt. Das bedeutet, dass die Arbeit des *ZZI* momentan nur bis zu einem bestimmten Grad wirksam sein kann, zumindest solange die österreichische Aufnahmegesellschaft jene Konzepte nicht überdenkt und verändert. Der *ZZI* hat einen guten Umgang mit dem vorhandenen Raum gefunden: Diesen nutzt der Verein intensiv und effizient, um Ziele wie Anerkennung und die ‚Kultur des Zusammenlebens‘ voran zu treiben und wirkt so auf seine Mitglieder, auf die bosnische Gemeinschaft und auf die Aufnahmegesellschaft positiv ein.

Literaturverzeichnis:

Bauböck, Rainer/ Perchinig, Bernhard (2006): Migrations- und Integrationspolitik. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar;

Müller, Wolfgang C.; Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien.

Bauböck, Rainer/ Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Drava Verlag, Klagenfurt/ Celovec.

Brickner, Irene (2011): Alev Korun. „Integration ist wie Walzer tanzen“. Standard, 6.7.2011. <http://derstandard.at/1308680598167/Menschenrechts-Sprecherin-Alev-Korun-Integration-ist-wie-Walzer-tanzen>. [Zugriff: 17.7.2011]. [Ursprünglich erschienen in: Der Standard Printausgabe am 7.7. 2011].

Buchstein, Hubertus (2006): Demokratie. In: Göhler, Gerhard/ Iser, Mathias; Kerner, Ina (Hrsg.) (2006): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Wahlen 2009. Glossar. o. D. <http://www.bpb.de/methodik/FMH6AR,0,Glossar.html#top>. [Zugriff: 18.7.2011].

Buse, Michael J./ Nelles, Wilfried (1978): Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (Hg.) (1978): Partizipation – Demokratisierung- Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Campbell, David F.J./ Schaller, Christian (Hrsg.) (2002): Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven. Leske + Buderich, Opladen.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Davy, Ulrike (Hg.) (2001): Die Integration von Einwanderern. Rechtliche Regelungen im europäischen Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt/ New York.

Definitionen-of (o.J.): Definition der Immigranten. O.D. <http://www.definition-of.net/definition-der-immigranten>. [Zugriff: 20.7.2011].

Diamond, Larry/ Morlino, Leonardo (2005): Introduction. In: Diamond, Larry; Morlino, Leonardo (Hrsg.) (2005): Assessing the Quality of Democracy. Johns Hopkins University Press, Baltimore.

Diehl, Claudia (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung?. Leske + Buderich, Opladen.

Disoski, Meri (2011): Ein klares „Gar nicht!“. Standard, 3.5.2011. <http://dastandard.at/1304428412830/daStandardat-Interview-Ein-klares-Gar-nicht>. [Zugriff: 17.7.2011].

Dittel, Doris (2008): Beziehungen und Netzwerke zwischen MigrantInnen-Selbstorganisationen in Wien. Eine empirische Untersuchung community-übergreifender Vernetzungspotenziale anhand ausgewählter Beispiele der türkischen Community und der African Community. Diplomarbeit, Universität Wien.

EMN/ IOM (Hrsg.) (2004): Integrationspraktiken in Österreich. Eine Landkarte über Integrationspraktiken und –philosophien von Bund, Ländern und Sozialpartnern. Oktober 2004.

Fassmann, Heinz (2007): Europäische Migration im 19. und 20. Jahrhundert. In: Kraler, Albert; Husa, Karl; Bilger, Veronika; Stacher, Irene (Hg.) (2007): Migrationen. Globale Entwicklungen seit 1850. Mandelbaum Verlag, Wien.

Fijalkowski, J./ Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine- Ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in einer Aufnahmegesellschaft –am Beispiel Berlins. O.V., Berlin.

Free Dictionary (o.J.): Immigrant. O.D. <http://www.thefreedictionary.com/immigrant>. [Zugriff: 20.7.2011].

Freedom House (o.J.): Frequently asked questions. What is Freedom House?. O. D. <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=265#1>. [Zugriff: 5.1.2012].

Ganghofer, Steffen (2005): Politische Gleichheit und echte Mehrheitsdemokratie. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 3.

Gerlich, Peter/ Pfefferle, Roman (2006): Tradition und Wandel. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Talos, Emmerich (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien.

Gronemeier, Katrin (2005): Politische Partizipation. Grundlagen und Grundbegriffe. Seminararbeit, Universität Osnabrück.

Hammar, Tomas (1985): European Immigration Policy. A Comparative Study. Cambridge University Press, Cambridge.

Heitzmann, Karin/ Hofbauer, Johanna/ Mackerle-Bixa, Stefanie/ Strunk, Guido (2009): Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ungleichheit. Eine Untersuchung auf Basis des European Social Survey. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts-, und umweltpolitische Alternativen. Heft 1, pp. 41-49.

Hoppe, Jörg Reiner (2003): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen. In: Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Fachtagung am 11. Juni 2002, Berlin/ Bonn.

Hrle, Haris (2011): Interview am 7.2.2011 um 13:30Uhr. Linz.

Hunger, Uwe/ Candan, Menderes (2010): Die politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Wo stehen wir?. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2010, 15.10.2010. Stiftung Mitarbeit, Bonn.

Hunger, Uwe (2002): Von der Betreuung zur Eigenverantwortung. Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland. Working Paper Oktober 2002, Münster.

Huth, Susanne (2005): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten: Stand der Forschung. In: Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft. Anfragen an zivilgesellschaftliche Akteure. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin.

Integrationsbericht (2011): Das 20-Punkte-Programm. Vorschläge für prioritäre Maßnahmen im integrationspolitischen Bereich. Eine Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans für Integration. Juli 2011, Wien.

Jungk, Sabine (2005): Selbsthilfe- Förderung in Nordrhein-Westfalen. In: Thränhardt, Dietrich; Weiss, Karin (Hrsg.) (2005): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Lambertus- Verlag, Freiburg im Breisgau.

Jungk, Sabine (2001): Soziale Selbsthilfe und politische Interessenvertretung in Organisationen von Migrantinnen und Migranten. Politische Rahmenbedingungen, Forschungslage, Weiterbildungsbedarf. In: Migration und ethnische Minderheiten, Informationszentrum Sozialwissenschaften/ Landeszentrum für Zuwanderung NRW, Bonn, Heft 1, pp. 7 – 15.

Jungnikl, Sandra/ Winkler-Hermaden, Rosa (2011): Kurz attackiert Strache. Standard, 31.5.2011. <http://derstandard.at/1304553336738/derStandardat-Interview-Kurz-attackiert-Strache>. [Zugriff: 17.7.2011].

Kurier (2011): Sebastian Kurz.Polit-Routinier mit 24. Kurier, 19.4.2011. <http://kurier.at/nachrichten/2091687.php>. [Zugriff: 21.7.2011].

Latorre Pallares, Patricia/ Zitzerlberger, Olga (2006): Selbstorganisationen von Migrantinnen- ihre Bedeutung für die Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Abschlussbericht für das Ministerium Wissenschaft, Kunst, Förderprogramm, Darmstadt.

Lins, Stefan (2008): Partizipative Demokratie in Österreich. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung auf regionaler und kommunaler Ebene. Diplomarbeit, Universität Innsbruck.

Linzer Bürgerservice (o.J.): Stadt der Kulturen. O.D. <http://portal.linz.gv.at/Serviceguide/viewChapter.html?chapterid=122336>; [Zugriff: 12. 7. 2011].

Mayring, Philipp (1988): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Deutscher Studien Verlag, Weinheim.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Beltz, Weinheim.

Meyer, Berthold (2001): Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern braucht Partizipation. Eine Einführung. In: Büttner, Christian; Meyer, Berthold (2001): Integration durch Partizipation. „Ausländische Mitbürger“ in demokratischen Gesellschaften. Campus Verlag, Frankfurt/ New York.

Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

o. A. (2011): 20 Vorschläge, aber „keine Weltformel“. Standard, 6.7.2011. <http://derstandard.at/1308680541224/Integrationsbericht-20-Vorschlaege-aber-keine-Weltformel>. [Zugriff: 17.7.2011].

Parlament der Republik Österreich (o.J.): Demokratie hat Geschichte. Parlamentarismus in Österreich seit 1848. o.D. <http://www.wirtschaftsmuseum.at/pdf/parlament.pdf>. [Zugriff: 20.1.2011].

Parlament der Republik Österreich (2011): Mag. Dr. Maria Theresia Fekter. 25. 7. 2011.
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00311/index.shtml . [Zugriff: 29. 7. 2011].

Pink, Oliver (2011): Gerechtigkeit für Sebastian Kurz. Die Presse, 22.4.2011.
<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/652481/Gerechtigkeit-fuer-Sebastian-Kurz>. [Zugriff: 21.1.2011]. [Ursprünglich erschienen in: Die Presse, Printausgabe am 22.4. 2011].

Pink, Oliver/ Prior, Thomas (2011): Sebastian Kurz: „Goldene Löffel hatte ich nie im Mund.“. Die Presse, 23.4.2011.
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/652916/Sebastian-Kurz_Goldene-Loeffel-hatte-ich-nie-im-Mund. [Zugriff: 21.1.2011]. [Ursprünglich erschienen in: Die Presse Printausgabe am 24.4. 2011].

Rechtswörterbuch (2011): Verein. O.D. <http://www.rechtsworтерbuch.de/recht/v/verein/>. [Zugriff: 19.6.2011].

Reiser, Karl M. (2009): Echo aus der Community. Entwicklung und Dynamik von MigrantInnenvereinen in Wien. In: Six-Hohenbalken, Maria; Tošić, Jelena (Hrsg.) (2009): Anthropologie der Migration. Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte. Facultas.wuv Verlags- und Buchhandels AG, Wien.

Reißlandt, Carolin (2005): Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Migrationsgeschehen und Zuwanderungspolitik in der Bundesrepublik. 15. 3. 2005.
http://www.bpb.de/themen/6XDUPY,1,0,Von_der_GastarbeiterAnwerbung_zum_Zuwanderungsgesetz.html. [Zugriff: 18.7.2011].

Republik Österreich/Parlament (2011): Mag. Maria Theresia Fekter. 25.7.2011.
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00311/index.shtml. [Zugriff: 29.7.2011]

Schaller, Christian/ Beck, E. Robert A. (2003): Zur Qualität der britischen und österreichischen Demokratie. Empirische Befunde und Anregungen für Demokratie. Böhlau Verlag, Wien/ Köln/ Graz.

Saračević, Damir (2011): Interview am 7.2.2011 um 14Uhr. Linz.

Saračević, Diana (2011): Interview am 8.2.2011 um 19Uhr. Linz.

Schambeck, Herbert (Hg.) (1986): Österreichs Parlament. Werden und System. Dunker & Humboldt, Berlin.

Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorie. Eine Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen.

Schanovsky, Hugo (2011): Interview am 9.2.2011 um 14Uhr. Linz.

Sinanović, Hamza (2011): Interview am 8.2.2011 um 15Uhr. Linz.

Springs, Gregor (o.J.): Demokratieindizes als Indikatoren internationaler Ungleichheit. O.O.

Stangl, Werner (o.J.): Das Problemzentrierte Interview. O.D. <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/FORSCHUNGSMETHODEN/ProblemzentriertInterview.shtml>; [Zugriff: 22.3.2011]

Statistik Austria (2011): Pressemitteilung: 9.890-036/11. 18.2.2011. http://www.statistik.at/web_de/presse/055278; [Zugriff: 28. 2. 2011]

Steinbrecher, Markus (2008): Politische Partizipation in Deutschland. Nomos, Baden-Baden.

Strasser, Sabine (2003): Beyond Belonging. Kulturelle Dynamiken und transnationale Praktiken in der Migrationspolitik „von unten“. Habilitationsschrift, Universität Wien.

Thränhardt, Dietrich (2005): Integration und Zivilgesellschaft. Der Beitrag bürgerschaftlichen Engagements zum sozialen Zusammenhalt. In: Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft. Anfragen an zivilgesellschaftliche Akteure. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin.

Tilly, Charles (2007): Introduction. In: Tilly, Charles (2007): Democracy. Cambridge University Press, Cambridge.

Treibel, Annette (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Juventa-Verlag, Weinheim.

Ullrich, Peter A. (2000): Soziodemographie und Motivation bürgerschaftlichen Engagements in Österreich. In: Brix, Emil; Richter, Rudolf (Hrsg.) (2000): Organisierte Privatinteressen. Vereine in Österreich. Passagen Verlag, Wien.

Waldrauch, Harald/ Sohler, Karin (2004): Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wiens. Campus Verlag, Frankfurt/ New York.

Weiss, Karin/ Thränhardt, Dietrich (2005): Selbsthilfe, Netzwerke und soziales Kapital in der pluralistischen Gesellschaft. In: Weiss, Karin/ Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Lambertus- Verlag, Freiburg im Breisgau.

Wikipedia (2011): Bosniaken. 23.7.2011. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bosniaken>; [Zugriff: 26.7.2011]

Wikipedia (2012): Demokratie. 3. 1. 2012. <http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie>; [Zugriff: 5.1.2012]

Wikipedia (2011): Verein. http://de.wikipedia.org/wiki/Verein#Geschichte_und_Entwicklung; [Zugriff: 12.4.2011]

Valchars, Gerd (2006): Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich. Braumüller, Wien.

Yildiz, Kemal (2005): Integration durch politische Partizipation. Politische Partizipation von türkischen MigrantInnen am Beispiel des 15. Wiener Gemeindebezirkes. Diplomarbeit, Universität Wien.

Zapotoczky, Klaus (2000): Vereine als Spiegelbilder der (Zivil-) Gesellschaft? In: Brix, Emil; Richter, Rudolf (Hrsg.) (2000): Organisierte Privatinteressen. Vereine in Österreich. Passagen Verlag, Wien.

Zimmer, Annette (1996): Vereine- Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte- Sektor- Perspektive. Leske + Budrich, Obladen.

Zittel, Thomas (2004): Partizipative Demokratie und Politische Partizipation. In: Kaiser, André/ Zittel, Thomas (2004): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung: Festschrift für Peter Graf Kielmansegg; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

ZZI (2011): <http://www.zzi.at/>; [Zugriff: 12.12.2011]

Anhänge:

Zusammenfassung:

In der vorliegenden Arbeit wird die Frage nach der Auswirkung der Partizipation auf die direkte Umgebung eines Migrant_innenvereines gestellt. Anhand des bosnischen Migrant_innenvereines „Zentrum für zeitgemäße Initiativen“ (ZZI) aus Linz wird beantwortet, welche Auswirkungen die Partizipation für die einzelnen Mitglieder und für die bosnische Diaspora hat.

Nach einem kleinen Einstieg in die Integrationsdebatte Österreichs und die Einbettung des Begriffes ‚Partizipation‘ in die Demokratietheorie gibt es einen theoretischen Einstieg in die Funktionen, die Bedeutungen und die Partizipation von Migrant_innenvereinen im Allgemeinen in Österreich. Die herausgearbeiteten allgemeinen Funktionen und Bedeutungen bilden folgend in der Analyse ein Kategorienraster, welches durch die empirische Forschung, die aus Interviews mit Mitgliedern und Unterstützern des ZZI besteht, mit Inhalt und Analyse gefüllt wird.

Begriffe wie Integration, Anerkennung und Chancengleichheit spielen bei dieser Forschung eine wichtige Rolle.

Das Ergebnis der Arbeit ist folgendermaßen knapp zusammenzufassen:

Auch wenn der Verein bzw. die Diaspora in Punkten wie der Anerkennung und der Integration nach ihrer Definition nur kleine Fortschritte machen können, ist doch ein langsames Aufbrechen harter österreichischer Strukturen gegenüber der bosnischen Minderheit zumindest in Linz und Umgebung zu spüren. Dieser Aufbruch wird aber weiterhin von vorhandenen Konzepten für den Umgang mit Minderheiten und Integration der Mehrheitsgesellschaft beschränkt. Das bedeutet, dass die Arbeit des ZZI momentan nur bis zu einem bestimmten Grad wirksam sein kann, zumindest solange die österreichische Aufnahmegesellschaft jene Konzepte nicht überdenkt und verändert. Der ZZI hat einen guten Umgang mit dem vorhandenen Raum gefunden: Diesen nutzt der Verein intensiv und effizient, um seine Ziele wie zum Beispiel die Anerkennung voran zu treiben und wirkt so auf seine Mitglieder, auf die bosnische Gemeinschaft und auf die Aufnahmegesellschaft positiv ein.

Abstract:

This paper explores the social and political participation in local society of an organisation for immigrants in Linz, and the effect that this participation has on the organisation's members and on the Bosnian diaspora.

Research was conducted with the help of the Bosnian immigrants' organisation "Zentrum für zeitgemäße Initiativen" (ZZI) in Linz.

The paper considers firstly the integration debate in Austria and goes on to examine how and where the concept of participation is covered within the theory of democracy. The various roles, the relevance and the participation of immigrant organisations in Austria are then explored from a theoretical perspective.

As part of the Analysis chapter, a table completed using content and analysis collected from empirical research (ZZI member and supporter interviews), explores these roles and the relevance of these organisations further. Concepts such as integration, recognition and equal opportunities have an important role to play here.

The conclusion of this paper is summarised as follows:

Even when the organisation is only able to make minimal progress in areas such as recognition and integration, this still contributes to the slow break-up of entrenched Austrian ideas about the Bosnian minority population, at least in Linz and the surrounding area. This slow breaking-up is, however, restricted by the Austrian method of integration. This means that the work of the ZZI can only be effective up until a certain point, unless Austrian decision-makers rethink or change these methods, because there is limited space for participation.

The ZZI makes, despite the challenges, good progress in this space. Using the organisation intensively and efficiently, they are able to bring about changes such as further recognition from Austrian society. In this way, we can conclude that the organisation has a positive influence on its members, on the Bosnian diaspora and on Austrian society.

Interviewfragebogen:

Interviewbogen für die Mitglieder des ZZI: **Damir Saračević, Diana Saračević, Hamza Sinanović**

I Persönliche Angaben:

1. Erzählen Sie bitte kurz etwas zu ihrer Person: Was machen Sie neben dem ZZI?
2. Wie lange sind Sie bereits beim ZZI tätig?
3. Haben Sie eine bestimmte Funktion im Verein?
4. Warum arbeiten Sie beim ZZI mit und wie viel Zeit verwenden Sie pro Woche auf diese Arbeit?
(Persönliche Motivation)

II Aktivitäten des Vereins:

5. Erzählen Sie mir bitte kurz über 2 Aktivitäten des ZZI!
6. Welche Art der Partizipation betreibt das ZZI Ihrer Meinung nach?
Politisch, sozial, kulturell?
Im Aufnahme- oder/und im Herkunftsland?
Erreicht man neben eine sozio-kulturellen Partizipation auch eine politische?
7. Welche Kooperationen bestehen zwischen dem ZZI und anderen österreichischen Institutionen?
8. Welche Kooperationen bestehen zwischen dem ZZI und Bosnien-Herzegowina?

III Wirkung des Vereines durch Partizipation

9. Werden durch die Partizipationen Veränderungen herbeigeführt?
Im politischen, sozialen, kulturellen Sinne?
10. Hat das ZZI genügend Raum für Partizipation auf kommunaler Ebene und auf Landesebene?
Wo gibt es Lücken? Wo wünschen Sie sich mehr Möglichkeiten der Partizipation?
11. Hat das ZZI Ihrer Meinung nach neue Arten der Partizipation für sich entdeckt oder erarbeitet?
Wird das ZZI kreativ, um partizipatorische Grenzen zu überwinden?
12. Was bewirkt das ZZI für die bosnische Diaspora Ihrer Meinung nach?
13. Welche Auswirkung hat das Engagement beim ZZI für Sie persönlich?
Kommt/ Kam es zu Veränderungen in Ihrem Leben?
Fühlen Sie sich integrierter?
Fühlen Sie sich heimischer?
14. Fühlen Sie sich als ein Akteur der Integration?
15. Wird die Partizipation von Österreicher_innen manchmal als eine Art Bedrohung empfunden?

Haben Sie zu einem bestimmten Themengebiet noch interessante und relevante Aspekte hinzuzufügen?

Ich bedanke mich für das Interview!!!

Interviewbogen für den Unterstützer des ZZI: Prof. Schanovsky

I Persönliche Angaben:

1. Erzählen Sie bitte kurz etwas zu Ihrer Person!
2. Wie lange sind Sie bereits Unterstützer des ZZI?
3. Wie unterstützen Sie den Verein?
4. Warum unterstützen Sie das ZZI? (Persönliche Motivation)

II Aktivitäten des Vereins:

5. Welche Art der Partizipation betreibt das ZZI Ihrer Meinung nach?
Politisch, sozial, kulturell?
Im Aufnahme- oder/und im Herkunftsland?
Erreicht man neben einer sozio-kulturellen Partizipation auch eine politische?
6. Welche Kooperationen bestehen zwischen dem ZZI und anderen österreichischen Institutionen?
Bestanden zu Ihrer Bürgermeisterzeit Kooperationen mit dem Verein?

III Wirkung des Vereines durch Partizipation

7. Welche Veränderungen konnten Sie in den letzten Jahren durch die Partizipationen des Vereines wahrnehmen?
Im politischen, sozialen, kulturellen Sinne?
8. Hat der ZZI genügend Raum für Partizipation auf kommunaler Ebene und auf Landesebene?
Auch auf Landesebene?
Wo gibt es Lücken? Wo wünschen Sie sich mehr Möglichkeiten der Partizipation?
9. Hat das ZZI Ihrer Meinung nach neue Arten der Partizipation für sich entdeckt oder erarbeitet?
Wird das ZZI kreativ, um partizipatorische Grenzen zu überwinden?
10. Was bewirkt das ZZI für die bosnische Diaspora Ihrer Meinung nach?
11. Welche Auswirkung hat das Engagement beim ZZI für die einzelnen Mitglieder?
Kommt/ Kam es zu Veränderungen in Ihrem Leben?
Fühlen Sie sich integrierter?
Fühlen Sie sich heimischer?
12. Sind Mitglieder des ZZI Akteure der Integration?
13. Wird die Partizipation von Österreicher_innen manchmal als eine Art Bedrohung empfunden?
14. Warum ist die Arbeit des ZZI Ihrer Meinung nach wichtig?/

Haben Sie zu einem bestimmten Themengebiet noch interessante und relevante Aspekte hinzuzufügen?

Ich bedanke mich für das Interview!!!

Interviewbogen für den bosnischen Botschafter: Herr Haris Hrle

I Persönliche Angaben/ personal

1. Wie lange kennen Sie das ZZI?/ How long have you known the ZZI?
2. What is your role in terms of the ZZI?

II Aktivitäten des Vereins/ Activities of the ZZI

3. Welche Art der Partizipation betreibt das ZZI Ihrer Meinung nach? / What do you see as the primary way the ZZI participates?

Politisch, sozial, kulturell? / politically, socially, culturally?

Im Aufnahme- oder/und im Herkunftsland? / In the host country or in the country of origin?

Erreicht man neben einer sozio-kulturellen Partizipation auch eine politische?/ Does the ZZI achieve political participation alongside socio-cultural participation?

4. Welche Verbindungen bestehen zwischen dem ZZI und Bosnien-Herzegowina?/ In what way does the ZZI co-operate with Bosnia-Herzegovina?

III Wirkung des Vereines durch Partizipation/ Results of participation

5. Werden durch die Partizipationen politische, soziale und/oder kulturelle Veränderungen herbeigeführt?/ Does the ZZI's participation result in political, social and/or cultural changes?

Im politischen, sozialen, kulturellen Sinne? In a political, social or cultural way?

6. Hat der ZZI genügend Raum für Partizipation auf kommunaler Ebene und auf Landesebene? / Is there enough opportunity for participation at a community level and at a country-wide level?

Wo gibt es Lücken? Wo wünschen Sie sich mehr Möglichkeiten der Partizipation?/Where do gaps exist? Where do you wish more opportunities for participation?

7. Hat das ZZI Ihrer Meinung nach neue Arten der Partizipation für sich entdeckt oder erarbeitet?/ Has the ZZI discovered or developed new kinds of participation?

Wird das ZZI kreativ, um partizipatorische Grenzen zu überwinden?/ Does the ZZI have the creative means to overcome barriers to participation?

8. Was bewirkt das ZZI für die bosnische Diaspora Ihrer Meinung nach?/ How, in your view, does the ZZI help the Bosnian diaspora?

9. Welche Auswirkung hat das Engagement beim ZZI für die einzelnen Mitglieder?/ What are the results of engagement for members of the ZZI?

10. Sind Mitglieder des ZZI Akteure der Integration?/ Are members of the ZZI implementors of integration?

11. Wird die Partizipation von Österreicher_innen manchmal als eine Art Bedrohung empfunden?/ Is the participation of Austrians seen as a threat?

12. Warum ist die Arbeit des ZZI Ihrer Meinung nach wichtig?/ Why do you think the ZZI is doing an important job?

Haben Sie zu einem bestimmten Themengebiet noch interessante und relevante Aspekte hinzuzufügen?

Ich bedanke mich für das Interview!!!/ Thank you very much for taking the time to answer my questions.

Lebenslauf:

Geburtsdatum: 24. 06. 1985
Geburtsort: Frankfurt/ Oder

Familienstand: ledig

SCHULAUSBILDUNG

09 / 1992 – 09 / 1997 Freie Waldorfschule Dinslaken
09 / 1997 – 07 / 2002 Heinrich-Pattberg Realschule Moers
08 / 2002 – 05 / 2005 Grafschafter Gymnasium Moers

Abschluss: Mittlere Reife mit Qualifikation für die
Gymnasiale Oberstufe

2005 Hochschulreife/Matura

HOCHSCHULAUSBILDUNG

10 / 2006 – 04 / 2012 Diplomstudium Internationale Entwicklung an der
Hauptuniversität Wien

Studienschwerpunkte: Migration, Integration,
Transformationsstaaten, Lateinamerika
Empirische Diplomarbeit im Bereich
Migrant_innenorganisationen, Partizipation und
Integration

BERUFLICHER WERDEGANG

07 / 2004 – 07 / 2004 Praktikum beim SCI-Sri Lanka/Kandy

02 / 2008 – 02 / 2008 Praktikum beim spanischen Roten Kreuz, im Büro der
Internationalen Entwicklungszusammenarbeit in
Castellón de la Plana/ Spanien

12 / 2008 – 04 / 2009 Praktikum bei Jugend Eine Welt im Bildungsbüro

03 / 2010 – 04 / 2010 Praktikum bei der Austrian Development Agency (ADA)
in Abteilung Entwicklungspolitische Kommunikation
und Bildung in Österreich

seit 06 / 2010 – aktuell Projektkoordination des Projektes MaJoBike des
SCI:Moers

11 / 2010 Teilnahme am Seminar „Kofinanzierung von Vorhaben,
die von europäischen NRO in Entwicklungsländern
durchgeführt werden (PVD) unter der Budgetlinie 21-03-
01

01 / 2011	Teilnahme am „Presse- und Öffentlichkeitsseminar“ der Konrad-Adenauer-Stiftung
-----------	--

07 / 2011 – 05 / 2012	Elternzeit
-----------------------	------------

FREIWILLIGE TÄTIGKEITEN

10 / 2006 – 06 / 2008	Büro- und organisatorische Tätigkeiten beim SCI-Österreich
-----------------------	--

FREMDSPRACHEN

Englisch (gute Kenntnisse)
Spanisch (sehr gute Kenntnisse)
Französisch (Grundkenntnisse)

AUSLANDSAUFENTHALTE

07 / 2004 – 08 / 2004	Praktikum und Workcamps in Sri Lanka
-----------------------	--------------------------------------

09 / 2005 – 06 / 2006	Sozialer Freiwilligendienst in Ecuador
-----------------------	--